

# Außerschulische Bildung

2-2003

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

## Rechtspopulismus: Krise unserer Demo- kratie?

- Keine Chance für Rechts-  
populisten in Deutschland?
- Politik  
als Inszenierung
- Strategien demokra-  
tischer Gegenwehr
- Politische Bildung gegen  
Populismus



<b>ZU DIESEM HEFT</b>	125	<b>INFORMATIONEN</b>	
<b>SCHWERPUNKT</b>		Meldungen	170
<i>Frank Decker</i>		Aus dem AdB	183
Von Schill zu Möllemann. Keine Chance für Rechtspopulisten in der Bundesrepublik?	126	Personalien	191
<i>Frank Priess</i>		Bücher	192
Inszenierte Politik und Glaubwürdigkeit – ein Widerspruch?	134	Markt	208
<i>Michael Roick</i>		<b>IMPRESSUM</b>	215
„War da was?“ Zum vermeintlichen „rechtspopulistischen Kurswechsel“ der FDP	140		
<i>Frank Ahrens</i>			
Die europäische Zivilgesellschaft als Perspektive Strategien gegen Rechtspopulismus	146		
<i>Klaus-Peter Hufer</i>			
Politische Bildung gegen Populismus	152		
<i>Gabriele Schlamann</i>			
Stammtischparolen im Argumentations- training: Bühne frei für Populismus?	159		
<i>Kristina Rahe</i>			
„Rechtsextremismus in Europa und Strategien demokratischer Gegenwehr“ Internationale Jugendbegegnung in Weimar	164		





Als wir im vergangenen Jahr beschlossen, eine Ausgabe dieser Zeitschrift der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus vorzubehalten, geschah das unter dem Eindruck der Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in verschiedenen EU-Ländern. Auch wer sich eventuell an den Gedanken gewöhnt hatte, dass die

politische Macht, die Le Pen in Frankreich und Haider in Österreich erlangen konnten, kein vorübergehendes Phänomen ist, ertrug nur schwer die Vorstellung, dass politische Positionen und der Stil, in dem sie z. B. der frühere Hamburger Innenminister Ronald B. Schill bei seiner Rede im Deutschen Bundestag vortrug, in Deutschland wieder salonfähig werden könnten. Wer beobachtete, wie Silvio Berlusconi und sein Koalitionspartner Umberto Bossi Italien regieren und sich die politischen Institutionen ihres Landes zu eigen machen, hat Anlass zur Sorge um die demokratische Kultur nicht nur Italiens. Der Wahlkampf 2002 ließ befürchten, dass auch in Deutschland Ressentiments und politische Enttäuschungen für den Fang von Wählerstimmen genutzt werden könnten. Dass dies dann nicht gelang, dass auch in anderen Ländern die Rechtspopulisten Wahlschlappen hinnehmen mussten oder sich ihre Organisationen auflösten, weil ihr Führungspersonal nicht mehr zur Verfügung stand, erweckte den Eindruck, der Rechtspopulismus habe doch nicht die politische Durchsetzungsfähigkeit, die ihm unterstellt wurde.

Und wir dachten, das Thema sei nicht mehr aktuell.

Aber die sich überstürzenden Ereignisse des Frühjahrs und Sommers, denen wir – wie zuletzt dem

Skandal in Hamburg – in diesem Heft gar nicht mehr nachkommen konnten, gaben ihm eine neue Brisanz. Bei der Präsentation des Themas in der nun vorliegenden Ausgabe tritt die direkte Auseinandersetzung mit den populistischen Akteuren allerdings in den Hintergrund. Wichtiger erscheint uns die Frage, weshalb der Populismus so populär werden konnte und wodurch seine Wirkungsmöglichkeiten begünstigt wurden (und werden). Dass es sich dabei nicht um kurzlebige Modeerscheinungen handelt, darf angenommen werden. Vor allem der Rechtspopulismus profitiert vom Versagen der demokratischen Parteien und ihrem Reputationsverlust bei der Bevölkerung. Modernisierung und Globalisierung erzeugen, einhergehend mit ökonomischer Instabilität und sozialem Abstieg, diffuse Ängste und die Offenheit für einfache Lösungen, denen applaudiert wird, weil die etablierte Politik keine überzeugenden Antworten auf bedrückende Probleme geben kann. Der Populismus mobilisiert in der Gesellschaft vorhandene Stimmungen und instrumentalisiert sie für seine Ziele.

Die Beiträge in diesem Heft beschreiben die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die aktuelle Konjunktur des Rechtspopulismus. Diese Voraussetzungen sind der Ausgangspunkt für Gegenstrategien und Überlegungen, welche Aufgaben politischer Bildung in diesem Zusammenhang entstehen und wie sie sie wahrnehmen kann. Populismus ist – keineswegs nur in seiner rechten Variante – ein Mittel der Politik unserer Zeit, provoziert nicht zuletzt durch die Formen, in denen Politik heute medial vermittelt und vermarktet wird. Das kann man beklagen. Aber was lässt sich dagegen setzen? Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft ein paar Anregungen dazu geben zu können.

*Ingeborg Pistohl*

## Von Schill zu Möllemann. Keine Chance für Rechtspopulisten in der Bundesrepublik?\*

Frank Decker

Frank Decker stellt die Voraussetzungen für das Aufkommen und den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in verschiedenen europäischen Ländern dar und vergleicht damit die Bedingungen, unter denen sich rechtspopulistische Vereinigungen in Deutschland entwickelten und – jedenfalls bislang – scheiterten. Politische Faktoren in Deutschland erschweren die Mobilisierung für rechtspopulistische Organisationsformen. Noch mehr steht die politische Kultur in Deutschland der Formierung rechtspopulistischer Parteien entgegen. Deren Mobilisierungsschwäche erklärt sich aber auch aus organisatorischen und anderen internen Problemen und nicht zuletzt aus dem fehlenden Charisma der in Deutschland agierenden Führungspersonlichkeiten, wie am Beispiel der Schill-Partei erläutert wird.

Wenn in der Bundesrepublik in der Vergangenheit vom „Rechtspopulismus“ die Rede war, dann richtete sich der Blick fast immer nach „draußen“. Teils sorgenvoll, teils mitleidig durfte der Beobachter hierzulande registrieren, wie sich ein neuartiger Typus von Parteien in den westlichen Demokratien breit machte. Die Rechtsparteien in der Bundesrepublik fristeten demgegenüber ein Schattendasein. Zwar konnten die neugegründeten Republikaner unter der Ägide *Franz Schönhubers* von 1989 bis 1992 bei Landtags- und Europawahlen einzelne spektakuläre Wahlerfolge erzielen. Von einer dauerhaften Etablierung blieb die Partei aber ebenso weit entfernt wie ihre rechtsextremen Mitkonkurrenten DVU und NPD oder andere Neuerscheinungen, die sich an einer gemäßigeren Version des Rechtspopulismus versuchten (Statt-Partei, Bund Freier Bürger). Die Bundesrepublik schien gegen das Phänomen offenbar immun.

Mit dem Sensationserfolg der „Schill-Partei“ bei der Hamburger Bürgerschaftswahl am 23. September 2001 drohte diese Gewissheit auf einmal zu schwinden. Noch nie zuvor war es einer Partei gelungen, bei einer Landtagswahl aus dem Stand ein so hohes Ergebnis zu erzielen (19,4 Prozent). Beobachter und Experten stellten sich daraufhin gebannt die Frage, ob es der Partei wohl gelingen würde, ihren Erfolg über die Grenzen der Hansestadt hinaus zu tragen – eine Absicht, die Parteigründer und Namensgeber *Ronald B. Schill* nicht verhehlte. Die weitere Entwicklung sollte dies

schon bald mit einem Nein beantworten. Die Wahl in Hamburg hatte gezeigt, dass unter den besonderen Bedingungen eines Stadtstaates rechtspopulistische Parteien durchaus über gewisse Erfolgschancen verfügen. Diese Bedingungen lassen sich aber auf andere Bundesländer oder die nationale Ebene nicht unbedingt übertragen. Den bundespolitischen Durchbruch hat in der Bundesrepublik bisher noch keine Rechtsaußenpartei geschafft. Den einzigen beachtenswerten Erfolg auf der Bundesebene erreichten die Republikaner 1989 bei den – vergleichsweise unbedeutenden – Europawahlen (mit 7,1 Prozent).



Ronald B. Schill, Gründer der Schill-Partei in Hamburg

Ein Blick auf die europäische Landkarte zeigt, dass es sich bei den rechtspopulistischen Vertretern in der Regel um Neugründungen oder Abspaltungen von bestehenden Parteien handelt. Bei solchen Gruppierungen ist das Risiko groß, dass sie allein aus organisatorischen Gründen scheitern. Mit der FPÖ und der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gibt es allerdings zwei markante Ausnahmen. Beide Vertreter waren in ihren politischen Systemen alteingesessen und wurden erst in den achtziger Jahren unter der Ägide *Jörg Haider*s bzw. *Christoph Blocher*s zu rechtspopulistischen Parteien transformiert. Bezogen auf die deutsche Situation ist hier insbesondere der österreichische Fall von Interesse. Auch in der Bundesrepublik existiert ja mit der FDP eine Partei, die traditionell zwischen rechts- und linksliberalen Programminhalten changiert. Im Unterschied zu Österreich, wo die nationalen Wurzeln des Liberalismus stets lebendig blieben und von *Haider* als Parteiobmann lediglich aktiviert werden mussten, wurden diese Wurzeln in der deutschen FDP jedoch frühzeitig gekappt, sodass die Partei mit ihrem Pendant wenig mehr als den Namen gemeinsam hatte. Rechte Abspaltungen wie der vom früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden *Manfred Brunner* gegründete Bund Freier Bürger blieben aus diesem Grund chancenlos und brauchten von der FDP nicht ernsthaft gefürchtet zu werden. Umso überraschender war, dass im Bundestagswahljahr 2002 ein neuer Versuch einer Transformation der Partei unternommen wurde, der den Rechtspopulismusverdacht nährte – diesmal aus ihrer Mitte heraus. Dabei ging es zum einen um die von Parteichef *Guido Westerwelle* auf Betreiben seines Stellvertreters *Jürgen*

\* Eine kürzere Version dieses Beitrags ist unter dem Titel „Insel der Seligen? Warum deutsche Rechtspopulisten oft scheitern“ im April-Heft der Zeitschrift „Internationale Politik“ erschienen

W. Möllemann durchgesetzte strategische Neuausrichtung der Liberalen, die eine massive Ausweitung der Wählerbasis zum Ziel hatte, zum anderen um vermeintlich antisemitische Äußerungen *Möllemanns* zur Nahostpolitik. Ob zwischen beiden Vorgängen eine systematische oder eher zufällige Verbindung bestand, ist umstritten. Wenn es sich tatsächlich um einen Versuch gehandelt hat, die FDP zu einer rechtspopulistischen Partei zu machen, so ist er jedenfalls gründlich gescheitert. Nach dem enttäuschenden Bundestagswahlergebnis wurde das „Projekt 18“ rasch fallengelassen. Und *Möllemann* selbst hatte sich durch seine Äußerungen und eine peinliche Flugblattaktion in der letzten Wahlkampfwoche so sehr isoliert, dass er aus der FDP verstoßen wurde und alle seine Ämter verlor.

### Gründe für das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik

Das Scheitern des Rechtspopulismus in Deutschland wirkt erstaunlich, wenn man ihm die Erfolgsbilanz der neuen Rechtsparteien in anderen europäischen Ländern gegenüber stellt. In Italien hat es die *Forza Italia* des Medienunternehmers *Silvio Berlusconi* bei den Parlamentswahlen vor zwei Jahren erneut geschafft, im Verein mit *Umberto Bossi* *Lega Nord* und *Gianfranco Finis* *Alleanza Nazionale* die Mehrheit zu erringen. Dasselbe Kunststück ist der FPÖ in Österreich gelungen, die bei den Nationalratswahlen 1999 mit 26,9 Prozent zur zweitstärksten Partei avancierte und seither zusammen mit der Volkspartei die Regierung stellt.<sup>1</sup> Einen ähnlichen Triumph bei den jüngsten Parlamentswahlen erreichten die Rechtspopulisten in Norwegen und Dänemark mit 15 bzw. 12 Prozent. Und selbst eine eindeutig rechtsextrem ausgerichtete Partei wie der *Front National* konnte in Frankreich eineinhalb Jahrzehnte lang stabile Wähleranteile in einer vergleichbaren Größenordnung verbuchen.

Nach einigen Jahren Verzögerung hat die Politikwissenschaft in den neunziger Jahren begonnen, sich mit den rechtspopulistischen Erscheinungen

<sup>1</sup> Bei der vorgezogenen Nationalratswahl im November 2002 fiel die FPÖ auf 10,0 Prozent der Stimmen zurück, konnte die Zusammenarbeit mit der Volkspartei aber dennoch fortsetzen. Dem Wählereinbruch vorausgegangen war ein zweijähriger Grabenkrieg zwischen dem Regierungsfügel der Partei um *Susanne Riess-Passer* und dem in Kärnten verbliebenen „heimlichen“ Vorsitzenden *Jörg Haider*, dessen fortgesetzte Störmanöver dazu führten, dass die Koalition Mitte 2002 ein vorzeitiges Ende fand. Die FPÖ hatte damit ihren zuvor gewonnenen öffentlichen Kredit weitgehend verspielt.



Umberto Bossi (li.) und Silvio Berlusconi

intensiv zu beschäftigen. Inzwischen liegen zahlreiche international vergleichende Darstellungen vor, die das Aufkommen der neuen Parteien analysieren und dabei auch die voneinander abweichenden Ergebnisse in den verschiedenen Ländern zu erklären versuchen. Die in der Literatur angebotenen Erklärungen für den Rechtspopulismus lassen sich – in zugegebener Vereinfachung – zu vier Ursachenkomplexen zusammenfassen:

#### **Gesellschaftlicher Wandel**

Damit sind langfristige Veränderungen der Sozialstruktur und der Wertvorstellungen gemeint. Die verschiedenen parteibildenden Konflikte können auf zwei Grundtypen reduziert werden, nämlich verteilungs- und wertbezogene Konflikte. Dies gilt auch für Regionen- oder Nationalitätenkonflikte, die freilich nicht in allen Ländern gegeben sind.

#### **Institutionelle Rahmenbedingungen des politischen Systems**

Hierzu zählen die politischen Traditionen eines Landes (politische Kultur), das Wahlsystem und das Ausmaß an Parteienstaatlichkeit. Die institutionellen Faktoren sind ebenfalls längerfristiger Natur. Sie bestimmen zum einen die Zugangschancen neuer Wettbewerber zum Parteiensystem, zum anderen können sie selber ein Adressat des Protestes sein (politischer Populismus).

#### **Politische Gelegenheitsstrukturen**

Hier handelt es sich um kurzfristig wirksame situative Faktoren wie die Regierungskonstellation, die inhaltliche Positionierung der etablierten Parteien oder das Verhalten der Medien. Als Klammer der Gelegenheiten fungieren die von den Rechtspopulisten aufgegriffenen Themen.

**Die Fähigkeit der rechtspopulistischen Akteure, die sich ihnen bietenden Gelegenheiten zu nutzen**

Auch diese Eigenschaft wirkt eher kurzfristig. Sie hängt von den charismatischen Eigenschaften des Parteiführers, der Programmbasis und dem organisatorischen Zusammenhalt der Partei ab.

Wie lässt sich die relative Erfolglosigkeit des Rechtspopulismus in Deutschland im Lichte dieser Faktoren erklären? Eine vergleichsweise geringe Rolle spielen die zuerst genannten gesellschaftlichen Voraussetzungen. Die Politikwissenschaft betrachtet den Zulauf der neuen Rechtsparteien als ein Protestphänomen, das auf die desintegrativen Wirkungen der heutigen Modernisierungsprozesse zurückzuführen sei. Anders als der Begriff des „Modernisierungsverlierers“ suggeriert, liegen dem Protest dabei nicht primär materielle Entbehrungen zugrunde. Schenkt man den Wahlanalysen Glauben, befinden sich die rechten Wähler wirtschaftlich keineswegs am untersten Rand der Gesellschaft. Stattdessen rührt ihre Misere aus empfundenen Verlustängsten, dem Gefühl, zu den benachteiligten und abstiegsbedrohten Gruppen zu gehören. Im Kern geht es also um ein tiefer liegendes, soziokulturelles Problem, das mit den Folgen der gesellschaftlichen Individualisierung zu

**Zum Hauptkristallisationspunkt der Angst werden die Fremden**

tun hat. Zum Hauptkristallisationspunkt der Angst werden dabei die Fremden.

Ist diese Diagnose richtig, so trifft sie auf die

Bundesrepublik sicher nicht weniger zu als auf andere westliche Länder, die unter den Folgen der Modernisierungsprozesse leiden. Mit Verweis auf die „Nachfrageseite“ kann man die Schwäche des Rechtspopulismus also kaum erklären. In der ostdeutschen Teilgesellschaft, wo durch die Umstände und das Tempo des Systemwechsels ganze Bevölkerungsschichten in Anomie gefallen sind, dürfte das Potenzial für eine Partei oder Bewegung von rechts sogar überdurchschnittlich groß sein. Die Virulenz der gesellschaftlichen Faktoren wird auch durch das Ausmaß der rechtsextremen Gewalt belegt, das in Deutschland höher ist als in anderen Ländern. Der Vergleich innerhalb Europas deutet auf eine Austauschbarkeit beider Protestformen hin. Dort wo die Rechtsparteien stark sind – wie in Dänemark oder Frankreich – verfügen die fremdenfeindlichen Positionen über eine offizielle Stimme, die sich auf die öffentliche Debatte enttabusierend auswirkt und die Gewaltbereitschaft zu begrenzen scheint. In Deutschland werden sie dagegen unter der Decke gehalten und gerade so in

die dumpferen Kanäle der Gewalt und des Sektierertums abgedrängt.

Damit wendet sich der Blick zu den politischen Faktoren. Hier verweist der internationale Vergleich zunächst auf ungünstige institutionelle und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen. So sorgt

**Korrektivfunktion von Landtags- und Europawahlen**

z. B. der Föderalismus dafür, dass die bundesdeutschen Wähler ihrem Unmut nicht unbedingt bei den gesamtstaat-

lichen (Bundestags-)Wahlen Luft zu machen brauchen. Stattdessen können sie auf die als unwichtiger empfundenen Landtags- oder Europawahlen ausweichen, deren Korrektivfunktion insofern über die tatsächliche Stärke der Rechtsparteien hinweg täuscht. Auch die Fünf-Prozent-Klausel hat die Zugangschancen der neuen Herausforderer zum Parteiensystem beschnitten. Die institutionellen Barrieren sind allerdings eher ein Symptom als der wahre Grund der Mobilisierungsschwäche: Selbst bei niedrigeren Schwellen würden die Newcomer in der deutschen Öffentlichkeit einen schweren Stand haben. Das eigentliche Problem liegt in der politischen Kultur. Weil der Populismus hierzulande in einem historisch vorbelasteten Umfeld agieren muss, entwickeln die Medien ihm gegenüber Berührungängste, die einen unbefangenen Umgang verbieten und die Rechtsparteien der ständigen Gefahr aussetzen, in die Nähe zum Nationalsozialismus gerückt zu werden. Diese Versuchung dürfte auch mit wachsendem zeitlichen Abstand zur Vergangenheit erhalten bleiben.

Ein zweites entscheidendes Erfolgshindernis hängt mit der Stigmatisierung zusammen: die Unfähigkeit der Parteien, sich als politische Kraft zu etablieren. Bezeichnend für die Durchsetzungsschwäche des neuen Populismus ist seine organisatorische Zersplitterung. Während es in anderen Ländern gelungen ist, verschiedene Stränge des populistischen Protests zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen, verlaufen diese Stränge in der Bundesrepublik in Gestalt mehrerer Parteien nebeneinander, die sich ihre Stimmen dadurch gegenseitig wegnehmen. Die Uneinigkeit hat sowohl zufällige als auch strukturelle Ursachen. Zu den zufälligen Faktoren gehört das Fehlen einer überzeugenden Führerfigur. Ein Blick auf die Nachbarstaaten zeigt, dass sich Entstehung und Durchbruch des neuen Rechtspopulismus ausnahmslos mit der Leistung einzelner Führungspersönlichkeiten – *Bossi, Berlusconi, Le Pen, Haider* – verbinden, deren charismatische Eigenschaften ihren deutschen Gegenstücken offenbar abgehen.



Dies verweist auf den anderen, strukturellen Faktor: das Funktionieren der Organisation. Weil sich die charismatischen Erfolgsbedingungen im Laufe der Zeit verbrauchen, droht die Attraktivität der populistischen Parteien irgendwann nachzulassen und ihr interner Zusammenhalt zu schwinden. Selbst erfolgreiche Parteien können an Rivalitäten und Richtungskämpfen zerbrechen, wenn die Voraussetzungen eines geregelten Konfliktaustrags nicht mehr gegeben sind. Bei den bundesdeutschen Rechtsparteien kommt erschwerend hinzu, dass sie eine unwiderstehliche Sogwirkung auf Gruppierungen und subkulturelle Milieus im rechtsextremen Lager ausüben. Selbst gemäßigte Vertreter des Rechtspopulismus sind nicht davor gefeit, durch rechtsextreme Personen und Gruppen unterwandert zu werden, die auf diese Weise aus der politischen Isolierung hervortreten wollen. Auch hier tut der „Schatten Hitlers“ also weiterhin seine Wirkung.

Bleibt als letztes die Frage nach den politischen Gelegenheiten. Hier ist das Bild auf merkwürdige Weise gespalten. Nimmt man allein die Regierungskonstellation, dann hätten sich die Mobilisierungschancen der Rechtsparteien in der 16-jährigen Ära Kohl eigentlich verbessern müssen. Ihr mäßiges Abschneiden scheint also darauf hinzuweisen, dass die von den Herausforderern thematisierten Probleme in der Bundesrepublik entweder keine große Rolle spielten oder von den Altparteien gut abgedeckt wurden. Der internationale Vergleich zeigt, dass der neue Rechtspopulismus seine Unterstützung vorrangig aus drei Themen bezieht: Parteienherrschaft, Wohlfahrtsstaat und Migration. Den größten Zuspruch verzeichnen dabei diejenigen Parteien, die aus allen Themen gleichzeitig Kapital schlagen und sie zu einer dauerhaften Gewinnerformel verbinden. Die deutschen Vertreter des Populismus waren und sind davon weit entfernt. Der Parteienstaat beispielsweise mag unter Intellektuellen regelmäßig Kontroversen auslösen, wird aber in der breiten Bevölkerung zumeist nur anlässlich von Skandalen virulent. Auch das Wohlfahrtsstaatsthema würde in der Bundesrepublik sicher nicht weniger Anknüpfungspunkte für eine Profilierung bieten als in anderen europäischen Ländern, doch wurde das Problem in den neunziger Jahren von den neuen Kräften nur halbherzig aufgegriffen. Ein zusätzliches Erschwernis für die Rechtsparteien stellten die Folgen des deutschen Vereinigungsprozesses dar. Zum einen fehlte es in der früheren DDR an einer breiten Mittelschicht, die man mit marktradikalen

Inhalten hätte ansprechen können. Zum anderen wirkte sich die Unzufriedenheit der Modernisierungsverlierer dort nicht zugunsten der Rechten aus, da mit der linkspopulistischen PDS eine andere, genuin ostdeutsche Protestalternative bereit stand.

Auch die mit der Migration verbundenen Probleme sind in der Bundesrepublik nicht zu einem permanenten Erfolgsgaranten der neuen Rechtsparteien geworden – so wie in Frankreich, Belgien, Norwegen oder Dänemark. Nachdem das Asylproblem 1993 von der Agenda verschwunden war, neigte sich deren Stimmenkurve bald wieder nach unten. Die Populisten mussten erkennen, dass ihnen die Ausländerpolitik unter normalen Bedingungen nur wenig Angriffsfläche bot. Symptomatisch dafür ist die Art und Weise, wie das Thema von den beiden Volksparteien angegangen oder vielmehr: *nicht* angegangen wurde. Obwohl Deutschland im europäischen Vergleich einen der höchsten ausländischen Bevölkerungsanteile aufweist, konnte die offizielle Regierungspolitik lange Zeit auf der Vorstellung – Kritiker würden sagen: Fiktion – beharren, wonach die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei und jeglicher Form des Multikulturalismus eine Absage erteilen. Durch das Festhalten an einem restriktiven Grundverständnis der Integration vergrößerten CDU und CSU während ihrer Regierungszeit zwar das eigentliche Problem. Gerade damit gelang es ihnen aber, das Aufkommen einer ausländerpolitischen Grundsatzdebatte zu verhindern, die den fremdenfeindlichen Kräften womöglich Auftrieb verschafft hätte. Nennenswerten Widerstand von Seiten der Sozialdemokratie brauchten sie dabei nicht zu fürchten.

### **Die misslungene Bundesausdehnung der Schill-Partei**

Das sensationelle Wahlergebnis der Schill-Partei bei der Hamburger Bürgerschaftswahl hat gezeigt, dass die Erfolglosigkeit des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik nicht von Dauer bleiben muss. Die neu gegründete Partei konnte triumphieren, weil sie einen Großteil der zuvor als Restriktionen genannten Bedingungen erfüllte: erstens gab es für sie in Hamburg durch das Kriminalitätsthema eine optimale politische Gelegenheitsstruktur, zweitens war ihr Gründer als früherer Amtsrichter im bürgerlichen Lager salonfähig, sodass man ihn also nicht ohne weiteres als Rechtsextremisten in die Ecke stellen konnte, und drittens verfügte Schill über genügend Ausstrahlungskraft und populistische Begabung, um die Nähe zum umworbenen Volk herzustellen.

Ihre hochfliegenden Hoffnungen auf eine Bundesausdehnung musste die Partei jedoch bald begraben. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Mai 2002 scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde und verpasste so den für eine erfolgreiche Bundestagswahlkampagne dringend benötigten Wiederholungserfolg. Vor diesem Hintergrund erwies sich die Entscheidung, bei der Bundestagswahl im September anzutreten, als fatal. Sie erfolgte gegen den Rat von *Schill*, dessen Warnungen an der Basis allerdings kein Gehör fanden. Das schwache Wahlergebnis gab dem Parteigründer Recht: Die Schill-Partei fiel mit 0,8 Prozent der Zweitstimmen auf das Niveau einer Splitterpartei zurück. *Schill* verlor daraufhin das Interesse an einer weiteren Expansion. Um seine angekratzte Position in Hamburg nicht noch weiter zu beschädigen, zog er sich ganz auf die Landespolitik zurück, wo er nach der gewonnenen Bürgerschaftswahl das Amt des Innensensors übernommen hatte. Die zwischenzeitlich gegründeten Landesverbände dümpelten in der Folge ebenso perspektivlos vor sich hin wie die Bundespartei. Diese bestimmte im Februar 2003 ausgerechnet *Schills* Hamburger Stellvertreter *Mario Mettbach* zu ihrem Vorsitzenden, der sich als ehemals führendes Mitglied der Statt-Partei mit gescheiterten Neugründungen gut auskannte.

#### Entzauberung des Politikers Schill

Dabei hätte gerade das Schicksal der Statt-Partei *Schill* eine Warnung sein müssen. Auch sie hatte die Bundesausdehnung im Überschwang ihres Hamburger Wahlerfolgs viel zu eilig in Angriff genommen und sich damit die Probleme aufgeladen, unter denen jetzt auch die Schill-Partei litt: Trittbrettfahrer aus dem rechtsextremen Lager, mangelnde Professionalität in der politischen Arbeit und innerparteiliche Streitigkeiten. Letzteres ging soweit, dass sich *Schill* bemüht fühlte, der eigenen Partei in aller Öffentlichkeit ein „Querulantenproblem“ zu attestieren, um sie von falschen Entscheidungen abzuhalten – wie sich zeigte, vergebens. Das öffentliche Bild der neuen Gruppierung verschlechterte sich dadurch rapide.

Dasselbe gilt für die Wahrnehmung der Regierungsrolle. Die Entzauberung des Politikers *Schills* setzte bereits bei den Koalitionsverhandlungen ein, als der frühere Amtsrichter ein ums andere Wahlversprechen zurücknehmen musste. Zusätzlich beschleunigt wurde sie durch die zahlreichen Pannen und Affären, die der frisch gebackene Innensensor zu Beginn seiner Amtszeit anhäuften – von Filzvorwürfen in der Personalpolitik bis hin zu ihm unterstellten Kontakten ins halbseidene Mi-

lieu. Sie erschütterten *Schills* Image als Saubermann gerade unter den bürgerlichen Wählern und trugen dazu bei, dass die eben erst gegründete Partei ihren Kredit (auch bei der Presse) in Rekordzeit verspielte.

Selbst wenn sie ihre Regierungsrolle in der Hansestadt besser ausgefüllt und die organisatorischen Probleme bei der Ausweitung halbwegs in den Griff bekommen hätte, wäre ein bundespolitischer Durchbruch der Schill-Partei im Jahre 2002 einer Sensation gleichgekommen. Der Erfolg in Hamburg verdankte sich einer spezifischen örtlichen Situation, die auf andere Länder und den Bund nicht ohne weiteres übertragbar war. Für die monothematische Ausrichtung des Wahlkampfes spielte es gewiss eine Rolle, dass hinter dem Kriminalitätsproblem ein tiefer verwurzelter Unsicherheits- und Entfremdungsgefühl stand, das die Wähler für die Parolen der Schill-Partei empfänglich machte. *Schills* Populismus war insofern durchaus anschlussfähig. Um über Hamburg hinaus erfolgreich zu sein, hätte ihn die Partei aber auf eine breitere Grundlage stellen müssen. Dem standen zwei wesentliche Hemmnisse entgegen. Zum einen sorgte die Regierungskonstellation im Bund dafür, dass potenzielle Mobilisierungsthemen wie Arbeitslosigkeit und Zuwanderung in den Händen der regulären Opposition gut aufgehoben waren. Für die rechte Konkurrenz standen sie damit nur begrenzt zur Verfügung. Zum anderen mangelte es dem Herausforderer an einem ideologischen Fundus, auf dem ein Themenwahlkampf programmatisch hätte aufbauen können. Anders als etwa *Pim Fortuyn* in den Niederlanden hatte Schill nicht das intellektuelle Format, um die Partei als ernstzunehmende Alternative auf Bundesebene zu profilieren. Die politische Phantasie des „Politikers wider Willen“ (*Schill* über *Schill*) reichte über die Grenzen seiner Heimatstadt kaum hinaus. Des Weiteren war es *Schill* nicht gelungen, prominente Überläufer aus anderen Parteien zu rekrutieren, was von den Wählern als politischer Fingerzeig hätte verstanden werden können.

Mit einer Rede im Deutschen Bundestag drei Wochen vor der Bundestagswahl unternahm der Parteigründer einen letzten verzweifelten Versuch, sich als nationale Größe öffentlich in Erinnerung zu bringen. Dieser Auftritt, der selbst von Parteifreunden als peinlich empfunden wurde und die Hamburger Koalition um ein Haar zu Fall gebracht hätte, markierte symbolhaft das Scheitern seiner bundespolitischen Ambitionen. Für *Ronald B. Schill* dürfte es damit auch in der Hansestadt enger werden: Ob er dem Schicksal der Statt-Partei entgehen kann, die den Wiedereinzug in das Landesparla-

ment 1997 verfehlte und daraufhin von der politischen Bühne ganz verschwand, ist aus heutiger Sicht keineswegs ausgemacht.

### **Möllemann und das „Projekt 18“ der FDP: eine rechtspopulistische Fata Morgana**

Nachdem die Sozialdemokraten ab 1999 in mehreren europäischen Ländern die Wahlen verloren und aus den Regierungen verdrängt wurden, war allenthalben von einem neuen Rechtsruck die Rede. Zumindest was

#### **Veränderungen liefen innerhalb des rechten Lagers ab**

die längerfristige Wählerentwicklung angeht, wird dieser Trend durch die Zahlen nicht bestä-

tigt. Betrachtet man allein die Wahlergebnisse der großen Volksparteien, stehen die Sozialdemokraten sogar besser da als ihre christdemokratischen Kontrahenten, deren Stimmenanteile in Ländern wie Belgien, Holland oder Österreich seit den fünfziger Jahren praktisch halbiert wurden. Die eigentlich bemerkenswerten Veränderungen liefen innerhalb des rechten Lagers ab. In dem Maße, wie die Christdemokraten schwächelten, konnten ihre bürgerlichen Konkurrenten zulegen. In einigen Ländern kam dies insbesondere den liberalen Vertretern zugute, die sich nun konsequenterweise nach rechts ausrichteten. In anderen Fällen profitierte ein neuartiger Parteientyp, der in den meisten europäischen Ländern etwa zeitgleich, nämlich Mitte der achtziger Jahre, entstanden war und in seiner wirtschaftspolitischen Programmatik ebenfalls liberale Züge aufwies: der Rechtspopulismus.

#### **Westerwelle hatte programmatische Öffnung nach rechts nicht im Sinn**

Auch dieser Trend ging an der Bundesrepublik scheinbar spurlos vorüber. Anders als in den Nachbarländern blieb die FDP hier im Ghetto der Einstelligkeit bis zuletzt gefangen. Zwar konnten die Liberalen als Oppositionspartei nach 1998 in der Wählergunst wieder zulegen, doch verdankte sich das in erster Linie einer durch die Parteispendenaffäre ins Straucheln geratenen Union und nicht eigenem Zutun. Vor diesem Hintergrund erhielten diejenigen in der Partei Auftrieb, die der FDP empfahlen, sich durch eine strategische Neupositionierung verstärkt für neue Wählerschichten zu öffnen. Am lautesten vertreten wurde diese Position von *Jürgen W. Möllemann*, der als Chef des mitgliederstärksten Landesverbandes zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender war. Mit einem konsequent geführten Medienwahlkampf hatte Möllemann bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2000 für seine Partei ein unerwartet gutes Ergebnis eingefahren. Mit diesem Erfolg im Rücken konnte er die Ablösung des ungeliebten Bundesvorsitzenden *Gerhardt* betreiben und den neuen Parteichef *Guido Westerwelle* auf das von ihm konzipierte „Projekt 18“ verpflichten, das aus der FDP eine liberale Volkspartei machen sollte. *Westerwelle* war für die Neuausrichtung empfänglich, wollte diese aber im Wesentlichen auf eine Popularisierung der Wähleransprache begrenzt wissen. Eine programmatische Öffnung nach rechts hatte der Vorsitzende nicht im Sinn; deshalb vermied er es, die Debatte über die ideologischen Implikationen des Projekts 18 innerhalb der Partei zu führen.



Die Wegbereiter des Projekts 18

Auch *Möllemann* hielt sich, was diese Implikationen anging, zunächst bedeckt. Der Verdacht, er wolle die Grundachse der Liberalen nach rechts verschieben, kam erst im Frühjahr 2002 auf, als sich die Partei für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf rüstete. *Möllemann* hatte das Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, *Michel Friedman*, in mehreren Interviews scharf angegriffen und dabei den Eindruck erweckt, er würde mit antisemitischen Klischees spielen. Kritiker werteten dies als gezielten Versuch, die FDP nach dem Vorbild der österreichischen FPÖ auf einen rechtspopulistischen Kurs zu führen. Sie fühlten sich in diesem Verdacht durch die Person von *Möllemanns* Wahlkampfberater, *Fritz Goergen*, bestärkt, der aus Österreich stammte und die Bedingungen von *Haiders* Aufstieg vor Ort gründlich studiert hatte.

Der Rechtspopulismusverdacht ging freilich aus zwei Gründen an der Sache vorbei. Der erste Grund

#### Rechtspopulismusverdacht ging an der Sache vorbei

betrifft die Vorgeschichte der als antisemitisch gebrandmarkten Interviewäußerungen, denen eine massive Kritik *Möllemanns* an der israelischen Besatzungspolitik in Palästina vorausgegangen war, auf die sich die Reaktion *Friedmans* bezog. *Möllemann* war in dieser Angelegenheit ein Überzeugungstäter, der aus seinem pro-arabischen Standpunkt in der Nahostfrage nie einen Hehl gemacht hatte. Die Attacken auf *Friedman* entsprangen insofern nicht einer langfristig vorgeplanten politischen Strategie, sondern trugen eher spontanen Charakter und waren ein Produkt des kolloquialen Redestils *Möllemanns*. Der zweite Grund bezieht sich auf die mit den inkriminierten Aussagen angeblich verbundenen Absichten. Wenn *Möllemann* tatsächlich eine rechtspopulistische Kursänderung der FDP verfolgt hätte, war der Antisemitismus dafür das denkbar ungeeignetste Thema. Populisten müssen, wenn sie hierzulande Erfolg haben wollen, einer Stigmatisierung als rechtsextrem unter allen Umständen entgehen. Weil *Ronald Schill* diese Lektion in Hamburg beherzigte, konnte er seine politischen Gegner offensiv angehen. *Möllemann* hatte sich durch die unbedachten Äußerungen demgegenüber ohne Not in die Defensive gebracht und dadurch das Fundament seines eigenen „Projekts 18“ untergraben.

Eine Erfolg versprechende rechtspopulistische Strategie hätte neben einer konsequenten Anti-Establishment-Orientierung vor allem die Thematisierung des Zuwanderungsproblems erfordert, das in

anderen Ländern längst zum wichtigsten Mobilisierungssissue der Rechtsaußenparteien avanciert ist. Für beides waren die Chancen in der FDP von Anfang an gering. Eine Anti-Establishment-Orientierung würde die notorische Regierungspartei FDP ihrem Wählerpublikum glaubwürdig nicht vermitteln können. Und für eine restriktive Politik in Sachen Einwanderung und Multikulturalismus gibt es innerhalb der Liberalen keine ideologische Basis mehr, nachdem die Partei ihre nationalen Traditionen, die in den fünfziger Jahren noch eine wichtige Rolle spielten, weitgehend abgeschüttelt hat. Das ruhmlose Ende des „Projekts 18“ hat gezeigt, dass es in einer durch und durch bürgerlichen Partei wie der FDP, die zum Teil immer noch Züge einer Honoratiorenpartei trägt, nicht einmal möglich war, die Basis für eine gebremste populistische Strategie der Wähleransprache zu erwärmen. Insofern kam es für die Parteiführung um *Guido Westerwelle* gewiss nicht ungelegentlich, dass sie die Schuld am schwachen Bundestagswahlergebnis ganz auf *Jürgen Möllemann* abladen konnte.

#### Rechtspopulismus in der Bundesrepublik: auf immer chancenlos?

Im Frühjahr 2003 erschien *Möllemanns* Buch „Klartext“, in dem der frühere Parteivize mit der FDP-Führung gnadenlos abrechnete. *Möllemann* konkretisierte darin die Vision einer liberalen Volkspartei, hielt sich aber, was seine eigene politische Rolle und Zukunft angeht, noch weitgehend bedeckt. Mit *Möllemanns* Freitod im Juni 2003 hat sich diese Frage auf tragische Weise erledigt. Die Einsicht, dass es für ihn diesmal keine Hoffnung auf ein neuerliches Comeback mehr geben würde, mag einer der Gründe für diesen Schritt gewesen sein, der den Schlusspunkt unter eine der bemerkenswertesten Politikerkarrieren der Bundesrepublik setzte. Wenn *Möllemann* seine vagen Andeutungen wahrgemacht und nach seinem erzwungenen Austritt aus der FDP (März 2003) eine neue Partei ins Leben gerufen hätte, so wäre diese Partei in der Tat mit denselben organisatorischen Problemen konfrontiert gewesen wie alle Neugründungsversuche vor ihr. Was die Fähigkeit zur populistischen Wähleransprache angeht, war *Möllemann* der Konkurrenz hierzulande zweifellos weit voraus. Eine neue Partei hätte es ihm zudem erleichtert, eine Anti-Establishment-Strategie zu verfolgen, was in der bürgerlichen FDP – wie gesehen – nicht gelingen konnte (und darum auch nicht ernsthaft versucht wurde). Ob darüber hinaus thematische Gelegenheiten für eine ‚Möllemann-Partei‘ entstanden wären, bleibt allerdings die Frage. Eine weitere liberale Partei neben der FDP macht wenig

Sinn und Würde diese wohl kaum verdrängen können. Eine rechtspopulistisch ausgerichtete Gruppierung nach dem Vorbild der FPÖ stünde wiederum vor dem Problem, dass sie ihre restriktiven Positionen in Konkurrenz zur CDU/CSU vertreten müsste, die bisher noch alle Übergriffe von rechts erfolgreich abgewehrt hat.

Ganz oben auf der Liste der potenziellen Mobilisierungsthemen des Populismus steht auch in der Bundesrepublik die Migration. Die bitteren Erfahrungen vergangener Wahlkämpfe haben die SPD gelehrt, dieses Thema als Regierungspartei mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Um die Zustimmung der Union zum geplanten Zuwanderungsgesetz zu erreichen, war sie deshalb in der letzten Legislaturperiode zu weit reichenden Zugeständnissen bereit. Dass sich die C-Parteien einem Kompromiss am Ende verweigert haben, mag ihre Integrationsfähigkeit nach rechts einstweilen verbessern. Auf lange Sicht werden CDU und CSU jedoch nicht umhinkommen, sich auf die Realität einer faktischen Einwanderungsgesellschaft einzulassen und an deren Gestaltung konstruktiv mitzuwirken. In der Debatte ist ja zu Recht auf die weitgehenden Übereinstimmungen hingewiesen worden, die zwischen der Regierungsvorlage und dem Papier der sog. Müller-Kommission bestehen, in dem die CDU ihre Vorstellungen von einer modernen Zuwanderungspolitik formuliert hat. Dass die Union hinter die

**Migration:** dort gefundenen Einsichten wieder zurückfällt, ist angesichts des vorhandenen Problemdrucks in dieser Frage nur schwer vorstellbar. Gerade damit würde sie aber der rechten Konkurrenz ein Feld überlassen, das sich für die populistische Stimmungsmache wie kein anderes eignet.<sup>2</sup>

Ein nüchterner Blick auf die Nachbarstaaten zeigt, dass der Rechtspopulismus dort mittlerweile zur Grundausstattung der politischen Systeme gehört;

in ihm offenbart der Parteienwettbewerb seine hässliche Kehrseite. Eine rechtspopulistische Kraft auf der nationalen Ebene würde die Bundesrepublik also lediglich der europäischen Normallage annähern. Wenn sie das Organisationsproblem löst und ihr eine überzeugende Führerfigur zuwächst, wäre es auch hierzulande denkbar, dass eine solche Partei Fuß fasst und mehr als nur singuläre Erfolge erzielt. Die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Fall eintritt, mag zurzeit noch gering sein; dennoch sollte man sich rechtzeitig auf ihn einstellen



*Prof. Dr. Frank Decker lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und ist dort erreichbar über das Seminar für Politikwissenschaft, Lennéstraße 27, 53113 Bonn, E-Mail frank.decker@uni-bonn.de*

<sup>2</sup> Dass auch Unionspolitiker die Brisanz des Zuwanderungsthemas bisweilen verkennen, lässt sich beispielhaft an den jüngsten integrationspolitischen Vorstößen der nordrhein-westfälischen CDU ablesen. Deren Vorsitzender *Jürgen Rüttgers* hatte im Februar 2003 den an sich bedenkenswerten Vorschlag gemacht, die Quote der ausländischen Kinder in den Schulklassen künftig zu regulieren. In der Praxis würde das bedeuten, dass die ausländischen Kinder mit dem Bus hin- und hergefahren werden müssten, um sie auf die Schulen gerecht zu verteilen. Ob *Rüttgers* sich über die Tragweite seines Vorschlags im Klaren war, ist fraglich. Es ist kaum anzunehmen, dass eine künstliche Erhöhung des ausländischen Schüleranteils in den besser situierten Wohngebieten von der dortigen deutschen Mehrheitsbevölkerung widerspruchslos hingenommen würde. In den USA, wo das „busing“ in den sechziger Jahren erfunden wurde, rief die erzwungene Integration den geballten Protest der betroffenen Eltern hervor. Damit wurde sie zu einem Geburtshelfer der sog. Neuen Rechten, die sich fortan innerhalb der Republikanischen Partei formierte und die spätere Gegenrevolution der Reagan-Ära vorwegnahm.

## Inszenierte Politik und Glaubwürdigkeit – ein Widerspruch?

Frank Priess

Frank Priess setzt sich in seinem Beitrag mit dem Verhältnis der Politik zu den Medien auseinander. Er legt nicht nur dar, dass die Inszenierung von Politik so neu nicht ist, wie sie in der aktuellen Klage über den Showcharakter medial vermittelter Politik erscheint, sondern er begründet auch, weshalb Politik sich bei ihrer öffentlichen Präsentation der Logik der Medien unterwirft. Dabei geht er auch auf Veränderungen ein, u. a. die zunehmende Unterhaltungsdominanz in den Medien und die wachsende Bedeutung des Internet als Informationsquelle.

Aller medialen Inszenierungskunst zum Trotz sei nach wie vor für politische Überzeugungskraft entscheidend, dass Politik glaubwürdig bleibt. In der Wachsamkeit gegenüber den Vereinfachern dieser Welt nicht nachzulassen, sei weiter Aufgabe politischer Bildung, die zudem die Medienkompetenz der Bürger erhöhen und die Sensibilisierung gegenüber medial vermittelter Politik verstärken sollte.

„Politik ist eine Ware auf dem Markt, der die besten Erträge für Unterhaltungsangebote verspricht. Also verwandelt sich Politik in Unterhaltung. Sie wird zum Medienspektakel.“

Richard von Weizsäcker (Die Zeit, 27.02.2003)

### Spielregeln der mediatisierten Gesellschaft: Thema für die Politische Bildung

Das Lamento ist jetzt schon seit vielen Jahren zu hören und Ausgangspunkt sind, wie könnte es anders sein, die Vereinigten Staaten von Amerika: Politik sei mehr und mehr zu einer inhaltsleeren Show verkommen, Unterhaltungselemente dominierten die Sachdebatte, Politiker wetteiferten mit Schauspielern um öffentliche Aufmerksamkeit und mit schauspielerischen Mitteln untereinander. Als „Hollywood des Ostens“ hat Wahlkampfbeobachter *Bruce Newman* die Hauptstadt Washington identifiziert und Kollegen in Berlin, Bangkok und Buenos Aires würden ihm mit Blick auf die eigenen nationalen Realitäten wohl beipflichten.

Viel scheint passiert zu sein, seit Parteimitglieder und Parteiapparate die politische Kommunikation fast im Alleingang bestimmen konnten und der direkte Draht zu einigen wenigen aber wichtigen Journalisten öffentliche Aufmerksamkeit garantierte, als es noch eher die Stamm- denn die Wechselwähler waren, deren Mobilisierung wahlentscheidend war. Aber schon hier möchte man innehalten und fragen: Was ist wirklich so neu am Neuen, das wir heute wahrnehmen? 1960 etwa fand das le-

gendäre Fernsehduell zwischen *Richard Nixon* und *John F. Kennedy* statt, das aufgrund der Telegenität des Letztgenannten die Wahl entschieden haben soll. In Deutschland wurde es 2002 als Novum gefeiert, dass sich die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien erstmals in einem ähnlichen Format in diesem Bildmedium begegneten. Und interessant auch, dass sich eine große Zahl von Wählern dann diesen fast zweistündigen Argumentationsaustausch ansah, bei dem schon die verabredete Struktur größere Spontaneität oder einen höheren Unterhaltungswert verhinderte. Neu war dann auch die Erkenntnis nicht, dass solche Debatten erst nachträglich durch ein entsprechendes *framing* verschiedenster Interpreten gewonnen und verloren werden, ausgestattet dabei mit den aktuellsten Umfragezahlen über die Einschätzung der Bürger zur jeweiligen Performance.



Legendäres Fernsehduell Kennedy – Nixon

Personalisiert scheinen Wahlen auch in parlamentarischen Demokratien zu werden, dominant wirken die Kandidaten gegenüber ihren Parteien,

**Dominanz  
der Kandidaten gegen-  
über ihren Parteien  
ist nicht neu**

aber auch dies ist nicht wirklich neu. Wer würde bestreiten, dass die Persönlichkeit eines *Konrad Adenauer*, *Willy Brandt*, *Helmut Schmidt* oder *Hel-*

*mut Kohl* ganz entscheidend für die respektiven Wahlerfolge war und der jeweilige Kandidat auch ganz bewusst in das Zentrum von Kampagnen gerückt wurde: „Auf den Kanzler kommt es an“ oder schlicht „Willy wählen“ lauteten die Botschaften, auf dem Höhepunkt *Kohlscher* Popularität war dieser sogar soweit selbst die Botschaft, dass seine Großplakate auf jegliche Schriftaussage verzichteten und nur den Giganten in der Menge wirken lie-

Ben. „Personen“, so der Chef der erfolgreichen Werbeagentur *Scholz & Friends*, *Sebastian Turner*, „sind für die Wähler wichtig. Die Inhalte sind oft schwierig und ungegenständlich, dagegen trauen wir uns alle Menschenkenntnis zu. Damit ist das Einschätzen des Kandidaten oft einfacher als das seines Programms.“ So *bleibt* Personalisierung eher ein Merkmal von Politikpräsentation, als dass es sich hierbei um etwas völlig Neues handelte, auch wenn ein Verstärkungseffekt gerade für die etablierten Parteien-demokratien Westeuropas nicht zu leugnen ist.

Spannend ist die Frage, wohin die unbestreitbare Personalisierung politischer Inhalte die politischen Akteure treibt, wie weit die der Medienpräsenz und ihrer Logik geschuldete Inszenierung geht und nicht zuletzt, wie sie von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen wird. Hat möglicherweise *Peter Glotz* recht, wenn er schreibt: „Der Kanzlerkandidat einer politischen Partei konkurriert

#### Politiker konkurriert mit Michael Douglas

selbstverständlich mit allen anderen Hauptdarstellern, die im Medium Fernsehen auftreten. Eine kleine Schicht von Spezialisten unterscheidet exakt zwischen der Tagesschau, in der der Kanzlerkandidat der SPD ein Statement ab-

gibt, und dem Unterhaltungsfilm, in dem *Michael Douglas* den amerikanischen Präsidenten spielt. Der normale Zuschauer bewertet beide als Hauptdarsteller. So konkurriert ein Politiker mit *Michael Douglas*. Die Mehrheit des Publikums vermisst an ihm Emotion, Charme, Pathos oder was immer. Das führt dazu, dass sich Parteien immer mehr nach Spitzenkandidaten sehnen, die *Michael Douglas* so ähnlich sind wie möglich.“ *George Bush* etwa scheint hier durchaus neue Maßstäbe setzen zu wollen, etwa wenn er nach gewonnenem Irak-Krieg im Kampf-Jet auf einem Flugzeugträger landet oder dafür sorgen lässt, dass sein Profil vor der steinernen Kulisse von Mount Rushmore in einer Linie mit prominenten Vorgängern wahrgenommen wird. Andererseits hat beim Wettstreit 2000 mit *Al Gore* nach übereinstimmender Meinung aller Beobachter keineswegs der höhere Grad von Telegenität den Ausschlag gegeben, und für deutsche Politikerinnen und Politiker gilt allemal, dass nicht nur der mediale Schein das reale Sein der Wahlchancen bestimmt. Gleichwohl ist das Verschwimmen von *facts and fiction* überaus ernst zu nehmen. Sendeformate für Doku-Dramen wie „*JFK*“ entwickeln eine hohe Suggestivität, die auch am mittlerweile medienerfahrenen Publikum nicht so ohne weiteres abprallt.



Politik konkurriert gegen Glamour

Schmökert man in älterer Wahlliteratur, stellt man schnell fest, dass schon seit Jahrzehnten deutsche Wahlkampfmanager nach Amerika pilgerten, um ihren Werkzeugkasten mit den neuesten Instrumenten auszustatten, um zu kiebitten und zu lernen. Die technologische Entwicklung hat dabei zu einer stetigen Fortentwicklung beigetragen: Der

**Viel Evolutionäres – wenig Revolutionäres** Begriff von der „permanenten Kampagne“ ist in aller Munde, Schnelligkeit ist Trumpf, Umfragedaten leiten nicht selten Themensetting und Timing. Allerdings findet sich auch hier viel Evolutionäres und wenig Revolutionäres: Saßen früher etwa Freiwillige der Parteien an den Telefonen, um Wähler auf diesem Wege zu mobilisieren, werden diese Funktionen heute zumindest in den gut finanzierten Kampagnen der USA mittels hoch spezialisierter Call Center wahrgenommen, die in kürzester Zeit an mehr als 1000 dezentralen Arbeitsplätzen hunderttausende von Anrufen realisieren und schon wenige Minuten nach Auftragserteilung tätig werden. Kein Wunder, dass bei der Präsidentschaftswahl 2000 in den USA 53 Prozent der Wähler angaben, von einer der Kampagnen telefonisch kontaktiert worden zu sein. Mit dem Wort *Dialogmarketing* wird dann ein nettes neues label aus der Wirtschaftskommunikation importiert und schmückt die Beraterelite, die der stauenden Klientel die jeweils neuesten Spielzeuge präsentiert und ihre Nützlichkeit in punkto Modernität unter Beweis stellt.

Auch bei den Fernsehspots – sie gehören heute zu jeder halbwegs bedeutenden Kampagne und verschlingen regelmäßig den Löwenanteil des Budgets – ist es mehr die Masse, die sich verändert hat.

**Muster von Lebensstilen taugen eher als sozialdemographische Daten** Das Instrument selbst geht – wie könnte es anders sein – auf die Ursprünge der Entwicklung dieses Mediums zurück.

Wiederum scheint es die Produktwerbung gewesen zu sein, die der Politik den Weg gewiesen hat, zumal sich oft die gleichen Produktionsfirmen und Agenturen darum bemühen, Markenartikel aus beiden Welten an die Konsumenten bzw. die Wähler zu bringen. Seit eh und je versucht dann eine Wahlkampagne, das unbekannte Wesen Wähler etwas mehr zu entschlüsseln, wofür heute zugegebenermaßen weniger sozialdemographische Daten als Muster von Lebensstilen zu taugen scheinen. Auch scheint es in der Tat so zu sein, dass Wählerinnen und Wähler pragmatischer geworden sind, situationsbezogener entscheiden, Loyalitäten leichter aufgeben oder gar nicht erst

entwickeln, dass das *targeting* differenzierter werden muss, um einen weiteren schönen neuen Begriff zu verwenden. Und natürlich wird in diesem Umfeld auch die Zeit des Wahlkampfes, der Kampf um die Unentschiedenen, an Bedeutung gewinnen.

Professionalisierung und Differenzierung haben begleitend dazu in der Gruppe derer stattgefunden, die Kampagnen und politische Kommunikation konzipieren, begleiten, realisieren. Längst bedienen sich die Parteiapparate externer Experten, die ihr sehr spezifisches Know how zu jedem aktuellen Marketinginstrument anbieten und das Fachwissen komplettieren, das in der Partei selbst vorgehalten wird. Ausgehend von den USA finden sich mittlerweile in fast allen Ländern Fachverbände von Politikberatern, ausgestattet mit eigenen Zeitschriften und einer umfangreichen Weiterbildungspalette. „Söldner des politischen Kampfes“ haben mittlerweile fast überall bewiesen, dass sich Kenntnisse aus den Wahlschlachten der USA und Europas gut exportieren lassen. Auch in Lateinamerika sind viele Berater längst überregional tätig und tragen ihren Teil zur Globalisierung politischer Kommunikation bei. Studiengänge wie die der „Graduate School of Political Management“ an der „George Washington University“ oder der „Kennedy School of Government“ in Harvard lehren überdies systematisch, was zum Wahlkampf-, Partei- und Regierungshandwerk gehört. Immer mehr Nachahmer in aller Welt kopieren solche Angebote einer Wachstumsbranche.

### Mehr Mitspieler im Konzert

Auch in der Politik und der politischen Auseinandersetzung in Wahlkämpfen scheint es aber den Punkt

**Der Glaube, der Bürger lechze nach politischen Informationen, führt geradewegs in die Kommunikationskatastrophe** zu geben, wo quantitative Veränderungen in qualitative umschlagen, wo Veränderungen des Umfeldes von Politik einen Paradigmenwechsel bewirken. Vorbei sind die Zeiten, wo auch die langweiligsten Politik-Formate auf den wenigen vorhandenen Kanälen des Fernsehens schon mangels Alternative hohe Einschaltquoten garantierten. Unter „Vielkanalbedingungen“ (Winfried Schulz) muss sich Politik im Wettbewerb mit Unterhaltungsangeboten behaupten! Zu glauben, der Bürger lechze geradezu nach politischen Informationen, erweist sich als schlimme Fehleinschätzung und führt geradewegs in die Kommunikationskatastrophe. Hier er-



gänzen sich übrigens die Erfahrungen praktischer Politik und politischer Bildung in kongenialer Weise, wie Praktiker beider Seiten immer wieder bestätigen.

Das Fernsehen zumal ist ein Bilder- und Unterhaltungsmedium. Wer sich seiner Logik nicht anzupassen versteht, findet medial schlicht nicht statt. Spätestens hier hat Ex-Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* natürlich recht, wenn er solche Fernsehangebote gemeinsam mit ihren Pendants

### **Spielfeld für Leitmedien wird der Boulevard**

im Printbereich rubriziert: „Das Spielfeld für Leitmedien wird der Boulevard. In der Boulevardpresse fehlt es keineswegs an massiven politischen

Meinungen, ja Kampagnen. Aber sie sind in lässiger Unterhaltung gut verpackt. Sie wirken unter dem Reiz eines anschwellenden Geraunes über Politikehen, hinter illustrierten Aufmachern preisgebener Intimität, werden verborgen durch Stars, die als Mitspieler oder Opfer mit dem Klatschbedürfnis jonglieren. Nach wie vor gibt es Journalismus von hoher Qualität. Aber seine Wirkung auf die öffentliche Meinungsbildung ist zurückgegangen. Politik als Beruf ist davon wesentlich betroffen.“ (*Die Zeit*, 27.02.2003) Die Fernbedienung des Bürgers erweist sich dabei allemal als wirkungsvolle Waffe gegen Langweiler und Missionare, bringt ihn aber auch vor ein gewisses Dilemma: Einerseits beklagt er in seinen bewussten Momenten die immer stärkere Unterhaltungsorientierung und Sinnentleerung von Politik, gleichzeitig aber kurvt er, wie Einschaltquoten schnell belegen, zielsicher um alle Angebote, die geistig zu anstrengend zu werden versprechen. „Die Adressaten der Politikvermittlung – die Bürger – sind ein schwieriges Publikum,“ schreiben *Wilhelm Staudacher* und *Wolfram Brunner* zu Recht und fahren fort: „Durch Pluralisierung und Individualisierung haben sich die Interessen der Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit potenziert. Die Parteien stöhnen über den neuen, offeneren und wankelmütigeren Wählermarkt. In der Freizeitgesellschaft sind Bürger für Politik kommunikativ nur schwer zu erreichen. Dabei wird die Erreichbarkeit durch die zunehmende Fragmentierung der Mediennutzung und die Entstehung vieler kleiner Publika noch erschwert.“

Der Politik vorzuwerfen, sie trage dem zu sehr Rechnung, gar eine Verhaltensänderung zu verlangen, geht an der Realität der modernen Mediengesellschaft vorbei. Natürlich: jede Politikerin und jeder Politiker muss sich

### **Der Politiker muss sein Publikum erreichen**

im Printbereich rubriziert: „Das Spielfeld für Leitmedien wird der Boulevard. In der Boulevardpresse fehlt es keineswegs an massiven politischen

überlegen, in welchem Umfeld er sich und seine Ideen präsentiert sehen will – bei direkter Werbung übrigens bestimmt er dies wesentlich direkter als beim Auftritt in redaktionell betreuten Programmen -, erreichen aber muss er sein Publikum. Telefonkontakte, *mailings* und eine immense Anzahl von Hausbesuchen ergänzen den Kampagnenmix. Ohne die Medien und die Nutzung ihrer Funktionsgesetze aber wird es nicht gehen. Und die höhere Auswahl an Informationskanälen kommt auch der Politik zugute, sogar im Fernsehen, wie sich aus *Barbara Sichtermanns* Analyse für die deutsche Situation ergibt: „Man sollte die Verflachung des Informationswesens eingestehen – dabei aber gleichzeitig an die Ausdifferenzierung auf dem Medienmarkt und im gesamten Fernsehprogramm denken. Zugleich mit ‚Akte 2000‘ kam *Sandra Maischberger* – das heißt, während einerseits der Spaßfaktor die politischen Inhalte entschärft, wird andererseits Seriosität in reinen Nachrichtenkanälen programmatisch gepflegt.“ Selbst die Unterhaltungsorientierung kann nach ihrer Aussage etwas Positives haben: „In ruhigen Zeiten tut es der Politik ganz gut, wenn sie von den Medien und Moderatoren ein wenig Inszenierungskunst, sprich richtige Beleuchtung, raffinierte Steigerung, spannungsgeladene Rhythmisierung und aggressive Zuspitzung verordnet bekommt.“ *High Tech* und *High Touch* also – die Verbindung von medialer und personaler Kommunikation ist das Erfolgsrezept.

Auch scheint der Bürger ziemlich genau zu wissen, was er von welchem Medium erwartet. So belegen neueste Untersuchungen aus den USA, wie sehr sich mittlerweile das Internet als Informationsquelle auch in Wahlkampfzeiten etabliert hat. Hier wird offenbar von einer immer größer werdenden

### **Internet hat sich als Informationsquelle auch in Wahlkampfzeiten etabliert**

Zahl von Wählern gezielt zwischen den Angeboten verglichen, werden Programme abgerufen oder Direktkontakte mit den Kandidaten gesucht.

Auf die Frage, welches das wichtigste Medium für die Wahlinformation gewesen sei, antworten zwar immer noch drei Viertel der Befragten zugunsten des Fernsehens, rund elf Prozent aber nennen das Internet: Tendenz steigend. Für die Politik hat dies überdies den Vorteil, dass journalistische Filter entfallen und eine direkte Kommunikation der eigenen Inhalte möglich wird. Auch ist das Internet dabei weit mehr als ein reines Informationsmedium: für jede gute Kampagne ist es mittlerweile *die* Aktions- und Kommunikationsplattform mit hoher Interaktivität, die zur Mobilisierung von freiwilli-

gen Helfern, zum *Fundraising*, zum internen Austausch unter Aktivisten, zur Gegnerbeobachtung und vielem mehr taugt.

**Politische Bildung muss Sensibilisierung gegenüber medial vermittelter Politik verstärken und Medienkompetenz der Bürger erhöhen**

Für die Politische Bildung heißt all dies natürlich, die Sensibilisierung gegenüber medial vermittelter Politik zu verstärken und vor allem die Medienkompetenz der Bürger zu erhöhen. Sträflich ist es,

dass Medienpädagogik nicht heute schon einen wesentlich höheren Stellenwert im formalen Bildungssystem einnimmt und es außerschulischen Angeboten überlassen bleibt, die Lücke zu schließen. Gleichwohl kann kaum von „medialen Analphabeten“ auf der ganzen Linie ausgegangen werden. Dass Bürger gerade in Krisenzeiten verstärkt die als seriöser geltenden Informationsangebote der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten nutzen und ihnen insgesamt und nach wie vor hohe Einschaltquoten sichern, zeigt, welche Mündigkeit auch hier bei allem Kulturpessimismus vorausgesetzt werden kann: So, wie Parteien mit immer pragmatischer denkenden Wählern konfrontiert sind, unterliegt auch die Auswahl von Medien- und Bildungsangeboten in der Regel klaren Nutzenerwägungen: darauf muss sich Politische Bildung einstellen und tut dies auch bereits.

**Höherer Aufwand – abnehmende Wirkung**

Die Hälfte seines Werbeetats, soll einmal *Henry Ford* gesagt haben, sei bestimmt rausgeschmissenes Geld, er wisse nur nicht, welche Hälfte. Trotz aller Werbewirkungsforschung scheint solcher Grenznutzen sowohl bei kommerzieller als auch bei politischer Werbung heute sogar noch ungünstiger auszufallen. Um die begrenzte Aufmerksamkeit des Bürgers konkurrieren immer mehr Angebote.

**Um die begrenzte Aufmerksamkeit des Bürgers konkurrieren immer mehr Angebote**

Um die begrenzte Aufmerksamkeit des Bürgers konkurrieren immer mehr Angebote. Hinzu kommt, dass mindestens in Deutschland, Werbung von den Menschen als hochgradig unangenehm empfunden wird und man versucht, ihr auszuweichen. Nun mag dies auch an vergleichsweise blöden Spots liegen, die die menschliche Intelligenz vollständig missachten – manch kreative Agentur reagiert da schon wirkungsvoll mit unterhaltsamen Mini-Geschichten oder einer Logik im Video-Clip-Format – gleichwohl stellt der Versuch einer hohen Kontaktwahrscheinlichkeit von Botenschaft und Wähler gerade die *Fundraiser* vor erhebliche Herausforderungen.

Wie kann man also, und das dürfte im Sinne der Stärkung der Demokratie die größte Herausforderung für alle Beteiligten sein, Form und Inhalt versöhnen, mit angemessener politischer Kommunikation zu einem besseren Verständnis des politischen Prozesses und im günstigsten Falle zur Minderung von Politikverdrossenheit beitragen? Wie kann man modern und effizient kommunizieren, ohne dass der Generalverdacht aufkommt, hier werde lediglich versucht, den Bürger mittels „geheimer Verführer“ über den Tisch zu ziehen? Politik hat dabei nicht nur ein Kommunikationspro-

hebliche Herausforderungen. Dass Präsident *Bush* nach eigenen Worten für seine Wiederwahlkampagne mindestens 170 Millionen Dollar sammeln will, kommt da nicht von ungefähr. Ein Drittel ihrer Zeit, so Wahlanalytiker in den USA, verwenden Politiker mittlerweile auf die Geldbeschaffung, eine Tendenz, die – wiewohl unerfreulich – unvermeidlich zu sein scheint.

Alles zusammen genommen, die zunehmende Unterhaltungsdominanz in den Medien, die Fragmentierung des Publikums durch immer mehr Programme auf immer mehr Kanälen, die Diversifizierung und Spezialisierung der Angebote sowie die Tendenz, selbst das Fernsehen als „Nebenbei-Medium“ zu nutzen, hatte für Medien und Politik Konsequenzen: „Alle Entwicklungen“, so der Münsteraner Medienwissenschaftler *Winfried Schulz*, „scheinen auf den ersten Blick die Macht der Medien eher zu begrenzen als zu erweitern: Die Dominanz der Unterhaltung im Mediensystem und der Unterhaltungsslalom beim Fernsehen vermindern den Einfluss politischer Medieninhalte; die Fragmentierung der Publika begrenzt etwaige Umstimmungen auf relativ kleine Bevölkerungsgruppen; die abnehmende Kontaktqualität macht nicht nur werbliche, sondern auch politische Beeinflussung immer schwieriger.“ Gleichzeitig aber konstatiert er, dass dem Machtverlust einzelner Medien ein Machtgewinn der Medien insgesamt gegenüberstünde. Und hier schließt sich der Kreis: Nach wie vor und weniger denn je kann Politik auf mediengerechte Darstellung verzichten, gilt es, die entsprechenden Selektionskriterien zu kennen und ihnen Rechnung zu tragen und den Faktor Imagebildung nicht gering zu schätzen.

**Weniger denn je kann Politik auf mediengerechte Darstellung verzichten**

Wie kann man also, und das dürfte im Sinne der Stärkung der Demokratie die größte Herausforderung für alle Beteiligten sein, Form und Inhalt versöhnen, mit angemessener politischer Kommunikation zu einem besseren Verständnis des politischen Prozesses und im günstigsten Falle zur Minderung von Politikverdrossenheit beitragen? Wie kann man modern und effizient kommunizieren, ohne dass der Generalverdacht aufkommt, hier werde lediglich versucht, den Bürger mittels „geheimer Verführer“ über den Tisch zu ziehen?

**Versöhnung von Form und Inhalt**

Politik hat dabei nicht nur ein Kommunikationspro-

blem. Viel Bürgerärger hat sich aufgrund schlechter materieller Ergebnisse aufgestaut. *Ulrich Sarcinelli* ist zuzustimmen, wenn er analysiert, dass sich trotz härter werdender Konkurrenz um öffentliche Aufmerksamkeit die „politische Leistungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit demokratischer Parteien auf Dauer nicht daran bemisst, „welchen ‚Medienlärm‘ zu veranstalten sie in der Lage sind, sondern wie sie mit ihren politischen Angeboten in der medialen und nichtmedialen Politikvermittlung überzeugen.“ Selbst Kampagnenprofis wie *Dick Morris* geben mittlerweile zu, dass es ohne Inhalte nicht geht: „The image part“, so der langjährige *Clinton*-Berater in seinem Buch *The new prince*, „of a debate is overrated. ... Most debates are won or lost based on the issue content of the clash, not on the charisma of the candidates.“ Hier sieht er übrigens auch das Problem vieler seiner Berufskollegen: „The key problem with almost all political consultants is that they don't know anything about issues. They focus entirely on tactics, ads, and strategies and learn little about the substance of public policy. As a result, their advice tends to be stereotypical, pushing the issue du jour that has worked in another state. They suggest rounding up the usual suspects when formulating a campaign's issue and rarely try to come up with new or creative formulations. Most consultants are too timid to venture outside of the normal orbit of political issues, yet it is precisely there that you will find the best ways to win.“ Ob sich dies dann allerdings in und über die klassischen Medien umsetzen lässt, darf bezweifelt werden. Zu frisch sind die Inhaltsanalysen von Wahlberichterstattung im Fernsehen, die sich trotz aller Talkrunden und inhaltlicher Debatten eher auf den „Wettbewerbscharakter“ – das sogenannte „horse-race“ – konzentrieren und die Kampagne und die „Kampagneros“ selbst zum Gegenstand wählen. US-amerikanischer und europäischer Journalismus allerdings scheint hier durchaus unterschiedliche Akzente zu setzen.

Mit unsensibler Kommunikation hat das Politik- und Politikerimage allerdings auch zu tun, wie ein kurzer Blick in die abendlichen Nachrichtenprogramme und Talkshows leicht belegen kann. Trotzdem: Politik muss in erster Linie glaubwürdig sein, denen, die sie betreiben und vermitteln, muss man ihre echte Überzeugung anmerken. Was gerade bei Parteien nicht innen gelebt wird, lässt sich auch nicht nach außen kommunizieren. Es gilt, über alle Kanäle viel zu erklären, klar zu machen, warum etwas passiert und passieren muss. Der alleinige Verweis auf Sachwänge ist ebenso verfehlt wie die An-

maßung einer gewissen politischen Allmacht, die der Realität immer weniger entspricht. Es scheint nicht abwegig, dass reine Image-Politik, das Setzen auf Symbole und Inszenierungen, auch damit zu tun hat, dass nationale Politik und ihre Träger an Souveränität verlieren, dass Entscheidungsohnmacht mit medialem Wirbel kompensiert werden soll. Dumm nur, wenn Politik dann am selbst erweckten Eindruck gemessen wird.

Hier findet dann auch – zumindest bisher und zumindest in Deutschland – rasch die Entzauberung von Populisten aller Art statt. Schnell ist der Bürger bereit, seinem Zorn durch eine Protestwahl Luft zu machen, schnell aber geht diese Stimme den kurzfristig Begünstigten dann wieder verloren, wenn die politische Leistung anschließend nicht stimmt. „Nichts ist schlimmer für ein schlechtes Produkt als eine gute Werbekampagne“, hat einmal Werbepapst *David Ogilvy* gesagt: Schnell und wirkungsvoll werde es so zu Enttäuschungen kommen. Das heißt nicht, in der Wachsamkeit gegenüber den Vereinfachern dieser Welt nachzulassen, auch nicht in der Politischen Bildung.

Bei der Vermittlung politischer Inhalte werden Kommunikationsprofis jedenfalls – gerade wenn es um Glaubwürdigkeit und Authentizität geht – die Amateure nicht vollständig verdrängen, auch wenn deren Frustrationstoleranz in den vergangenen Jahren schweren Prüfungen ausgesetzt gewesen ist. Nach wie vor aber sind es – in Deutschland und anderswo – die vielen tausend Parteimitglieder und -aktivisten, die im Freundeskreis, am Arbeitsplatz und natürlich auch an den Wahlkampfständen der unzähligen Fußgängerzonen für ihre Überzeugungen eintreten und die Botschaft der politischen Parteien und ihrer Kandidaten mit Leben erfüllen. Ohne diesen Transmissionsriemen kommt Politik auch weiterhin nicht aus, was sich nicht zuletzt dann zeigt, wenn die eigene Basis eine Entscheidung „von oben“ nicht versteht, nicht akzeptiert, nicht mitträgt. Die Ansicht, letztlich lasse sich professionell alles verkaufen, der Mythos auch vom allmächtigen *spin doctor*, hat bereits häufiger den Realitätstest nicht bestanden. Und das ist eigentlich – auch für Profis der politischen Kommunikation – eine gute Nachricht.



Frank Priess leitet die Abteilung Politische Kommunikation der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin.  
E-Mail [Frank.Priess@kas.de](mailto:Frank.Priess@kas.de)

## „War da was?“

Zum vermeintlichen „rechtspopulistischen Kurswechsel“ der FDP

Michael Roick\*

Michael Roick nimmt Stellung zu den Ereignissen, die sich im Wahljahr 2002 mit der Person Jürgen W. Möllemann verbinden. Er greift die Vorwürfe auf, die in der öffentlichen Diskussion von der von ihm kritisierten Wahlkampfstrategie Möllemanns auf einen rechtspopulistischen Kurswechsel der FDP schlossen. Mit dem Hinweis auf die Auseinandersetzung, die in der FDP über Möllemanns Aktivitäten geführt wurde, widerspricht Michael Roick dem Vorwurf rechtspopulistischer Orientierung der Partei, die sich – wie andere Parteien auch – jedoch insbesondere in Wahlkampfzeiten der Inszenierung von Politik nicht entziehen könne.

Die gesamte politische Bildungsarbeit in Deutschland wie auch die internationale Arbeit der *Friedrich-Naumann-Stiftung* sind der Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte, der Freiheit und der Humanität als elementaren und universalen Werten und Grundlagen menschlichen Zusammenlebens gewidmet. Liberale Politik insgesamt setzt sich ein für Toleranz und Weltoffenheit.

Im Rahmen von Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenhass und Gewalt kooperiert die *Friedrich-Naumann-Stiftung* seit vielen Jahren mit allgemeinbildenden Schulen. So wurden Unterrichtseinheiten über die Ursachen und Bekämpfung von Rechtsextremismus, die Gefährlichkeit rechtsextremistischer Musikangebote, das Wirken der Rechten im Internet sowie zum zivilcouragierten Handeln entwickelt.

Die *Friedrich-Naumann-Stiftung* hat sich wiederholt mit der Bedeutung der „Neuen Rechten“ und dem sogenannten „Rechtspopulismus“ befasst und sich dabei immer wieder die Frage gestellt, welchen Herausforderungen sich gerade Liberale als erklärte Hauptfeinde der „Neuen Rechten“ stellen müssen.

Mitte 2002 sah sich die *Friedrich-Naumann-Stiftung* dann zu einer Erklärung veranlasst, in der es u. a. heißt:

„Die Friedrich-Naumann-Stiftung tritt mit ihrem liberalen Selbstverständnis einem politischen Populismus entgegen, der antijüdische Stereotypen und antiisraelische Ressentiments ermutigt und ihnen ein öffentliches Forum bereitet. Aus Deutschlands Geschichte ergibt sich unsere historische Verantwortung, allen Versuchen entgegenzuwirken, die antijüdischen Vorurteilen den Schein der Legitimität verschaffen wollen. ‚Rassismus und Antisemitismus sind die beiden Seiten einer Medaille‘ hinterließ uns zur Mahnung unser verstorbener Kuratoriumsmitglied Ignatz Bubis. Die Grenzen zu beiden dürfen –

gerade in Deutschland – nicht überschritten werden.“<sup>1</sup> Und etwas später heißt es dann: „Der Vorwurf des Antisemitismus wiegt schwer. Der im Meinungskampf fahrlässig unscharf erhobene Vorwurf des Antisemitismus droht den Begriff zu entleeren und zu trivialisieren. Auch im Interesse einer präzisen Auseinandersetzung mit dem Phänomen Antisemitismus ist dieses präzise zu beschreiben. Hieran fehlt es in der aktuell aufgeheizten Situation, in der sich Unsensibilität, diffamierende Absicht und Unkenntnis mit antisemitisch unterlegten Tönen mischen. Diese Situation ist unerträglich.“<sup>2</sup>

Was war geschehen? Die *Friedrich-Naumann-Stiftung* sah sich im vergangenen Jahr mit einer öffentlichen Debatte konfrontiert, die sie – als Teil des organisierten Liberalismus in Deutschland – nicht unberührt lassen konnte. Es war eine Debatte, die vermutlich unter Begriffen wie „neuer Antisemitismusstreit“, „Antisemitismus-Kontroverse“ oder „rechtspopulistischer Strategiewandel der FDP“ Einzug in die historischen Annalen finden wird. Was war der Inhalt dieser trüben Kontroverse, in welche der inzwischen tragisch ums Leben gekommene damalige FDP-Vize *Jürgen Möllemann* seine Partei und die deutsche Öffentlichkeit verstrickt hatte? „Alles nur heiße Luft?“<sup>3</sup> fragte der Chefredakteur der Zeitschrift *liberal* bereits in der Septemberausgabe vergangenen Jahres in einem erhellend-aufklärerischen Artikel kritisch nach. Was hat sich – jenseits z. T. absurder Unterstellungen und manipulierter Deutungsversuche – vielleicht (noch) nicht erledigt?

### Irritationen

Auf dem Höhepunkt dieser Kontroverse stellte der Chefredakteur der Hamburger Wochenzeitung *DIE ZEIT* folgende Frage: „Berlusconi, Haider, Le Pen, Fortuyn. Und nun Möllemann?“ Um sie gleich anschließend wie folgt zu beantworten: „Die FDP, auch wenn ihr zweitmächtigster Mann so bewusst wie unverfroren im giftigen Tümpel des Antisemitismus fischt, passt nicht in die Reihe. (...) weder der Rassismus des Front National noch der demokratische Handstreich, mit dem die Forza Italia das Persönliche zum Politischen gemacht hat. Mit den Haideristen teilen die deutschen Liberalen allenfalls das F im Parteinamen, mit den Fortuynisten

1 Vgl. „Erklärung der *Friedrich-Naumann-Stiftung* zur Kontroverse um Antisemitismus in Deutschland“,

2 ebd

3 Vgl. *Witte* (2002)

nur den kalkulierten Unernst, die brillant inszenierten Clownerien, die auch einen Guido Westerwelle an die Parteispitze katapultiert haben.“<sup>4</sup>

Gleichwohl habe die FDP ein Problem, genauer: deren zwei: „Das eine heißt Jürgen Möllemann, das andere Guido Westerwelle, und beide summieren sich zu einer Zerreißprobe, welche die Partei auf ihrem hochgemuten Weg ins Bundeskabinett noch nicht bestanden hat.“<sup>5</sup>

Probleme lassen sich selten so eindeutig personalisieren wie in diesem Fall. Zunächst zum ehemals „zweitmächtigsten“ Mann der FDP, der in seinem

### Personalisierung von Problemen

unbändigen Drang zur Macht und nachgerade hypnotisiert durch die zusätzliche „Droge 18 %“

im vergangenen Wahlkampfjahr erstmalig eine Witterung aufgenommen hatte, die im politischen Mainstream der Bonner/Berliner Republik bis dato verpönt war.

„Jürgen Möllemann ist ein ‚political animal‘ im umfassendsten Sinne des Wortes. (...) Sein größter Gegner allerdings ist er selbst.“ So brachte der langjährige Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* anlässlich des 25-jährigen Bundestagsjubiläums von *Jürgen Möllemann* im Jahr 1997 dessen Wirken auf den Punkt.

Er war das, was man einen „Vollblutpolitiker“ nannte. Auch schwere Niederlagen ließen ihn niemals resignieren. Er war ein Phönix aus der Asche, ein politisches Stehaufmännchen von hoher kommunikativer Kompetenz, die ihm wiederum – ein Alleinstellungsmerkmal besonderer Art – eine Jahrzehnte währende mediale Dauerpräsenz sicherte.

„Wenn man auch nur ein paar Jahre beruflich zwischen Regierung, Bundestag und Parteizentralen zu tun hatte“, so der Berlin-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, *Kurt Kister*, „war es schwierig, Möllemann nicht kennen zu lernen.“

Er bekannte sich zur „Droge Politik“. Er hat das, was man die „Eventisierung der Politik“ nennt, wie kaum ein anderer vorangetrieben.

### „Partei für das ganze Volk“

Er war kein Antisemit. Aber er hat am Ende mit antisemitischen Ressenti-

ments gespielt. Sie waren – und das ist entscheidend – der unabgestimmte und von ihm allein zu verantwortende Teil einer Kampagne – getreu

dem bereits im NRW-Wahlkampf formulierten Motto: „Regeln brechen“. Die FDP sollte sich als „Partei für das ganze Volk“ im öffentlichen Bewusstsein etablieren. Für dieses Ziel ging *Möllemann* in der Wahl seiner Mittel weiter als der Rest der Partei. Im parteipolitischen Konkurrenzkampf suchte er den kürzesten Draht zum Volk.

Von der kaum anders denn als Rechtfertigung palästinensischen Terrors gegen zivile Ziele im israelischen Kernland (auch er würde sich „mit Gewalt im Lande des Aggressors wehren“) zu deutenden Aussage über die Aufnahme des deutsch-syrischen GRÜNEN-Abgeordneten *Jamal Karsli* in die FDP-Landtagsfraktion in NRW – der Israel wiederum „Nazi-Methoden“ in den besetzten Gebieten vorgeworfen hatte –, bis hin zur Deutung der Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa als „Emanzipation der Demokraten“ zog sich eine alles überlagernde rhetorische Figur mit einer einzigen Botschaft:

„Ich bin euer Allesausprecher. Bierselige und Beladene, wählt mich!“<sup>6</sup>

Der in der Berichterstattung auftauchende Begriff des „Tabubruchs“ deutet aber noch auf einen anderen Zusammenhang. Nicht die öffentliche – angeblich unzulässige bzw.

### Der Tabubruch

verbotene – Kritik an der Regierung Israels und ihrer

Siedlungspolitik<sup>7</sup>, sondern die bewusste Bedienung eines alten antisemitischen Stereotyps begründete schließlich die viel zitierte „neue Qualität“ in der bundesdeutschen Debatte. Mit der Aussage Möllemanns, der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, *Michel Friedman*, fördere mit seiner „intoleranten und gehässigen Art“<sup>8</sup> den Antisemitismus wie kaum ein anderer, war der Tabubruch vollzogen, „weil jetzt mit dem Stereotyp hantiert wird, die Juden seien selber schuld, die Juden seien die Ursache der ihnen

6 Vgl. DER TAGESSPIEGEL (29.05.02)

7 Hierauf zielte die Aussage von *Möllemann*: „Es ist ein merkwürdiger Zustand, dass die Politiker sich nicht trauen, das zu sagen, was die Mehrheit der Bevölkerung denkt.“ *Richard Herzinger* spricht im Hinblick auf *Möllemann* von einem „liberalistischen Populismus“. Hier werde versucht, das Pathos der Befreiung von staatlicher Autokratie, das den Liberalismus historisch stark gemacht habe, als Mimikry noch einmal aufleben zu lassen: „Die angeblich tabuisierte Kritik an Israel wird zum Fanal der Gewissensfreiheit hochstilisiert.“ Vgl. *Herzinger* (2002)

8 „Ich fürchte, dass kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland gibt, leider, die wir bekämpfen müssen, mehr Zulauf verschafft hat als Herr Sharon und in Deutschland ein Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art.“ *J. W. Möllemann* am 16.05.2002

4 *Josef Joffe* (2002)

5 *Josef Joffe* (2002)

entgegengebrachten Abneigung.“<sup>9</sup> In der Konsequenz gipfelte die Aussage Möllemanns in der unausgesprochenen Empfehlung an die Juden in Deutschland, doch bitte nicht durch intolerantes und gehässiges Tun die antisemitischen Hunde zu wecken, sondern sich ihnen möglichst – zur Schonung aller – nur in devoter Haltung zu nähern.<sup>10</sup>

Nachdem *Möllemann* sich auf vielfaches parteiinternes Drängen und in Anbetracht der nicht abreißen öffentlichen Kritik bei den Juden in Deutschland entschuldigt hatte – wobei er wenig später *Michel Friedman* ausdrücklich davon ausgenommen wissen wollte – ließ er unmittelbar vor der Bundestagswahl millionenfach ein Flugblatt verteilen, in dem noch einmal in steckbriefartiger Aufmachung der israelische Ministerpräsident *Scharon* und *Michel Friedman* angegriffen wurden. Das Spiel mit dem antisemitischen Ressentiment war – nunmehr auch für den letzten Gutwilligen erkennbar – kalkuliert und sollte noch einmal zum erwarteten großen Wahlerfolg beitragen.

*Guido Westerwelle* wiederum, dem Parteichef, kann in diesem Kontext der Vorwurf kaum erspart werden, erst spät – für manche zu spät – gehandelt zu haben. Auch er konnte nicht immer populistischen Versuchungen, medial vermittelten Provokationen widerstehen. Er war zwar weder in *Möllemanns* finanzielle Machenschaften noch in dessen rechtspopulistische Strategieüberlegungen – die freilich auch bei diesem rein instrumentellen Charakter hatten – verstrickt, wohl aber prinzipiell in dessen – häufig den Boden der Tatsachen verlassende – sprunghafte Gedankenwelt. Hierzu gehört m. E. auch die Idee, die Liberalen zu einer Volkspartei neuen Typs zu modeln, was manche Beobachter gar für eine geniale Idee politischer Public Relations halten. Auf „Augenhöhe“ mit CDU und SPD<sup>11</sup>: Geblendet durch diese Mischung aus Autosuggestion und politischer Hypnose, bedurfte der junge Parteichef der Hilfe altgedienter FDP-Granden, um im Interesse der Liberalen am Ende doch noch die Kurve zu kriegen.

9 So der Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, Prof. Wolfgang Benz in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau v. 28.05.2003

10 Vgl. die treffende Argumentation von *Josef Joffe* in. DIE ZEIT v. 23.05.2002

11 Das Überhöhte wird doch allein schon darin deutlich, dass selbst bei Erreichen des ehrgeizigen Ziels von 18 % sich keine „gleiche Augenhöhe“ mit den beiden großen Volksparteien herstellt.

## Alarmismus

Als Beispiel für eine alarmistische, Fakten und Verlautbarungen gezielt einseitig sichtende und somit zu falschen Schlussfolgerungen neigende Analyse kann der Beitrag der beiden Berliner Politologen *Hajo Funke* und *Lars Rensmann* in der Zeitschrift „*Blätter für deutsche und internationale Politik*“<sup>12</sup> vom September 2002 angeführt werden. Hiernach hatte sich die FDP – bis auf wenige altgediente einflusslose Ausnahmen – zwischenzeitlich zu einem illiberalen rechtspopulistischen Haufen entwickelt.

Die über Wochen vorgetragenen, von der Parteispitze lange Zeit geduldeten, Invektiven des Vize-Parteivorstands *Jürgen W. Möllemann* offenbarten, so *Funke* und *Rensmann* in ihrem Beitrag, nicht nur das „Spiel“ mit antisemitischen Stimmungen, sondern erlaubten es gar, „mindestens bei gewichtigen Teilen der Partei einen kohärenten rechtspopulistischen Politikansatz zu **vermuten**.“<sup>13</sup> Die zunächst also eher vorsichtig („Vermutung“) formulierte These – schließlich sollte dem Anspruch



FDP-Wahlkampf-Projekt 18

einer wissenschaftlichen Analyse Genüge getan werden – verdichtet sich freilich im weiteren Argumentationsgang sehr rasch zur objektiven Erkenntnis. Im Zuge des „Projekts 18“ und im Windschatten der europaweiten Erfolge rechtspopulistischer Parteien, so die beiden Autoren weiter, scheine die Stunde des nationalen Populismus geschlagen zu haben. **Die** FDP breche nicht nur Tabus, sie stelle die innere Verfasstheit der Republik zur Disposition und verbinde eine spezifische deutsche Variante des Rechtspopulismus mit Antisemitismus und

12 Vgl. *Funke/Rensmann* (2002), S. 822-828

13 *Funke/Rensmann* (2002), S. 822

einem geschichtspolitischen „Befreiungsschlag“. Setze **die** FDP ihren Versuch einer rechtspopulistischen Profilbildung weiter fort, könnten die Konsequenzen für die politische Kultur der Bundesrepublik verheerend sein.<sup>14</sup>

Die zentralen, für den Rechtspopulismus typischen Elemente – Bedienen ethnozentrischer, nationalistischer oder antisemitischer Ideologien; die Selbstinszenierung als „Tabubrecher“; die anti-elitäre Stoßrichtung gegen die „politische Klasse“ sowie die Forcierung einer autoritär-charismatisch gelenkten „Bürgerdemokratie“ – fänden sich in Inhalt als auch politischer Methodik und Diskursstrategie der „**von weiten Teilen der FDP mitgetragene(n)** Politik Möllemanns“.<sup>15</sup>

Von *Möllemann* und dem „rechtspopulistischen Flügel“ und „gewichtigen Teilen der Partei“ ist also

**These vom rechtspopulistischen Strategiewandel erwies sich als nicht haltbar**

immerfort die Rede, ohne dass allerdings auch nur ein weiterer relevanter Akteur genannt würde. Der Hinweis, dass es in der Vergangenheit immer wieder Versuche gegeben habe, die FDP in eine nationalliberale Richtung zu drängen, ist zwar zutreffend. Es fehlt aber der ergänzende Hinweis, dass die in diesem Zusammenhang aufgeführten Personen inzwischen völlig marginalisiert (*Alexander v. Stahl*) sind oder die Partei sogar verlassen haben (*Heiner Kappel* und *Rainer Zitelmann*).

Um die These vom „rechtspopulistischen Strategiewandel“ weiter stützen zu können, werden dann hochrangige liberale Kronzeugen aufgeföhren, welche die Auffassung teilen, dass *Möllemann* nach einer rechtspopulistischen Strategie verfare. Heruntergespielt wird allerdings, dass diese selbst den Ansatz *Möllemanns* ablehnen und entschieden bekämpfen, was freilich die These vom „Wandel zum Rechtspopulismus“ der Liberalen entkräftet hätte.<sup>16</sup> Ebenso werden im Weiteren auch die „wiederholten Beteuerungen der FDP-Föhren, die Liberalen seien keine ‚antisemitische Partei‘ und ‚kein Sammelbecken für anti-israelische Strömungen‘“,

in ihrer Bedeutung heruntergespielt und als wenig glaubhaft dargestellt. Völlig unklar bleibt, warum.<sup>17</sup>

Dieser Deutungsversuch brach schließlich vollständig in sich zusammen, als kurz vor dem Wahltag mit Bekanntwerden des unsäglichen Flyers die FDP-Föhren sich vollständig von *Möllemann* distanzierte und weitere gemeinsame Wahlkampfauftritte ablehnte.

Die weitere Entwicklung – Ausschluss aus Landtags- und Bundestagsfraktion, Parteausschlussverfahren etc. – bis hin zum Tod von *Jürgen Möllemann* im Frühjahr 2003 ist hinlänglich bekannt.

## Bilanz

Natürlich gab es in der Debatte des vergangenen Jahres – nicht nur Wahlkampf bedingt – gezielte Übertreibungen und Vorwürfe gegenüber den Liberalen, die nicht anders als absurd bezeichnet werden können. Hierzu gehört auch der Vorwurf eines „rechtspopulistischen Strategiewandels“ der FDP. Man war daher auch froh in diesen Tagen und Wochen über jede besonnene Stimme, etwa die des früheren israelischen Botschafters *Avi Primor*, der vor der Inflationierung des Antisemitismus-Vorwurfs warnte, über die von *Michael Wolffsohn*, der kritisch über die „Geschichtsfalle“ als einzigen Politikmaßstab schrieb.<sup>18</sup>

Der Verlauf der Ereignisse und der sie begleitenden Debatte machte aber auch einmal mehr deutlich, dass die Behauptung, in Deutschland wären mit antisemitischen Sprüchen Wählerstimmen zu gewinnen, falsch ist. „Keine der demokratischen

17 In der „Berliner Erklärung“ v. 31.05.02 hatte der Bundesvorstand der FDP einstimmig u. a. Folgendes beschlossen: „Wir föhren keine Wahlkämpfe auf Kosten von Minderheiten. Wir geben nicht Vorurteilen nach, sondern wir bekämpfen sie mit ganzer Kraft. (...) Wir Liberale bekämpfen Antisemitismus und Antizionismus mit aller Entschiedenheit. Bei uns findet niemand eine politische Heimat für antiisraelische Politik. (...) Alle Mitglieder der Föhren der FDP sind aufgefordert, grundsätzliche Beschlüsse des Bundesparteitages zu respektieren und nicht durch einseitige öffentliche Äußerungen in ihrer Wirkung zu verändern.“ Der vorletzte Satz unterstrich, warum der EX-GRÜNEN-Politiker *Karsli* in der FDP keinen Platz finden konnte. Letzteres war als eindeutige Warnung an *Jürgen Möllemann* zu verstehen. Unklar bleibt, warum dieser Erklärung keinerlei Bedeutung beigemessen werden sollte.

18 Vgl. „Kampf der Riesen. Antisemitismus: Ein Gespenst geht um in Deutschland“, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (23.05.2003)

14 *Funke/Rensmann* (2002), S. 828

15 *Funke/Rensmann* (2002), S. 822, (Hervorh. MR)

16 So bestätigte etwa der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende *Walter Döring* in der ARD-Sendung „Report“ (3.6.2002) die These vom rechtspopulistischen Strategieansatz *Möllemanns*, um aber gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass er diesen Ansatz in keiner Weise teile.

Parteien kann es sich leisten, an die unheilvolle Tradition antisemitischer Propaganda vor oder gar nach 1933 anzuknüpfen, schon gar nicht die FDP, die Partei von *Ignatz Bubis*. Die Empörung nicht nur in den Medien, sondern in breiten Wählerschichten über die ‚antizionistischen‘, an eben diese Tradition anknüpfenden Tiraden des nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten *Jamal Karsli* (...) machte klar, dass jede demokratische Partei in Deutschland Wähler verlieren, nicht gewinnen würde, die sich solche Tiraden zu eigen machte.“<sup>19</sup>

Eben wegen dieser Tiraden (*Karsli* sprach u. a. von der „zionistischen Lobby“, die den größten Teil der Medienmacht auf der Welt innehatte) war es auch unabdingbar, *Karsli* die Aufnahme in die FDP zu verwehren. Das hat auch nichts mit Zensur zu tun, wie *Josef Joffe* richtig bemerkt, sondern mit „Leitkultur“ im besten Sinne des Wortes: „Bis hierher und nicht weiter!“ Auch der Tabu-Begriff ist hier völlig fehl am Platz: „Es geht nicht um ängstlich gehütete Verbote, sondern um klare Wertentscheidungen.“<sup>20</sup>



FDP – Vorsitzender Guido Westerwelle im Wahlkampf 2002

19 *Witte* (2002), S. 13

20 *Josef Joffe* (2002)

Problematisch war freilich auch die vom FDP-Vorsitzenden angestellte Überlegung, bisherige links- oder rechtsradikale Wählerstimmen als „Protest“ gegen die großen Parteien nunmehr der FDP zukommen zu lassen. Den nötigen Widerspruch hierzu hat *Barthold C. Witte* treffend formuliert: „Die Freien Demokraten waren zwar stets auch ein Stück weit Protestpartei – gegen die Verstaatlichung der sozialen Vorsorge, gegen das schwarzrote Medienkartell, gegen Gewerkschaftsübermacht und Verbändehegemonie, gegen wachsende Abweichungen von der Marktwirtschaft, gegen Eingriffe in die Bürgerrechte. Indessen hatte solcher Protest stets seine Kehrseite, nämlich die positive Zielsetzung: Bürgerrecht auf Freiheit, persönliche Verantwortung, Marktwirtschaft, Machtbegrenzung. Auf sie hat sich die liberale Partei erneut geeinigt, als sie vor fünf Jahren die ‚Wiesbadener Grundsätze‘ zu ihrer langfristigen Leitlinie erkor. Ob Mitglied oder Wähler: wer sich mit der FDP einlässt, muss wissen, dass er oder sie sich mit diesen Grundsätzen verbindet, nicht notwendig in jeder Einzelheit, aber doch in der Gesamttendenz. Die ist nun aber ganz gewiss nicht populistisch in des Wortes übler Bedeutung, im Gegenteil fordern die Liberalen vom Einzelnen viel, also mehr, als die meisten Bürger glauben mittragen zu können.“<sup>21</sup>

**Keine Demokratie ohne populistische Momente**

Nun weisen die Sozialforscher zwar zu Recht darauf hin, dass man sich nicht der Illusion hingeben sollte, dass eine Demokratie ohne „populistische Momente“ überhaupt denkbar sei.<sup>22</sup> Andere kritische Beobachter halten Populismus für kein zentrales aktuelles Problem. Die Schwierigkeit bestehe vielmehr darin, dass es einen trennscharfen Unterschied zwischen den Populisten von rechts, den Helden der Mediendemokratie und dem Zwang, die Mitte zu repräsentieren, wenn man Erfolg haben wolle, nicht wirklich gäbe.<sup>23</sup>

Auch wenn sich eine demokratische Partei unter den heutigen Bedingungen der Mediendemokratie dem großen „Polit-Theater“, in dem die Inszenierung das entscheidende Moment ist, kaum entziehen kann, so gilt doch gleichwohl, dass Populismus jeglicher Art, d. h. der opportunistische Appell an vermeintliche oder tatsächliche Stimmungen, grundsätzlich ungeeignet für eine an Werten – insbesondere an Freiheit und Verantwortung – orientierte Politik ist: „Für eine liberale Par-

21 *Witte* (2002), S. 16

22 *Dubiel* (2002)

23 *Hofmann* (2002)



tei im Besonderen, die auf die mündigen, selbstbewussten, aufgeklärten Bürger setzt, bedeutet Populismus die Selbstaufgabe.“<sup>24</sup>

Der Populist ist demgegenüber nicht an Mündigkeit interessiert. Er verstärkt vielmehr die unbewussten Ängste seiner Zuhörer, um sie dadurch immer enger an sich zu binden. Die Unmündigkeit seines Publikums ist schließlich sein Kapital.<sup>25</sup>

Hier liegt eine der Kernaufgaben insbesondere liberaler politischer Bildung:

Jenseits aller tatsächlichen oder vermeintlichen Erfordernisse der Mediendemokratie das alles überlagernde Ziel, die Stärkung der politischen Urteilskraft jedes einzelnen Bürgers nicht aus den Augen zu verlieren.

### Literatur

*Helmut Dubiel* (2002), „Die Stunde der Verführer. Populismus ist Teil der Massendemokratie – und ihr Problem“, in: DIE ZEIT 37/2002

*Matthias Geis* (2003), „Eine Überdosis Politik: Der Fall Möllemann“, in: DIE ZEIT (12.06.2003)

*Hajo Funke/Lars Rensmann* (2002), „Wir sind so frei. Zum rechtspopulistischen Kurswechsel der FDP“, in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Heft 7/2002, S. 822-828

*Richard Herzinger* (2002), „Hauptsache dagegen“, in: DIE ZEIT (31/2002)

*Astrid Hölscher* (2002), „Die Entwertung des Liberalen“, in: FRANKFURTER RUNDSCHAU (05.06.2002)

*Gunter Hofmann* (2002), Helden des Ungefährten, in: DIE ZEIT 27/2002

*Josef Joffe* (2002), „Die FDP und ihre Verführer“, in: DIE ZEIT (23.05.2002)

*Kurt Kister* (2002), „Wenn der Fallschirm klemmt“, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (21.10.2002)

*Robert Leicht* (2002), „Absprung ohne Moral-Fallschirm“, in: DER TAGESSPIEGEL (30.05.2003)

*Barthold C. Witte* (2002), „Alles nur heiße Luft? Friedman, Möllemann und die übrigen“, in: liberal, Heft 3/2002, S. 13-16

24 *Hölscher* (2002); vgl. auch *Leicht* (2002): „Politischer Liberalismus ging immer einher mit Freisinn - und Freisinn ging immer einher mit rationaler Aufklärung und mit einem Abscheu gegen das irrationale Ressentiment. Liberalismus verträgt sich weder mit klassenkämpferischem noch gar mit rassenkämpferischem, verträgt sich weder mit autoritärem noch mit klerikalem Ressentiment.“

25 *Dubiel* (2002)



\**Michael Roick* ist Leiter des Regionalprogramms der Friedrich-Naumann-Stiftung. Er gibt in diesem Beitrag seine persönliche Meinung wieder. Adresse: Friedrich-Naumann-Stiftung, Theodor-Heuss-Akademie, Theodor-Heuss-Straße 26, 51645 Gummersbach; E-Mail: [Michael.Roick@fnst.org](mailto:Michael.Roick@fnst.org)

## Die europäische Zivilgesellschaft als Perspektive

Strategien gegen Rechtspopulismus

Frank Ahrens

Ausgehend von den Ergebnissen einer Veranstaltung berichtet Frank Ahrens über Versuche, das in Europa grassierende Phänomen des Rechtspopulismus zu erklären und ihm politisch zu begegnen. Erläutert werden Elemente rechtspopulistischer Strategie und Gründe für ihren Erfolg. Dabei macht Frank Ahrens deutlich, dass Rechtspopulismus sich nicht auf bestimmte politische Gruppierungen beschränken lässt, sondern populistische Ansätze bei allen etablierten Parteien und Organisationen auszumachen sind. Die Stärkung der Zivilgesellschaft auf den verschiedenen Ebenen wird als mögliche Gegenstrategie postuliert. Sie zu entwickeln und zu intensivieren, ist eine Aufgabe, die vor allem im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses bewältigt werden muss.

### Europa im Umbruch

„Entweder wird die Europäische Union endgültig zur Festung, in die sich möglichst viele Länder flüchten, um an höheren Außenwällen mitzumauern. Aus der Burg heraus wird aggressiv der Wohlstand verteidigt, notfalls auch unter Inkaufnahme autoritärer Strukturen. Oder es wird ein Europa geschaffen, das mit gefestigter demokratischer Struktur, einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik als Ergänzung zum Euro und einheitlichen Sozialstandards selbstbewusst seine Verantwortung im Kampf gegen die Verarmung der Dritten Welt und die bevorstehende Klima-Katastrophe wahrnimmt. Bei allem bürokratischen Aufwand, den diese Aufgabe gewiss erfordert, muss die Idee Europas sichtbar werden. Sie ist stark genug, das Gespinnst der Populisten zu zerreißen.“

So hat es *Ulrich Glauber* in der *Frankfurter Rundschau* vom 28.08.2002 formuliert und damit den Blick auf den geographischen Raum eröffnet, um den es in der Debatte um den Populismus<sup>1</sup> hauptsächlich geht oder gehen sollte: Europa.

Wenn wir die Stimmungslage in der Gesellschaft betrachten (und das tun wir, wenn wir über „Populismus“ reden), dann vergegenwärtigen wir uns politische und gesellschaftliche Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit in den europäischen Na-

tionalstaaten. Deren Parallelen überwogen – mehr als nationale Unterschiede. Was also bedeutet Rechtspopulismus für die gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa, welche Ursachen liegen diesen Entwicklungen zugrunde und wie können wirksame Gegenstrategien gegen Rechtspopulismus aussehen? Dieser Fragestellung ging eine Veranstaltung der politischen Bildung Ende des letzten Jahres nach: „Rechtspopulismus in Europa“ war ihr Thema, unter dem anhand einzelner ausgewählter Beispiele Entwicklungslinien nachgezeichnet und sich abzeichnende Perspektiven in den Blick genommen wurden<sup>2</sup>. Ausgehend von den Erfolgen von *Jean-Marie Le Pen* bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich, den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten in den Niederlanden mit ihrem Protagonisten, (dem inzwischen ermordeten) *Pim Fortuyn*, und seiner gleichnamigen Listenvereinigung, und dem politischen Einfluss von Österreichs FPÖ mit ihrem immer noch allgegenwärtigen *Jörg Haider*, wollten die Veranstalter die europäische Perspektive dieser Phänomene unter die Lupe nehmen.



Ausstellung von Arbeit und Leben über „Rechte Jugendkulturen“

Aber auf der Tagung kamen auch die Entwicklungen in den EU-Beitrittsländern zur Sprache. Polen als Beitrittsland 2004 wurde beispielhaft ausgewählt, um zu zeigen, wie sich in einem postkommunistischen Land nationalistische, rechtskonservative Strömungen in Parteien organisieren, auf den Katholizismus setzen und damit bei den Wählern (vor allem im „Kleine-Leute-“ und „Landwirte-

1 Hier vor allem um den von rechts, denn dieser steht im Mittelpunkt der Diskussion über populistische Strömungen im parlamentarischen Raum. Die populistischen Tendenzen vor allem in den etablierten sozialdemokratischen Parteien – *Schröders* „Neue Mitte“ oder *Blairs* „New Labour“ sollen ja auch nur mit plakativen Motti Stimmungen machen und einfache Lösungen präsentieren – werden dabei jedoch nicht aus dem Blick verloren.

2 Veranstaltet wurde diese Tagung vom *Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)* in Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Bildungsvereinigung *Arbeit und Leben* und der *Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG)* in Braunschweig

Milieu“) Stimmen gewinnen. Aber auch die bundesdeutschen Tendenzen des (Rechts-)Populismus' lohnen eine Auseinandersetzung. Sie reichen hinaus über die Schillpartei ihres als „Richter Gnadenlos“ bekannt gewordenen Gründers *Ronald Barnabas Schill* oder die „Affäre Möllemann“ (des mittlerweile verstorbenen FDP-Politikers *Jürgen W. Möllemann*), die aus der Kampagne entstand, mit der Möllemann die FDP als nationalliberale rechtspopulistische Partei erscheinen lassen wollte und dabei auch nicht davor zurückschreckte, mit Angriffen auf *Michel Friedman* antisemitische Ressentiments in der Bevölkerung zu bedienen.

Unsere Aufmerksamkeit soll den Ursachen dieser Phänomene gelten und den dagegen zu setzenden Strategien. Wir wollen nicht ebenso verkürzt und vorschnell argumentieren, wie es die populistischen Kräfte tun. Was ist also vorgegangen in Europa?

In den westlichen Demokratien sind seit Mitte der 80er Jahre gesellschaftliche Veränderungen zu beobachten, die so tiefgreifend sind, dass die Fundamente der Gesellschaften ins Wanken geraten und tradierte politische und gesellschaftliche Koordinaten nicht mehr zu gelten scheinen: Wohlfahrtsystem, parlamentarische Demokratie, Parteiensystem und Beschäftigungspolitik.

Wir erleben einen gesellschaftlichen Strukturwandel, der mit der (neoliberalen) Globalisierung und Sachzwang-Argumenten begründet wird: Danach zeichnet sich ein Ende des Wohlfahrtsstaates ab, wie er sich unter den Bedingungen der Nachkriegszeit herausbilden konnte.

Die von den etablierten Parteien vorgelegten Konzepte, die Einsparungen öffentlicher Ausgaben und den Umbau der sozialen Sicherungssysteme anstreben, bürokratische Verkrustungen aufweichen sollen und eine Steuerpolitik begünstigen, die eine massive Umverteilung zugunsten größerer und großer Einkommen forciert, werden von rechtspopulistischen Parteien in jüngster Zeit aufgegriffen und in ihre eigenen Politikkonzepte integriert. In den Ländern, in denen sie an der Regierung beteiligt sind (Österreich, Italien, Dänemark), sind sie mitverantwortlich für radikale Umsteuerung zugunsten desintegrierender und ausgrenzender Entwicklungen in den gesellschaftlichen Systemen. Vor allem in der Einwanderungspolitik und beim Asylrecht und in ihrer Haltung zur Europäischen Union zeigen die populistischen Parteien erhebliche Übereinstimmungen über nationale Grenzen hinweg.

An der Politik der italienischen *Lega Nord* (einer regionalistischen und an den Wohlstandschauvinis-

mus des reichen Nordens appellierenden Partei, die zum Regierungsbündnis unter Ministerpräsident *Berlusconi* gehört) zeigt sich ebenso wie bei der FPÖ in Österreich (in einer Regierungskoalition mit der konservativen ÖVP) und an der dänischen Volkspartei, welche politischen Konsequenzen zu befürchten sind, wenn sich rechtspopulistische Parteien auf Regierungsebene etablieren und ihre politische Programmatik umsetzen können.

Die wesentlichen Elemente einer rechtspopulistischen Strategie lassen sich als Ergebnis unserer Veranstaltung wie folgt zusammenfassen, um den Rahmen zu umreißen, in dem wir argumentieren und eine mögliche Gegenstrategie formulieren.<sup>3</sup>

### **Was begünstigt das Aufkommen rechtspopulistischer Akteure im politischen System parlamentarischer Demokratien?**

#### ***Die Abgehobenheit der etablierten Parteien***

In den politischen Zirkeln der Konsens-, Kungel- und Kanzlerdemokratien wird hinter verschlossenen Türen ausgehandelt und taktiert. Teile der Parteien erweisen sich als korrupt, an Parteispenden-Skandale haben wir uns schon gewöhnt. Das Vertrauen in die durch Parteien repräsentierte Politik ist erschüttert. Teile der Gesellschaft sehen sich nicht mehr hinreichend vertreten.

#### ***Folgerscheinungen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen***

Die neuen Rechtsparteien und ihre Erfolge sind auch eine Folge gesellschaftlicher Modernisierungskrisen. Aus der neoliberalen Globalisierung resultieren soziale Verunsicherung, Massenarbeitslosigkeit, Ausbildungsplatznot bei Jugendlichen und ein dadurch bedingter Mangel an individuellen und gesellschaftlichen Perspektiven. Ohnmachtsgefühle breiten sich aus; das Wort von „gesellschaftlicher Lähmung“ macht die Runde.

Traditionelle Milieus lösen sich auf, traditionelle Industrien verschwinden, der Dienstleistungsbereich nimmt gegenüber dem verarbeitenden und produzierenden Gewerbe an Bedeutung und Umfang zu. Es entstanden und entstehen fortlaufend und in immer schnellerem Tempo neue Technologien. Die individuellen Lebensentwürfe und die Berufsbiographien werden unsicherer, es gibt nicht mehr den geradlinig von der Schule in die berufliche Ausbildung, in das Erwerbsleben und in die Rente führenden Weg.

<sup>3</sup> vgl. dazu *Funke 2002, Decker 2002*

Diese Veränderungen verunsichern die Mehrheit der Bevölkerung, die sich zunehmend die Frage stellt, ob die traditionellen Parteien (und andere große gesellschaftliche Gruppen, wie z. B. Gewerkschaften und Kirchen) den Wandel sozialverträglich meistern und gestalten können. Eine Abkehr von den traditionell wirkenden Organisationen und Großgruppen ist die Folge, auch wenn diese nicht als Entpolitisierung der Gesellschaft (insbesondere der Jugendlichen) bewertet werden muss.

#### **Abbau von sozialen Sicherungssystemen**

Soziale Sicherungssysteme werden abgebaut, was dazu führt, dass sich der Gegensatz zwischen Arm und Reich weiter verschärft. Die Steuerpolitik bewirkt keine gerechte Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums, sondern produziert Verlierer der gesellschaftlichen Modernisierung.

#### **Wie nutzen Rechtspopulisten diese gesellschaftlichen Entwicklungen?**

##### **Populisten arbeiten mit Bedrohungsszenarien**

Abwechselnd oder gleichzeitig werden angebliche Feinde oder bedrohliche Situationen ausgemacht und definiert: das sind die klassischen „Sündenböcke“ wie MigrantInnen, das „Establishment“, das Parteiensystem, Europa, die Globalisierung usw. Populisten inszenieren sich dabei als „Vertreter der kleinen Leute“, als „Volksvertreter“ oder die Wähler der wirklichen Interessen des Volkes. Die Bedrohungen werden überzeichnet und dramatisiert. Ihnen ist mit scheinbar einfachen Lösungen beizukommen.<sup>4</sup>

##### **Populisten durchbrechen die Konsensdemokratie (Funke)**

Populisten prangern die oft im Stillen sich vollziehenden Entscheidungsprozesse der „Konsensdemokratie“ an. Expertenkommissionen, Gremienarbeit, Beschlüsse, die in Kugelrunden vorbereitet und hinter verschlossenen Türen gefällt werden, entsprechen nicht ihrem Politikstil. Mit dem Verweis auf vorgebliche „Denkverbote“ brechen sie Tabus, ohne nach deren Bedeutung für die politische Kultur der Gesellschaft zu fragen. Sie polarisieren und verweigern den differenzierten Umgang mit kom-

plexen Sachfragen zugunsten der von ihnen auf den Markt gebrachten einfachen Lösungen.

##### **Aufgaben der Solidarität**

Die von Populisten geschürten Ängste, die Denunziation von vorgeblichen Sündenböcken, die Polarisierung von gesellschaftlichen Gruppen und die Diffamierung von angeblich zu einflussreichen und mächtigen Organisationen (z. B. Gewerkschaften) verfolgen das Ziel, gesellschaftliche Solidarität – soweit sie noch vorhanden ist – aufzukündigen und zu entwerten. Bürokratische Strukturen in den staatlichen Institutionen werden angeprangert und für die Misere verantwortlich gemacht, jedoch zielt solche Kritik nicht nur auf den Abbau von Bürokratie, sondern darüber hinaus auch auf die Beseitigung solidarischer Lastenausgleichssysteme.

Auf der Veranstaltung wurden diese Elemente und Erscheinungsformen rechtspopulistischer Parteien und Politikformen in Referaten und Diskussionen herausgearbeitet. Die jeweiligen Referenten zu den länderspezifischen Aspekten (zu Frankreich: *Bernhard Schmid* (Publizist/Journalist); zu den Niederlanden: *Harm Brouwer* (Vorsitzender des FNV Region Noord); zu Polen: Dr. *Holger Politt* (Rosa-Luxemburg-Stiftung) wiesen dabei auf die nationalen Besonderheiten hin. Vor allem der Blick über die aktuelle EU-Grenze hinaus hat deutlich gemacht, dass Populismus kein westeuropäisches Phänomen ist und auch die strukturellen Defizite der Europäischen Politik sichtbar werden lässt. Das Sozialmodell für ein künftiges soziales Europa erfordert eben mehr als einseitig auf wirtschaftliche Integration ausgerichtete Binnenmarktpolitik. Europäische Politik muss den Populisten das Wasser abgraben und eine partizipatorische, zivilgesellschaftliche Perspektive entwickeln und die Menschen auf dem Weg zu einem integrierten Europa mitnehmen.

Professor *Hajo Funke* (Berlin) benannte in seinem einleitenden Referat die Ursachen für Rechtspopulismus und griff in diesem Zusammenhang die politischen Parteien scharf an. Vor allem unter Bezug auf die FDP und den Skandal um *Möller* machte er deutlich, dass Populismus keine Angelegenheit einzelner populistischer Parteien ist, sondern in etablierte Parteien Eingang gefunden und sich dort festgesetzt hat. Auch wenn rechtspopulistische Parteien aufgrund interner Konflikte an Bedeutung verlieren, bei den nächsten Wahlen weniger Stimmen bekommen (oder ganz erhebliche Einbußen zu verzeichnen haben – wie z. B. die FPÖ bei den letzten Wahlen in Österreich), ist damit das Phänomen Populismus in der Politik nicht ver-

4 Prominentes Beispiel dieser aggressiven Politik ist der italienische Minister für Reformen, *Umberto Bossi* von der Lega Nord, der kürzlich empfahl, mit Kanonen gegen Flüchtlingsboote an Süditaliens Küsten vorzugehen, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen und so das Problem unkontrollierter Einwanderung zu lösen. Eine zynischere Reaktion auf die Tragödie massenhafter Flucht ist kaum vorstellbar.



Bernhard Schmid aus Frankreich referierte

bannt. Zum einen zwingt die mediatisierte Öffentlichkeit zu Zuspitzungen in der politischen Auseinandersetzung; damit erreichen vereinfachende Argumente eher die Bevölkerung. Zum anderen orientieren sich die etablierten Parteien zunehmend an der „politischen Mitte“, was politische Positionen verwässert. Die programmatische Reduzierung populistischer Politikkonzepte zugunsten einer gezielten Mobilisierung von Affekten lässt sich bei ausgewählten politischen Themen genau so bei den etablierten Parteien feststellen.

### Perspektive

*Harm Brouwer* vom niederländischen Gewerkschaftsbund FNV formulierte in seinem Beitrag zur Tagung folgende Prämissen, die für die Gewerk-

schaftsbewegung Orientierungspunkte sein sollen. Sie gelten m. E. auch für andere Organisationen, die sich mit der Theorie und Praxis der Bildungsarbeit beschäftigen:

#### **„Behaltet den Kontakt mit der Gesellschaft und mit den Nöten und Sorgen ihrer Bürger“**

Allzu oft wird beklagt, dass die großen schwerfälligen Organisationen die Probleme und Sorgen der so genannten „kleinen Leute“ nicht mehr kennen, geschweige denn sich mit ihnen auseinander setzen. Die Abkehr von den Großorganisationen korrespondiert jedoch nicht mit einem Rückgang von Wert- oder Moralvorstellungen. Die Religiosität ist nicht rückläufig, jedoch die Zugehörigkeit zu einer Kirche, das gesellschaftlich-politische Engagement bei Jugendlichen ist nicht geringer geworden, seltener jedoch die Mitgliedschaft (nicht Mitarbeit!) in Organisationen und Vereinen, die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften haben abgenommen, nicht jedoch die Bereitschaft, sich im Betrieb für Rechte von Beschäftigten einzusetzen. All dies belegt, dass die Kommunikation zwischen den (potenziellen) Mitgliedern und ihren Organisationen und Verbänden gestört ist. Die Erfahrungswelt der Funktionäre korrespondiert nicht mehr ausreichend mit den Lebenswelten der (potenziellen) Mitglieder.

Gewerkschaftliche Bildungspraxis muss Themen, die für die Klientel relevant sind, aufgreifen und produktiv bearbeiten. Partizipation und die Förderung von Selbstorganisationsprozessen sind Leit-motive dieser Praxis.

Wenn wir uns gegenüber Rechtspopulisten behaupten, mehr noch, uns ihnen gegenüber durchsetzen wollen, dann müssen wir sensibel jene Themen aufspüren und ansprechen, die die Menschen bewegen. Ausweichen darf man dabei Problemen beziehungsweise denen, die sie ertragen müssen, nicht. Schon das Ansprechen der Probleme zeigt den Betroffenen, dass jemand da ist, der sie versteht.

#### **„Sei kritisch in bezug auf deine eigenen Lösungsmethoden und teste deine Lösungen, auch wenn sie ideologisch korrekt sein mögen, ob sie den gewünschten Effekt erzielen“**

Viele Themen, die Rechtspopulisten besetzen, sind auch unsere Themen. Konkret geht es uns um eine Humanisierung der Globalisierung, um Sicherung und Erhalt von Arbeitsplätzen, um Einkommenssicherung, um viele Fragen, die Menschen in ihrem Alltag bewegen, um Sicherheit und Geborgenheit, um Vertrauen in den Staat und die Politik, um Integrität von Politik und Politikern. Und um Aufklärung

über Wirkungszusammenhänge. Aber wir haben andere Antworten. Wichtig ist die Vermittlung dieser Antworten und notwendig ist, sie ständig zu überprüfen und in der Auseinandersetzung mit der sich verändernden Realität weiter zu entwickeln.

**„Drücke die Rechtspopulisten nicht direkt in eine extrem rechte Ecke. Nimm die Probleme, die sie nennen, ernst. Sie können nämlich die Probleme der Bürger gut nachvollziehen, über die in Cafés und auf Geburtstagsfeiern geklagt wird. Richte deinen Widerstand gegen ihre Lösungsvorschläge. Diese sind meistens zu einfach und verursachen mehr Probleme, als sie lösen. Isoliere diese Menschen nicht. Ein ansehnlicher Teil der LPF-Wähler (Liste Pim Fortuyn, F.A.) ist auch Mitglied der Gewerkschaft. Nimm dir etwas Zeit; rechtspopulistische Bewegungen implodieren häufig schnell und vernichten sich durch Streitereien in den eigenen Reihen“**

Dies ist ein entscheidender Satz, denn es geht nicht darum, die AnhängerInnen rechtspopulistischer Gruppierungen zu bekämpfen, sondern die von ihnen vertretenen politischen Konzepte und die geistigen Wurzeln dieser politischen Bewegungen. PolitikerInnen vom Schlage eines *Bossi*, *Haider* oder *Le Pen* sind politisch zu stellen und argumentativ zu entlarven – das Publikum ist zu überzeugen und für die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung zu gewinnen. Dies kann auch in der Praxis politischer Bildung geleistet werden. Politische Bildung muss den Argumentationsmustern der Populisten auf den Grund gehen, sie entlarven und die Zusammenhänge in ihrer Komplexität darstellen. Eine Komplexitätsreduzierung kann nur bis zu einem bestimmten Grad funktional sein. Wichtig ist, zivile Netzwerke zu knüpfen und das demokratische Gemeinwesen auf lokaler und regionaler Ebene zu fördern.

**„Halte deine Organisation wachsam und achte auf gute Kontakte und Netzwerke im ganzen Land. Du weißt nie, wie sich die Gesellschaft mit Rechtspopulisten entwickeln wird. Wenn nötig, sollte eine Gegenbewegung gebildet werden“**

Bildungsarbeit muss auch „nach innen“ stattfinden. Themen und politische Lösungen der (Rechts-)Populisten finden sich auch im eigenen Lager. Der Hang zur Reduzierung von Komplexität in der politischen Auseinandersetzung macht vor den Toren der etablierten gesellschaftlichen Organisationen nicht halt. Stabile Netzwerke im lokalen und regionalen Gemeinwesen sind notwendig für die Nähe zu den BürgerInnen, sie befördern die kritische Selbstreflexion und die Entwicklung neuer Ideen und Projekte.

Die demokratischen Parteien sind gut beraten, über ihren Drang hin zur vermeintlichen Mitte ihre politische Identität nicht aufzugeben. Sie müssen als Ansprechpartner für alle erkennbar sein, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

### **Europäische Zivilgesellschaft**

Zivile Netzwerke sind wichtig. Das politische und kulturelle Klima entsteht zuerst in den Kommunen. Auf dieser und auf regionaler Ebene sind Erfahrungsaustausch, Bildungsarbeit, Kooperationen wesentliche Pfeiler, die Zivilisierung fördern können. Daneben wird die europäische Ebene ein zunehmend wichtiger Bereich für Politikformulierung und -gestaltung. Nicht nur weil rechtspopulistische Parteien und Politiker die europäische Idee diskreditieren, ist es notwendig, ein die Bürger und Bürgerinnen überzeugendes Modell für europäische Politik zu entwickeln.

Das Zusammenwachsen Europas darf nicht vorwiegend auf wirtschaftliche Integration zielen, sondern muss auch sozialen Aspekten als wesentlichem Bereich der Politik der europäischen Institutionen und der Mitgliedsstaaten Rechnung tragen. Als Ergänzung zum wirtschaftlichen Integrationsprozess steht eine sozialpolitische Agenda für Europa an, die nicht nur die sozialen Herausforderungen der europäischen Einigung zu bewältigen verspricht, sondern auch die Akzeptanz einer an Europa orientierten Politik fördern würde.

Das Modell für eine künftige europäische Sozialpolitik sollte die europäische Zivilgesellschaft fördern und stärken. Dabei kommt es vor allem auf die Entwicklung partizipativer Strukturen und Aushandlungsmechanismen im europäischen Kontext an. Sinnvoll wäre es, den Selbsthilfegedanken und das freiwillige Engagement in den auf europäischer Ebene agierenden Organisationen neu zu beleben. Auch Prinzipien und Ansätze der Solidarwirtschaft, die zur Tradition einiger europäischer Länder gehören<sup>5</sup>, sollten in die Gestaltung einer künftigen europäischen Sozialpolitik einbezogen werden. Der transnationale Austausch über Erfahrungen und Best-practice-Beispiele kann über die vielfältigen europäischen Förderprogramme realisiert und intensiviert werden. Hier gibt es in Europa mittlerweile ein breites Spektrum an Angeboten, die sowohl für große Organisationen als auch für lokale,

<sup>5</sup> Vgl. dazu beispielhaft die Genossenschaften in Italien, soziale Kooperativen in Spanien, in Deutschland die „Sozialen Betriebe“ und die Beschäftigungsinitiativen des Zweiten Arbeitsmarktes (dazu vor allem *Pankoke* 2000)

sozialräumlich orientierte Vereine und Initiativen die Möglichkeit bieten, neue Wege zu erproben und Partnerschaften zu bilden.

### Literatur

*Harm Brouwer* (2002): Rechtspopulismus in den Niederlanden (Vortrag gehalten bei der hier beschriebenen Veranstaltung des DGB am 2. November 2002)

*Frank Decker* (2002): Rechtspopulismus, Globalisierung und die Europäische Union. Mehr als symbolische Maßnahmen gefragt. In: *taz-Sonderbeilage* vom 30.08.2002

*Hajo Funke* (2002): Rechte Revolte gegen das Establishment. In: *ver.di-Publik*, Nr. 6/7-2002

*Eckart Pankoke* (2000): Frei Assoziationen – Geschichtliche Prämissen und gesellschaftliche Perspektiven moderner Genossenschaften. In: *Annette Zimmer/Stefan Nährlich* (Hrsg.) (2000): *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven*. Opladen, S. 189-211.



*Frank Ahrens ist Bezirksjugendsekretär des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. Er ist zu erreichen über die Anschrift Dreyerstraße 6, 30169 Hannover, E-Mail: Frank.Ahrens@dgb.de*

Die Photos in diesem Beitrag hat der Autor zur Verfügung gestellt

## Politische Bildung gegen Populismus

Klaus-Peter Hufer

Klaus-Peter Hufer hat das „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ entwickelt, das er in diesem Beitrag vorstellt und didaktisch-methodisch begründet. Er geht von den Voraussetzungen aus, die Menschen für Stammtischparolen anfällig machen und populistische antidemokratische Positionen verstärken. Politische Bildung hat die Aufgabe, zivilcouragiertes Handeln zu fördern und Partei für Aufklärung, Toleranz und Menschenrechte zu ergreifen. Politische Bildung contra Populismus eröffnet zugleich die Möglichkeit, dieses Arbeitsfeld zu profilieren, seine Alltagsnähe zu demonstrieren und seinen gesellschaftlichen Nutzen zu verdeutlichen.

### Szenen aus dem Alltag

*Eigentlich verläuft die Plauderei mit dem Nachbarn wie immer friedlich: der Garten, die Renovierungsarbeiten am Haus, die Kinder... Doch dann kommt überraschend der heftig vorgetragene Hinweis, dass die Renten nicht mehr sicher seien, und dass Politiker sowieso nur in die eigenen Taschen wirtschaften würden.*

*An der Ladentheke: Die Schlange der Wartenden wird etwas länger, weil eine dunkelhäutige junge Frau umständlich nach ihrem Einkaufsschein kramt. Sie hat ihn endlich gefunden, die Kassiererin prüft und zeichnet gegen. Am hinteren Ende der anstehenden Kunden macht sich Unmut breit: „Typisch, Asylbewerber – und dann alles auf unsere Kosten!“ Es gibt Zustimmung.*

*Zur Geburtstagsfeier von Tante Hedwig hat sich wieder die gesamte Familie versammelt. Unter Vermeidung von Konfliktthemen geht der Abend seinem Ende entgegen. Erleichterung macht sich breit. Aber dann kommt Onkel Heriberts befürchtete Einlassung doch noch: „Ich bin kein Nazi, aber unter Hitler gab es nicht so viele Arbeitslose.“*

*Und am Stammtisch findet sich nach vorgerückter Stunde eine breite Übereinstimmung in der Forderung, dass wir viel zu laue Strafgesetze hätten und es in den Gefängnissen eindeutig zu human zugehen würde.*

Szenen dieser Art kennt jeder. Sie kommen aus der Tiefe und der Mitte des Alltags, oft überraschen, überrumpeln sie. Bei vielen unfreiwilligen Zuhörern und Zuhörerinnen macht sich Ratlosigkeit breit. Sprachhemmungen treten auch bei ansonsten redegewandten Menschen auf, Blockaden sind da, Verunsicherung, mitunter sogar Angst.

### Die besten Antworten kommen zu spät

Nach der Situation kommt das schale Gefühl, versagt zu haben. Jetzt fallen auch prompt die besten Antworten ein. Zu spät, die Situation ist vorbei.

Wohl dem Zeitgenossen, der in der Straßenbahn Zeuge eines Gesprächs zwischen zwei Frauen wird, die lauthals ausländerfeindliche Parolen von sich geben. Auch er ist zunächst irritiert, sucht krampfhaft nach einer zündenden Erwiderung. Doch dann, als die Bahn hält und er aussteigen muss, fällt ihm etwas ein. Er spricht die Frauen an: „Sie haben einen Preis gewonnen.“ Die beiden fragen erstaunt: „Warum denn?“ Seine Antwort: „Sie haben den Preis dafür gewonnen, dass man zwischen zwei Haltestellen derart viel Blödsinn erzählen kann.“ Befreiender Applaus von den übrigen, ansonsten schweigenden Mitreisenden.

Und zu beneiden ist der schlagfertige Mensch, dem beim lauten Lamento seines Kollegen, dass uns die Ausländer die Arbeitsplätze wegnähmen, erwiderte: „Ich wusste gar nicht, dass Du früher eine Döner-Bude hattest.“

Kann man solche Reaktionen lernen?<sup>1</sup>

### Worum es geht

Die Definitionen und Etikettierungen, die einem Phänomen wie dem eben skizzierten zugewiesen werden, sind vielfältig. Oft ist der Übergang zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus fließend, demzufolge fällt die Wahl des zu Benennenden häufig unklar aus, „hinsichtlich der Terminologie, der Begriffsbestimmung und des Gegenstandsbereichs besteht völlige Unübersichtlichkeit“<sup>2</sup>. Auf die semantischen Differenzierungen kann hier nicht eingegangen werden.<sup>3</sup> Aber das Umfeld des

1 Angemessene Reaktionsformen werden in dem Argumentationstraining gegen Stammtischparolen gesucht und gefunden. Die folgenden Ausführungen basieren auf den Erkenntnissen, die ich bei der Durchführung von etlichen Trainings und Veranstaltungen zum Thema gewonnen habe (Klaus-Peter Hufer: „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“, 4. Aufl., Schwalbach 2001).

2 Richard Stöss: Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schröder (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 24

3 Siehe Christoph Butterwegge: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl., Opladen 2001, S. 14ff.



Rechtsextremismus ist groß: Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft ist weit verbreitet: „27 Prozent der Personen in den alten und 41 Prozent in den neuen Bundesländern sind ... fremdenfeindlich eingestellt.“<sup>4</sup>

Ein solcher Befund passt in die Ergebnisse, die eine Forschergruppe um *Wilhelm Heitmeyer* in einer repräsentativen Befragung im Jahr 2002 herausgefunden hat. Dabei haben sie ein „Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ bei zahlreichen Bundesbürgern

### Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

festgestellt. Dieses zeigt sich in insgesamt sieben Elementen bzw. Facetten: Rassismus und

Dominanz (4,6 % der männlichen und 10,0 % der weiblichen Befragten), Fremdenfeindlichkeit (30,5 %/38,1 %), Antisemitismus (14,7 %/10,9 %), Heterophobie (31,9 %/25,5 %), Islamphobie (26,6 %/20,1 %), Etabliertenvorrechte (37,6 %/40,9 %) und Klassischer Sexismus (31,1 %/40,9 %).<sup>5</sup>

Im Einzelnen werden „unerwartet hohe Zustimmungswerte zur autoritären Aggression“<sup>6</sup> konstatiert. So fand das Item „Verbrechen sollten härter bestraft werden“ eine Zustimmung von insgesamt 87,5 %, und das Item „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“ stieß bei 80,1 % auf eine positive Resonanz.<sup>7</sup>

Für die Forschergruppe bietet die Desintegrations- theorie die zentrale Erklärung für diese Daten. Vertreten wird die „These, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und gewalt- wie diskriminierungsnahe Verhaltensintentionen um so ausgeprägter sind, je größer die **Desintegrationsbelastungen** in unterschiedlichen Teildimensionen mit der Folge einer negativen **Anerkennungsbilanz** sind.“<sup>8</sup> Anerkennungsmöglichkeiten zeigen sich in

drei Formen, als „Teilhabe, Teilnahme und Zugehörigkeiten“<sup>9</sup> an den Institutionen des Systems und den Kommunikationsmöglichkeiten bzw. Integration in den gemeinschaftlichen Lebensbereich.

Was kann hier politische Bildung leisten? Bietet sie in ihren Veranstaltungen, bei ihren Vorträgen, in ihren Diskussionsforen, Seminaren und Workshops Möglichkeiten, am sozialen Leben teilzuhaben, teilzunehmen und dazu zu gehören? Das ist sicherlich der Fall, die sozial-emotionale Dimension politischer Bildung – sowie die von Bildungsarbeit überhaupt – sollte nicht unterschätzt werden.

Aber auch die Rolle und Bedeutung des Wissens, das sie anbietet und vermittelt, darf keinesfalls gering geachtet werden. Immerhin kann festgehalten werden, dass „Personen, die sich politisch gut informiert fühlen, ... weit seltener (21 Prozent) zu fremdenfeindlichen Einstellungen (neigen) als jene, die annehmen, ‚die meisten Leute‘ seien besser über Politik informiert als sie selbst (46 Prozent). Auch politische Informiertheit kann also helfen, fremdenfeindlichen Vorurteilen nicht allzu schnell auf den Leim zu gehen.“<sup>10</sup>

### Stammtischparolen

Das Potenzial von rechtspopulistisch eingestellten Menschen in der Bundesrepublik ist groß. Nicht jeder ist auch gleich ein Rechtsextremist. Aber Rechtsextremismus hat einen Nährboden in populistischen, anomischen, ausgrenzenden, diffamierenden, vorurteilsbeladenen, antidemokratischen

### Rechtsextremismus hat Nährboden in populistischen und antidemokratischen Einstellungen

Haltungen und Einsichten. Im Begriff „Stammtischparolen“ lassen sich das verbale Repertoire und die Artikulationsformen des Rechtspopulismus beschreiben.

Stammtischparolen sind aggressiv, rigide, verkürzt, pauschal und herabsetzend formulierte Urteile über Menschen anderer Herkunft, Gesinnung, Wertpräferenz, Lebensweise und auch Profession, als sie die Verkünder und Verkünderinnen dieser Parolen haben. Diese meinen für sich in Anspruch zu nehmen, die verbreitete Mehrheitsmeinung des „gesunden Volksempfindens“ auszudrücken. Der Begriff „Stammtischparolen“ ist eindeutig belegt. Unabhängig von der Region und dem kulturellen Hintergrund werden sie übereinstimmend definiert. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Nicht jeder Stammtischbesucher verkündet

4 *Klaus Ahlheim*: Das Umfeld des Rechtsextremismus. Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft, in: *Klaus Ahlheim*.

(Hrsg.): „Intervenieren, nicht resignieren. Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung, Schwalbach/Ts. 2003, S. 29

5 *Wilhelm Heitmeyer*: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste Ergebnisse, in: Deutsche Zustände, Folge 1, hrsg. von *Wilhelm Heitmeyer*, Frankfurt/Main 2002, S. 24, im Einzelnen beschrieben werden diese Elemente des Syndroms auf den Seiten 20f. u. 25f.

6 *Wilhelm Heitmeyer/Aribert Heyder*: Autoritäre Haltungen. Rabiante Forderungen in unsicheren Zeiten, in: ebd., S. 59

7 Ebd., S. 60

8 *Karsten Endrikat* u. a.: Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanz, in: ebd., S. 40

9 Ebd., S. 39

10 *Ahlheim*, a.a.O., S. 46

Stammtischparolen. Auch sind sie keineswegs eine Domäne der Männer. Die eingangs skizzierten Beispiele sollen zeigen, dass die Stammtischparole nicht an den Ort Stammtisch in Wirtshaus oder Kneipe gebunden ist.<sup>11</sup> Es ist vielmehr eine Metapher für eindeutig konnotierte weltanschauliche, vorzugsweise politische Botschaften. Stammtischparolen sind plakativ und propagieren einfache – meistens auch harte – Lösungen. Stammtischparolen sind markant und bekannt. Jeder weiß, was damit gemeint sein kann: platte Sprüche, aggressive Rechthaberei, kategorisches Entweder-Oder, dezidierte Selbstgerechtigkeit. Dafür und für anderes ist die „Stammtischparole“ eine Chiffre, ein Kennzeichen, ein Stellvertreterbegriff, ein Synonym.

Stammtischparolen kennt man nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern gibt es analoge Begriffe und damit das gleiche Phänomen des Rechtspopulismus.

In den Niederlanden beispielsweise ist das Wort „Borreipraat“ (Schnapsgerede) geläufig.

Im öffentlichen politischen Diskurs der Bundesrepublik vollzieht sich eine polarisierende Auseinandersetzung um die Bewertung von Stammtischparolen; ein paar Beispiele:

- „Das eigentliche Problem spielt sich an den Stammtischen ab.“ (*Matthias Platzeck*, als Oberbürgermeister von Potsdam<sup>12</sup>)
- „Wer Stammtische diffamiert, diffamiert die Bevölkerung.“ (*Edmund Stoiber*, bayerischer Ministerpräsident<sup>13</sup>)
- „Wir müssen vor allem schauen, dass an den Stammtischen nicht heimliche Sympathie für die NPD aufkommt.“ (*Fritz Kuhn*, ehemaliger Bundesvorsitzender Die Grünen<sup>14</sup>)
- „Wir müssen auch auf Familien und Stammtische hören.“ (*Rita Süßmuth*, CDU-Politikerin<sup>15</sup>)

11 Keineswegs ist jeder Stammtisch gleich ein Hort finstersten und reaktionärsten Flach- und Stumpfsinns. Natürlich gibt es auch bei Wein und Bier kultivierte Gespräche. Und jede/jeder hat doch schon die Situation erlebt, wenn von Alkohol und Gruppengefühl ein wenig beflügelt, die Gedanken ihren freien Lauf nahmen und in „Utopia“, der besten aller Gesellschaften, landeten. Und keineswegs soll die Stammtischparole umgedreht, dadurch eine neue verkündet werden, indem das Klischee des „Stammtisches“ zur allgemein gültigen Realität erklärt wird. Zur Ehrenrettung des Stammtischs sei auf die folgende wunderbare Schrift verwiesen: *Das Vielleicht-Bierbuch*, hrsg. vom Stammtisch „Unser Huhn“, Frankfurt/M. 1997

12 nach *heute-Magazin*, ZDF, 2.8.2000

13 nach *Panorama*, ARD, 3.8.2000

14 nach *Bericht aus Berlin*, ARD, 4.8.2000

15 nach *Das Vielleicht-Bierbuch*, a.a.O., S. 47

- „Der Stammtisch ist ein größeres Problem als die Brandsatzwerfer“ (*Michael Fürst*, Vorsitzender der jüdischen Gemeinden Niedersachsens<sup>16</sup>)
- „Straßen und Stammtische dürfen nicht dem braunen Pöbel überlassen werden.“ (*Paul Spiegel*, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland<sup>17</sup>)
- „Wir müssen nicht alles nachreden, was an den Stammtischen gesprochen wird. Aber wir müssen an den Stammtischen verstanden werden.“ (*Laurenz Meyer*, Generalsekretär der CDU<sup>18</sup>)
- „Die NPD ist auch an den Stammtischen präsent.“ (*Udo Voigt*, NPD-Vorsitzender<sup>19</sup>)

Bei den in Deutschland gängigen Stammtischparolen<sup>20</sup> werden immer wieder u. a. die folgenden genannt:

- Die da oben machen doch, was sie wollen.
- Wir haben viel zu laue Strafgesetze.
- Wir brauchen wieder die Todesstrafe.
- Ein bisschen Diktatur schadet nichts.
- Wir brauchen wieder einen kleinen Hitler.
- Wenn Hitler den Krieg nicht begonnen hätte, wäre der Nationalsozialismus gar nicht so schlimm gewesen.
- In der Zeit des Nationalsozialismus konnte man wenigstens noch ohne Angst und ohne Probleme nachts über die Straßen gehen.
- Irgendwann muss Schluss sein mit unserer „Geschichte“.
- Deutsche Soldaten sind immer anständig gewesen.
- Wir brauchen wieder einen starken Mann.
- Politiker verdienen sich nur durch Dummmquoten Geld.
- Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.
- Ausländer sind kriminell.
- Ausländer überfremden uns/wollen sich nicht integrieren lassen.
- Ausländer kommen rein und zehn Kinder hinterher.
- Die weitaus meisten Asylanten kommen nur aus wirtschaftlichen Gründen zu uns.
- Die Menschen in den Entwicklungsländern sind nur zu faul, um das zu leisten, was wir geschafft haben.
- Neger sind Dealer.

16 nach *Tagesschau*, ARD, 7.10.2000

17 nach Zeitungsmeldungen vom 10.11.2000

18 auf dem CDU-Parteitag, nach *Tagesschau*, ARD, 20.11.2000

19 nach WDR, 24.1.2002

20 Ich habe etliche Seminare in fast allen Regionen Deutschlands und einige in Österreich durchgeführt, so dass die Übersicht „flächendeckend“ ist.

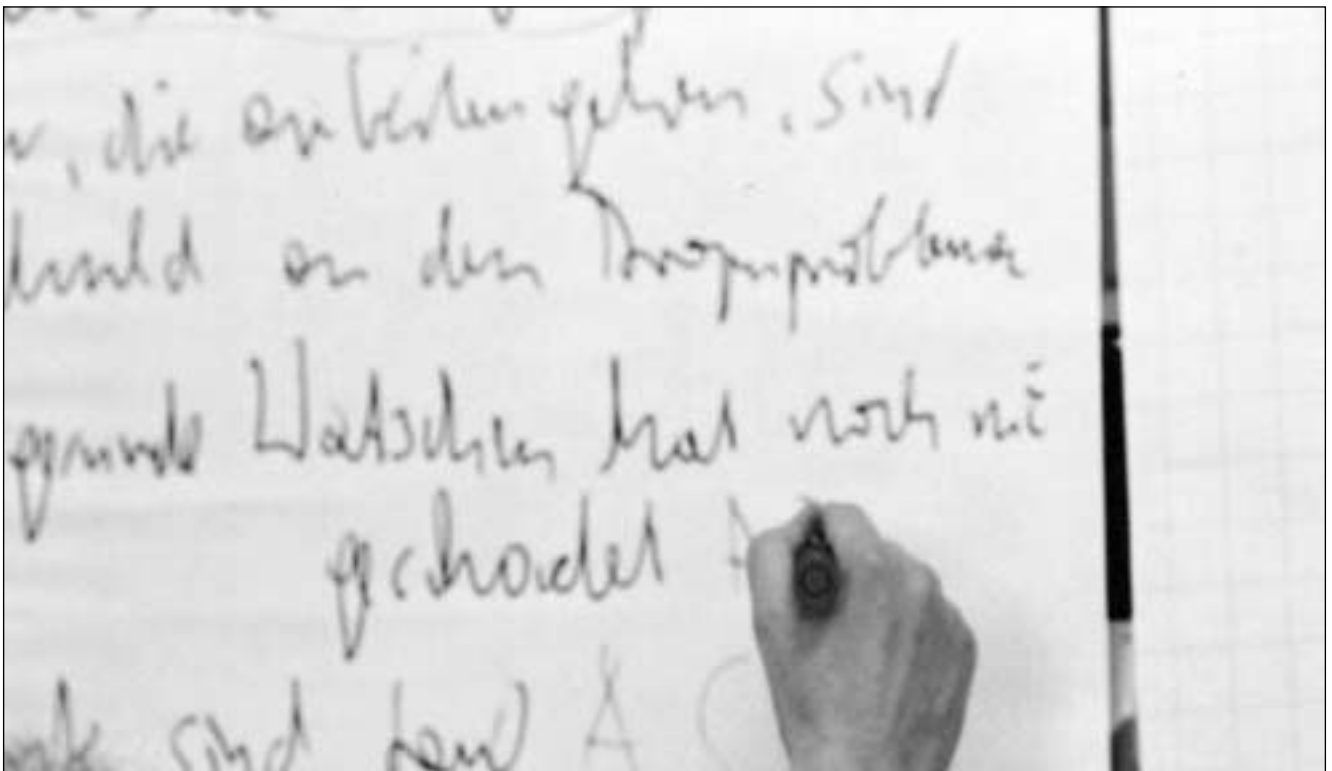
- Der Neger kommt her, ruft Asyl, und schon stellen wir ihm den Mercedes vor die Tür.
- Die meisten Arbeitslosen sind im Grunde nur zu faul, denn wer Arbeit will, bekommt sie auch.
- Sozialhilfeempfänger sind Schmarotzer.
- Wer bei uns fleißig/tüchtig ist, der bringt es auch zu etwas.
- Wir können die Probleme der Welt nicht hier in Deutschland lösen.
- Wir sind die Zahlmeister Europas.
- Emanzipierte Frauen sind in sexueller Hinsicht zu kurz gekommen.
- Frauen gehören an den Herd.
- Frauen können nicht Auto fahren, oder Frau am Steuer: Ungeheuer, oder Frau am Steuer: Blut am Gemäuer.
- Im Islam werden Frauen unterdrückt.
- Die Juden machen das große Geld.
- Homosexualität ist widernatürlich.
- Schwule sind pervers.

### Spitzenreiter der Stammtischparolen entspricht empirisch belegter Fremdenfeindlichkeit

Eindeutiger Spitzenreiter bei den Parolen ist: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. Diese Behauptung entspricht der empirisch festgestellten Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und gibt einen Hinweis auf ihre zentrale Motivlage, die in einer Mischung aus standortchauvinistischer und -egoistischer Selbstbehauptung, aber auch in Deklassierungsängsten besteht.

### Stammtischparolen und politische Bildung

Mit Stammtischparolen werden Erwachsene und Jugendliche konfrontiert. Da der Begriff eindeutig belegt ist, bietet er einen unmittelbaren Anlass für Bildungsaktivitäten. Stammtischparolen sind im Alltag und in der Lebenswelt präsent. Somit sind



Sammlung von Stammtischparolen im Seminar

Der hier versammelte „harte Kern“ der Parolen zeigt, worum es geht: um autoritäres Politikverständnis, Relativierung des Nationalsozialismus, Schlussstrichmentalität, Ausländerpolitik, Asylpolitik, Entwicklungspolitik, Sozialpolitik, Antisemitismus, Sexismus. Die Tendenz der Aussagen passt in das von Heitmeyer beschriebene „Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“.

attraktive und in der Fachdiskussion als notwendig ausgewiesene Orientierungen und Bezugnahmen angesagt.<sup>21</sup> Mit der Konfrontation durch Stamm-

21 Peter Alheit: Alltagsorientierung, in: Klaus-Peter Hufer (Hrsg.): Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Bd. 2 des Lexikons der politischen Bildung, hrsg. von Georg Weißeno, Schwalbach/Ts. 1999, S. 4-7; Ortfried Schöffner: Lebensweltorientierung, in: ebd., S. 156-158

tischparolen und der Motivation, ihnen etwas entgegenzusetzen, werden politikdidaktische Kategorien und Prinzipien wieder aktuell: Betroffenheit<sup>22</sup> und Handlungsorientierung<sup>23</sup>. Das Ziel der Beschäftigung mit Stammtischparolen ist es, die an solchen Seminaren Teilnehmenden zu motivieren und zu unterstützen bei einem zivilcouragierten Eingreifen. Sie wollen (und sollen) den Parolen Paroli bieten (können). Eine so arbeitende politische Bildung nimmt das Attribut „politisch“ ernst und setzt es in die Tat um. Diese politische Bildung ergreift entschieden Partei für Aufklärung, Toleranz, Humanität und Menschenrechte. Sie wendet sich dezidiert gegen Rassismus, Rechtsextremismus, autoritäre Stimmungen und politische Anomie – und sie ist dabei entgegen allen Fremdcharakterisierungen überhaupt nicht „missionarisch“<sup>24</sup>.

**Die Auseinandersetzung mit den Stammtischparolen erschließt zentrale Politikfelder**

Bei der Auseinandersetzung mit den Parolen werden von den Teilnehmenden gemeinsam wesentliche und zentrale

Politikfelder erschlossen: Innenpolitik, internationale Politik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Einwanderungspolitik: Geklärt werden Fragen zur politischen Kultur der Gegenwart, zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, zur Geschichte und Aktualität des Rechtsextremismus sowie zur politischen Psychologie (Vorurteile, Aggressionen und Autoritarismus).

Die für eine Bürgergesellschaft notwendigen Kompetenzen<sup>25</sup> werden durch die Gruppe und in ihr vermittelt und gestärkt, und zwar kognitive Kom-

petenzen (durch Information über den psychologischen Hintergrund der Stammtischparolen und den Sachverhalt, der den Parolen entgegengesetzt werden muss), prozedurale Kompetenzen (durch das Erarbeiten und Aufzeigen von Handlungsstrategien) sowie habituelle Kompetenzen (durch die Stärkung des Bewusstseins und den Mut, die liberalen Grundrechte gegen rechtsextreme und -populistische Sprüche, Haltungen und Handlungen zu verteidigen).

Daneben – auch das ist für politische Bildung wertvoll – bieten die Stammtischparolen und die Suche nach angemessenen Reaktionsformen mit der erfahrenen, trainierten und erweiterten kommunikativen Kompetenz eine Schlüsselqualifikation, die für eine Informations- und Mediengesellschaft erforderlich ist. Des Weiteren wird politische Bildung attraktiver, indem sie verbunden wird mit anderen, nachgefragten Bildungsfeldern: Psychologie und Rhetorik. Schließlich macht es auch Spaß, sich gemeinsam mit anderen – in Rollenspielen – mit den Parolen auseinander zu setzen und wirkungsvolle und kreative Erwiderungen zu suchen und zu finden.



Im Training

**Politische Bildung contra Populismus**

Politische Bildung muss keineswegs in die sattsam bekannte Krisenstimmung hineinlamentiert werden. Sie hat meines Erachtens viele Möglichkeiten, ihre Attraktivität und damit auch Akzeptanz zu steigern. Das Potenzial derer, die sich gegen populistische Stimmungsmache engagieren möchten, ist nach meinen Erfahrungen groß.<sup>26</sup> Daher will ich mit einigen Thesen zusammenfassen, welche Möglichkeiten sich politischer Bildung bieten, wenn sie Position gegen Populismus bezieht bzw. den Bürgern und Bürgerinnen ein entsprechendes Forum und Trainingsfeld offeriert. Gleichzeitig sind diese Thesen auch ein Hinweis für eine entsprechende

22 „Die Transformation von ‚subjektivem‘ ins ‚objektive‘ Betroffensein dürfte als eine umfassende Beschreibung dessen gelten, was politische Bildung zu leisten hat.“ (Kurt Gerhard Fischer: Einführung in die Politische Bildung, Stuttgart 1970, S. 53f.) Walter Gage: Betroffenheit und Bedeutsamkeit, in: Dagmar Richter/Georg Weißeno (Hrsg.): Didaktik und Schule, Bd. 1 des Lexikons der politischen Bildung, hrsg. von Georg Weißeno, Schwalbach/Ts. 1999, S. 29-31

23 Heidi Behrens-Cobet: Handlungsorientierung, in: Hufer: Außerschulische..., a.a.O., S. 98-99

24 Dieser Vorwurf – oft vorgetragen von praxisfernen Vertretern der Profession – ist ein Konstrukt, das empirisch nicht zu belegen und zu halten ist, denn wer meint, als „Missionar“ die Bühne der politischen Erwachsenenbildung und außerschulischen politischen Bildung betreten zu wollen, der wird dort bald alleine sein. So mündig sind die Teilnehmenden nämlich allemal, dass sie sich nicht „missionieren“ lassen und daher einfach wegbleiben.

25 Gotthard Breit/Peter Massing (Hrsg.): Die Rückkehr des Bürgers in die politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2002, S. 17f.

grundsätzliche Orientierung politischer Bildung. Da die Zunft zahlreiche Phänomene einerseits der Subjektivierung und andererseits der puristischen Verwissenschaftlichung zeigt – was in der Wirkung auf das Gleiche hinausläuft – sind diese Thesen kategorisch formuliert.

### **Politische Bildung muss einen Standpunkt einnehmen**

Entgegen einer verbreiteten Zurückhaltung oder auch Ablehnung bei der Formulierung von Wertorientierungen oder Zielideen in der politischen Bildung<sup>27</sup> bin ich der Meinung, dass politische Bildung im außerschulischen Bereich und in der Erwachsenenbildung keine indifferente Unverbindlichkeit an den Tag legen darf. Dieses Angebot ist anämisch und uninteressant. Meinungs-, Sprach- und Standpunktlosigkeit erleben die Menschen in ihrem Alltag genügend. Dagegen wird Bildungsarbeit angenommen, in der authentische Menschen spannende Positionen vertreten. Diese fordern heraus, bieten Reibungsflächen, zeigen quer liegende Gedanken und animieren dazu, die eigene Position daran zu messen. In einer zunehmend komplexer werdenden Lebenssituation ist es wohlthuend, klare Standpunkte zu erleben. Das ist kein Widerspruch zur stets vorgetragenen ersten Forderung des ‚Beutelsbacher Konsens‘, dem Überwältigungsverbot<sup>28</sup>. Denn erstens lassen sich freiwillig

26 Ich leite diese Einschätzung aus der Vielzahl der Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen ab, die ich in den letzten Jahren in fast allen Regionen der Bundesrepublik, in sehr unterschiedlichen Institutionen und mit verschiedenen Initiativen durchgeführt habe. Neuerdings besteht ein Interesse an diesen Trainings in Österreich. Unterstützt wird diese Erfahrung durch die Marktanalyse von *Karsten Rudolf*. Er hat ermittelt, dass „sich 11,9 % der Bevölkerung mehr Informationen dazu (wünschen), wie man gegen Stammtischparolen wirksam argumentieren kann“. (*Karsten Rudolf*: Bericht politische Bildung 2002. Was wollen die Bürger. Eine Marktanalyse zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland, Büdigen 2002, S. 142-144; Zitat, S. 143)

27 So z. B. *Wolfgang Sander*: „...ist bei Wertentscheidungen als Orientierungsmaßstäben für politische Bildung in der Demokratie äußerste Zurückhaltung geboten.“ (*Wolfgang Sander*. Politik entdecken – Freiheit leben. Neue Lernkulturen in der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 2001, S. 38). Nach *Horst Siebert* impliziert Normativität einen „Wahrheitsanspruch“ und „Erziehungsanspruch“, der „in unserer Zeit weniger denn je zu legitimieren (ist)“. (*Horst Siebert*: Normativität und Mandat – Soll politische Bildung etwas wollen?, in: *kursiv*. Journal für politische Bildung 1/1999, S. 20)

28 *Hans-Georg Wehling*: Konsens à la Beutelsbach, in: *Siegfried Schiele/Herbert Schneider*: Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 179

erscheinende Erwachsene nicht „überwältigen“, zweitens ist die subtile Form der Manipulation durch achselzuckende Neutralität viel größer, als wenn jemand seinen Standpunkt transparent macht (das allerdings sollte selbstverständlich sein). Und schließlich, wie sollte man Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus anders machen können?

### **Politische Bildung muss ihren Stoff aus dem Leben beziehen**

Politik ist da, wo die Menschen sind. Der Rechtspopulismus ist im Alltag präsent. Es müssen in diesem Fall keine kunstvollen Aktivitäten entfaltet werden, um von der steten Notwendigkeit, sich politisch zu verhalten, zu überzeugen. Der Bildungstoff liegt offen auf der Straße, auf der Ladentheke, vor dem Gartenzaun, in der Kantine, dem Arbeitsplatz, am Stammtisch. Hier erübrigt sich die Grundsatzdiskussion um einen weiten oder engen Politikbegriff<sup>29</sup>, denn jeder weiß, dass es darauf ankommt, mit der Parteinahme für Toleranz im Alltag das System der Demokratie zu stärken. Eine politische Bildung, die keine Vermittlungsbemühungen braucht, um von ihrer Plausibilität zu überzeugen, ist attraktiv und nachgefragt.

### **Politische Bildung muss sich an den ihr eigenen Zentralbegriffen orientieren**

Dennoch darf politische Bildung nicht im Alltag stehen bleiben und „lediglich“ individuelle Befindlichkeiten thematisieren. Sicher ist schon viel geleistet worden, wenn einzelne in ihrer Entschlossenheit gestärkt werden und sich couragiert verhalten. Aber politische Bildung, die ihr eigenes Attribut beim Wort nimmt, muss den Teilnehmern und Teilnehmerinnen ihre Zentralbegriffe anbieten: Konflikt(e), Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft, Willensbildung...<sup>30</sup> Bei der Auseinandersetzung mit dem totalitären Rechtsextremismus und dem aggressiven Rechtspopulismus liegt die Analyse auf Grund dieser Kategorien auf der Hand: Mit welchen Mitteln soll hier eine Ideologie umgesetzt werden? Welche Interessen stehen dahinter? Wie wird Macht („Stammtischhoheit“) demonstriert? Ist überhaupt ein Konsens noch möglich oder ist vielmehr entschiedener Widerstand angesagt? Welches politische Herrschaftssystem zeichnet sich ab? Wie gefährdet ist die Demokratie? Welche Mittel und Wege, Einfluss zu nehmen gibt es?

29 *Klaus-Peter Hufer*: Weit, ja aber... – Der Politikbegriff in der außerschulischen politischen Bildung, in: *kursiv*. Journal für politische Bildung 2/2001, S. 20-24

30 *Ulrich von Alemann*: Grundlagen der Politikwissenschaft, Opladen 1994, S. 144

**Politische Bildung muss zeigen, dass sie gesellschaftlich nützlich ist**

Eine so entschieden auftretende politische Bildung braucht niemanden von der Nützlichkeit für eine demokratische Gesellschaft zu überzeugen. Wo, wenn nicht in der politischen Bildung, kann gelernt werden, wie sich Demokraten gegenüber Rechtsextremen und Rechtspopulisten verhalten? Was politische Bildung so leistet, liegt jenseits und über der betriebswirtschaftlichen Rechtfertigung ihrer Arbeit. Eine eng, lediglich am erzielten „Kostendeckungsgrad“ geführte politische Bildung wird nicht den Freiraum, das Experimentierfeld und den langen Atem haben, den sie braucht, um ihren Nutzen für die Gesellschaft zu belegen.<sup>31</sup>

**Politische Bildung muss belegen, wie wirkungsvoll sie ist**

Woran es politischer Bildung mangelt, ist ein empirisch gesicherter Beweis von der Wirksamkeit ihrer Arbeit. Die wenigen Arbeiten, die das ansatzweise und daher mit nicht verallgemeinerungsfähigen Aussagen versuchten, sind schon vor vielen Jahren

31 Bei dieser Aussage bleibe ich, auch wenn „Modernisierer“ meine Kritik an der Ökonomisierung der politischen Bildung als „Wehklage“ (Ekkehard Nuissl, in: *Report. Literatur- und Forschungsreport 2/2003*, S. 136) oder „Klagelied“ (Karsten Rudolf: Politische Bildung: (k)ein Thema für die Bevölkerung? Was wollen die Bürger?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2002*, S. 52) abqualifizieren.

geschrieben worden.<sup>32</sup> Dennoch bin ich – gerade beim Thema Rechtspopulismus – von der Wirksamkeit politischer Bildung überzeugt. Stellvertretend für die vielen Menschen, die ich im Rahmen meiner Vorträge und Seminare gegen die Stammtischparolen kennen gelernt habe, will ich die Aussage einer Hausfrau wiedergeben: „In diesem Seminar habe ich gelernt, dass es auch dann einen Sinn hat, einen Standpunkt zu vertreten, wenn die Antworten nicht gleich wie aus der Pistole geschossen kommen. Außerdem bin ich froh, erlebt zu haben, dass es auch anderen so geht wie mir. Ich habe mir für die Zukunft vorgenommen, weiterhin meine Meinung zu vertreten, auch wenn ich mit ihr alleine stehe.“ Mehr kann und braucht politische Bildung nicht zu leisten.



PD Dr. Klaus-Peter Hufer ist Fachbereichsleiter der Kreisvolkshochschule Viersen und Privatdozent an der Universität Duisburg-Essen.  
E-Mail: peter.hufer@kreis-viersen.de

Die Photos wurden vom Autor zur Verfügung gestellt

32 Hinweise in Klaus-Peter Hufer: Politische Erwachsenenbildung, Strukturen, Probleme, didaktische Ansätze. Eine Einführung, Schwalbach/Ts. 1992, S. 184-187. Auch die viel beachteten Arbeiten von Karsten Rudolf leisten keine Wirkungsanalyse von politischer Bildung. Sie stellen lediglich eine Nachfrage fest, über deren tatsächliche Höhe (und vor allem über Rudolfs Konsequenzen) aber noch diskutiert werden muss. (Karsten Rudolf: Bericht politische Bildung 2002. Was wollen die Bürger. Eine Marktanalyse zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland, Büdingen 2002; Karsten Rudolf: Politische Bildung und Markt. Marktforschung für die außerschulische politische Bildung: Chancen, Grenzen und Strategien, Dissertation Gießen, 2003). Mittlerweile gibt es eine erste differenzierte Kritik an Ertrag und Methodik der Rudolf-Studie von Klaus Ahlheim: Vermessene Bildung? Wirkungsforschung in der politischen Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2003, S. 32-41

## Stammtischparolen im Argumentationstraining: Bühne frei für Populismus?

Gabriele Schlamann

Gabriele Schlamann setzt seit einigen Jahren das „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ in ihrer Bildungspraxis ein. In diesem Beitrag beschreibt sie bisherige Erfahrungen damit. Sie musste feststellen, dass Stammtischparolen immer öfter Zustimmung finden und der größere Teil der Teilnehmenden an den Trainings zunehmend Schwierigkeiten hat, gegen Stammtischparolen zu argumentieren. Da auch Informationen, die den Wahrheitsgehalt bestimmter Parolen in Frage stellen oder relativieren, nicht mehr oder nur noch begrenzt wirken, ist über didaktisch-methodische Erweiterungen oder Alternativen nachzudenken. Auch die Voraussetzungen, durch die populistische Deutungen des Lebensalltags gefördert werden, sind in den Blick zu nehmen.

„Wie denkt ihr über die EU-Ost-Erweiterung?“  
 „Da überrollen uns die Polen!“  
 „Was meinst du damit?“  
 „Dann gibt es bei uns noch weniger Arbeit!“  
 „Wieso gibt es dann bei uns noch weniger Arbeit?“  
 „Weil die so flexibel sind und jede Arbeit annehmen!“

Dieser Wortwechsel ergab sich in einer Diskussion aus einem „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“, das im Rahmen eines Trainings zum „Abbau von Diskriminierung in Arbeitswelt und Gesellschaft“ stattfand.<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Trainings sind ein Bestandteil des Projektes „FriZZ Freier Zugang zu Gütern und Dienstleistungen für Zugewanderte“. Projektträger ist die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg. Durchgeführt werden die Trainings von der *Brandenburgischen Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung*.

Teilnehmende waren AusbilderInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen aus einer überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung, die freiwillig zu dem Training kamen. Geführt wurde die Diskussion im Juni 2003. Sie ergab sich nach einem Kurzinput, in dem es um den Anteil von AusländerInnen und AsylbewerberInnen in Deutschland und dem Land Brandenburg ging.

Mein Kollege und ich gerieten in dieser Diskussion völlig unbeabsichtigt mitten in ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, und die Rollen waren gleich zu Beginn klar verteilt: wir als Seminarteam auf der „Contra-Seite“, alle anderen bis auf eine Teilnehmerin auf der „Pro-Seite“.

Die Diskussion verlief nahezu klassisch.

Die VertreterInnen der „Pro-Seite“ brachten und wiederholten Verallgemeinerungen und Vorurteile, warfen Geschichten vom Hörensagen ein, zitierten vermeintliche Aussagen von PolitikerInnen oder aus den Medien und nahezu jede/r kannte jemanden, der/dem so etwas Ähnliches auch schon mal passiert war. Und wenn gar nichts mehr ging, kam der Satz: „Aber das weiß man doch, dass die so sind!“.

Die VertreterInnen der „Contra-Seite“ fragten nach, verwiesen auf die gerade vorgelegten Statistiken, thematisierten eventuelle Befürchtungen oder Ängste, sprachen WortführerInnen ganz gezielt an, versuchten Ruhe zu bewahren, berichteten von eigenen Erfahrungen, stimmten partiell zu, zogen sich immer wieder auf Einzelpunkte zurück und fühlten sich zwischendurch auf verlorenem Posten. Und wenn nichts mehr ging, fiel der Satz: „Aber das kann man doch so pauschal nicht sehen!“.

### Der Umgang mit Stammtischparolen hat sich verändert

Im Laufe der Jahre hat sich nach meinen Erfahrungen der Umgang mit den Stammtischparolen stark verändert. Diese Veränderung werde ich nachfolgend beschreiben. Die im Argumentationstraining genannten, gesammelten und für das Training ausgewählten Stammtischparolen jedoch sind seit Jahren gleich geblieben:

„Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“  
 „Die Grenze der finanziellen Belastbarkeit ist in Deutschland erreicht!“  
 „Die Jugendlichen sind zu anspruchsvoll und undiszipliniert!“  
 „Arbeitslose/Sozialhilfeempfänger/Asylbewerber ruhen sich auf unsere Kosten aus!“  
 „Die Politik muss härter durchgreifen!“.

## Veränderungen in der Rollenvertretung

Seit 1998 setze ich das „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ als Methode der politischen Bildung in Seminaren und Trainings ein. In den ersten Jahren war es schwierig, bereitwillige Personen für die Rolle der „Pro-Seite“ zu finden, da die Teilnehmenden fürchteten, mit der Parole, die sie im Rollenspiel vertreten sollten, identifiziert zu werden.

Die „Contra-Seite“ war als Gegenposition beliebter, weil es ein z. T. stillschweigendes Übereinkommen über die „Unsäglichkeit“ dieser Parolen in den Gruppen gab. In Folge wurden Gegenargumente zu den Parolen gefunden, Informationsmaterial und Statistiken genutzt, verschiedene Strategien für die unterschiedlichen Situationen, in denen Stammtischparolen geäußert werden, diskutiert und wirksam in mehreren Rollenspielen erprobt.

### **Stammtischparolen werden zunehmend für wahr gehalten**

In den Argumentationstrainings der letzten zwei Jahre wurden die Rollen auf der „Pro-Seite“ zunehmend schneller besetzt. Schon bevor das Rollenspiel beginnt, fallen vermehrt Sätze wie „Das ist doch leicht, weil die Parole einfach stimmt!“, oder „Das kann ich, weil ich auch der Meinung bin!“, „Mach du das mal, du sagst das doch auch immer!“. Zunehmend erfreut sich die „Pro-Seite“ einer bis dato nicht vorhandenen Beliebtheit, auch weil die Teilnehmenden denen auf der „Contra-Seite“ mal „Bescheid sagen“ wollen. Viele RollenvertreterInnen meinen, die zu vertretenden Parolen entsprächen der Wahrheit.

Es ist schwieriger geworden, Teilnehmende für die Rollen auf der „Contra-Seite“ zu motivieren. Das

hat seinen Grund zum einen darin, dass die Mehrheit der Teilnehmenden einer Seminargruppe der im Rollenspiel zu vertretenden Stammtisch-Parole auch in der Realität zustimmt und damit im Spiel nicht wirklich eine ihr fremde Haltung vertritt. Zum anderen wird die „Contra-Seite“ sehr schnell in eine Außenseiterposition gedrückt, die auch nach dem Argumentationstraining bestehen bleibt, weil eben eine Mehrzahl der Teilnehmenden die Aussage der Stammtisch-Parole unterstützt. Später am Abend in geselliger Runde werden z. B. die VertreterInnen der „Contra-Seite“ gefragt, ob sie **wirklich** meinen, was sie im Rollenspiel gesagt haben. Wenn sie dies bejahten, passierte es, dass sie von den VertreterInnen der „Pro-Seite“ verbal angegriffen wurden und ihre Meinung als absurd und lebensfremd bezeichnet wurde. In den Argumentationstrainings der ersten Jahre mussten die VertreterInnen der Stammtisch-Parole noch für ihr Engagement in der ungeliebten Rolle gelobt und sogar bei Rückfragen anderer Teilnehmender („Das meinst Du aber nicht **wirklich**, oder?“) im Rollenspiel unterstützt und geschützt werden. Jetzt schützen und bestärken wir als TrainerInnen – so jedenfalls meine Erfahrung – vor allem die VertreterInnen der gegen die Stammtisch-Parolen gerichteten Argumentation. Es kommt vor, dass Teilnehmende sich – sowohl aus freien Stücken wie unter dem Druck der Gruppe – nach dem Argumentationstraining von der „Contra-Position“ wieder distanzieren und damit deutlich machen, wie schwierig es sein kann, bei einer einmal gewählten oder der eigenen Position zu bleiben.

Darüber hinaus finden die VertreterInnen der „Contra-Seite“ immer seltener Argumente gegen die Parolen. In einem Training (die Teilnehmenden setzten sich ausschließlich aus Fachhochschul- bzw.





HochschulabsolventInnen zusammen) weigerten sich die Teilnehmenden, das Rollenspiel in dem Argumentationstraining zu praktizieren. Sie forderten vom Trainingsteam, es möge ihnen die geeigneten Argumente gegen die Parolen nennen. Das Rollenspiel als Methode akzeptierten sie nicht. Die Argumente waren, so sagten sie, für sie wichtig, um sie in ihrem beruflichen Alltag in der Betreuung von Jugendlichen einsetzen zu können. Sie akzeptierten schließlich, dass – um ihre Kompetenzen und Erfahrungen einzubeziehen – zunächst in vier Kleingruppen Gegenargumente zu den Stammtischparolen „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“ und „Die Grenze der finanziellen Belastbarkeit ist erreicht!“ gesammelt, erörtert und im Plenum vorgestellt werden sollten. In einer der Kleingruppen wurden schließlich zwei Argumente gegen die Parole von der Grenze der finanziellen Belastbarkeit gefunden. Die anderen Teilnehmenden fanden keine Gegenargumente, „weil es keine gibt!“ – so die einhellige Meinung. Das ihnen dann zur Verfügung gestellte unterstützende Material bewerteten sie nach Sichtung und Diskussion als nicht brauchbar, weil es für sie nicht nachprüfbar sei. Informationen über Zahlen oder gesetzliche Regelungen wurden abgetan mit der Äußerung, dass „jede Statistik gefälscht ist“ und dass „gesetzliche Regelungen nicht eingehalten werden müssen“.

### Erwachsene als Vorbilder

Auf die Frage, wie sie auf Stammtischparolen in ihrem beruflichen Alltag mit den Jugendlichen reagieren, antworteten sie, dass sie dort ihre persönliche Meinung natürlich nicht sagen und selbstverständlich das Informationsmaterial einsetzen und vertreten würden. Der Widerspruch zwischen persönlicher Position und Position im beruflichen Alltag wurde nicht als Problem gesehen, „weil die Jugendlichen dies gar nicht merken“.

Die hier beschriebenen Erfahrungen sind kein Einzelfall. Es fällt den Teilnehmenden an den Trainings zunehmend schwer, Gegenargumente für die Parolen zu formulieren, Informationsmaterial anzunehmen oder erarbeitete Strategien zu erproben und anzuwenden. Dieses Verhalten erscheint mir absolut logisch, wenn sich ein Mensch eher auf der „Pro-Seite“ positioniert und die Aussage der Parole für sich und/oder die Gesellschaft als zutreffend bewertet.

Außerdem wird deutlich, dass Erwachsene die Wirkung ihrer persönlichen Meinung auf ihr soziales Umfeld und damit auch auf Kinder und Jugendliche unterschätzen. Die Vorbildfunktion als Erwachsene/r, auch als Eltern, wird – wenigstens in unserem Arbeitszusammenhang – ausgeblendet. Das, was jemand als persönliche Meinung deklariert, wird innerhalb der Familie, im Freundes- oder im KollegInnenkreis wiedergegeben. Dort weiß man sich unter Gleichdenkenden und kann sich unwidersprochen oder mit Zustimmung frei äußern. Im Berufsalltag kennen viele den Unterschied zwischen privater Meinung und der vom Arbeitgeber oder gesellschaftlich gewünschten und akzeptierten Position. Man ordnet sich dem Leitbild der Arbeitsstelle unter, in einer Schule ebenso wie in einer Kommunalverwaltung. Ein Zusammenhang zwischen privater Meinung und Haltung und deren Auswirkungen in der Berufspraxis, in der Kommunikation mit KlientInnen, wird nicht gesehen. Eine mögliche Wirkung auf Jugendliche z. B., die ihre rechtsorientierten bzw. rechtsextremen Anschauungen in einem solchen Umfeld noch klarer und deutlicher vertreten können, wird negiert.

Eine Teilnehmerin (Sozialpädagogin) hat einen Sohn, der nach ihren Aussagen in die rechtsextreme Szene „abgerutscht“ war. Sie hat ihn mit viel Mühe dort wieder „herausgeholt“. Sie konnte sich nicht erklären, woher der Sohn diese rechtsextreme Einstellung und rassistischen Parolen hatte. Sie selbst jedoch sprach im Seminar immer wieder davon, dass „die Grenze zwischen Polen und Deutschland dicht gemacht werden muss, damit nicht so viele Kriminelle aus dem Osten nach Deutschland kommen können“.

Ein Teilnehmer (Politiker) äußerte sich über SozialhilfeempfängerInnen und LeistungsempfängerInnen beim Arbeitsamt in dem Sinn, dass es beiden Gruppen finanziell viel zu gut gehe. Er begründete diese Feststellung damit, dass „die meisten sich immer noch Alkohol und Zigaretten leisten können, ein Auto besitzen und deshalb besteht für die gar kein Grund, sich ihr Geld selbst zu verdienen“.

Eine Teilnehmerin (Lehrerin) vertrat die Meinung, dass „Menschen, die mit einer Schlepperbande nach Deutschland kommen, kein Anrecht auf irgendeine Leistung haben, weil sie schließlich genug Geld hatten, um die Schlepperorganisation zu bezahlen und deshalb können die hier auch für sich allein sorgen“.

**Die Veränderung der Sichtweise auf die Aussagen von Stammtischparolen**

Die Stammtischparolen haben sich inhaltlich in den letzten Jahren nicht verändert. Verändert hat sich jedoch ihre Bewertung. Stammtischparolen galten in früheren Jahren bei dem größeren Teil der Teilnehmenden als Aussagen, deren Wahrheitsgehalt bezweifelt wurde. Heute hingegen werden sie nicht mehr „nur“ als Stammtischparolen, sondern als Feststellungen über die Wirklichkeit akzeptiert. In den Diskussionen über die Frage, was an Stammtischparolen „wahr“ ist, weshalb sie geäußert werden und weshalb ihnen so schwer beizukommen ist, geht es immer wieder und vor allem um den

**Kaum noch kritische Reflexion eigener Wahrnehmungen und Positionen**

Vergleich der eigenen materiellen Verhältnisse mit denen der „anderen“. Wissenslücken können geschlossen werden, z. B. über den Unterschied zwischen Einwanderung und Asyl, über die Drittstaatenregelung für nach Deutschland Einreisende, das Asylbewerberleistungsgesetz, das Brutto sozialprodukt Deutschlands im Vergleich zu anderen Ländern, über die Zahlen von Ein- und Abwanderern usw.; es gelingt im Argumentationstraining gegen Stammtischparolen nach meinen und den Erfahrungen anderer TrainerInnen aber kaum noch die kritische Reflexion eigener Wahrnehmungen und Positionen. „Wenn alle sagen, dass wir zu viele AusländerInnen in Deutschland haben, dann stimmt das doch auch! Und man muss doch nur mal durch Berlin-Kreuzberg gehen, da kommt man sich vor wie in der Türkei!“ Die Statistik über den AusländerInnenanteil im persönlichen Umfeld wird zwar zur Kenntnis genommen, gleichzeitig ist Berlin-Kreuzberg aber die Schreckensvision für die Entwicklung auch im kleinsten Dorf Brandenburgs. Dass ein Zusammenleben vieler verschiedener Ethnien und Nationalitäten in Berlin-Kreuzberg möglich ist, wird als Spinnerei und Ideal derer abgetan, die von ihren positiven Erfahrungen berichten.

Eigene Vorurteile als solche zu sehen und sie auf Grund korrigierender Informationen oder Erfahrungen zu revidieren, ist den Teilnehmenden kaum

**Vorurteile haben immer die anderen**

noch möglich. Vorurteile haben die anderen, man selbst gibt nur wieder, was man erfahren, gehört, gelesen hat. VertreterInnen der großen und kleinen Politik werden zitiert, und hier stimmen die Teilnehmenden den PolitikerInnen ausnahmsweise einmal zu: Wenn es nämlich um die Ein-

schränkung von Rechten oder des Lebensstandards „der anderen“ geht. Erst sollen sich die anderen ändern, bevor man sich selbst bewegt oder verändert: „Wenn Michael Schumacher 1 Million Euro spendet, dann spende ich auch 1 Euro!“.

Alle Teilnehmenden in den vier Trainings, die ich in diesem Jahr durchgeführt habe, hatten eine abgeschlossene Ausbildung, 75 % von ihnen ein abgeschlossenes Fachhochschul- oder Hochschulstudium. Sie waren zwischen 30 und 62 Jahre alt, sind überwiegend im Land Brandenburg geboren und verfügten (noch) über eine feste Arbeitsstelle. Sie sagten von sich, dass sie gerne mehr Geld verdienen würden. Nahezu alle waren jedoch mit ihrem jetzigen Lebensstandard zufrieden. Fast allen war bewusst, dass die Abwanderung aus den neuen Bundesländern in die alten Bundesländer ein gesellschaftliches Problem mit noch nicht abzusehenden Folgen ist. Allen war klar, dass für die Rentenkasse mehr EinzahlerInnen und damit auch AusländerInnen gebraucht werden. Und trotzdem stand für 80 % der Teilnehmenden fest, dass es in Deutschland zu viele AusländerInnen und damit SozialhilfeempfängerInnen gibt, wovon die meisten von unseren Steuergeldern zu gut leben. EinwandererInnen, EU-BürgerInnen und AsylbewerberInnen werden trotz vorheriger Information über ihren jeweiligen Status von beinahe allen Teilnehmenden wieder in einen Topf geworfen.

Die Fragen in den Diskussionen folgen fast immer dem gleichen Muster:

Warum fahren „die“ teure Autos, die man sich selbst nicht leisten kann? Warum kriegen „die“ gleich eine neu renovierte Wohnung? Warum geben „die“ auch noch Geld für Zigaretten und Alkohol aus, schließlich ist das doch eigentlich unser Geld? Warum leben „die“ überhaupt so lange in Asylbewerberheimen, die von unseren Steuergeldern bezahlt werden? Warum bringen „die“ nicht den Nachweis der politischen Verfolgung bei, damit der Antrag schneller bearbeitet werden kann? Warum kommen „die“ überhaupt alle nach Deutschland, man selbst geht ja auch nicht nach Äthiopien, wenn es hier mal eng wird? Warum lösen „die“ ihre Probleme nicht vor Ort, anstatt sich von uns mitversorgen zu lassen, obwohl wir immer weniger haben? Warum leben „die“ immer in kleinen nationalen Gruppen zusammen, so dass man Angst kriegen muss und sich nicht mehr auf die Straße traut? Warum passen „die“ sich mit der Kleidung nicht an?

Die Abwanderung von Menschen aus Deutschland in andere Länder wird dagegen positiv gesehen,

weil „man dorthin gehen muss, wo man Arbeit findet“ oder „wo sich eine gute Zukunft bietet“. Die Abwanderung in die alten Bundesländer wird ebenso begründet. Die Organisation von im Ausland lebenden Deutschen in kleinen Gruppen wird als ganz selbstverständlich betrachtet, weil man ja die gleiche Sprache spricht, gleiche Gewohnheiten z. B. beim Essen hat.

**Was für Deutsche gilt, gilt nicht für AusländerInnen**

Aber diese Erklärung gilt nicht für das Verhalten von in Deutschland lebenden AusländerInnen, denn „die sollen sich anpassen!“ Was macht es so schwer, den Zusammenhang zwischen dem Verhalten von AusländerInnen und Deutschen im jeweils fremden Land zu begreifen und an beide Gruppen den gleichen Maßstab anzulegen, wenn dieses Verhalten überhaupt bewertet werden muss?

### Und nun?

Manchmal ist es ermüdend, schon wieder diese Diskussionen zu führen.

Fast immer verschlägt es mir nahezu die Sprache, wenn ich erlebe, wie populär Stammtischparolen inzwischen sind und wie offensiv sie als Wahrheit vertreten werden.

Immer wieder erstaunen mich die enormen Wissenslücken bei den Teilnehmenden über gesetzliche Regelungen für AusländerInnen in Deutschland.

Zunehmend irritiert bin ich über die in den Medien und von PolitikerInnen vertretenen Meinungen, die Stammtischparolen bzw. ihre Aussage als „Volkes Stimme“ eher unterstützen, anstatt sie als das zu bezeichnen, was sie sind: Verallgemeinerungen, Vorurteile, unreflektierte Plattheiten.

Doch wie läuft es mit dem „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ als Methode der politischen Bildung? Bietet es mit seinem Rollenspiel nicht eher eine willkommene Gelegenheit für die Artikulation der Stammtischparolen und deren VertreterInnen? Ist die Grundannahme, dass Stammtischparolen argumentativ zu entkräften sind und die Teilnehmenden dies auch so sehen, als Voraussetzung für das Argumentationstraining überhaupt noch zu halten? Müsste das Argumentationstraining als Methode der politischen Bildung verändert werden? Wie weit sind wir in der Bildungspraxis entfernt vom Ziel des Argumentationstrainings, bei dem es darum geht, dass „Gegenpositionen zu Stammtischparolen gesucht und diskutiert (werden). Dabei werden nicht nur politische Informationen vermittelt, sondern es wird auch die Redefähigkeit und -gewandtheit geübt sowie die

Selbstsicherheit gestärkt“<sup>2</sup>. Wie können wir verhindern, dass wir eher dem Populismus eine Bühne bieten, als der dagegen gerichteten Argumentation Raum zu schaffen? Welche Wirkung hat das Argumentationstraining über das Seminar hinaus? Wie kann oder muss das Argumentationstraining im Seminar ergänzt werden, damit es nicht dazu führt, dass die VertreterInnen der Stammtischparolen gestärkt werden? („Denen haben wir aber mal gesagt, wo's lang geht!“)

Man kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass die Mehrheit in einem Seminar den Stammtischparolen etwas entgegensetzen will. Ohne die Ergänzung durch andere Seminarmethoden, die Demokratie entwickeln und stärken helfen besteht die Gefahr, dass sich das Team auf ein Dauerargumentationstraining einlässt. Und das war gewiss nicht die Intention von *Klaus-Peter Hufer*.

### Schlussbemerkung

Vielleicht denken jetzt einige LeserInnen: was geht mich das an, ich komme nicht aus dem Land Brandenburg, das ist doch ein Ostproblem! Tatsächlich? Der hier zitierte Politiker ist erst vor ein paar Jahren aus Nordrhein-Westfalen zugezogen.



*Gabriele Schlamann arbeitete als Pädagogische Mitarbeiterin an der brandenburgischen Heimbildungsstätte Villa Fohrde und ist seit 1. September 2003 beim Mobilem Beratungsteam Tolerantes Brandenburg im Regionalbüro Neuruppin tätig.*

*Die Photos zeigen Ansichten des Ortes, an dem die im Beitrag beschriebenen Trainings stattfanden.*

<sup>2</sup> Klaus-Peter Hufer „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ 2. Auflage, Schwalbach 2001, S. 16

## „Rechtsextremismus in Europa und Strategien demokratischer Gegenwehr“

Internationale Jugendbegegnung in Weimar

Kristina Rahe

Jugendliche aus verschiedenen europäischen Ländern kamen in Weimar zusammen, um über Rechtsextremismus zu diskutieren, sich mit den nationalen Besonderheiten rechtsextremistischer Politik auseinander zu setzen und über Strategien gegen Rechtsextremismus nachzudenken. Kristina Rahe beschreibt Intention und Verlauf dieser internationalen Jugendbegegnung und begründet die einzelnen Schritte im Seminar. Deutlich wird, was in der Seminarwoche erreicht werden konnte und mit welchen Methoden man sich den selbst gesetzten Zielen anzunähern versuchte.

### Populismus in aller Munde

Populismus ist ein Schlagwort, das bei Bedarf aus der Schublade geholt zu werden scheint. Dies zeigen unter anderem die aktuellen Diskussionen über die Absage des Italienurlaubs von Bundeskanzler *Gerhard Schröder*, der damit auf antideutsche Äußerungen des römischen Staatssekretärs für Tourismus, *Stefano Stefani*, reagierte. Von der Opposition wird *Schröder* „unverantwortlicher Populismus“ vorgeworfen; die Konnotation des Wortes, dessen politische Bedeutung dabei zunächst einmal unerheblich scheint, ist eindeutig negativ, ansonsten bleibt der Begriff unscharf. Befragt man ein beliebiges Lexikon, wird Populismus übereinstimmend als „eine vom Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik mit dem Ziel, durch Dramatisierung der Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen“, definiert, wie es der Volksduden beispielsweise tut.<sup>1</sup>

### Populismus als notwendige Begleiterscheinung

nicht eine notwendige Begleiterscheinung geworden ist, ja sogar positiv wirken kann, wenn politische Programme und komplexe Zusammenhänge auf einfache Art und Weise den wahlverdrossenen Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht, diese also zu politischem Interesse und zur Partizipation motiviert werden. Allerdings lassen sich der „Stimmungsmache“ durch Überspitzung von Sachlagen und der damit verbundenen Ausschachtung von Sorgen und Ängsten wohl kaum positive Aspekte abgewinnen. Gefährlich wird Populismus vor allem dann, wenn er mit demokratiefeindlichen Einstellungen wie Rassismus und Nationalismus einhergeht, in diesem Fall also in eine rechtspopulistische Ecke rutscht.

<sup>1</sup> Vgl. *Gerd Röllecke*, Politik in der Populismus-Falle, in: *Politische Meinung* 4/2003

### Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in Europa

Wie rechtspopulistische Positionen, Parteien und deren Führungsfiguren inzwischen salonfähig werden konnten, ließ sich im vergangenen Jahrzehnt in Europa gut beobachten. Rechtspopulistische Parteien scheinen an vielen Orten Europas wählbare Alternativen für breitere Bevölkerungsschichten zu sein. Darauf verweisen die Erfolge der „Liste *Pim Fortuyn*“ in den Niederlanden, *Jörg Haider*s FPÖ in Österreich, *Silvio Berlusconi*s Koalitionsbündnis *Forza Italia* und *Umberto Bossi*s *Lega Nord* in Italien ebenso wie die Tatsache, dass es in Frankreich zur Stichwahl zwischen *Jean-Marie Le Pen* und *Jacques Chirac* als Präsidentschaftskandidaten oder zur Etablierung *Ronald Schills* zum Innensenator in Hamburg kam – Rechtspopulismus scheint sich als Phänomen in Europa zu verbreiten.

Als immer wiederkehrende Themen kristallisieren sich Einwanderung und Ausländerkriminalität, in-

### Was haben Rechtspopulisten in Europa gemeinsam?

nerere Sicherheit, die Europäische Union und Kritik an den etablierten Parteien heraus. Doch wieviel haben die unterschiedlichen Politiker tatsächlich gemeinsam? Verbindet die Rechtspopulisten Europas eine gemeinsame Ideologie oder eher ein ähnlicher Stil der politischen Agitation? Gibt es Unterschiede zwischen Westeuropa und den Staaten des ehemaligen Ostblocks? Begünstigt der Systemwandel in den osteuropäischen Staaten die Entstehung und Popularität von Rechtspopulismus? Welche anderen gesellschaftlichen Bedingungen fördern ihn? Gibt es eine gemeinsame Politik auf europäischer Ebene, oder sind die rechtspopulistischen Parteien vielmehr „ein Refugium nationaler Politik im fortschreitenden europäischen Einigungsprozess“?<sup>2</sup>

Wie gefährlich sind die Rechten und ihre Themen für die Entwicklung von Demokratie? Das Beispiel *Haider* zeigt zwar, dass – einmal an der Regierung beteiligt – die Führungsfiguren nicht nur ihren Glanz verlieren, sondern auch zahlreiche Prozentpunkte. Doch wird Rechtspopulismus damit zu einer vorübergehenden Erscheinung, sägen seine Repräsentanten selbst den Ast ab, auf dem sie sitzen? Doch selbst wenn populistische Führungsfiguren auf der politischen Bühne an Einfluss verlieren – wo bleiben ihre Themen, inwieweit finden sie Einzug in politische Diskussionen auf nationaler und europäischer Ebene? Wie kann politische Bildung auf diese Entwicklung reagieren?

<sup>2</sup> Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 11.07.2003

Insbesondere für die Jugendbildungsarbeit im internationalen Kontext bieten diese Fragestellungen interessante Ansatzpunkte. Wie erleben Jugendliche die politische Lage in ihren Heimatländern, wie vergleichbar sind die Situationen in den verschiedenen Ländern und wie lässt sich eine interkulturelle Begegnung nutzen, um gemeinsam Perspektiven und Gegenstrategien zu entwickeln?

### **Rechtspopulismus als Motivation und Diskussionsgrundlage der Internationalen Jugendbegegnung**

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bildete den Schwerpunkt der internationalen Jugendbegegnung, die vom 8. bis 16. Februar 2003 unter dem Motto „Rechtsextremismus in Europa und Strategien demokratischer Gegenwehr“ in der *Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW)* stattfand. 48 Jugendliche im Alter von 16 bis 22 Jahren aus sieben europäischen Ländern nahmen an dem Treffen teil. Da der tschechische Partner kurz vor der Begegnung abgesagt hatte, war Osteuropa nur mit Polen und Ungarn vertreten; als weitere Länder beteiligten sich Frankreich, Italien, Österreich, die Niederlande und Deutschland. Die einzelnen Ländergruppen wurden jeweils von einer Teamerin bzw. einem Teamer begleitet. Seminarsprachen waren Englisch und Deutsch. Die erste Plenumsrunde zu den Erwartungen an das Seminar zeigte sehr deutlich, dass das Kennenlernen von Jugendlichen aus anderen europäischen Ländern, der Austausch zum Thema „Rechtsextremismus“ und die Diskussion möglicher Formen der Gegenwehr eindeutig im Vordergrund des jeweiligen Interesses standen. Es gab also eine große Übereinstimmung in der Motivation zur Teilnahme.



Die Teilnehmenden hören Berichte über die Situation in den einzelnen Ländern

Schon in den anfänglichen Berichten der Jugendlichen über die Situation in den einzelnen Ländern wurde schnell deutlich, dass nicht radikale Auswüchse der rechten Szenen als das eigentliche Problem wahrgenommen wurden; vielmehr stellten die Jugendlichen Parolen und Einstellungen politischer Akteure in den Mittelpunkt, die sich als Rechtspopulismus einordnen lassen. Sie schätzten vor allem plakative fremdenfeindliche Botschaften, die nicht nur einen „rechten Rand“, sondern auch die Mitte der Gesellschaft erreichen, als gefährlichen Nährboden für drohende rechtspopulistische Politik ein.

### **Ziele und Methoden der Begegnung**

Es war der Grundgedanke der Begegnung, Jugendliche aus unterschiedlichen Regionen Europas zusammenzubringen, um eine Woche intensiv die Problematik des Rechtsextremismus zu bearbeiten. Ziel sollte sein, Gemeinsamkeiten rechter Bewegungen in den einzelnen Ländern herauszufinden, sich über – zum Teil in den Ländern bereits praktizierte - Gegenstrategien auszutauschen, neue Projektideen zu entwickeln und das Engagement gegen Rechts über die Grenzen hinaus zu bündeln.

Einige der Jugendlichen engagierten sich bereits in ihren Heimatländern in Initiativen gegen Rechts, wie z.B. die österreichische Gruppe, die in einem Kulturzentrum Theaterarbeit gegen Rechts im wahrsten Wortsinne „erprobte“, oder die italienische Gruppe „*Associazione Oltre*“, die mit MigrantInnen arbeitete. Es war ein wichtiges Anliegen, diese Jugendlichen mit solchen zusammenzubringen, die zwar ein gewisses Interesse am Thema hatten, jedoch in keine Projekte eingebunden waren. Mit dieser Zusammensetzung sollten auch Jugendliche, die sich selbst nicht als hochgradig politisch definierten, erreicht und durch den Rückgriff

**Durch die Begegnung mit aktiven Jugendlichen zum Engagement motivieren**

auf die Erfahrungen von bereits aktiven Jugendlichen zu gesellschaftlichem Engagement motiviert werden.

Unterschiedliche theoretische Inputs in Form von Impulsreferaten sollten die Grundlage für Austausch und Kontroverse der Jugendlichen untereinander schaffen. Dabei wurde auf eine ausgewogene Mischung aus Vermittlung von Fakten und Anknüpfung an den Lebensalltag der Jugendlichen Wert gelegt. Genauso wichtig war die Verknüpfung von Vorträgen und Diskussionsrunden mit aktivierenden, die Kreativität fördernden Programmbausteinen.

Ein weiterer Anspruch war, die Jugendlichen an der Gestaltung der Woche zu beteiligen. Erste Vereinbarungen über den Programmentwurf wurden über E-Mail mit den Partnerorganisationen vor Ort getroffen. Es war hilfreich für den Prozess, dass uns das Förderprogramm „Jugend für Europa“ ein Vorbereitungstreffen des internationalen Teams ermöglichte. Dabei konnten die Interessen und Vorschläge der bereits angemeldeten Jugendlichen eingebracht werden. Zu diesem Zeitpunkt standen allerdings noch nicht alle Teilnehmenden fest, weshalb ein Weg gefunden werden musste, noch während des Seminars eine Möglichkeit der Rückmeldung für die Jugendlichen zu bieten. Auch wenn die wesentlichen Programmpunkte feststanden, sollte Offenheit zumindest für kleine Änderungen bleiben. So kamen wir auf die Idee, sogenannte „Backback“-Gruppen einzurichten: frei wählbare, dann aber konstant besetzte tägliche Treffen international gemischter Kleingruppen mit einer festen Ansprechperson aus dem Team. Die Jugendlichen hatten so die Möglichkeit, Anregungen und Kritik entweder mündlich oder auf einem vorbereiteten Fragebogen mitzuteilen. Auf diese Weise konnten kleine, z. B. zeitliche Änderungswünsche über die Teamsitzungen ins Plenum eingebracht und dort abgestimmt werden.

Um eine Grundlage für Vernetzung zu schaffen und der Begegnung eine erste öffentliche Wahrnehmung zu ermöglichen, strebten wir die Anbindung an kommunale und regionale Strukturen an. Während des gesamten Seminars gab es eine

**Grundlage für Vernetzung schaffen und Öffentlichkeit herstellen**

Zusammenarbeit mit der in Weimar ansässigen „Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus“<sup>3</sup>. Das Lokalradio „Radio Lotte“ sendete jeden Tag

eine Themenstunde zum Seminar. In diesen „Länder-Specials“ berichteten die Jugendlichen über rechte Tendenzen und Rechtsextremismus in ihren Ländern und fassten den jeweiligen Stand des Seminars für die Öffentlichkeit zusammen. Die öffentliche Abschlusspräsentation mit integriertem Projektmarkt, bei dem die Jugendlichen Initiativen gegen Rechts aus ihren Ländern vorstellten, ermöglichte es Interessierten aus Weimar und der Region, sich über die Ergebnisse des Seminars zu informieren und mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

3 Informationen über die Netzwerkstelle finden sich unter [www.weimar-zeigt-sich.de](http://www.weimar-zeigt-sich.de)

**Ablauf**

Am Anfang der Begegnung fand ein intensives Kennen lernen der Teilnehmenden untereinander statt. Viele der Jugendlichen waren über eine öffentliche Ausschreibung auf das Seminar aufmerksam geworden. Somit kannten sich selbst die Jugendlichen einer nationalen Gruppe nicht alle bereits vor dem Seminar. Daher war es notwendig, sowohl innerhalb der beteiligten nationalen Gruppen die Kommunikation zu vertiefen als auch

**Nationale und internationale Kommunikation fördern**

ein Kennen lernen über diese Ebene hinaus zu bewirken. Ersteres geschah durch den Auftrag an alle Nationen, Geo-

graphie und Kultur ihres Landes kurz vorzustellen und über die politische Situation mit Blick auf das Thema Rechtsextremismus zu berichten. Die internationale, interkulturelle Kommunikation wurde zum einen durch das (freiwillige) Angebot forciert, in gemischt-nationalen Zimmern zu übernachten, zum anderen durch die Programmelemente Stadtralley, erlebnispädagogischer Parcours und interaktive Spiele.



Arbeit in kleinen Gruppen

Innerhalb der Woche wollten wir den Bogen von der Feststellung der Problemlage mit all ihren Facetten hin zu einem angemessenen Umgang damit schlagen. *Andreas Speit*, Redaktionsmitglied des „Rechten Rand“ und in der Bildungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus aktiv, führte in das Thema ein. Wir wollten in der Einstiegsphase zunächst die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtspopulismus eingrenzen und damit einen Grundkonsens über die Definition des Tagungsthemas herstellen. Der Vortrag von *Andreas Speit* sollte darüber hinaus einen Überblick über rechte Erscheinungsformen in den Herkunftsländern der Teilnehmenden geben. Wesentlich war dabei, dass die Jugendlichen ebenso wie der geladene Referent als wich-

tige InformantInnen zum Thema gesehen wurden: wissenschaftliches, theoretisch fundiertes Wissen traf auf „ExpertInnen“ aus der Praxis, die in ihren Ländern die beschriebenen Situationen erleben und deshalb wichtige Erfahrungen aus ihrem Lebensalltag zur Diskussion beisteuern konnten. Als Methode sehr gelungen erwies sich hierbei der Arbeitsauftrag zu Beginn der Einheit, einen typischen nationalen „Rechten“ zu zeichnen. Das war nicht nur ein spannender Einstieg in rechte Erscheinungsformen, sondern veranschaulichte darüber hinaus Unterschiede in den einzelnen Ländern. In der daran anschließenden Einheit standen die ideologische Basis von Rechtsextremismus und deren unterschiedliche Ausprägungen im Mittelpunkt. Die Einheit war eine Kombination aus Vortrag und Erfahrungsaustausch. Erlebnisberichte der Jugendlichen konnten durch Statistiken gestützt oder diskutiert, Fragen zum Thema sowohl vom Referenten als auch von anderen Jugendlichen beantwortet werden. Die Jugendlichen stufte den Populismus generell als die wichtigste und komplexeste Problematik im Zusammenhang mit dem Thema Rechtsextremismus ein. Übereinstimmendes Ergebnis dieses Tages war, dass in allen Ländern verbale Angriffe, Vorurteile, Ausgrenzungen und Diskriminierungen Teil des Alltags sind. Rassismus dürfe nicht ignoriert oder gar toleriert werden, auch wenn er nicht direkt verbalisiert werde, sondern sich in subtilerer Form äußere.

#### **Exkursion nach Buchenwald**

Am nächsten Tag war eine (freiwillige) Exkursion in die Gedenkstätte Buchenwald vorgesehen. Zwar muss sich nicht jede Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus auf die Geschichte beziehen, doch war klar, dass die Jugendlichen während ihres Weimar-Aufenthaltes die Chance wahrnehmen wollten, ein ehemaliges Konzentrationslager zu besichtigen. Ebenso klar war, dass diese Exkursion der einzige Programmpunkt des Tages sein konnte. Nach einer deutsch- bzw. englischsprachigen Führung mit anschließender Fragerunde stand den Teilnehmenden frei, ihrem eigenen Tempo folgend über das Gelände zu gehen und die Begleitausstellungen zu besuchen. Das offene Angebot für den Abend, die Eindrücke von Buchenwald noch einmal zu reflektieren und zu verarbeiten, wurde von fast allen wahrgenommen. Die Gruppe teilte sich, von den TeamerInnen unterstützt, spontan in Kleingruppen auf, in denen ein intensiverer Austausch möglich war. Der Besuch in Buchenwald hatte bei den Jugendlichen einen starken Eindruck hinterlassen; das Thema Nationalsozialismus kam auch in späteren Diskussionen immer wieder zur Sprache.

Als nächster Punkt stand der Besuch eines Aussteigers aus der rechten Szene auf dem Programm, der auf Wunsch des internationalen Vorbereitungsteams eingeladen worden war: *Matthias Adrian*, bis Ende der 90er Jahre in allen einschlägigen Bündeln und Parteien, in Wehrsportgruppen, im hessischen Landesvorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN), in der „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene“ (HNG), einer Art brauner Hilfe für inhaftierte Rechtsradikale, aktiv. Den Ausstieg schaffte er mit Hilfe des staatlichen Aussteigerprogramms „Exit“.<sup>4</sup> Mit dieser Begegnung sollte den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, einen ehemaligen Verfechter rechten Gedankenguts direkt zu befragen, was ihn zum Einstieg in die rechte Szene motiviert hatte und weshalb er wieder ausgestiegen war. Die Informationen über das Ausstiegsprogramm „Exit“ stellten bereits den ersten Übergang zum Thema Strategien gegen Rechts dar. Diesen Übergang verstärkten am Nachmittag auch *Fritz Burschel* von der Weimarer „Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus“ und *Kathrin Schuchardt*, ehemals Mitarbeiterin des Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Thüringen, „Mobit“.<sup>5</sup> Die beiden stellten in Plenum und Kleingruppenarbeit die Fragen zur Diskussion „Was findet ihr wichtig, was jede/r Einzelne tun kann?“, „Wie kann man Schule, Jugendarbeit, Justiz, Verwaltung in das Engagement gegen Rechts einbeziehen?“ und „Wie lässt sich Nachhaltigkeit von Stellungnahmen und Aktionen gegen Rechts erreichen?“. *Fritz Burschel* verwies dabei auf die Notwendigkeit, die „Mitte der Gesellschaft“ nicht aus dem Auge zu verlieren. Gerade bei städtischen Aktionsprogrammen hatte er die Tendenz zur Fixierung auf rechtsextreme Neonazis oft genug miterlebt. Am Ende des Tages kristallisierte sich die zentrale Frage heraus, die für die Jugendlichen das Tagungsziel auf den Punkt brachte: „Wie können wir es schaffen, einen Alltag ohne Angst und Gewalt zu gestalten?“

Diese Frage konnte in den nächsten Tagen in verschiedenen Workshops vertieft werden. Werkstätten zu Theater, Video, Musik, Zeitung, Internet und Collage wurden angeboten. Diese Schwerpunkte ergaben sich aus den Kompetenzen der internationalen TeamerInnen, welche die Workshops leiteten. Auch wenn alle Workshops zur gleichen Frage-

4 Vgl. *Rainer Scholz*, „Ich war ein Nazi“, in *Hamburger Abendblatt* vom 12. April 2002

5 Informationen über Mobit sind zu finden unter [www.mobit.org](http://www.mobit.org)

**Unterschiedliche Workshops zur gleichen Frage**

stellungen arbeiteten, waren Herangehensweisen und Ergebnisse nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Medien höchst heterogen. In der Theatergruppe hatte man sich auf Straßentheater geeinigt. Darin wurde die Möglichkeit gesehen, Missstände öffentlich zu machen, Inhalte ohne viele Worte zu transportieren und zum Nachdenken anzuregen. Die Präsentation war ein Zusammenspiel aus einer Live-Performance mit Videosequenzen der auf öffentlichen Schauplätzen inszenierten Spielpassagen. In der Musikgruppe wurde über Musik als eine Form von niederschwelliger Arbeit z. B. in Jugendzentren diskutiert. Die Improvisation eines Musikstückes wurde als Versuch vorgestellt, Appelle gegen Fremdenfeindlichkeit mit Spaß an der Musik zu verbinden.

Die Videogruppe hatte die Ursachen von Rassismus reflektiert und eine ihrer Meinungen nach wesentliche Ursache herausgegriffen. Der Videoclip zeigt am Beispiel mangelnder Bildung und Aufklärung, welche unterschiedlichen Möglichkeiten Menschen in ihrer Entwicklung haben können. In der Gruppe wurde auch die Idee geboren, einen Kurzclip von Land zu Land zu schicken, der jedes Mal durch neue Sequenzen erweitert wird.

Die Collage-Gruppe setzte sich mit dem Thema Rechtsextremismus künstlerisch auseinander. Es entstanden Bilder, in denen die Jugendlichen ihre Gefühle gegenüber dem Rechtsextremismus zum Ausdruck brachten. Die Bilder offenbarten Hilflo-

sigkeit, zeigten einen Aufschrei (u. a. wurde *Edvard Munchs* „Der Schrei“ in eine der Collagen einbezogen), Angst, aber auch den Mut zum bunt und „anders“ sein und zur Veränderung. Auch hier wurde demonstriert, wie non-verbal zu einem Thema Stellung zu beziehen ist.

Die Zeitungsgruppe konzentrierte sich vor allem auf die Vermittlung von technischen Komponenten des Bild- und Textlayouts, um Flyer und Handouts ansprechend gestalten zu können. Sie arbeitete eng mit der Internet-Gruppe zusammen; die erarbeitete Zeitung wurde auch im Netz veröffentlicht. Im Internet-Workshop ging es um die Neuen Medien als Plattform der Vernetzung. Das Weimarer Internetmagazin „rossipress.de“<sup>6</sup> wurde als eine Möglichkeit vorgestellt, Artikel für alle zugänglich ins Netz zu bringen. Das sollte dazu anregen, das Medium Internet stärker als Forum für Kommunikation und Vernetzung zu nutzen.

**Öffentliche Präsentation der Ergebnisse**

Die Ergebnisse der Workshops wurden am letzten Tag präsentiert. Die Präsentation selber war öffentlich. Der wichtige Prozess, die Präsentation als Anregung für die Diskussion und Entwicklung neuer Ideen zu nutzen, fand wieder in der geschlossenen Gruppe statt. Die Workshopergebnisse dienten als Grundlage, in den Kleingruppen begonnene Projektideen weiterzu-

<sup>6</sup> Das von Jugendlichen gestaltete Webmagazin ist seit Herbst 2001 ein Projekt der EJBW. Es ist im Internet unter [www.rossipress.de](http://www.rossipress.de) zu finden



Arbeit in Workshops



spinnen und über Strategien gegen Rechts zu diskutieren. Konkrete Ideen waren dabei der Wander-Videoclip, das Internet-Magazin, eine gemeinsame Stellungnahme, die an die jeweiligen nationalen Regierungen gerichtet werden sollte, und interkulturelle Projekte auf regionaler Ebene. Die Gruppe stimmte darin überein, dass es schwierig werden würde, ohne weitere Treffen größere gemeinsame Initiativen zu organisieren. Begegnung und Austausch wurden als Impulse für eigenes Engagement in der Heimatstadt gesehen. Viele meinten, ihnen wäre im Laufe der Woche deutlich geworden, was jede/r Einzelne zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Stimmungen und Einstellungen beitragen könnte. Durch Vernetzung von Aktivitäten könnten Gruppen gestärkt werden. Das „Rad müsse nicht jedes Mal neu erfunden werden“, sondern man könne auf Ideen und Erfahrungen von anderen zurückgreifen. Häufiger angemerkt wurde auch, dass durch das Seminar ein starker Antrieb erfolgt sei, etwas bewegen und verändern zu wollen.



Öffentliche Präsentation

## Resümee

Mit der internationalen Begegnung in Weimar war die Hoffnung verbunden, die Jugendlichen gegenüber rechten Einstellungen sensibilisieren zu können, die sich mal subtil, mal plakativ in der politischen Diskussion artikulieren. Es sollte verdeutlicht

werden, dass Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Formen nicht eine Angelegenheit einer gewaltbereiten Minderheit ist, sondern auch die gesellschaftliche Mitte betrifft. Die Jugendlichen sollten motiviert und in dem Wunsch bestärkt werden, selber Initiative zu ergreifen. Der Austausch mit anderen engagierten Jugendlichen sollte die Gelegenheit bieten, gemeinsam Ideen zu entwickeln und sich zu vernetzen.

Politische Bildung im Rahmen einer internationalen Begegnung läuft leicht Gefahr, eine „Pädagogik des Augenblicks“ zu sein. In der Kürze der Zeit ist es weder möglich, Einstellungen grundlegend zu ändern noch am Ende ein Aktionspaket zu schnüren. Deswegen muss von Anfang an eine Prioritätenliste der zu erreichenden Ziele und damit auch der einzusetzenden Methoden erstellt werden. Es hätte sicher viele weitere sinnvolle Annäherungen an das Phänomen des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus geben können, die in Weimar nicht auf der Tagesordnung standen. Die Begegnung in Weimar hat sich eher auf den Prozess des Nachdenkens über politische Systeme konzentriert und den Erfahrungsaustausch gefördert. Bei den kreativen Workshops kam es auch darauf an zu vermitteln, dass die Auseinandersetzung mit politischen Inhalten Spaß machen kann. Politisches Engagement ist für Jugendliche dann attraktiv, wenn es als persönliche Bereicherung erlebt wird. Es muss kein Widerspruch darin liegen, sich gut fühlen zu wollen und nach dem eigenen Nutzen zu fragen und gleichzeitig zu Zivilcourage und solidarischem Engagement bereit zu sein. In der Woche ist einiges, nicht nur gedanklich, bewegt worden. Die Nachhaltigkeit der Begegnung muss sich erst noch zeigen. Einzelne Teilnehmende nutzen nach wie vor die Plattform „www.rossipress.de“, um Beiträge im Webmagazin zu veröffentlichen. Initiiert von der österreichischen Gruppe, die als feste Theatergruppe Kontinuität und Zusammenhalt wahren kann, sind die Jugendlichen über E-Mail in Kontakt. Was daraus entsteht, ist offen. Jetzt kommt es darauf an, dass die Jugendlichen, zurück in ihren Ländern, vor Ort die Erfahrungen aus Weimar umsetzen.



*Kristina Rahe arbeitete bis vor kurzem als Pädagogische Mitarbeiterin an der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar und ist jetzt Dozentin am WannseeForum/Wannseeheim für Jugendarbeit in Berlin.  
E-Mail: rahe@wannseeforum.de*

## Meldungen

### Teilnahme an allgemeiner Weiterbildung geht zurück

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) legte Ende Mai den aktuellen Bericht zur Weiterbildung vor, der Auskunft über die Beteiligung an Weiterbildung in Deutschland gibt. Nach den Daten des Berichts, der beim *Bundesministerium für Bildung und Forschung* sowohl bestellt wie auch als PDF-Datei heruntergeladen werden kann ([www.bmbf.de/pub/berichtssystem\\_weiterbildung\\_viii-gesamtbericht.pdf](http://www.bmbf.de/pub/berichtssystem_weiterbildung_viii-gesamtbericht.pdf)), besteht zwar nach wie vor große Bereitschaft zur Weiterbildung, jedoch gehen die Teilnehmerzahlen vor allem bei der allgemeinen Weiterbildung zurück. Über 90 Prozent der von *Infratest Burke* Befragten im Alter zwischen 19 und 64 gaben an, dass jeder sich ständig weiterbilden sollte. Tatsächlich nahmen jedoch nur 43 Prozent im fraglichen Zeitraum ein Weiterbildungsangebot wahr. 1997, im Jahr der letzten Befragung, waren es noch fünf Prozentpunkte mehr. Die Umfrage, die das *Institut Infratest Burke* im Auftrag des BMBF durchführte, bezog sich auf das Weiterbildungsverhalten von 7000 repräsentativ ausgewählten Personen im Jahr 2000.

Der Rückgang ist signifikant vor allem im Bereich der allgemeinen Weiterbildung. Dort sank die Teilnahme auf 26 Prozent im Vergleich zu 31 Prozent im Jahr 1997. Das Interesse sank auch an der so genannten informellen Weiterbildung, wie Schulungen am Arbeitsplatz, Fachmessen oder Fachliteratur. Auch hier war ein Rückgang von fünf Prozent zu verzeichnen gegenüber den Zahlen, die 1997 ermittelt wurden. Relativ stabil im Vergleich dazu blieb die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung mit 29 Prozent im Jahr 2000 gegenüber 30 Prozent 1997.

Der Bericht bestätigt zudem die alte Erfahrung, dass nicht alle Teile der Bevölkerung im gleichen Maße an Weiterbildung interessiert sind und Weiterbildung vor allem für hoch qualifizierte Menschen wichtig ist. Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen nehmen viel seltener an Kursen der Weiterbildung teil. Auch das Alter spielt eine Rolle bei der Entscheidung für Weiterbildungsangebote. Von den über 50-jährigen besuchten nur knapp jeder und jede Dritte eine Weiterbildungsveranstaltung, während es bei den Jüngeren noch fast jeder und jede Zweite waren.

Dieser Rückgang geschieht gleichwohl auf einem vergleichsweise hohen Niveau, wenn man sich den ersten Bericht zur Weiterbildung aus dem Jahr 1979 in Erinnerung ruft. Seither hat sich die Teilnahme an Weiterbildung verdoppelt. In 2004 ist eine Erhebung geplant, bei der die Gründe für Änderungen des Teilnahmeverhaltens ermittelt werden sollen.

Auch das *Brandenburgische Ministerium für Bildung, Jugend und Sport* hat einen Weiterbildungsbericht vorgelegt, der unter dem Titel „Lernen – ein Leben lang!“ über die Entwicklung der Weiterbildung in Brandenburg im Zeitraum 1997-2001 Auskunft gibt.

Der Bericht stellt ausgewählte Schnittstellen zwischen der internationalen, der bundesweiten und der in Brandenburg geführten Diskussion über lebenslanges Lernen dar, dokumentiert ausgewählte Modellprojekte und enthält einen Überblick über aktuelle Rechtsgrundlagen und Anschriften von Weiterbildungsinstitutionen. Ressortberichte beschreiben Entwicklungen der beruflichen und wissen-

schaftlichen Weiterbildung und der Arbeit mit verschiedenen Zielgruppen.

Der Bericht ist zu beziehen beim *Ministerium für Bildung, Jugend und Sport*, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Steinstraße 104 - 106, 14480 Potsdam.

AB-03-50

### Regierungsentwurf Haushalt 2004

Bundesfinanzminister *Hans Eichel* stellte am 2. Juli im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2004 vor. Danach will der Bund im kommenden Jahr 251,2 Milliarden Euro ausgeben und damit 2,3 Prozent weniger als im laufenden Jahr. Gerechnet wird mit Steuereinnahmen von 201,4 Milliarden Euro. *Eichel* sieht sich mit seinem Entwurf weiterhin auf Konsolidierungskurs. Allerdings müsse wegen der vorgezogenen Steuerreformstufe ein Betrag von sieben Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt „erbracht“ werden. Die Opposition im Deutschen Bundestag bezeichnete den Etatentwurf als verfassungswidrig, da die Nettokreditaufnahme höher sei als die Investitionen.

Die Regierungsfaktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützten den Entwurf des Finanzministers. Die CDU/CSU-Fraktion forderte die Bundesregierung in einem Antrag auf, unverzüglich einen Nachtragshaushalt für 2003 einzubringen, der die aus heutiger Sicht wahrscheinliche Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben erfasse und die zu erwartende Neuverschuldung realistisch abbilde.

Das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* verwies

in einer Pressemitteilung auf die im Regierungsentwurf für den Etat 2004 vorgesehene Erhöhung der Mittel für die großen Forschungsorganisationen und den Aus- und Aufbau von Ganztagschulen, der mit einer zusätzlichen Milliarde Euro gefördert werden soll.

Nach dem Haushaltsentwurf sollen die Mittel für Bildung und Forschung zusammen mit dem Ganztagschulprogramm gegenüber 2003 um 545 Millionen auf 9,6 Milliarden Euro (davon 435 Millionen Euro BAföG-Darlehen) steigen. Das ist ein Anstieg gegenüber dem Etat 2003 um rund sechs Prozent. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung stellte in diesem Zusammenhang dar, dass die Ausgaben für Bildung und Forschung mit dem Bundeshaushalt 2004 seit Beginn des Regierungsbündnisses Rot-Grün (1998) um 32,8 Prozent gestiegen sind.

Der Etat der großen Forschungsinstitutionen soll nach dem Willen der Regierung in 2004 um drei Prozent steigen. Das Ganztagschulprogramm soll die Einrichtung von zusätzlichen Ganztagschulen vorantreiben. Mit dem Programm „Zukunft Bildung“ werden die Aktivitäten der Bundesregierung zur Unterstützung der gemeinsamen Bildungsreform von Bund und Ländern gebündelt. Dabei geht es um Bildungsstandards und eine nationale Bildungsberichterstattung, die Förderung von Sprach-, Lese- und Schreibkompetenz und mathematisch-naturwissenschaftlicher Kompetenz sowie die Förderung von Migrantinnen und Migranten.

Für einen neu zu vereinbarenden „Pakt für die Hochschulen“ sollen im kommenden Jahr 32 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Es geht um die Verbesserung

von Studienbedingungen, die Senkung der Zahl von Studienabbrechern und die Verkürzung langer Studienzeiten. Eine Steigerung der Mittel ist auch für den Bereich der Aufstiegsfortbildung, für Stipendien und für den Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern vorgesehen.

AB-03-51

### **Landesregierung und Landesrechnungshof zur Förderung der niedersächsischen Erwachsenenbildung**

Im Mai nahm das *Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur* zu einer Kleinen Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten *Wolfgang Wulf* Stellung. *Wulf* hatte die Landesregierung aufgefordert, sich zur Förderung der niedersächsischen Erwachsenenbildung im Jahr 2003 zu äußern und auch zu den Förderungsperspektiven in den Haushalten 2004/2005 Stellung zu nehmen. Er bezog sich in seiner Anfrage auf die von der Vorgängerregierung unter *Sigmar Gabriel* gefassten Beschlüsse zur Erwachsenenbildung, die den Heimvolkshochschulen und Landeseinrichtungen Planungssicherheit gegeben hätten. Die Erfolge der sozialdemokratischen Weiterbildungspolitik drohten unter der neuen CDU/FDP-Landesregierung nun wegzubrechen, da diese plane, Landesmittel für die Erwachsenenbildung in großer Höhe zu streichen. Der Abgeordnete machte in diesem Zusammenhang die vorgesehene Reduzierung der Landesmittel für die Heimvolkshochschulen, die Landeseinrichtungen und die Landesverbände um jeweils fünf Prozent geltend und verwies auf die von der Landesregierung angekündigte Reduzierung der Zuschüsse für den *Internationalen*

*Arbeitskreis Sonnenberg*, die bis zum Jahr 2005 völlig eingestellt werden sollten.

Der *Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur* hob in seiner Antwort hervor, dass der neue Ministerpräsident *Christian Wulff* in seiner Regierungserklärung die Bedeutung von Bildung als wesentlichem Standortfaktor betont und auf die Wichtigkeit des lebenslangen Lernens in der Erwachsenenbildung verwiesen habe. Die Erwachsenenbildung in Niedersachsen habe für die Landesregierung nach wie vor einen hohen Stellenwert. Gleichzeitig müsse die Landesregierung für die Konsolidierung des Landeshaushalts sorgen und könne dabei die Erwachsenenbildung nicht ausnehmen. Minister *Stratmann* bestätigte die vorgesehenen Kürzungen der Haushaltsansätze 2003 für die Heimvolkshochschulen, die Landeseinrichtungen und die Landesverbände mit fünf Prozent. Die Volkshochschulen würden von diesen Kürzungen ausgenommen, um eine weitere finanzielle Belastung der Kommunen zu vermeiden. Der Minister verwahrte sich zudem gegen den Eindruck, dass es unter der früheren SPD-geführten Landesregierung keine Kürzungen in der Erwachsenenbildung gegeben habe; der Haushaltsansatz für die Erwachsenenbildung sei von 1996 bis 2003 vielmehr um über zwölf Prozent gesenkt worden.

Für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 könne über notwendige Reduzierungen im Förderungs- und Zuwendungsbereich erst zu einem späteren Zeitpunkt Auskunft gegeben werden. Die Landesregierung werde nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen zum Nachtragshaushalt 2003 mit den Landeseinrichtungen über eine Modifizierung der Vereinbarung in Form einer

Reduzierung des Mindestarbeitsumfangs verhandeln. Ähnliches gelte für eine Anpassung bei den Heimvolkshochschulen.

Der *Niedersächsische Landesrechnungshof* hat in diesem Jahr seinen Bericht dem *Niedersächsischen Landtag* (Landtagsdrucksache 15/180) vorgelegt. Dieser Bericht bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2001 und enthält einen eigenen Passus zur Förderung der Erwachsenenbildung durch das Land. Der Landesrechnungshof moniert, dass die Erwachsenenbildung in Niedersachsen mit jährlich rund 50 Millionen Euro gefördert wird und diese Förderung je Einwohner höher als in jedem anderen westdeutschen Flächenland sei. Zudem sei diese Förderung nicht transparent. Während das Land die örtlichen Volkshochschulen mehr und die Kommunen die örtlichen Volkshochschulen weniger als jedes Vergleichsland in der Bundesrepublik fördern, gebe Niedersachsen darüber hinaus auch für die Erwachsenenbildung der landesweit tätigen Einrichtungen in der Trägerschaft von Verbänden und Heimvolkshochschulen Mittel in einem Maß, das ebenfalls über dem jedes Vergleichslandes liege. Der Landesrechnungshof fordert, die Förderung der niedersächsischen Erwachsenenbildung insgesamt zu überprüfen.

Dabei macht der Rechnungshof geltend, dass Niedersachsen mit dem Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung von 1970 Vorreiter bei der gesetzlichen Regelung der Erwachsenenbildung in Deutschland war. 1999 sei versucht worden, die bislang „input-orientierte Förderung“ (Zahl, Qualifikation und Vergütung des in den Bildungseinrichtungen eingesetzten Personals) durch eine verstärkte „output-orientierte Förderung“ (Menge und Inhalt

der geleisteten Bildungsarbeit) zu ersetzen. Dem habe das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz vom Dezember 1999 Rechnung zu tragen versucht. Zwar sei im Grundsatz das hohe Niveau der Landesförderung in Niedersachsen bekannt, jedoch gebe es lediglich für den Bereich der Volkshochschulen aussagekräftige Statistiken zur Finanzierung und zum Umfang der geleisteten Arbeit. Es fehlten auch vergleichende Untersuchungen zu ihrer Qualität. Aussagen über den Zusammenhang zwischen der Art und Höhe der staatlichen Förderung und dem damit erzielten quantitativen und qualitativen Erfolg in der Anhebung der Bildungsstandards der Erwachsenen seien auf dieser Grundlage nicht möglich.

Exemplarisch für das Haushaltsjahr 2000 wurde die staatliche Förderung der Erwachsenenbildung in anderen Bundesländern untersucht und mit der Höhe der niedersächsischen Förderleistungen verglichen. Der Vergleich beschränkte sich allerdings auf die westdeutschen Flächenländer.

Dieser Vergleich, dem die Haushaltspläne für das Haushaltsjahr 2000 zugrunde lagen, ergab, dass Niedersachsen mit seinem Anteil an der Förderung aller Vergleichsländer an zweiter Stelle hinter Nordrhein-Westfalen liegt. Während der Anteil der niedersächsischen Fördermittel am Gesamtansatz der in den Vergleich einbezogenen Länder für die Erwachsenenbildung 25,1 Prozent beträgt, macht der Anteil der Bevölkerung Niedersachsens an der Gesamtbevölkerung der Vergleichsländer nur 12,6 Prozent aus. Daraus schließt der Landesrechnungshof, dass Niedersachsen im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl für die Förderung der Erwachsenenbildung deutlich mehr Fördermittel

aufwendet als die Gesamtheit der Vergleichsländer. Niedersachsen liegt mit einem Förderbetrag von 12,42 DM je Einwohner deutlich an der Spitze (Durchschnitt: 5,41 DM). Der Förderbetrag des Landes Niedersachsen je Einwohner macht mehr als dreifache der Förderbeträge der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz und das vierfache der Länder Hessen und Schleswig-Holstein aus.

Der Landesrechnungshof zieht aus seiner Bewertung der Kennzahlen den Schluss, dass von den Aufwendungen für die Erwachsenenbildung in Niedersachsen alle Organisationsformen der Erwachsenenbildung profitierten, es jedoch keinen Beleg für einen messbar höheren Stand der Erwachsenenbildung in Niedersachsen im Vergleich zu anderen westdeutschen Flächenländern gebe. Es gebe weiterhin kein Konzept, dass die Notwendigkeit verschiedener Organisationsformen der Erwachsenenbildung begründe und deren Förderung aufeinander abstimme. Die Gestaltung und Förderung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen bedürfe insgesamt und insbesondere angesichts der Finanzlage des Landes hinsichtlich der Höhe des Förderniveaus der Überprüfung. Die Landesregierung habe dies auch bereits erkannt, da sie selbst in ihrer mittelfristigen Finanzplanung aus dem Jahr 2000 eine Senkung der Gesamtfinanzhilfe um ca. ein Drittel vorgesehen habe, diese jedoch nicht verwirklichen konnte. Selbst wenn die Finanzhilfen um ein Drittel gesenkt würden, läge Niedersachsen immer noch – bezogen auf die Förderung je Einwohner – auf dem Niveau Nordrhein-Westfalens und weit vor Vergleichsländern wie Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz.

Der Landesrechnungshof konstatiert eine Verbesserung der Förderung durch die Gesetzesnovelle von 1999. Er empfiehlt zu klären, ob die Förderung durch eine Komponente erweitert werden könne, die auch die Qualität der Bildungsarbeit berücksichtigt. Das Land soll sich zudem dafür einsetzen, dass Finanzierung und Arbeit der Erwachsenenbildung über den Bereich der Volkshochschulen hinaus durch länderübergreifende Statistik und Evaluation transparent gestaltet werden.

AB-03-52

### Qualitätssicherung in der Weiterbildung

Das *Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE)* hat in einer Pressemitteilung vom 18. Juni 2003 auf eine neue Möglichkeit zur externen Qualitätszertifizierung für Weiterbildungseinrichtungen hingewiesen. Das von *ArtSet* (Hannover) in Kooperation mit dem DIE durchgeführte Verbundprojekt der Länder und des Bundes zur Qualitätstestierung von Weiterbildungsorganisationen geht mit dem LQW-Modell in eine bundesweite Durchführungsphase (LQW = Lernorientiertes Qualitätsmodell). LQW wurde direkt aus der Weiterbildung und für die Weiterbildung entwickelt. Es soll bundesweit in Einrichtungen der Weiterbildung eingeführt werden, um Strukturen für eine nachhaltige Qualitätsentwicklung zu schaffen.

Das *ArtSet Institut* in Hannover, das von dem Wissenschaftler *Rainer Zech* geleitet wird, hatte vor zwei Jahren das „Lernorientierte Qualitätsmodell für Weiterbildungsorganisationen“ entwickelt, das seit Juni 2001 in verschiedenen Bundesländern

angewendet wird. *ArtSet* ist auch für das Testierungsverfahren zuständig. Mittlerweile befinden sich 120 Einrichtungen in der Testierung und über 500 weitere haben ihr Interesse an der Beteiligung bekundet. Einrichtungen, die sich nach dem Modell testieren lassen möchten, können sich zwischen dem 16. Juni und dem 12. September bei *ArtSet* in Hannover anmelden. Insgesamt stehen derzeit 320 Plätze zur Verfügung, die zu gleichen Anteilen auf die Länder aufgeteilt sind. Über eine Beteiligung entscheidet die Reihenfolge der Anmeldung.

Mit Erfolg geprüfte Weiterbildungseinrichtungen sollen ein entsprechendes Testat erhalten, das von einer bundesweiten Testierungsstelle ausgestellt wird, in der Bund, Länder, Wissenschaft und Praxis vertreten sind. Es ist das Ziel, ein für alle adaptionsfähiges System der Qualitätsentwicklung zu schaffen, das unabhängig von der Größe oder dem Profil der Weiterbildungseinrichtung angewendet werden kann. In dem neuen Qualitätsmodell sollen die Beschäftigten die Autoren ihrer eigenen Qualitätsentwicklung sein. Durch eine externe Testierung soll die Qualitätsentwicklung der einzelnen Organisationen zudem ausgewiesen und bestätigt werden. Das geplante Qualitätstestat soll offen für alle Weiterbildungseinrichtungen sein. Es geht um ein System, das eine überregionale Vergleichbarkeit für die Nutzer von Weiterbildung ermöglicht und den Einrichtungen eine systematisierte Unterstützung bei ihrer Qualitätsentwicklung bietet.

Das DIE hat parallel dazu Beratungsnetzwerke aufgebaut und Gutachterschulungen durchgeführt, um die Nachhaltigkeit des Qualitätsmodells zu gewährleisten.

Das *Kultusministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur von Rheinland-Pfalz* hat in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass 20 rheinland-pfälzische Weiterbildungsorganisationen an dem Bund-Länder-Verbundprojekt „Qualitätstestierung in der Weiterbildung“ teilnehmen. Der rheinland-pfälzische Kultusminister, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, begrüßte das Projekt als „Meilenstein in der Weiterbildungspolitik“, da sich Bund und Länder erstmalig auf ein nichtstaatliches, bundesweit akzeptiertes und auf Organisationsentwicklung ausgerichtetes Testierungsverfahren geeinigt hätten.

*Zöllner* hob hervor, dass sein Ministerium bereits seit längerem Weiterbildungsprojekte zum Thema Qualitätsentwicklung fördere. Das Land hat nach Angaben des Ministers in den vergangenen Jahren für Qualitätsentwicklung in der Weiterbildung neben der Regelförderung ca. 270.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* stellt für das Bund-Länder-Verbundprojekt rund 1,06 Millionen Euro des Bundes und des Europäischen Sozialfonds (ESF) bereit.

Rheinland-Pfalz koordiniert das BLK-Programm „Lebenslanges Lernen“, in dem das nunmehr erprobte bundesweite Testierungsverfahren vorbereitet wurde. Bei dem Konzept der „Lernorientierten Qualitätstestierung“ stehe der Lernende im Mittelpunkt. Der Minister verwies darauf, dass die Weiterbildungsorganisationen, die sich an dem Projekt beteiligen, mit gutem Beispiel vorangehen. Für die Weiterbildungseinrichtungen werde es immer wichtiger, sich mit Qualitätsentwicklung zu beschäftigen. Das Testierungsprojekt ermögliche dies nicht nur, sondern biete

darüber hinaus den weiteren Vorteil, dass das Testat mittelfristig auch die Anforderungen aus dem „Gesetz für moderne Dienstleistungen“ im Hinblick auf die Einlösung von Gutscheinen für Weiterbildung erfüllen werde.

AB-03-53

### Qualitätssicherung bei GATS-Verhandlungen garantieren

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat in einem Antrag (BT-Drucksache 15/1095) gefordert, die Qualitätssicherung im Bildungswesen und die kulturelle Vielfalt bei den GATS-Verhandlungen zu garantieren. GATS (General Agreement on Trade in Services) ist das 1995 in Kraft getretene Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, mit dem sich Deutschland und die übrigen EU-Mitglieder zur grundsätzlichen Liberalisierung des Dienstleistungssektors verpflichtet haben. Nicht zum Anwendungsbereich des GATS-Übereinkommens gehören hoheitlich erbrachte Dienstleistungen, wobei Bildungsdienstleistungen in das GATS-Abkommen einbezogen sind. Bildung und der Handel mit Bildung werden damit als bedeutsame wirtschaftliche Faktoren gesehen. Den Bildungseinrichtungen bieten sich durch GATS neue Chancen im Ausland, umgekehrt können ausländische Anbieter ihre Bildungsdienstleistung in Deutschland auf den Markt bringen und sind dann wie Inländer zu behandeln. Die CDU sieht darin die Möglichkeit, in Deutschland notwendige Veränderungen der Bildungs- und Hochschullandschaft voranzutreiben und den Wettbewerb zwischen Bildungsanbietern und damit Leistungsorientierung und Qualitätssteigerung des Bildungsangebots zu fördern.

Allerdings soll nach den Vorstellungen der CDU bei den anstehenden GATS-Verhandlungen berücksichtigt werden, dass Bildung zu den Kernaufgaben einer demokratischen Gemeinschaft gehört und nicht ausschließlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet werden dürfe. Die Struktur des öffentlich finanzierten Bildungssystems in Deutschland dürfe deshalb nicht generell zur Disposition gestellt werden. Auch ausländische private Bildungsangebote sollten vom Staat überprüfte Qualitätsstandards erfüllen. Die Sicherstellung eines solchen Qualitätsstandards im Bildungswesen bei in- und ausländischen Anbietern gehöre zum Kernbereich der staatlichen Daseinsvorsorge. Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt in ihrem Antrag die Liberalisierung des Welthandels auch im Dienstleistungsbereich und die weitere Verbesserung des Marktzugangs für Dienstleistungen, die gleichwohl hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandards genügen sollen, und unterstützt die von der *Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung* im Oktober 2002 beschlossene gemeinsame Grundsatzposition von Bund und Ländern zur Behandlung von Bildungsdienstleistungen in den GATS-Verhandlungen. Die EU-Kommission wird aufgefordert, ihre Handlungsführung in Fragen des Welthandels für die Öffentlichkeit transparenter zu gestalten und für mehr Information und Aufklärung zu sorgen. Die Bundesregierung soll nach den Vorstellungen der CDU/CSU die von den Ländern und dem Bund wahrgenommene Aufsicht über das Bildungswesen sicherstellen und dafür Sorge tragen, dass sie durch das GATS-Abkommen nicht beeinträchtigt wird. Auch die von den Bundesländern wahrgenommene Kulturhoheit dürfe durch das GATS-Abkommen nicht

eingeschränkt werden. Qualitätsstandards und Akkreditierung sowie die Anerkennung von Hochschulabschlüssen müssten grundsätzlich in der Regelbefugnis des Staates bleiben. Auch dürften die Regeln zur Inländerbehandlung gemäß Artikel XII des GATS-Vertrages nicht so ausgelegt werden, dass eine generelle Verpflichtung zur staatlichen Subventionierung auch privater Anbieter entstehe. Die staatliche Finanzierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen in Deutschland dürfe keine Subventionsansprüche ausländischer Anbieter erzwingen. Die europäische Seite sollte im Sinne der Gegenseitigkeit eine Angleichung im Verpflichtungsniveau der wichtigsten Verhandlungspartner anstreben, da die bisherigen Verpflichtungen der EU bzw. ihrer Mitglieder zur Liberalisierung erheblich weiter reichten als die anderer Mitgliedstaaten der WTO. Angeregt wird ein völkerrechtliches Abkommen zum Schutz kultureller Vielfalt als Referenzgröße für weitere Liberalisierungen im Dienstleistungssektor. Die EU-Kommission soll die wichtigsten internationalen Abkommen mit Drittstaaten und Staatengruppen auf ihre Vereinbarkeit mit den zu GATS eingenommenen Positionen überprüfen.

Dieser Antrag ist im Zusammenhang zu sehen mit einem anderen Antrag der CDU/CSU-Fraktion, in dem sie – wie auch die FDP-Fraktion mit einem eigenen Antrag – von der Bundesregierung forderte, sich dafür einzusetzen, dass sich die GATS-Verhandlungen nicht durch den von der Regierungskoalition beschlossenen Parlamentsvorbehalt verzögern. Eine solche Verzögerung hätte nach Meinung der CDU/CSU gravierende Nachteile für Deutschland. Ein höheres Liberalisierungsniveau sei zu er-

reichen, um die Exportmöglichkeiten der deutschen und europäischen Dienstleistungsindustrie zu verbessern. Dabei seien Interessen der Entwicklungsländer angemessen zu berücksichtigen, um die Liberalisierung in diesen Ländern zu unterstützen. Der Öffentlichkeit gegenüber sollte deutlich gemacht werden, dass die Befürchtung über nachteilige Auswirkungen auf die Innenpolitik der Nationen und auf die öffentliche Daseinsvorsorge sowie Befürchtungen über Einschränkungen der nationalen Gesetzgebungskompetenzen falsch und unbegründet sind. Die Struktur des GATS-Übereinkommens überlasse es jedem Land, ob und in welchem Umfang es Verpflichtungen übernehmen wird. Die Regierung müsse dafür sorgen, dass durch GATS keine generelle Öffnung der Arbeitsmärkte und keine dauerhafte Einwanderung stattfinde, sondern zeitlich begrenzte Aufenthalte vor allem hoch qualifizierter Fach- und Führungskräfte aus dem Ausland erleichtert werden. Dienstleistungen in der Daseinsvorsorge sollten, wenn möglich, privatwirtschaftlich erbracht werden.

Die FDP sprach sich in ihrem Antrag unter anderem für eine bessere Einbindung der Parlamente aus, etwa in Form einer parlamentarischen Versammlung bei der WTO. Sie hob in ihrem Antrag vor allem auf arbeitsmarktrechtliche Konsequenzen des GATS-Vertragswerks ab (zu GATS siehe auch AB 1-2003, Seite 71-73).

AB-03-54

### **Bundesregierung zu Bildungsgutscheinen**

Am 4. Juni nahm der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirt-

schaft und Arbeit, Dr. *Ditmar Staffelt*, zu einer Frage des Bundestagsabgeordneten *Werner Lensing* (CDU/CSU) Stellung. *Werner Lensing* hatte gefragt, ob durch die gezielte Besetzung einer „fachkundigen Stelle“ im Zusammenhang mit der Ausgabe von Bildungsgutscheinen eine Substitution anstelle eines Bundesrahmengesetzes für Weiterbildung geschaffen werden solle. Er verband diese Frage mit dem Hinweis auf eine absehbare Benachteiligung kleiner und mittlerer Bildungseinrichtungen, die dieselben Kosten für eine Zertifizierung bzw. Zulassung aufbringen müssten wie überregional tätige Träger, die sich lediglich für einen einzigen Durchführungsstandort zulassen müssen. Für Träger, die nur an einem Ort tätig sind, würden so gleiche Kosten wie für bundesweit tätige Träger mit vielen „Filialen“ entstehen.

Insbesondere im Bereich der beruflichen Weiterbildung kommen Bildungsgutscheine bislang zur Geltung. Deren Einführung wird begleitet von der Entwicklung eines Zulassungsverfahrens für Träger und Maßnahmen beruflicher Weiterbildung durch eine externe fachkundige Stelle. Welche externen Institutionen zukünftig Bildungsmaßnahmen zertifizieren, soll durch eine Rechtsverordnung festgelegt werden. Bislang nehmen die Arbeitsämter diese Funktion wahr.

Staatssekretär *Staffelt* wies darauf hin, dass die Zertifizierung Voraussetzung für die Förderung von Weiterbildungsangeboten durch die *Bundesanstalt für Arbeit* sein werde. Das Verfahren solle sich nach einer noch zu erlassenden Rechtsverordnung nach dem Sozialgesetzbuch III richten und dementsprechend auch nur für die Weiterbildungsförderung nach dem SGB III gel-

ten. Den Bildungsträgern entstünden für die Anerkennung von Weiterbildung keine Kosten, solange die Arbeitsämter der Bundesanstalt für Arbeit die Aufgaben der „fachkundigen Stelle“ für die Anerkennung von Weiterbildung wahrnehmen. Das Nähere zum zukünftigen Zertifizierungsverfahren werde in einer vom *Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit* im Einvernehmen mit dem *Bundesministerium für Bildung und Forschung* zu erlassenden Rechtsverordnung geregelt. In diesem Zusammenhang werde auch geprüft, in welchem Umfang Kostenregelungen notwendig seien. Die Bundesregierung gehe davon aus, dass auch in diesem Bereich die Kosten aufwandsbezogen abgerechnet werden könnten. Den Zeitpunkt, zu dem die „fachkundige Stelle“ eingerichtet werden soll, konnte der Staatssekretär nicht benennen.

AB-03-55

### **DIE vergab Innovationspreise**

Bereits zum vierten Mal verlieh das Deutsche *Institut für Erwachsenenbildung (DIE)* den „Preis für Innovation in der Erwachsenenbildung“. Bei einer Feier, die am 23. Mai im Bonner Presseclub stattfand, wurden vier Projekte ausgezeichnet, die von einer Fachjury aus einer Vielzahl von Bewerbungen aus allen Bereichen der Erwachsenenbildung ausgewählt worden waren. Es ging um Projekte, die sich besonders um soziales Verstehen, Vernetzen und Integrieren bemühen und dies mit ungewöhnlichen Konzepten und Methoden umsetzen.

Mitglieder der Jury, der Professor Rolf Arnold von der Universität Kaiserslautern vorsitzt, stellten die Projekte und die Preisträgerinnen vor.

- *Ulrike von Gemmingen*, Volkshochschule München, wurde für das Projekt „Kunstvoll vernetzt“ ausgezeichnet. Dabei geht es um Bildungsprogramme für Erwachsene aus allen Bevölkerungskreisen unabhängig von Herkunft, Nationalität, Religion, Beruf oder Schulbildung. In enger Zusammenarbeit mit Münchner Museen hat sie verschiedene methodische Zugangsweisen für ein Verständnis von Kunst entwickelt und miteinander verknüpft.
- Der Verein *Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung* in Münster verfolgt das Ziel, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten. Sein preisgekröntes Projekt „Kulturenwechsel“ arbeitet wissenschaftlich fundierte Informationen für den Laien verständlich auf und bietet sie in Seminarform für Berufspraktiker und -praktikerinnen an. Es geht dabei um die Vermittlung von interkultureller Kompetenz und eine Sensibilisierung für interkulturelle Begegnungen.
- „Lernen in fremden Lebenswelten“ ist das ausgezeichnete Projekt der *Agentur für Soziales Lernen* aus Stuttgart, das Auszubildenden, Schülern, Lehrern und Führungskräften ein lebendiges und praxisnahes Lernen durch eine zeitlich befristete Hospitation in sozialen Einrichtungen ermöglicht.
- Unter der Trägerschaft des *Bayerischen Volkshochschulverbands* wurde der berufsbegleitende Lehrgang „Kulturkurator/in“ entwickelt, der bislang von 41 Personen erfolgreich absolviert wurde. Es handelt sich dabei um eine berufsbegleitende Qualifizierung,

die auf eine selbstständige Tätigkeit an der Schnittstelle der Berufsfelder Erwachsenenbildung, Kultur und Tourismus vorbereitet.

An der Veranstaltung, die von der Bonner Oberbürgermeisterin *Bärbel Dieckmann* eröffnet und von *Anke Hagedorn* von der *Deutschen Welle* moderiert wurde, nahmen rund 100 Gäste teil.

AB-03-56

### **Memorandum zur historischen Erwachsenenbildungsforschung**

Am *Deutschen Institut für Erwachsenenbildung* arbeitete von 1999 bis 2002 eine „Projektgruppe Geschichte“, die von Prof. Dr. *Hans Tietgens* initiiert wurde, und in der aus dem Bereich des *AdB Paul Ciupke vom Bildungswerk der Humanistischen Union NRW* mitarbeitete. Die Projektgruppe führte Zeitzeugeninterviews durch, bereitete einen Archivführer vor und erarbeitete ein „*Memorandum zur historischen Erwachsenenbildungsforschung*“, das mittlerweile in einer Druckfassung vorliegt.

Die Projektgruppe verfolgte mit ihren Empfehlungen das Ziel, auf eine „Realgeschichte“ des Lernens und der Bildung Erwachsener hinzuwirken. Es seien Fragen und Forschungsansätze zu formulieren, die über die bisher vorliegenden Untersuchungen zur Ideengeschichte und Programmatik hinausgehen und es ermöglichen, zwischen normativen Vorstellungen und praktischen Ausprägungen der Erwachsenenbildung auch im historischen Rückblick stärker als bisher zu differenzieren. Das Memorandum macht Aussagen zu verschiedenen Untersuchungsreichen, die mit den Stichworten

„Lernen Erwachsener“, „Wissenstrukturen“, „Professionelles Handeln“, „Organisatorische und institutionelle Aspekte“, „System und Politik“ sowie „Wissenschaftsgeschichte“ zusammengefasst werden. Dabei wird jeweils der Gegenstand kurz umrissen, der Forschungsstand resümiert, und es werden Perspektiven für künftige Forschungsaufgaben in dem jeweiligen Forschungsfeld formuliert.

In einem weiteren Teil des Memorandums geht es um zukünftige Aufgaben und Schwerpunkte, die vor allem aus der als defizitär wahrgenommenen Sicherung und Erschließung historischer Materialien zur Erwachsenenbildung abgeleitet werden. Vordringlich geboten sei eine literatur- und quellenbezogene Grundlagen- und Systematisierungsarbeit, die die Dokumentation der Quellen ebenso umfassen sollte wie die systematische Bibliographie der vorhandenen Studien. Dem DIE wird dabei eine wichtige koordinierende Funktion zugewiesen, da es als einziges Institut bundesweit bereichsübergreifende Dienstleistungen für Wissenschaft und Praxis erbringe. Gefordert wird zudem eine stärkere Vernetzung der verschiedenen bildungshistorisch arbeitenden Gruppen innerhalb der Erwachsenenbildung und der Erziehungswissenschaften, die auch mit bildungshistorisch einschlägigen Gruppierungen innerhalb der Soziologie, Politologie und Geschichtswissenschaften kooperieren sollten.

Die das Memorandum abschließenden Empfehlungen richten sich nicht nur an das DIE, sondern auch an die Verbände und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die einen sorgsam Umgang mit ihrem Schriftgut und Quellenbestand aus vergangenen Zeiten pflegen sollten. Die



Wissenschaftsdisziplin wird aufgefordert, die historische Dimension in verschiedenen Arbeitszusammenhängen in angemessener Form zu berücksichtigen, den Drittmittelgebern wird empfohlen, zur Stimulierung und Absicherung historischer Erwachsenenbildungsforschung die historische Perspektive in ihren Förderprogrammen und Ausschreibungen zu berücksichtigen.

Das Memorandum ist zu beziehen unter der Bestellnummer 39/2002 beim *W. Bertelsmann Verlag*, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld. Es kann aber auch als PDF-Datei von der Homepage des DIE heruntergeladen werden.

AB-03-57

## 50 Jahre DVV

Mitte Juni feierte der *Deutsche Volkshochschul-Verband* in den Landesvertretungen des Saarlandes und Schleswig-Holsteins in Berlin sein 50-jähriges Bestehen. An der Festveranstaltung nahmen Persönlichkeiten teil, die die Geschichte des Verbandes prägten. Aber auch zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen der Partnerorganisationen aus dem In- und Ausland, aus Politik, Wirtschaft und Medien sowie der Volkshochschulen kamen als Gäste.

Den Festvortrag hielt die Bundesministerin für Bildung und Forschung, *Edelgard Bulmahn*, zum Thema „Zentrum oder Peripherie? - Der Platz der Volkshochschulen in der zukünftigen Weiterbildungspolitik“. Sie betonte in ihrem Vortrag, dass Bildung mehr als ein Instrument sei, um die Wirtschaft zu stärken. Bildung sei Voraussetzung für Toleranz und sozialen Ausgleich und damit ein „Lebenselixier unserer

Demokratie“. Die Ministerin würdigte den persönlichen Einsatz und das nicht selten auch ehrenamtliche Engagement der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne die es die Volkshochschule als Ort des Erfahrungsaustausches, der Weiterbildung und der Sozialisation nicht geben würde.

Ein weiterer Höhepunkt der Jubiläumsveranstaltungen war ein Symposium zum Thema Integration, bei dem *Rita Süßmuth*, die wieder gewählte Präsidentin des DVV, *Barbara John*, die frühere Ausländerbeauftragte von Berlin, *Albert Schmid*, Präsident des *Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge*, und *Faruk Sen*, Direktor des *Zentrums für Türkeistudien*, über die Frage „Wie springt der Integrationsmotor wieder an?“ diskutierten. Die Diskussion wurde vom Deutschlandfunk live übertragen.

Der *Deutsche Volkshochschul-Verband* ist der größte Weiterbildungsfachverband Deutschlands. Hinter ihm stehen 16 VHS-Landesverbände mit insgesamt rund 1000 Volkshochschulen. Der DVV ist sowohl Fachverband wie auch bildungspolitischer Interessenvertreter der Volkshochschulen auf bundes- und internationaler Ebene.

AB-03-58

## Bildungsmesse 2003 in Nürnberg

Die diesjährige Bildungsmesse fand im Frühjahr 2003 erstmals in Bayern, nämlich in Nürnberg statt. Zwar gab es 13 Prozent mehr Aussteller als noch vor einem Jahr, jedoch zeigten sich die Veranstalter etwas enttäuscht über die Besucherzahlen. Sie machten fehlende Freistellungen

von Lehrern sowie die wirtschaftliche Lage insgesamt dafür verantwortlich, dass nicht so viele Gäste zur Messe kamen, wie man sich erhofft hatte.

Die von einem unabhängigen Marktforschungsinstitut während der Messe befragten Besucher zeigten sich mit dem Angebot der Bildungsmesse sehr zufrieden oder zufrieden. 97 Prozent von ihnen waren Fachbesucher, wobei mit 64 Prozent die (Hochschul-)Lehrer, Erzieher, Hochschulmitarbeiter, Ausbilder und Dozenten die größte Besuchergruppe darstellten. Neun Prozent der Besucher waren Schüler und Studenten, rund sechs Prozent Auszubildende oder Referendare. Der größte Teil, nämlich 61 Prozent, stammte aus Bayern, 27 Prozent kamen aus den angrenzenden Bundesländern Thüringen, Sachsen, Hessen und Baden-Württemberg. 57 Prozent der Besucher waren zum ersten Mal auf einer Bildungsmesse.

Die bayerische Kultusministerin *Monika Hohlmeier* mahnte bei der Eröffnung der Messe eine neue, positive Haltung zu Bildung und Erziehung an. Das Thema Schule dürfe nicht nur in Zeiten von PISA und IGLU auf Platz eins der Interessenskala stehen.

Die Bildungsmesse, deren Träger der *Deutsche Didacta Verband* in Darmstadt und der *VdS Bildungsmedien*, Frankfurt sind, ist die größte Veranstaltung ihrer Art in Europa, wie *Lothar Ammann*, Präsident des *Deutschen Didacta Verbandes*, bei der Eröffnung feststellte. Sie präsentiert Produkte und Angebote für alle Bereiche der Bildung: vom Kindergarten über die Schule bis zur Aus- und Weiterbildung. Wie bei jeder Bildungsmesse gibt es ein umfangreiches Begleitprogramm: Workshops, Foren,

Aktionsangebote und Preisverleihungen. Die nächste Bildungsmesse wird wieder in Köln stattfinden, vom 9. bis 13. Februar 2004 unter dem neuen Namen *didacta - die Bildungsmesse*.

AB-03-59

### **GEW zur Bildungsfinanzierung von beruflicher und allgemeiner Weiterbildung**

Im Juni 2003 veröffentlichte der Hauptvorstand der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* ein Papier, das vom Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung erarbeitet wurde. Es enthält Positionen und Überlegungen zur Finanzierung der beruflichen Erstausbildung und der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung. Die GEW fordert insgesamt einen stärkeren Anteil der öffentlichen Verantwortung und Finanzierung sowohl in der beruflichen Erstausbildung als auch in der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung. Diese Forderung begründet sie einerseits mit der gesellschaftlichen und ökonomischen Effizienz, aber auch und vor allem mit dem Recht des Einzelnen auf umfassende lebenslange Bildung. Dabei hält sie es für unrealistisch und teilweise auch nicht für sinnvoll, eine komplette staatliche Finanzierung aller Bildungsangebote einschließlich der Unterhaltskosten zu fordern. Grundsätzlich müsse für die berufliche Erstausbildung und die Weiterbildung von einem System der Mischfinanzierung ausgegangen werden, wobei die entscheidende Frage sei, wie die Kostenanteile der öffentlichen Hand, der Unternehmen und der Individuen quantitativ zu bemessen sind. Für die berufliche Erstausbildung schließt die GEW eine Beteiligung der Individuen bzw. ihrer Familien (etwa durch Schulgeld) aber definitiv aus.

Bei der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung stellt die GEW fest, dass dieser Bereich ein äußerst heterogenes System von Zuständigkeiten, Trägerschaften und Finanzierungsmodalitäten umfasst. Dieser Bereich sei auch durch einen hohen individuellen Kostenanteil und die zunehmende Dominanz von Marktmechanismen gekennzeichnet. Deshalb gehe es darum, dem Prinzip nach mehr öffentlicher Verantwortung auch in der Finanzierung Geltung zu verschaffen. Zwar bestehe in der Bildungspolitik und auch unter Weiterbildnern ein weitgehender Konsens darüber, dass eine umfassende oder gar kostendeckende Finanzierung aller Weiterbildungskosten unrealistisch und auch für Teile der Weiterbildung nicht erstrebenswert sei. Dennoch müsse gefragt werden, weshalb trotz des Paradigmas vom lebenslangen Lernen gerade die Unentgeltlichkeit der Weiterbildungsteilnahme in Frage gestellt werde. Das Beispiel der skandinavischen Länder zeige, dass eine sehr weitgehende öffentliche Verantwortung und Finanzierung der Erwachsenenbildung nur möglich sei, wenn darüber ein breiter gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden könne.

Die GEW wolle sich auf die realisierbare Forderung konzentrieren, die bisherige hohe individuelle Kostenbeteiligung zu reduzieren und den Anteil öffentlicher Finanzierung der Weiterbildung zu erhöhen. Neben dem individuellen Recht auf Bildung legitimiere auch der ökonomische und gesellschaftliche Nutzen eines allgemein zugänglichen und qualitativ hochwertigen Weiterbildungsangebots diese Forderung.

Die Finanzierung des Bildungsbereichs müsse von dem Grundsatz geleitet werden, der Segmentie-

rung und der Benachteiligung insbesondere von bildungsfernen und sozial schwächeren Gruppen entgegenzuwirken und sie tendenziell auszugleichen. Ein System der Bildungsfinanzierung für die Weiterbildung müsse Anreize zur Bildungsbeteiligung fördern und darüber hinaus von den Grundsätzen der Berechenbarkeit und der Transparenz getragen sein. In einem Bundesrahmengesetz Weiterbildung bzw. einem Bundesgesetz zur beruflichen Weiterbildung, im SGB III und in den Weiterbildungsgesetzen der Länder sollten entsprechende Standards für eine ausreichende öffentliche Finanzierung der Weiterbildungsteilnahme und deren institutionelle Förderung festgelegt werden.

Die GEW lehnt eine ausschließlich nachfrageorientierte Finanzierung ab und problematisiert in diesem Zusammenhang die Ausgabe von Bildungsgutscheinen, die nur als Ergänzung zu einer kontinuierlichen, die Personal- und sächliche Grundausstattung abdeckenden institutionellen (Angebots-) Förderung eingeführt werden dürften. Das mit der Novellierung des SGB III eingeführte System von Bildungsgutscheinen sollte wieder rückgängig gemacht werden, weil es Planungssicherheit und Qualitätssicherung verhindere. Qualitätssicherung müsse in der öffentlich geförderten beruflichen Weiterbildung einen wesentlich höheren und verbindlicheren Stellenwert haben als bisher.

Weniger ausführlich als zu den Bereichen berufliche Erst- und Weiterbildung nach dem SGB III sind die Aussagen des Papiers zur Finanzierung der allgemeinen politischen und beruflichen Weiterbildung der Länder. Hier wird verlangt, dass die Förderung durch das Land ein den Weiterbildungszielen entsprechendes

Angebot und eine an der Einwohnerzahl und den gesellschaftlichen Bedarfen orientierte Versorgung sicherstellen müsse, die in der Regel durch die Volkshochschulen gewährleistet werde. Die GEW befürwortet grundsätzlich ein System der staatlichen Finanzierung, bei der sowohl die institutionelle Grundförderung als auch programm- und projektbezogene Unterstützung und Zuschussung sowie der Aufbau von Supportstrukturen möglich sind.

Die institutionelle Grundförderung soll als Rechtsanspruch gesetzlich verankert werden. Projektförderung müsse grundsätzlich als zusätzliche finanzielle Leistung erfolgen, dürfe also nicht auf die Grundförderung angerechnet werden. Der zunehmenden Abhängigkeit von Einrichtungen ausschließlich von Drittmitteln bzw. Projektförderung müsse damit entgegengewirkt werden.

Die öffentliche Finanzierung müsse eine ausreichende personelle Ausstattung sichern, der Anteil der fest angestellten Beschäftigten sei auszubauen. Der Einsatz von Honorarkräften solle sich auf Angebote beschränken, bei denen dies von der Sache und vom Umfang des Angebots her unausweichlich sei.

Die Höhe der Teilnehmergebühren müsse durch die Ländergesetze beschränkt werden. Bei einkommensschwächeren Zielgruppen und bei bestimmten Kursen müsse auf Teilnehmergebühren verzichtet werden, wie z. B. bei Angeboten der Grundbildung, dem Nachholen von Schulabschlüssen, Alphabetisierungskursen und politischer Bildung). Der Förderung der allgemeinen und politischen Weiterbildung sei ein umfassender Bildungsbegriff zugrunde zu legen, der die problematische

Trennung von Bildung im engeren Sinn und Freizeit- und Gesundheitsangeboten vermeidet.

AB-03-60

### **Diskussion des Berichts zur Beruflichen Bildung**

Nach der Vorlage des Berufsbildungsberichts 2003 im Frühjahr hat der Deutsche Bundestag das umfangreiche Werk in verschiedenen Ausschüssen beraten. Während die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag die Versuche der Bundesregierung zur Verbesserung der Ausbildungschancen junger Menschen in den vergangenen Jahren würdigten und an die Unternehmen appellierten, ihre Anstrengungen für die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen zu intensivieren, fordert die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag eine Modernisierung des Systems der beruflichen Bildung durch eine stärkere Differenzierung und Flexibilisierung der Ausbildung, z. B. durch eine Modularisierung der Aus- und Weiterbildung. Auch sollten die wirtschaftlichen Bedingungen für die Unternehmen verbessert werden, wenn es zu einem größeren Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen kommen solle.

Die Fraktion der FDP sprach sich ebenfalls dafür aus, mit Hilfe von Grund- und Qualifizierungsbausteinen die Ausbildung flexibler zu gestalten. Außerdem sollten bundesweit einheitliche Standards für die Leistungsanforderungen gelten. Ein lebenslang gültiger Ausbildungspass – auch die Union forderte die Einführung eines Berufsbildungspasses – soll die Aus- und Weiterbildung belegen.

Der Berufsbildungsbericht hatte

dokumentiert, dass mit 572.227 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Jahr 2002 die Anzahl der neuen Ausbildungsverträge in einer unerwarteten Größenordnung zurückging. Der entscheidende Grund dafür wurde in der schwachen konjunkturellen Entwicklung gesehen. Allerdings habe sich auch das Nachfrageverhalten der Jugendlichen verändert, die sich häufiger als im Vorjahr für alternative Qualifizierungswege entschieden hatten. Die Zahl der Teilnehmenden an berufsvorbereitenden Maßnahmen stieg weiter an. Der Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes betraf nahezu alle Ausbildungsbereiche und Berufe.

Die Bundesregierung befürchtet, dass im Ausbildungsjahr 2003 mindestens ähnliche Probleme auftreten werden wie im vergangenen Jahr, so dass verstärkte Anstrengungen erforderlich seien, um eine ausgeglichene Bilanz von Angebot und Nachfrage erreichen zu können.

Sie kündigte unter anderem an, die Wirtschaft bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, ein der Nachfrage entsprechendes Ausbildungsplatzangebot bereitzustellen. Neben einer Reform des Berufsbildungsrechts werde auch eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik angestrebt und zugleich sollten die in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen Reformen zur Modernisierung, Flexibilisierung und internationalen Öffnung der beruflichen Aus- und Weiterbildung weiter ausgebaut werden.

In der letzten Maiwoche wurde das neue Ausbildungsplatzprogramm Ost unterzeichnet, wobei Bund und Länder sich auf die Förderung von 14.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Ostdeutschland von September 2003

bis August 2006 geeinigt haben. Damit werden 2000 Plätze mehr als ursprünglich geplant finanziert.

Der Bund bringt knapp 95 Millionen Euro der in der Vereinbarung insgesamt vorgesehenen Finanzmittel in Höhe von 189,6 Millionen Euro auf. Sachsen erhält den größten Anteil der geförderten Ausbildungsplätze.

Die Bundesbildungsministerin appellierte an die Unternehmen in den neuen Ländern, ihre Bemühungen um neue Ausbildungsplätze zu verstärken. Sie bekräftigte die auch im Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthaltene Forderung nach gesetzlichen Maßnahmen, um das Ziel eines ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarktes zu erreichen, falls die Unternehmen ihrer Verantwortung nicht gerecht werden sollten.

Auf internationaler Ebene fördert die Bundesregierung das UN-Zentrum für Berufsbildung, das sich in Bonn etabliert hat. Das Bundeskabinett beschloss, das Zentrum mit jährlich 200.000 Euro aus dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu finanzieren.

Das internationale Zentrum der UNESCO für die berufliche Bildung nahm bereits Ende 2000 seine Arbeit auf und wird nun schrittweise auf etwa 20 Beschäftigte ausgebaut. Es ist eine der zwölf UN-Organisationen auf dem UN-Campus in Bonn. Das Zentrum soll Materialien zur Entwicklung der Berufsbildung erarbeiten, verbreiten und beratend tätig sein. Zudem führt es das internationale Projekt zur Berufsbildung fort, das zwischen 1992 und 1999 mit rund drei Millionen Euro gefördert wurde.

AB-03-61

### **Aufbau von Ganztagschulen vereinbart**

Im Mai unterzeichneten Bundesregierung und Länder eine Verwaltungsvereinbarung, die von Bundesbildungsministerin *Edelgard Bulmahn* als erster wichtiger Schritt auf dem gemeinsamen Weg zur großen Bildungsreform in Deutschland gewürdigt wurde: in diesem Jahr sollen im Rahmen des Investitionsprogramms der Bundesregierung „Zukunft Bildung und Betreuung“ Ganztagschulen in Deutschland aufgebaut werden. 2003 werden die ersten 300 Millionen Euro für die Länder bereitgestellt. In den kommenden drei Jahren sollen für weitere Ganztagschulen jeweils eine Milliarde und im Jahr 2007 noch einmal 700 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Die Länder erhalten Mittel nach ihrem Anteil an der Zahl der Schülerinnen und Schüler von der 1. bis zur 10. Klasse. Insgesamt sind für das Programm vier Milliarden Euro vorgesehen.

Anlässlich der Unterzeichnung führte die Bundesbildungsministerin aus, dass ein Richtungswechsel in der Bildungspolitik erforderlich sei. Für gute Ganztagschulen müssten individuelle Konzepte entwickelt werden. Für das pädagogische Konzept seien die Länder verantwortlich. Der Unterricht sollte mit Zusatz- und Freizeitangeboten für Vor- und Nachmittag verknüpft werden, außerschulische Angebote wie die von Jugendhilfe, Musikschulen und Sportvereinen sollten aufgegriffen und die Kooperation mit sozialen und kulturellen Einrichtungen vor Ort gesucht werden.

In einer Presseerklärung der unionsregierten Länder zur Vereinbarung mit dem Bund wurde darauf hingewiesen, dass diese Länder in „harten Verhandlungen“

mit dem Bund zur Ausgestaltung des Vier-Milliarden-Programms für Ganztagschulen wesentliche Änderungen erzielt hätten. Die jetzt vorliegende Verwaltungsvereinbarung komme der Schulsituation in den Ländern näher und ermögliche den Ländern den Ausbau ihrer eigenen Konzepte. Erst die Korrektur wichtiger Punkte habe die Bereitschaft zur Unterzeichnung der Vereinbarung geweckt. Der Bund habe ursprünglich nur für die Schaffung neuer Plätze Geld geben wollen. Die Länder hätten jedoch erreicht, dass die Finanzhilfen für Investitionen nicht nur zum Aufbau neuer Ganztagschulen und zur Schaffung zusätzlicher Ganztagschulplätze, sondern auch für die qualitative Weiterentwicklung bereits bestehender Einrichtungen gewährt würden. Dies entspreche vor allem dem realistischen Bedarf der neuen Länder, weil jetzt möglich werde, Renovierung, Umbau sowie Ausbaumaßnahmen an bestehenden Ganztagschulen oder Schulen mit Ganztagsangeboten zu fördern. Außerdem sei erreicht worden, dass Kooperationsmodelle zwischen Schule und Jugendhilfe, die über ein gemeinsames pädagogisches Konzept verfügen, bezuschusst werden können. Die unionsregierten Länder hätten dafür gesorgt, dass die Vereinbarung von bürokratischen Überregulierungen befreit wurde.

Die *Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe* nahm zu den gemeinsamen Herausforderungen von Schule und Jugendhilfe bei der Umsetzung des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ in einer Empfehlung Stellung, die Anfang Juli veröffentlicht wurde. Die AGJ begrüßt das Investitionsprogramm, das die Chance eröffne, zur Qualitätsverbesserung des Bildungssystems und zur Qualifizierung

künftiger Generationen beizutragen. Sie unterstützt den Vorstoß der Bundesregierung zum quantitativen und qualitativen Auf- und Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten an Schulen in Ost- und Westdeutschland. Entscheidend für den Erfolg des Programms sei jedoch der Rückgriff auf bestehende pädagogische Konzepte, außerdem eine angemessene personelle Ausstattung seitens der zuständigen Länder. Da die AGJ davon ausgeht, dass sich die Entwicklung der Schule zu ganztägigen Lern- und Lebensräumen zunehmend an Zielen, Inhalten, Lernformen und Methoden der Jugendhilfe ausrichten muss, hält sie auch eine systematische und rechtlich verbindliche partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe für erforderlich. Voraussetzung dafür sei, dass die im KJHG enthaltene Verpflichtung für die Jugendhilfe, mit anderen gesellschaftlichen Bereichen zu kooperieren, auch für den schulischen Bereich rechtlich verbindlich ausgestaltet werde. Alle Länder sollten eine solche Verpflichtung zur Kooperation in ihren Gesetzen aufnehmen.

Pädagogische Konzeptionen sollten gemeinsam unter Einbeziehung aller Beteiligten entwickelt und erprobt werden. Dabei solle man auf Erfahrungen und Angebote der Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe zurückgreifen. Vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse und konzeptionelle Ansätze aus Forschungs- und Modellprojekten seien dabei zu berücksichtigen.

Für das gemeinsame pädagogische Handeln sei der Abschluss von Rahmenvereinbarungen zwischen allen Beteiligten eine wichtige Grundlage. Dazu gehöre auch die Verabredung über fachliche Standards. Die Kommunen

sollten ihre Koordinierungsfunktion zur Entwicklung und Steuerung von Ganztagsangeboten wahrnehmen und den gemeinsamen Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanungsprozess vorantreiben, organisieren und die Entscheidungen insbesondere mit Blick auf die Eltern transparent machen.

An Schulen, die ein Ganztagsangebot in Kooperation von Schule und Jugendhilfe aufbauen wollen, sollte den beteiligten Teams, zumindest in der Anfangszeit, eine externe Begleitung und Beratung ermöglicht werden. Fortbildungsangebote sollen hinzukommen, die insbesondere interdisziplinär ausgerichtet werden sollen.

Weitere Punkte, die von der AGJ angesprochen werden, sind die Sicherung der Qualität durch regelmäßige Evaluierung von Strukturen und Prozessen der pädagogischen Arbeit und deren dauerhafte finanzielle Absicherung, damit die Investitionen auch nach dem Ende des Programms weiter genutzt werden können.

Zur Kooperation von Musikvereinen und geförderten Ganztagschulen nahm die Bundesregierung im Juni in einer Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag Stellung. Die FDP verwies darauf, dass zur erwünschten Vielfalt pädagogischer Angebote Kooperationsmodelle zwischen Schulen und Musikvereinen beitragen könnten, die durch die Länder und Kommunen gestützt werden.

Diese Feststellung wurde von der Bundesregierung bejaht. Sie sieht in der Kooperation von Vereinen und Schulen generell eine wichtige Möglichkeit zur stärkeren Bürgerbeteiligung an der Realisierung von Bildungsaufgaben und beim Aufbau von Ganztagschu-

len. In der Kooperation von Musikvereinen und Schulen könnten zusätzliche Angebote für die musikalische Bildung über den Musikunterricht und die Angebote der Musikschulen hinaus erschlossen werden. Bislang habe man keinen Überblick über bereits bestehende Kooperationsmodelle zwischen allgemein bildenden Schulen und Musikvereinen. Auch wisse man noch nicht, welche Bemühungen die Länder unternehmen, solche Kooperationen institutionell zu verstärken. Bundesmittel, die im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ den Ländern zur Verfügung gestellt werden, könnten für die Ausstattung zur Einrichtung einer Ganztagschule eingesetzt werden und damit auch die Anschaffung von Musikinstrumenten umfassen. Die Bundesregierung wies darauf hin, dass im Rahmen der Umsetzung des Ganztagschulprogramms in den Ländern gute Beispiele von Ganztagschulen, z. B. in der Frage der Kooperation von Schulen mit außerschulischen Partnern, Länder übergreifend dokumentiert und dargestellt werden sollen. Mit den Ländern werde zurzeit darüber verhandelt, wie ein solcher Erfahrungsaustausch aussehen und realisiert werden könne. Auch sei geplant, im Rahmen des 12. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung den Stand der Kooperationen zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule im Bereich von Ganztagsangeboten exemplarisch in ausgewählten Regionen vertieft zu analysieren.

AB-03-62

### **Projekte zur Integration von Migrantinnen und Migranten**

Das rheinland-pfälzische *Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur* be-

richtete in einer Pressemitteilung Anfang August, dass es Weiterbildungsmodellprojekte unterstütze, die die Förderung von Migrantinnen und Migranten voranbringen sollten. Mehr als 50.000 Euro werden für zwei Projekte zur Verfügung gestellt, in denen es um die Vermittlung der deutschen Sprache geht. In der Beherrschung der deutschen Sprache sieht der rheinland-pfälzische Bildungsminister, Prof. E. Jürgen Zöllner, die entscheidende Voraussetzung für Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen, in Deutschland Fuß fassen zu können.

Der Verband der *Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz* erhält für sein Projekt „Fortbildung für Integration“ 42.640 Euro, die *Katholische Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz e. V.* für die Durchführung des Vorhabens „Sprach- und Orientierungskurse für MigrantInnen“ 12.000 Euro. In beiden Projekten sollen Kursleiterinnen und Kursleiter in Weiterbildungsorganisationen für die Sprachvermittlung im Rahmen der Integrationsarbeit qualifiziert werden. Die *Katholische Erwachsenenbildung* will mit dem von ihr verantworteten Projekt ebenfalls den in der Integrationsarbeit tätigen Organisationen Hilfestellungen geben. Sie hat dabei kleinere Einrichtungen der Weiterbildung im Blick, die bei der Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen von zentraler Bedeutung sind. Insbesondere das Engagement von Ehrenamtlichen oder Nebenamtlichen soll unterstützt und weiter professionalisiert werden.

AB-03-63

#### 40 Jahre Deutsches Jugendinstitut

Im Oktober 2003 feiert das *Deut-*

*sche Jugendinstitut* sein 40jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass fand bereits im Juni ein Symposium in Berlin statt, das zum Thema „Jugendforschung zwischen Tradition und Innovation. Bilanz und Ausblick nach vier Jahrzehnten“ Entwicklung und Stand der Jugendforschung in Deutschland reflektierte.

Das *Deutsche Jugendinstitut* ging im Oktober 1963 aus dem *Deutschen Jugendarchiv* in München und dem *Studienbüro für Jugendfragen* in Bonn hervor. Es hat den Auftrag, sich mit Aufgaben der Jugendarbeit und der Jugendforschung, vor allem mit der Dokumentation, fachlichen Informationen für Forschungsarbeiten, Erteilung von Forschungsaufträgen und der Auswertung von wissenschaftlichen Arbeiten zu befassen. War es am Anfang von eigener Jugendforschung noch weit entfernt, wurde Ende der 60er Jahre der soziologisch-empirische Blick immer stärker auf unterschiedliche problembelastete oder privilegierte Gruppierungen von Jugendlichen gerichtet. Vor allem den von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* ab Mitte der 70er Jahre aufgelegten Schwerpunktprogrammen „Sozialisationsprozesse Jugendlicher“ und „Pädagogische Jugendforschung“ sowie dem Münchner Sonderforschungsbereich 101 „Theoretische Grundlagen der Berufs- und Arbeitskräfteforschung“ ist es zu verdanken, dass sich am DJI eigenständige Jugendforschungsprofile herausbilden konnten, die universitären Standards entsprachen. Anfang der 80er Jahre kam dann die Mädchen- und Frauenforschung hinzu, ab Mitte der 80er Jahre wurden zudem eigene Studien über die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen entwickelt. Mit der Wende wuchs dem DJI die Aufgabe zu, nicht nur sein eige-

nes Erbe zu bewahren, sondern auch dem Erbe des „Zwillingsinstituts“ in Leipzig einen angemessenen Platz in der Deutschen Jugendforschung des zwanzigsten Jahrhunderts zu sichern. In Leipzig gibt es inzwischen eine Außenstelle des DJI, die im Herbst dieses Jahres in die *Franckesche Stiftung* nach Halle umziehen wird.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Renate Schmidt*, stellte aus Anlass des Jubiläums fest, dass das *Deutsche Jugendinstitut* in den Jahrzehnten seines Bestehens richtungsweisende Akzente im Bereich der Jugendforschung gesetzt und mit seinen Forschungsarbeiten Grundlagen für politische Entscheidungen und Vorhaben geschaffen habe.

AB-03-64

#### DFJW-Geburtstagsfeier

Das *Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW)* wurde am 5. Juli 1963 gegründet. In den 40 Jahren seines Bestehens nahmen mehr als sieben Millionen Jugendliche aus beiden Ländern an 250.000 Begegnungen teil. Sie trafen sich beim Schüler- oder Studentenaustausch, in gemeinsamen Seminaren oder auf sportlichen Begegnungen, absolvierten Praktika im Partnerland und nahmen an Französisch- bzw. Deutschkursen teil.

Bereits zu Beginn des Jahres gab es im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit eine Reihe von Veranstaltungen, wie das deutsch-französische Jugendparlament, das im Januar in Berlin tagte. Anfang Juli fand nun eine Festveranstaltung in Cap d'Äil in Südfrank-

reich statt, die von 450 Auszubildenden, jungen Künstlerinnen und Künstlern, Studentinnen und Studenten für geladene Gäste gestaltet wurde. Im Mittelpunkt des künstlerischen Festes stand der Orpheus-Mythos. Die darauf bezogenen theatralischen und musikalischen sowie pantomi-

mischen Darbietungen wurden auch in einer Abendveranstaltung in der Komischen Oper in Berlin gezeigt.

Im Jubiläumsjahr ist eine Reihe weiterer Veranstaltungen geplant. Das DFJW organisiert mit Trägern der Jugendarbeit aus

beiden Ländern Veranstaltungen unter dem Motto „40 Projekte für 40 Jahre“. Ende Oktober soll ein europäisches Jugendfestival in Aix-en-Provence zum Abschluss der Feierlichkeiten stattfinden.

AB-03-65

## Aus dem AdB

### Erste Mitgliederversammlung von DARE

*DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe* – ist das Ergebnis einer vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) initiierten Kooperation, die im vergangenen Jahr zur Gründung eines europäischen Bildungsnetzwerkes führte. Bereits die AdB-Mitgliederversammlung 2000 in Weimar hatte angeregt, der AdB möge sich für eine europäische Lobby engagieren, die sich als politischer Ansprechpartner für die *Europäische Kommission* und das *Europäische Parlament* an der Gestaltung europäischer Bildungspolitik beteiligen und dabei insbesondere die Belange der

an Demokratie und Menschenrechten orientierten politischen Bildung vertreten solle.

Im August 2002 fand im *Internationalen Haus Sonnenberg* im Harz eine Tagung mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus zehn europäischen Staaten statt, auf der ein europäisches Bildungsnetzwerk unter dem Namen *DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe* – gegründet wurde. *Balázs Gerencer* aus Ungarn, der im Rahmen des *Europäischen Freiwilligendienstes* als Praktikant beim *Internationalen Arbeitskreis Sonnenberg* tätig war, übernahm die Recherchen im Vorfeld und stellte Kontakt zu etwa 360 Organisationen in ganz Europa her.

Auf der Gründungsversammlung wurde ein steering committee gebildet, das die Weiterentwicklung von DARE vorantrieb und einen Aktionsplan für das Jahr 2003 sowie einen Vorantrag bei Grundtvig 4 erarbeitete. Im Februar 2003 wurde DARE nach belgischem Recht als gemeinnützige NGO registriert.

Vom 26. bis 28. Juni 2003 fanden nun in Antwerpen das erste Seminar und die erste Mitgliederversammlung des *Europäischen Bildungsnetzwerkes für Demokratie und Menschenrechte* statt. In Antwerpen waren auf Einladung von DARE 32 Vertreterinnen und Vertreter von 27 Mitgliedsorganisationen zusammengekommen, die 20 Länder Europas repräsentierten, um sich über unterschiedliche Konzepte, über Perspektiven und Herausforderungen auszutauschen. Gemeinsam wurde eine *Erklärung zur Bildungsarbeit für Demokratie und Menschenrechte* formuliert und verabschiedet, die in englischer Sprache über [www.vormen.org/DARE](http://www.vormen.org/DARE) abzurufen ist. An der Versammlung waren auch Europarat und UNESCO durch Beobachterinnen beteiligt, der UN-Hochkommissar für Menschenrechte ermutigte in einem Grußwort zur Etablierung des Netzwerks.



DARE-Mitgliederversammlung in Antwerpen



Dr. Hannelore Chiout (AdB) wurde zur Vorsitzenden von DARE gewählt

Die *Antwerpener Erklärung des Europäischen Bildungsnetzwerks für Demokratie und Menschenrechte* „DARE“ verweist auf das Selbstverständnis dieser neuen europäischen Organisation. DARE umfasst NGO's, Bildungs-, Forschungs- und andere Organisationen, die ihre vorrangige Aufgabe in der Erziehung zu Menschenrechten und demokratischer Bürgerschaft sehen. DARE setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die es erlauben, dass Bildung für Demokratie und Menschenrechte sich entfalten kann, gemeinsame Dienstleistungen erbracht und in Anspruch genommen werden und alle Organisationen von gemeinsamen Erfahrungen und gemeinsamem Fachwissen profitieren können. In seiner praktischen Arbeit will DARE eine Plattform für Partnerschaften, Kooperation und Strategieentwicklung bieten, auf der Informationen, exemplarische Materialien, Methoden und Personal ausgetauscht und gemeinsame Bildungsprojekte, Qualitätsstandards und gute Praxis entwickelt werden können. Dies soll geschehen durch gemeinsame Datenbanken, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit auf europäischer Ebene, ständige Arbeitsgruppen zu politischen, operationalen und Bildungsfragen, jährliche Seminare für alle Mitglieder, einen regelmäßig er-

scheinenden „Newsletter“, die Erschließung von Fördermöglichkeiten und die Entwicklung gemeinsamer Qualitätskriterien für Projekte. Beabsichtigt ist auch die Kooperation mit anderen NGO's und wichtigen Organisationen und Verbänden.

DARE hat zurzeit 30 Mitglieder in 23 europäischen Ländern. Auf der Mitgliederversammlung wurde ein fünfköpfiger Vorstand gewählt, der die geplanten Aktivitäten koordiniert. Zur Vorsitzenden wurde Dr. *Hannelore Chiout*, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, gewählt (siehe auch die Personalien in dieser Ausgabe).

AB-03-66

**„Wir haben viel und intensiv gearbeitet und es fühlte sich dennoch wie Urlaub an“<sup>1</sup> – Sommerschule „Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“**

Der Name Sommerschule steht für ein mehrere Tage dauerndes Seminar mit Werkstattcharakter, das in der Regel außerhalb der üblichen Arbeitszeiten – etwa in den Semesterferien – stattfindet. Im akademischen Bereich oder auch bei den Gewerkschaften ist diese Arbeitsform schon lange eingeführt, nun hat vom 7. bis 11. Juli 2003 im *Haus am Maiberg*, Heppenheim, die erste Sommerschule „Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“ – veranstaltet von der *Bundeszentrale für politische Bildung*, dem *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* und dem *Bildungswerk der Humanistischen Union/ wissenschaftlich-pädagogische Arbeitsstelle* – erfolgreich stattgefunden.

<sup>1</sup> Aus dem schriftlichen Resümee einer Teilnehmerin.

Ein Ausgangspunkt für diese Initiative war die Tatsache, dass es verbandsübergreifend nur wenige Orte des professionellen Austausches politischer Jugend- und Erwachsenenbildner gibt, besonders wenn es um die Kunst des Vermittelns geht. Auch findet man eine ungeheure Ausbildungsvielfalt in der Profession und zugleich verliert eine universitäre politische Bildung, auch durch die abnehmende Zahl an Professuren in diesem Bereich, an Bedeutung. Gründe genug, eine Sommerschule als besonders methodisch orientierte Fortbildung zu initiieren.

Zu den nicht zu verachtenden Randbedingungen einer gelingenden Veranstaltung, die Sommerschule heißt, gehören auch die Qualität des Hauses, das Wetter und die verschiedenen Lernangebote der örtlichen Umgebung. Die Wahl des Ortes Heppenheim an der Bergstraße kann unter diesen Aspekten nur als glücklich bezeichnet werden, und auch das *Haus am Maiberg* erwies sich für die Besonderheiten einer auf parallele Workshops und praktisches Lernen ausgerichteten Veranstaltung als sehr geeignet.

Heppenheim ist aus verschiedenen Gründen ein herausragender Ort der Bildung. Der Name *Martin Buber* vor allem ist mit Heppenheim konnotiert, denn *Buber* lebte hier von 1916 bis 1938 und seiner Person sind in der Weimarer Zeit einige in die Annalen eingegangene Konferenzen zu pädagogischen und politisch-ethischen Fragen in Heppenheim zu verdanken. Auch die Odenwald-Schule, ein von *Paul* und *Edith Geheeb* 1910 eröffnetes und auf demokratischen und humanen Prinzipien gegründetes Landerziehungsheim, trägt zum pädagogischen Ruhm Hep-



penheims bei. Die Sommerschule nutzte die Nähe zu einem Besuch und zur Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit reformpädagogische Grundsätze großen Einfluss auf das didaktische Selbstverständnis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung in der Vergangenheit genommen haben und heute nehmen.

Den Kern der Veranstaltung bildeten aber Workshops, in denen es an drei langen Vormittagen um die Vermittlung von Methodenkompetenzen ging.

*Stefan Rappenglück vom Zentrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München erläuterte den besonderen Wert von Planspielen in der politischen Bildung und stellte zugleich ein konkretes Beispiel - den kommunalpolitischen Konflikt um den Bau einer Moschee - vor, das von*

den Mitgliedern des Workshops dann auch durchgespielt wurde.

In immer mehr Veranstaltungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung werden außerschulische Lernorte in das didaktische Arrangement eingebaut. Dies gilt insbesondere für historische Themen, deren Bearbeitung durch den Besuch von Museen, Gedenkstätten oder Gedächtnisorten nicht nur gestützt, sondern oft erst ermöglicht wird. Deshalb wurde ein Workshop „Methodische Erschließung von besonderen Lernorten“ unter Anleitung von *Kerstin Engelhardt*, Bereichsleiterin der *DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin* und freiberufliche Erwachsenenbildnerin in Berlin, realisiert, der am Beispiel des *Dokumentationszentrums der Sinti und Roma* in Heidelberg nach Zugängen und Veranstaltungsar-

rangements suchte. Der Exkursion in das Dokumentationszentrum schloss sich die Erarbeitung von mehreren konkreten Veranstaltungsentwürfen an, die der Institution auch überreicht wurden. Außerdem wurde eine pädagogische Werkstatt in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum angeregt.

Eine komplexe aber der Wirklichkeit sehr angemessene Verknüpfung von Methodik und Inhalt bot *Dr. Astrid Messerschmidt* in ihrem Workshop „Biografische Kompetenzen in der interkulturellen Bildungsarbeit – Generationen in der Einwanderungsgesellschaft“. Unter anderem mit dem Begriff des „Postkolonialen“ sollte die Aufmerksamkeit einerseits auf die Erinnerungstiefe und -breite einer globalisierten Gesellschaft gerichtet werden, andererseits über die Kategorie



Teilnehmende an der Sommerschule

der Generation auch verdeutlicht werden, dass ein Perspektivwechsel auf das Phänomen der Einwanderungsgesellschaft längst vollzogen ist.

Eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Politik- und Bildungsverständnis der politischen Bildung bot der Vortrag von Dr. *Klaus-Peter Hufer*; *Hufers* Bezugnahme auf „Klassiker der Politikdidaktik“ wurde allerdings von dem Publikum mit einiger Skepsis aufgenommen.

In einem biografischen Werkstatt-Gespräch mit Prof. *Erhard Meueler* konnten Lebensweg und Professionsverständnis eines politischen Bildners auf eine ganz andere, eine erzählende Art erschlossen werden.

Zu den Höhepunkten der Sommerschule zählte der Nachmittag, an dem die Teilnehmenden

ihre eigene Arbeit vorstellten: Das konnten einzelne und innovative Seminare oder Projekte sein, andere berichteten von ihrem gesamten Arbeitsfeld oder gar von der Gesamtsituation in ihren Ländern wie ein Teilnehmer aus Südkorea und eine Teilnehmerin der Tschechischen Republik. Das Projektleplenum zeigte, wie lebensbreit und vielfältig das gesamte Feld der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung strukturiert ist.

„Die Teilnahme von Menschen mit verschiedensten politischen und persönlichen Hintergründen“ wurde von Teilnehmenden in der Auswertung als besonders positiv hervorgehoben. Lange Jahre hat die personelle Entwicklung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung stagniert, und dafür ist nicht nur die rückläufige öffentliche Finanzierung von Stellen verantwortlich, son-

dern auch, dass in den 70er Jahren eine Generation in die Hauptberuflichkeit gelangt ist, der weitere Karrierewege oft verschlossen blieben. Nicht uninteressant war deshalb auch der Umstand, dass die Teilnehmenden der Sommerschule überwiegend eine neue jüngere Gruppe im Alter zwischen 25 und 35 Jahren repräsentierten mit durchaus auch anderen Interessen und Präferenzen als etwa noch die von Protestbewegungen geprägte, an Theorie interessierte Generation der heute 50 – 60 jährigen Erwachsenenpädagogen. Der praktische Schwerpunkt fand daher breite Anerkennung, ja es wurden in der Auswertung sogar noch mehr methodisch-praktische Angebote und unkonventionelle Arbeitsformen für eine Sommerschule 2004 gefordert. Zugleich wurde aber als Erfahrung bestätigt, dass eine inhalts-



Das Haus am Maiberg war ein guter Tagungsort



Pause während der Veranstaltung

vergessene Methodenorientierung problematisch ist. Künftig kommt es also auch auf eine verbesserte Kombination von Themen und Zugangsweisen an.

B.B./P.C.

AB-03-67

## Berichte aus den Kommissionen

### **Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit**

Im Februar tagte die Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit im *Jugendhof Vlotho*. Im Mittelpunkt der Sitzung standen Berichte über internationale Kooperationen und Aktivitäten in den in der Kommission vertretenen Bildungsstätten und im AdB. Deren Spektrum ist sehr vielseitig. Es umfasst

- Interkulturelle Begegnungen und internationale Medienseminare, u. a. mit Gruppen aus den Maghrebstaaten und Kasachstan sowie den interreligiösen Dialog mit Muslimen
- Seminare für Literatur und Kunst, die sich vor allem an Deutschlehrer und -lehrerinnen aus dem Ausland richten
- Internationale Begegnungsseminare insbesondere in der Kooperation mit ost-europäischen Partnern
- Seminare über den Islam und Afrika und Projekte mit Migrantinnen und Migranten

- Zusammenarbeit mit Partnern in Polen, Bulgarien, Italien und Dänemark, hier bezogen auf die Realisierung von Bildungsangeboten für Deutschlehrer
- Internationale Veranstaltungen zu europäischen Themen
- Seminare für Verwaltungsbeamte aus ost- und mitteleuropäischen Staaten
- Seminare zur Europapolitik für den öffentlichen Dienst
- Deutsch-polnische Kooperationen und Seminare zu Themen internationaler Politik.

Auf der Ebene des Verbandes wird der Fachkräfteaustausch in Kooperationsprojekten mit verschiedenen Partnerländern realisiert. Es gibt kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem spanischen Volkshochschulverband, Fachprogramme mit dem Zentrum der israelischen Kibbuz-Bewegung *Givat Haviva*, Hospitationsprogramme für die russische geisteswissenschaftlich-soziale Akademie in Moskau und die *Bewegung der Frauen Russlands*, ein Hospitationsprojekt in Zusammenarbeit mit der Mongolei und die Mitwirkung in dem vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten initiierten *Europäischen Bildungsnetzwerk für Demokratie und Menschenrechte* (DARE) (s. dazu auch Nachricht AB-03-66 in diesem Heft).

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Sitzung war ein Gender-Training, das von *Heide Trommer*, Gleichstellungsbeauftragte in Stuttgart, angeleitet wurde. Hier ging es um gemeinsame praktische Übungen und die Reflexion über Gender Mainstreaming. Zu dessen Implementierung in alle Bereiche der Arbeit hatte sich die Mitgliederversammlung des AdB per Beschluss 2002 verpflichtet.

Die Kommission empfahl, bei der nächsten Sitzung noch einmal ei-

nen Tag für ein Gender-Training zu reservieren, wobei es vor allem um die Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der Kommission und den in ihr vertretenen Bildungsstätten, um eine Bilanz der letzten Sitzungsperiode und die Entwicklung von Perspektiven für die künftige Kommissionsarbeit unter Gender-Aspekten gehen soll.

Bildungspolitische Entwicklungen in den Bundesländern waren ein weiterer Schwerpunkt dieser Sitzung. Hier kam zum Ausdruck, was bereits in den Berichten über die internationale Arbeit deutlich geworden war: die auf allen Ebenen zunehmenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Bildungsangeboten.

AB-03-68

### **Kommission Erwachsenenbildung**

Die Sitzung der Kommission Erwachsenenbildung fand vom 28. bis 30. April 2003 in der *Diakonischen Akademie Berlin* statt. Auch diese Kommission befasste sich mit Gender Mainstreaming und setzte sich mit dessen Strategie im Allgemeinen und seiner Umsetzung im AdB auseinander. Dabei wurde auch auf Schwierigkeiten hingewiesen, die sich beispielsweise bei der Besetzung von Gremien ergeben, da Frauen nach wie vor innerhalb des Verbandes in bestimmten Positionen unterrepräsentiert sind. Es wurde für notwendig gehalten, gezielte Fortbildungsangebote für Leiterinnen und Leiter von Seminaren und Teamer und Teamerinnen anzubieten, um sicherzustellen, dass Gender-Aspekte in der Bildungspraxis in Zukunft berücksichtigt werden. Die Kommission machte den Vorschlag für ein Gender-Training für männliche Pädagogen, dem weitere Schritte folgen sollen:

- Von einem Gender-Training für Pädagogen verspricht sich die Kommission, dass mögliche Zugangsbarrieren zu Thema und Prinzip des Gender Mainstreaming leichter überwunden und Offenheit und Sensibilität dafür gefördert werden.
- In einem zweiten Schritt soll zu einer *Tandem-Veranstaltung* eingeladen werden, auf der Männer und Frauen getrennt arbeiten, aber sich zum Abschluss des Gender-Trainings austauschen und gemeinsame Schlüsse ziehen können.
- Nach Abschluss der ersten Runde von Gender-Trainings empfiehlt die Kommission ein zusätzliches Gender-Training für alle Gremienmitglieder des AdB, die bislang nicht teilnehmen konnten.

Bildungspolitische Berichte aus den Bundesländern und zur Situation der Bildungsstätten waren ein weiterer Schwerpunkt, bei dessen Diskussion deutlich wurde, dass die Situation in allen Bundesländern, die in der Kommission vertreten sind, immer dramatischer wird. Die Kommission zog daraus folgende Schlüsse: Politische Bildung hat wenig Resonanz in der Politik und bei Politikern. Der AdB sollte deshalb Argumentationshilfen zur Verfügung stellen und eine öffentliche Kampagne starten, um den Bildungsbegriff stärker nach außen zu vertreten und den Unterschied zwischen Kampagnenpolitik und nachhaltiger Arbeit zu verdeutlichen. Die Förderung der Kofinanzierung für EU-Programme sollte eingeklagt und die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit darauf gelenkt werden, dass bei der Verteilung der Mittel für berufliche und politische Bildung ein großes Ungleichgewicht besteht. Empfo-

len wurde zudem die Verbesserung der Kommunikation mit Politikern und die Pflege von Verbindungen zu Organisationen im außerparlamentarischen Raum.

Der AdB sollte, so die Meinung der Kommission, das Thema politische Bildung in effizienterer Form als bisher transportieren. Angeregt wurde die Berufung einer Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Bundesländern, die den Auftrag haben soll, Politiker immer wieder direkt anzusprechen. Als hilfreich wurde auch eine Bündnispolitik mit Wissenschaft und Forschung angesehen.

Die Kommission befasste sich schließlich ausführlich mit dem Entwurf für eine Tagung, in der die Erinnerung an den 17. Juni 1953 im Mittelpunkt stehen sollte.

Sie bilanzierte die bisherige Arbeit in dieser Sitzungsperiode und schlug für die Zukunft die Verstärkung der bildungspolitischen Lobbyarbeit vor, die auch in die Länder hinein wirken sollte.

AB-03-69

### Hoffnung für den Sonnenberg

Wie in Nummer 1/03 der „*Außer-schulischen Bildung*“ berichtet wurde, musste der Vorstand des *Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg* im Dezember 2002 Insolvenz anmelden. Nachdem es nach der Vorlage eines überzeugenden Sanierungskonzepts im Frühjahr 2003 zunächst so aussah, als könne die Schließung noch einmal abgewendet werden, wurde durch die von der aus den Landtagswahlen hervorgegangenen neuen Landesregierung angekündigten Kürzungsmaßnahmen alles wieder in Frage gestellt. Anfang Mai mus-

ste erneut Insolvenz angemeldet werden. Zahlreiche Freunde und Kooperationspartner des Sonnenbergs unterstützten die Bemühungen des Vorstands und des Kollegiums um den Erhalt ihrer Bildungseinrichtung.

Auch der Vorstand des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten* setzte sich mit einem Brief an den neuen niedersächsischen Ministerpräsidenten *Christian Wulff* für das Fortbestehen des Sonnenbergs ein.

Im Juli fand auf dem Gelände des *Internationalen Hauses Sonnenberg* in St. Andreasberg ein internationales Protestcamp gegen die Schließung der Bildungseinrichtung statt. An der Veranstaltung beteiligten sich insgesamt 50 Menschen aus Deutschland, Großbritannien und Mazedonien, darunter ehemalige Teilnehmende von internationalen Jugendtagungen, ehemalige Zivildienstleistende und PraktikantInnen, ehemalige MitarbeiterInnen und VertreterInnen der deutschen und internationalen Trägervereine. Die Aktion wurde unterstützt durch die Stadt St. Andreasberg. Zahlreiche Betriebe beteiligten sich mit Sachspenden. Der Bürgermeister und der Stadtdirektor der Gemeinde nahmen als geladene Gäste teil.

Auf dem Camp wurde eine Erklärung verfasst, die begründet, warum der Sonnenberg gerettet werden muss. Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, von ihrem „Konfrontationskurs“ abzuweichen und den Weg für die Rettung des Hauses freizumachen. Ihr wird vorgeworfen, mit der angekündigten Kürzung des institutionellen Zuschusses die bisherigen Bemühungen um den Erhalt des Sonnenbergs zunichte zu machen und mit finanzpolitischen Mitteln politische Weichenstellungen

vorzunehmen. Zwar räumen die Verfasser der Erklärung organisatorische Versäumnisse und Fehler des Managements auf dem Sonnenberg ein, verweisen aber auch auf ihre Versuche, mit dem Sanierungskonzept eine solide neue Grundlage für die Arbeit zu schaffen.

Die Erklärung betont, welche zentrale Bedeutung der Sonnenberg für die Region hat, da er einer der wichtigsten Arbeitgeber in St. Andreasberg war. In den über 50 Jahren seines Bestehens habe der Sonnenberg ein Netzwerk an internationalen Kontakten geschaffen und Menschen, die aus vielen verschiedenen Ländern zusammengetroffen sind, nachhaltig miteinander verbunden.

Weitere Protestaktionen fanden im August statt, unter anderem eine Kundgebung vor dem Niedersächsischen Landtag in Hannover.

Sie hatten allem Anschein nach Erfolg: Mitte August wurde in einem Newsletter vom *Sonnenbergkreis* mitgeteilt, dass für die angestrebte Nachfolgelösung auf dem Sonnenberg fast alle Weichen gestellt worden sind. Es wurde ein umfassendes Konzept erarbeitet, an dem *Boris Brokmeier*, stellvertretender AdB-Geschäftsführer, unterstützend beteiligt war. Der Vorstand des Sonnenbergkreises beauftragte mit *Reimund Berger* ein seit 1996 dem Vorstand angehörendes Mitglied, übergangsweise die Geschäfte zu führen, bis die Stelle der Geschäftsführung neu ausgeschrieben werden kann. Auch die Landesregierung habe inzwischen ihre Bereitschaft erklärt, den Sonnenberg zu unterstützen und in der Startphase mit zusätzlichen Finanzmitteln zu helfen.

Leider ist inzwischen auch eine andere AdB-Mitgliedseinrichtung

in existenzielle Schwierigkeiten geraten. Wie die regionale Presse im Juli berichtete, musste die ESTA-Gruppe in Bocholt Insolvenz anmelden. Betroffen sind alle ESTA-Organisationen bis auf die ESTA-Gesellschaften für die Zivildienstschulen und damit etwa 65 Mitarbeitende. Der Vorstand der ESTA ließ wissen, dass er auf die Fortsetzung der Bildungsarbeit nach Abschluss des Insolvenzverfahrens hoffe.

AB-03-70

### **Ost-Akademie feierte 50jähriges Bestehen**

Die Ost-Akademie in Lüneburg, die seit vergangenem Jahr „*Akademie für Ost-West Kooperation*“ heißt, feierte am 8. Mai im Lüneburger Rathaus ihr 50jähriges Bestehen.

Die Akademie firmiert seit 1998 auch als Institut für Ost-West-Fragen an der Universität Lüneburg. Sie begann mit ihrer Arbeit bereits im September 1952. Bis heute ist ihre Praxis von einer Kombination von Wissenschaft und politischer Bildung bestimmt. Die Schwerpunkte veränderten sich im Laufe der Jahre parallel zu den nationalen und internationalen Entwicklungen. Während im ersten Jahrzehnt der Arbeit die Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen im Vordergrund stand, bildeten seit den 60er Jahren die Verhältnisse in der DDR und der innerdeutschen Beziehungen den Schwerpunkt. Die Akademie machte sich in den 80er Jahren einen Namen mit speziell für Jugendliche in der Bundesrepublik entwickelten Wanderausstellungen über die Nationale Volksarmee und die Jugend in der DDR. Aktuell wird eine Ausstellung über den 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern an verschiedenen Orten ge-

zeigt, die von der *Ost-Akademie* gemeinsam mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* und dem *Landesbeauftragten Mecklenburg-Vorpommerns für die Stasi-Unterlagen* erarbeitet wurde (siehe dazu auch den Artikel von Dr. *Bernhard Schalhorn* in Nummer 1/03 dieser Zeitschrift).

Die Ost-Akademie richtet ihr Augenmerk aktuell nun vornehmlich auf Deutschlands östliche Nachbarn und konzentriert sich dabei auf Polen, Russland und das Baltikum. Sie übernahm wichtige Aufgaben bei der Entwicklung und Ausgestaltung von Beziehungen zu polnischen und russischen Partnerregionen Niedersachsens sowie zu Lüneburgs Partnerstadt Tartu in Estland. Die Akademie wurde durch ihre Vermittlungstätigkeit zwischen Ost und West zu einem wichtigen Ansprechpartner für Institutionen in den Partnergebieten.

Seit 1963 gibt die *Ost-Akademie* die Fachzeitschrift „*Deutsche Studien*“ heraus. Diese Publikation dokumentiert Diskussionsbeiträge über zeitgeschichtliche und aktuelle Entwicklungen in Staat, Gesellschaft und Kultur in Deutschland, Mittel- und Osteuropa und zu Fragen der deutschland-, ostmittel- und osteuropa-bezogenen Bildungsarbeit.

Bei der Festveranstaltung sprachen neben dem Präsidenten *Helmut de Rudder* und dem Direktor der Akademie, Dr. *Bernhard Schalhorn*, auch der Präsident der *Bundeszentrale für politische Bildung*, *Thomas Krüger*, und Lüneburgs Oberbürgermeister *Ulrich Mädge*, die die Arbeit dieser etablierten Einrichtung der Erwachsenenbildung würdigten. *Boris Brokmeier* vertrat bei der Jubiläumsfeier den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten.

AB-03-71

### Neue Publikationen aus dem AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen

Das *WannseeForum/Wannseeheim für Jugendarbeit* hat seinen **Jahresbericht 2002** veröffentlicht. Grafisch schön gestaltet dokumentiert er die Arbeit des WannseeForums in den verschiedenen Bereichen politischer und kultureller Jugendbildung. Informiert wird zudem über die Arbeit des Vorstands und anderer Gremien.

Bezug: WannseeForum/Wannseeheim für Jugendarbeit e. V., Hohenzollernstraße 14, 14109 Berlin, wsf@wannseeForum.de.

In der von der *Hanns-Seidel-Stiftung* herausgegebenen Reihe *Politische Studien* erschien Sonderheft 3/03. Unter dem Titel **„Bildung: Standards - Tests - Reformen“** sind Beiträge von Experten und Expertinnen zur PISA-Studie 2000 und ihren Konsequenzen versammelt. Dokumentiert ist auch eine von Dr. *Gisela Schmirber* moderierte und redigierte Podiumsdiskussion.

Bezug: Hanns-Seidel-Stiftung e. V., Redaktion Politische Studien, Lazarettstraße 33, 80636 München, PolStud@hss.de.

Der *Internationale Bund* hat einen **Qualitätsleitfaden „Hilfen zur Erziehung“** herausgegeben, der die kontinuierliche Qualitätsentwicklung in diesem Arbeitsbereich des Internationalen Bundes begleiten, unterstützen und fördern soll. Sein Kernstück ist ein Praxisteil, bei dem ein breites Spektrum von Instrumenten vorgestellt wird, die den Dimensionen von Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität zugeordnet werden. Exemplarisch werden Konzeptionen, Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen, Förder- und Entwicklungspläne, Zielerreichungsbögen,

eine Kunden-Befragung des Jugendamtes und viele andere Instrumente präsentiert.

Der Qualitätsleitfaden ist zu bestellen beim Internationalen Bund, Zentrale Geschäftsführung, Referat Erziehungshilfen/Mädchen- und Frauensozialarbeit/Gender Mainstreaming, z. Hd. Christine Kolmer, Burgstraße 106, 60389 Frankfurt/Main, E-Mail: Christine.Kolmer@internationaler-bund.de

*Haus Rissen* hat eine neue Doppelnummer der **„Rissener Einblicke“** veröffentlicht. Sie enthält Beiträge zu europäischen Kooperationen der Regionen und Länder, zur Entwicklung weltweiter Migrationsströme sowie zum Nahostkonflikt. Das Heft wirft auch einen Rückblick auf ein sicherheitspolitisches Forum, bei dem über die gegenwärtige Lage der Bundeswehr und der Wehrtechnik diskutiert wurde.

Bezug: HAUS RISSEN, Internationales Institut für Politik und Wirtschaft, Rissener Landstraße 193, 22559 Hamburg, E-Mail: hausrissen@t-online.de

Nummer 2 und Nummer 3 des Jahrgangs 2003 der Zeitschrift **„Momente aus Kirche und Arbeitswelt“** sind erschienen. Diese Zeitschrift wird vom *Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt* herausgegeben und erscheint im *Stimme der Arbeit Verlag*. Im Mittelpunkt von Nummer 2 steht der Streit um die von der Bundesregierung vorgelegte Agenda 2010; dazu hat der *Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt* eine Stellungnahme abgegeben, die ebenfalls dokumentiert wird. In Nummer 3/03 geht es um Kirche im Betrieb und die Betriebsseelsorge.

Bezug: Stimme der Arbeit Verlag, Blumenstraße 1, Postfach 1113, 73085 Boll, E-Mail: kda\_boll@t-online.de

### Fortbildungsangebote von AdB-Mitgliedsinstitutionen

Die *Landesakademie für Jugendbildung* in Weil der Stadt weist auf eine berufsbegleitende Fortbildung hin, in der **Erlebnispädagogik als pädagogischer Prozess** im Mittelpunkt steht. Es geht um die direkte und praxisbezogene Anwendung erlebnispädagogischer Methoden in allen Bereichen von Pädagogik, Sozialarbeit, Jugend- und Erwachsenenbildung. Die Fortbildung beginnt im Februar 2004 und umfasst insgesamt 18 Fortbildungstage mit 220 Lehreinheiten.

Weitere Auskünfte sind zu erhalten bei der Landesakademie für Jugendbildung, Postfach 1240, 71256 Weil der Stadt, E-Mail: info@jugendbildung.org

Von der Akademie wird auch eine zweijährige berufsbegleitende Zusatzausbildung zur **Spiel- und Theaterpädagogik** angeboten, die sich an alle wendet, die Spiel und Theater als professionelles Instrumentarium zur Erweiterung ihrer beruflichen Handlungsfähigkeit einsetzen wollen.

Die zweijährige Ausbildung umfasst 620 Unterrichtseinheiten an acht Wochenenden und sieben drei- bis siebentägige Kurseinheiten.

Nähere Informationen sind unter der oben angegebenen Adresse zu erhalten.

Der *Jugendhof Steinkimmen* beginnt im Dezember 2003 mit einer fünfteiligen Fortbildungsreihe **„Digitale Fotografie und Bildbearbeitung in der Jugendarbeit“**, die sich an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Jugend- und Kulturarbeit wendet.

Nähere Informationen gibt es bei Jürgen Fiege, Am Jugendhof 35, 27777 Gander-

AB-03-72

kesee, E-Mail: fiege@jugendhof-stein-  
kimmen.de

**Beteiligungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen** stehen im Mittelpunkt einer berufsbegleitenden Zusatzqualifizierung, die

das *LidiceHaus* in Zusammenarbeit mit dem *Landesjugendamt Bremen* und dem *Amt für Soziale Dienste Bremen* anbietet. Sie beginnt bereits im September 2003 und dauert bis Juni 2004. Präsentiert werden die Inhalte in sieben Modulen.

Infos gibt es bei der Jugendbildungsstätte Bremen – Lidicehaus gGmbH, Auf dem Hohen Ufer 118/122, 28759 Bremen, lidice@jugendinfo.de

AB-03-73

## Personalien

Dr. **Hannelore Chiout**, Referentin für Internationale Arbeit beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, wurde zur Vorsitzenden des neu gegründeten europäischen Netzwerkes DARE – Democracy and Human Rights-Education in Europe gewählt.

**John Christiansen** (Norwegen) und **Maja Uzelac** wurden stellvertretende Vorsitzende. Dem DARE – Vorstand gehören weiter **Frank Elbers** (Niederlande) als Schriftführer und **Wim Taelman** (Belgien) als Schatzmeister an.

AB-03-74

Prof. Dr. **Manfred Hättich**, der die Politische Akademie Tutzing 1970 bis 1993 leitete, starb im Frühjahr 2003 nach langer schwerer Krankheit. Die Akademie gab zu seinem Tod eine Gedenkschrift mit den Trauerreden heraus.

AB-03-75

Die Volkshochschulen und Arbeit und Leben betrauern den Tod von **Prof. Dr. Kurt Meissner**, der am 20. Juli 2003 verstarb. Er war 25 Jahre lang Direktor der Hamburger Volkshochschule und Ehrenvorsitzender des Deutschen Volkshochschul-Verbandes sowie Vorsitzender und Ehrenvorsitzender des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben.

AB-03-76

**Prof. Dr. Rita Süßmuth** wurde von der Mitgliederversammlung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes in ihrem Amt als DVV-Präsidentin bestätigt.

AB-03-77

**Wolf-Michael Catenhusen** trat die Nachfolge des pensionierten Staatssekretärs **Uwe Thomas** im Bundesministerium für Bildung und Forschung an. Catenhusen war bis zum Oktober 2002 Parlamentarischer Staatssekretär im BMBF, schied jedoch aus diesem Amt aus, weil er nicht wieder für den Deutschen Bundestag kandidiert hatte.

AB-03-78

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Renate Schmidt**, berief die Kommission für den 12. Kinder- und Jugendbericht, der sich mit der Förderung von Kindern im Elementarbereich und Gestaltung von Ganztagsangeboten durch das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule befassen soll. Die Mitglieder der Sachverständigenkommission sind:

- **Ilsa Diller-Murschall**, stellv. Geschäftsführerin des Bundesvorstands der Arbeiterwohlfahrt
- **Prof. Dr. Heinz-Herrmann Krüger**, Universität Halle/Saale

- **Martina Liebe**, Bayrischer Jugendring
- **Prof. Dr. Thomas Rauschenbach**, Direktor des Deutschen Jugendinstituts e. V.
- **Dagmar Szabados**, Bürgermeisterin Halle/Saale
- **Prof. Dr. Wolfgang Tietze**, Freie Universität Berlin
- **Prof. Dr. Gert G. Wagner**, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

AB-03-79

**Hartwig Möbes** ist seit Anfang Juni der für das Programm „Politische Bildung“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zuständige Referatsleiter. Er löst **Hans Peter Bergner** ab, der vorher für diesen Arbeitsbereich zuständig war.

AB-03-80

Die Mitgliederversammlung des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis bestätigte auf ihrer Mitgliederversammlung den amtierenden Vorstand. **Prof. Dr. Bernd Schorb** (Universität Leipzig) bleibt Vorsitzender. Sein Stellvertreter wird weiterhin **Prof. Dr. Rüdiger Funiok** (Hochschule für Philosophie, München) sein.

AB-03-81

## Bücher

**Theodor W. Adorno: Die Hauptwerke (Dialektik der Aufklärung, Minima Moralia, Negative Dialektik, Ästhetische Theorie, Philosophie). 5 Bände, Frankfurt am Main 2003, Suhrkamp Taschenbücher Wissenschaft Nr. 6699. zus. 1.958 Seiten, in Kasette**

**Theodor W. Adorno/Max Horkheimer: Briefwechsel. Band 1: 1927–1937. Frankfurt am Main 2003, Suhrkamp-Verlag, 608 Seiten**

**Dieter Prokop: Mit Adorno gegen Adorno – Negative Dialektik der Kulturindustrie. Hamburg 2003, VSA-Verlag, 340 Seiten**

Das Adorno-Jubiläum 2003 ist weitgehend abgefeiert. Einige Tagungen und viele Artikel waren zu verzeichnen. Der Suhrkamp-Verlag legte eine Reihe von Veröffentlichungen vor, gleich mehrere biographische Arbeiten wurden auf den Markt gebracht. Und auch in der politischen Bildung gab es zur aktuellen Bedeutung Theodor W. Adornos und der Kritischen Theorie Diskussionsbeiträge (vgl. „Kritische Theorie und Bildung“ in: *Praxis Politische Bildung* 3/03).

Worin liegt nun das Verdienst der Frankfurter Schule, und wie kann Bildungsarbeit davon profitieren? Folgt man den diesjährigen Würdigungen, so spielen vor allem Kunst und Kultur eine Rolle. Besonders die „Kulturindustrie“-These ist wieder in den Vordergrund gerückt, gewissermaßen als Vorwegnahme der gegenwärtigen Debatten um „Mediokratie“ (Thomas Meyer) oder „Spaßgesellschaft“ (FAZ u. a.). So avancieren Horkheimer und Adorno mit ihrem berühmten Kapitel über „Aufklärung als Massenbetrug“ aus der (1944 abgefassten) „Dialektik der Aufklärung“ zu Anwälten einer Kritik,

die die Verflachung und Niveaulosigkeit der modernen Massenmedien geißelt und der Informationsgesellschaft insgesamt massive Desinformation bescheinigt.

Hier besteht unverkennbar eine Aktualität der Kritischen Theorie. Was das „Kulturindustrie“-Kapitel an Film, Funk und Fernsehen der USA vor einem halben Jahrhundert entdeckte, hat sich inzwischen zu einem flächendeckenden, globalisierten System entwickelt. „Infotainment“ oder „Politainment“ bezeichnen das Selbstverständnis der Macher, bei den Kritischen Theoretikern ging es noch um den Nachweis, dass die moderne Massenunterhaltung so verfährt. Horkheimer/Adorno: „Jede logische Verbindung, die geistigen Atem voraussetzt, wird peinlich vermieden“, denn letztlich „bleibt die Kulturindustrie der Amüsierbetrieb“, der aber nicht einfach dem – unschuldigen – Amusement dient, sondern alles, auch das nach Form und Inhalt Widerstrebende, aufs Unterhaltungsformat zurechtstutzt. Die Massen werden dadurch betrogen, dass ihnen ihr gesellschaftliches Schicksal als leicht zu konsumierende Kost unterbreitet wird; „Vergnügen heißt allemal: nicht daran denken müssen, das Leiden vergessen, noch wo es gezeigt wird.“

Die pauschal klingende Diagnose trifft aktuelle Phänomene. Ein eklatantes Beispiel bietet etwa der Börsen- und Finanzexperte der ARD, Frank Lehmann, der mit seiner Präsenz in Tagesschau, Tagesthemen etc. an der Entwicklung einer deutschen Aktienkultur maßgeblich mitgewirkt hat – und im Zuge der Baisse dann auch einige Kritik einstecken musste. „Ich mache Infotainment“, entgegnet Lehmann

der Kritik, die Börse sei eine Erlebniswelt, und er habe die Zuschauer immer gewarnt, dass Aktien Risikopapiere seien. („Vorsicht, Lehmann!“ in FAZ 20.07.03). Die Bewegungen der Finanzmärkte, mit denen gewöhnliche Arbeitnehmer und Konsumenten wenig zu schaffen haben, von deren Auswirkungen sie aber genau so wie ganze volkswirtschaftliche Abteilungen betroffen sind, sollen als eine „Erlebniswelt“ erscheinen, in der Chancen und Gefahren lauern. Die Begriffslosigkeit ist Programm, die Propaganda der gewitzten Zuversicht ebenso. Der Moderator operiert mit einer unsäglichen Mischung aus Bauernregeln, Sprichwörtern und Lebensweisheiten, die ähnlich wie die Horoskope ein Bekenntnis zum Irrationalismus pur ablegen: Das wirtschaftliche Geschehen wird von undurchschaubaren Gesetzen regiert, doch wer sich mal vorsichtig, mal wagemutig darauf einstellt, kann reüssieren – oder auch nicht, wenn die Börse eben wieder einer anderen Lehmann-Maxime folgt und alles anders kommt, als man denkt. Gegen die Relevanz der Kulturindustrie-These gibt es allerdings ein Bedenken, das gerade durch die (positiven wie negativen) Bezugnahmen der diesjährigen Würdigung wieder deutlich geworden ist: In der These steckt eine gehörige Portion Kulturkritik, die nichts anderes darstellt als das abfällige Urteil des höheren Kunstgenusses (der deswegen keiner mehr ist) über die niederen Sphären der Unterhaltung. So trifft das oben zitierte Verdikt übers Vergnügen in Adornos Perspektive auf Pop-Songs oder Krimis zu, nie und nimmer aber auf die Slapstick-Darbietungen eines Samuel Beckett. Da dies vorentschieden ist, zeichnet sich die Kulturindustrie-These in der Folge durch eine Gleichgültigkeit gegenüber den medialen Inhal-



ten ab. Wenn aber wirklich ein Massenbetrug stattfindet und die Menschen gegen ihre Interessen bei der Stange gehalten werden, müsste man sich den ideologischen Botschaften zuwenden, die die Notwendigkeiten des Sich-Fügens plausibel machen. Laut Horkheimer/Adorno erübrigt sich diese Aufgabe, denn die massenmediale Ideologieproduktion wird immer „leerer“: „Die Ideologie wird gespalten in die Photographie des sturen Daseins und die nackte Lüge von seinem Sinn, die nicht ausgesprochen, sondern suggeriert und eingehämmert wird.“ So wird aus der ideologischen Bearbeitung der Adressaten, die konkrete politische Urteile unters Volk bringt, eine trickreiche Manipulation. Deren Zweck sei das pure Dafürsein, Affirmation. Kritik aber habe daran festzuhalten, dass (mit den Worten der modernen Globalisierungsgegner gesprochen) eine andere Welt möglich ist.

Dass sich so die kritische Intention zu einer abstrakten Negation verfestigt, ist der Einwand, den auch der Medientheoretiker Dieter Prokop vorbringt. Seine Medienforschung steht unter dem Anspruch, Adorno für die Gesellschaftskritik zu retten (zu den Veröffentlichungen Prokops siehe die Sammelrezension Medienkritik in AB 3-4/01, S. 259ff). Er will die Beschäftigung mit der Kulturindustrie auf das Prinzip der bestimmten Negation festlegen, dem die Kritische Theorie selbst verpflichtet ist. Dabei bewegt sich seine jüngste Publikation, die den überraschenden, weil zuspitzenden Untertitel „Negative Dialektik der Kulturindustrie“ trägt, allerdings wieder auf der prinzipiellen ästhetischen Ebene und hält vorweg der Kulturindustrie mehr an Positivem zu Gute, als ihr die negative Dialektik der Aufklärung zugeste-

hen will. Was Prokop vorschwebt, ist ein Analyserahmen, der kulturindustrielle Freiheit und Unfreiheit in einer „übergreifenden Thesis“ zusammenführt, damit aber keine billige Versöhnung im Sinne einer positiven Synthese leisten, vielmehr die Adorno'sche negative Dialektik überbieten und ihr Programm erst wirklich einlösen soll – ein einigermaßen kompliziertes Unterfangen.

Zudem wird dadurch eine Debatte – nämlich über den kulturellen Wert oder Unwert der Medienwelt – eröffnet, die die kritische Frage nach dem Massenbetrug aus den Augen verliert. Ob die Maskerade der Massenmedien mit hoch- oder minderwertigen Materialien ausgeführt wird, müsste angesichts der Ideologiefrage unwichtig sein, es sei denn, man teilt die Adorno'sche Denkfigur, dass die wahre Kunst das letzte und ausschließliche Reservat der Kritik ist. Wie sich die Kritische Theorie – im Widerspruch zu ihren Anfängen – zu solchen Positionen vorgearbeitet und damit letztlich das ästhetische Sensorium zur maßgeblichen kritischen Instanz gemacht hat, ist ein eigenes Kapitel. Einigen Aufschluss darüber gibt jetzt der Briefwechsel zwischen Adorno und Horkheimer, dessen erster Band die Jahre 1927 bis 1937 umfasst.

In der Hauptsache enthält das Buch die Briefe, die der in Europa verbliebene Adorno nach der nationalsozialistischen Machtergreifung mit dem in die USA emigrierten Direktor des Instituts für Sozialforschung, Horkheimer, gewechselt hat. Sie zeigen eindringlich, wie sich in finsternen, ausweglosen Zeiten der Anspruch kritischen Denkens erhält und zu einem wissenschaftlichen Programm ausgearbeitet wird. Der ganze Briefwechsel wurde

buchstäblich unter Lebensgefahr geführt; immer wieder verschwanden Freunde, tauchten verzweifelte Flüchtlinge auf, mussten rasche Entscheidungen getroffen werden; und daneben oder davor ging es um die Theorie, um die „fast unlösbare Aufgabe“, wie Adorno später in seinen „Minima Moralia“ formulierte, „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“. So gesehen ist der Briefwechsel auch ein Affront für Intellektuelle, die nur dann kritische Gedankengebäude produzieren können, wenn ihnen eine soziale Bewegung als Unterbau zur Verfügung steht. Instrukтив ist das Buch weniger wegen der konkreten theoretischen Arbeiten, über die korrespondiert wird (vor allem Husserl-Aufsatz und Jazz-Artikel), als vielmehr im Blick darauf, dass hier der Entfaltungsprozess der Kritischen Theorie deutlich wird. Dies betrifft z. B. die Auseinandersetzung mit den diversen wissenschaftlichen und parteipolitischen Lagern oder mit den eigenen theoretischen Ursprüngen. Und es betrifft die Rolle des Intellektuellen, die nach dem landläufigen Verständnis der Frankfurter Schule (siehe Adornos berühmten Aphorismus „Letzte Klarheit“ in den „Minima Moralia“) aufs dezidierte Einzelgängertum festgelegt ist. Wie die Briefe zeigen, ist eine solche Rollenzuweisung in der Aufbauphase des Instituts für Sozialforschung nicht relevant gewesen. Adorno und Horkheimer haben die Aufgabe der Theorieentwicklung vielmehr als einen politischen Organisationsprozess verstanden, hinter dem persönliche Vorlieben und das Pochen aufs Eigene zurückzustehen haben, und nicht als Werk intellektueller Einsamkeit.

*Johannes Schillo*

**Alice Brauner-Orthen:  
Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen  
– Opladen 2001, Verlag Leske  
+ Budrich, 203 Seiten**

Seit Anfang der neunziger Jahre ist in der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig von einer Neuen Rechten die Rede. In unzähligen Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen wird versucht, dieser „neuen“ politischen Erscheinung auf den Grund zu gehen. Alice Brauner-Orthen unternimmt nun den Versuch einer Gesamtübersicht der Neuen Rechten in den neunziger Jahren. Die Verfasserin beschränkt „Neue Rechte“ auf diejenigen intellektuellen Zirkel und publizistischen Organe, die sich in der Tradition der Weimarer Konservativen Revolution sehen „und daraus ein metapolitisches und programmatisches Konzept“ entwickeln bzw. dort angesiedelt werden können. Auf diese Wurzeln wird aber leider nicht näher eingegangen. Ein grundlegendes Kapitel wäre hier sinnvoll gewesen.

Zunächst geht die Verfasserin knapp auf die Entwicklungsgeschichte der Neuen Rechten in der Bundesrepublik ein, setzt sich umfassend mit deren Ideologie und Programmatik auseinander und beleuchtet ihre Organisation und Strategie. Auf jeweils engem Raum widmet sie sich schließlich noch der Verbreitung neurechter Ideologien, dem Eindringen der Neuen Rechten in die bürgerlichen Parteien und der Verflechtung des rechten Lagers. Dabei zielen die Ausführungen nahezu ausschließlich auf die deutschen Verhältnisse. Ein Blick über diese Grenzen hinaus und vermehrte Hinweise auf internationale Kontakte der Neuen Rechten hätten das Bild weiter vervollkommen.

Brauner-Orthen charakterisiert die Neue Rechte als „intellektuelle Ideologievariante des Rechts-extremismus, die in ihrer Gesinnung sowohl konservative als auch rechtsextreme Elemente miteinander vereint“. Als Ziele nennt sie unter anderem die Errichtung eines autoritären Law-and-Order-Staats und die Revision der Westbindung. Als wesentliches Element wird zudem das Eintreten gegen eine multikulturelle Gesellschaft erwähnt.

Die Vertreter der Neuen Rechten verbindet das Streben nach einem kulturellen und politischen Wertewandel, als deren geistige Wegbereiter sie sich sehen. Dabei ist vor allem der Kampf gegen den Liberalismus und eine egalitäre Gesellschaftsordnung maßgebend. Konsens aller Vertreter der neuen Rechten ist, dass die Auswirkungen der 68er-Bewegung zu korrigieren sind und dass Deutschland endlich eine seiner Stärke nach der Wiedervereinigung gemäße Stellung in Europa und der Welt einnehmen muss. Grundlegend ist dabei die Vorstellung von einem „Europa der Vaterländer“.

Die Ist-Analyse der Verfasserin über die Neue Rechte fällt deutlich aus: „Sie verfügen über keine geschlossene Ideologie, sie sind in ihrer Gesamtheit zu heterogen, es gelingt ihnen nicht zu integrieren, sie haben keinen charismatischen Frontmann in Aussicht“. Insgesamt wird die Neue Rechte als nicht politikfähig charakterisiert Gleichwohl macht die Verfasserin jedoch deutlich, dass es sich bei den Vertretern der Neuen Rechten nicht um einflusslose Zirkel handelt, sondern dass sie sehr wohl entscheidenden Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben. Als Beispiel wird etwa die Änderung des Asylrechts angeführt.

Außerdem sieht Brauner-Orthen eine Auswirkung der Positionen der Neuen Rechten darin, „dass nach der Wende die Hemmschwelle gegen Nationalismus und Rassismus tief sank“.

Die Verfasserin konstatiert einen regen Austausch der Neuen Rechten mit Konservativen und Rechtsextremen. Indem sie die geschickte Einflussnahme der Neuen Rechten auf etablierte Parteien oder Organisationen aufzeigt, macht Brauner-Orthen deutlich, dass die Übergänge zwischen rechtskonservativ und „neurecht“ fließend sind. Die Vertreter der Neuen Rechten unterscheiden sich jedoch deutlich vom aggressiven Vorgehen etwa der NPD. Hier wird eher pseudowissenschaftlich argumentiert bei dem Versuch, einen Zuzug von nicht aus der EU stammenden Ausländern einzudämmen.

Die Neue Rechte ist keine homogene Organisation; es handelt sich vielmehr um ein dichtes Netzwerk, das „eine Vielzahl kleiner Gruppierungen, Zeitschriftenprojekte, Gesprächszirkel und einzelner Personen“ umfasst. Es ist das Hauptverdienst Brauner-Orthen, hierüber eine umfassende Übersicht vorgelegt zu haben.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre erfolgten verstärkt Versuche der Neuen Rechten, in etablierte Parteien (FDP, Union) vorzudringen. Diese Versuche misslangen aber. Insgesamt war die Resonanz in der Bevölkerung eher gering. Nach Brauner-Orthen war das nur konsequent, denn es ist nicht Ziel der Neuen Rechten, die breite Masse der Bevölkerung anzusprechen; eher geht es um die Einflussnahme auf intellektuelle Multiplikatoren. Erst nach dem Erringen intellektueller Meinungsführerschaft

könnte es zu einer Etablierung im Rahmen einer Partei kommen.

Wichtig ist das Fazit Brauner-Orthens, nach dem die Ideologen der Neuen Rechten so lange keinen Erfolg haben werden, wie sich die Parteien der politischen Mitte von ihnen distanzieren. Es ist also weiterhin Wachsamkeit geboten. Der Blick nach rechts sollte geschärft bleiben. Dabei ist durchaus zu konstatieren, dass die akademisch-subtile Demokratieverachtung der Neuen Rechten schwer zu bekämpfen ist

Die detailgenaue, fundierte Bestandsaufnahme Brauner-Orthens ist für die Zeit nach 1989 die erste umfassende Analyse der Neuen Rechten, wobei die historischen Anknüpfungspunkte jedoch weitgehend unerwähnt bleiben. Insgesamt bietet die Verfasserin eine „detaillierte, subtile und eindrucksvolle Analyse der antidemokratischen Ideologie und Strategie der Neuen Rechten in Deutschland“, wie Michel Friedman in seinem Vorwort zutreffend konstatiert.

*Markus Trömmner*

**Andrea Gourd/Thomas Noetzel (Hrsg.): Zukunft der Demokratie in Deutschland – Opladen 2001, Verlag Leske + Budrich; 506 Seiten**

Beiträge zu einem ‚pointillistischen Gemälde‘ der Zukunft der bundesrepublikanischen Demokratie einem Kollegen - und zwar dem in Marburg lehrenden Politikwissenschaftler Hans Karl Rupp - zum 60. Geburtstag zu widmen, mag als durchaus zutreffende Beschreibung der gesammelten Texte akzeptiert werden. Dass das Herausgeberpaar dem Jubilar aber nur einen aus zwei Sätzen bestehenden Absatz am Ende seines Einleitungsauf-

satzes widmet und sich auch an anderer Stelle des Buches keinerlei systematische Übersicht über das bisherige Wirken und Schaffen Ruppss findet, könnte in der ‚Berühmtheit‘ des Geehrten begründet gesehen werden, mit der jegliche (fach)öffentliche Informationsbedarfe zur Person automatisch abgedeckt wären. Vielleicht reklamieren Herausgeberin und Herausgeber bei dieser Frage aber auch einfach nur: *de gustibus non est disputandum* ... Hier wird die Ansicht vertreten, dass die Kürze und ‚Nüchternheit‘ der ‚Widmung‘ ohne weitere Bezugnahme auf den Geehrten geradezu wie ein Affront wirkt und Gourd/Noetzel es sich als Herausgebende allzu leicht machen.

Der Sammelband besteht aus vier Abteilungen: ‚Theoretische/ideengeschichtliche Annäherungen‘, ‚Zeithistorische Diagnosen‘, ‚Deutsche Demokratie im internationalen Vergleich‘ und ‚Sozialwissenschaftliche Perspektiven und Prognosen‘, welche die Forschungs- und Veröffentlichungsschwerpunkte Ruppss abdecken sollen. Es wird deutlich, dass sie eine ‚Klammerfunktion‘ haben, und so erscheinen ihre Überschriften doch ein wenig überzogen. Sie enthalten sechs bis neun Beiträge, die nicht nur nicht aufeinander bezogen sind, sondern auch sehr disparate Themenstellungen beinhalten: So geht es, um die Palette exemplarisch an zwei Abteilungen sichtbar zu machen, im theoretischen/ideengeschichtlichen Teil vom badischen Weg in die 1848/49er Revolution (Alfred G. Frei) über eine knappe Würdigung der Geschichtsanalyse Ruppss (Joachim Klein) und Deutschlands Reiterdenkmäler (Götz Wienold) zu Wolfgang Abendroths Verteidigung des Grundgesetzes gegen konservative Interpretationsmacht (Joachim

Perels) zum Funktionalen Sozialismus (Georg Fülberth u. a.); und die ‚Sozialwissenschaftlichen Perspektiven und Prognosen‘ reichen von der journalistischen Ethik in der Informationsgesellschaft über umweltpolitischen Instrumentwandel (Michael Böcher) über dezentrale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zur demokratischen Frage im Zeitalter des ‚neuen Konstitutionalismus‘ (Hans-Jürgen Bieling und Frank Deppe), zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland (Michel Strübel) sowie zu Fragen des Sozialstaats (Hartmut Elsenhans)!

Wie all dies zu beurteilen ist, muss späteren Diskussionen übergeben bleiben, weil hier ein Pauschalurteil vermieden werden soll. Zwei Hinweise auf das Problembewusstsein (der Herausgebenden) und die Intention/Motivation (der Geburtstagschreiber) dürfen aber zum Bedenken aufgegeben werden: Welches Verständnis von ‚zeithistorischen Diagnosen‘ liegt vor, wenn darin doch nur einzel-, eben politikwissenschaftliche Erörterungen zu disziplinären (wie gesellschaftspolitischen) Teilbereichen – etwa zur deutschen Demokratie und amerikanischen Verfassung, zur Konkordanzdemokratie oder zu rot-grüner Regierungsarbeit versammelt sind? Und: Warum erklärt man sich einerseits bereit, zu einer Geburtstagsgabe beizutragen, und vermeidet andererseits dann geradezu alles, was eine inhaltliche oder solidarische Verbindung zum oder Verbundenheit mit dem Jubilar erkennen lassen könnte – mehr als Dreiviertel der Beiträge beziehen sich noch nicht einmal auf eine einzige seiner Publikationen? Damit soll keinem ‚Personenkult‘ Vorschub geleistet werden; denn eine solche Bezugnahme ist doch auch als Auseinandersetzung mit

seiner Position und vielleicht sogar Aufnahme und Fortführung seines Werkes denkbar!

*Birgit Wellie*

**Klaus J. Bade: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart – München 2000, Verlag C. H. Beck, 510 Seiten**

Der bekannte Osnabrücker Historiker und Migrationsforscher Klaus J. Bade hat einen umfangreichen Band vorgelegt, der einen repräsentativen und gut nachvollziehbaren Querschnitt über die Schwerpunkte seiner Forschungen gibt, die sich mittlerweile auf den gesamten europäischen Raum erstrecken. Das Buch, das sorgfältig für den Druck vorbereitet und mit einem gut handhabbaren wissenschaftlichen Apparat versehen wurde, gliedert sich in fünf übergreifende Kapitel, die ihrerseits noch einmal stark ausdifferenziert sind.

Im ersten Kapitel referiert der Autor zunächst Wanderungstraditionen und Wanderungssysteme (Arbeitswanderungen und Wanderhandel) am Ende der Frühen Neuzeit, wobei er die Struktur des sog. Nordsee-Systems sowie die Wanderhandelssysteme aus dem belgisch-niederländischen Grenzraum, aus Frankreich, Italien und Deutschland rekonstruiert. In einem weiteren Abschnitt setzt sich Bade mit den veränderten Erwerbsstrukturen sowie der Bevölkerungsentwicklung und den Wanderungsformen während der Industrialisierung Europas auseinander. Im Vordergrund der Erörterungen stehen dabei die Entwicklungen in den damals führenden Volkswirtschaften Deutschlands und Englands. Besondere Beachtung

findet dabei die „industrielle Bevölkerungsexplosion“, die in der Tat einen überseeischen Massensexodus nach sich zog. Dies galt zwischen 1840 und 1890 auch für Deutschland, das damals ein ausgesprochenes Auswanderungsland war – im Unterschied zu Frankreich, in dem die agrarische Basis länger stabil blieb. Eine weitere offenkundige Folge der Industrialisierung Europas waren Urbanisierung und Verdichtung der Siedlungsräume, das Entstehen von Großstädten und Metropolen. So wuchs etwa die Bevölkerung Berlins im gesamten 19. Jahrhundert um 872 Prozent. In diesem Kontext systematisiert Bade am Beispiel von drei Wandertypen die sich während der Industrialisierung vollziehenden Migrationsprozesse: Interne Fernwanderung (Auvergne-Paris), transnationale Zuwanderung (Hessen-Paris) und Ost-West-Fernwanderung (Ruhrpolen). Er verweist auch auf Fremdbilder und Stereotype, mit denen bestimmte Migrantengruppen nunmehr von den Einheimischen assoziiert wurden. So wurden damals die Ruhrpolen von den Einheimischen gerne mit „Wulackern“, „Lohn-drückern“ und Streikbrechern in Verbindung gebracht (S. 82).

Im zweiten Kapitel behandelt Bade Wanderbewegungen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, wobei er sich zunächst auf die Problematik der Arbeitswanderung konzentriert. Behandelt werden schwerpunktmäßig die Ausgangs- und Zielräume Frankreich, Niederlande/Deutschland, Italien und Polen. Danach widmet sich der Autor der industriellen Arbeitswanderung, die die Migranten in das Umfeld von Metropolen und städtischen Agglomerationen führte. Dabei spielten die Montanindustrie, das Bauwesen insgesamt sowie die mobilen und saisonabhängigen Arbeitsplätze beim Eisenbahn-

und Straßenbau und beim Tunnel-, Brücken- und Kanalbau eine dominante Rolle. So wurden ebenfalls in Deutschland die großen Kanalbauprojekte in hohem Maße von ausländischen Arbeitskräften realisiert. Einen weiteren wichtigen Migrationstypus bildete die agrarische Arbeitswanderung, da die Modernisierung der Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts die Saisonwanderung begünstigte. Einerseits wuchs aufgrund von Modernisierung und Mechanisierung die Zahl der Landlosen, andererseits forderten agrarkapitalistische Betriebsstrukturen den Saisonbedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Die fortschreitende Saisonalisierung wurde deshalb für großräumige Zentren agrarkapitalistischer Produktion – wie Ostelbien, Nordfrankreich sowie Holland und Friesland zum Charakteristikum. Dabei geriet die Arbeitskraft der Landarbeiter zusehends zu einer disponiblen Saisonware, es kam auch im ostelbischen Raum zu einer erheblichen Lohnkonkurrenz um Arbeitskräfte. Dies führte ab 1890 dazu, dass man sich in immer stärkerem Maße „ausländischer Wanderarbeiter“ aus dem Osten bediente. Dabei stand die krasse Ausbeutung der Saisonarbeiter – Schwangerschaft galt zum Beispiel als arbeitsrechtliches Delikt – auf der Tagesordnung.

Fragt man nach den Funktionen transnationaler Arbeitswanderung, so lässt sich füglich konstatieren, dass die Ausländerbeschäftigung die Flexibilität des Kostenfaktors Arbeit erheblich steigerte. Dies führte in der Regel zur Unterschichtung der ausländischen Arbeitskräfte, die von staatlichen Stellen – zum Beispiel in Preußen – bewusst funktionalisiert wurde. Bei konjunkturellen Wechsellagen hatten Ausländer zudem eine komfortable Pufferfunktion inne, da man sie in Kri-

senzeiten einfach „abstoßen“ konnte (S. 111). Dies führte nicht selten zu gewaltsam ausgetragenen Arbeitskämpfen zwischen in- und ausländischen Arbeitskräften und nach dem Ersten Weltkrieg im demokratischen Rechtsstaat Deutschland zum sog. „Inländervorrang“.

Die überseeische Auswanderung aus Europa ging aus dem kolonialen Arbeitssystem der Sklaverei hervor. Nach der Versklavung und Ausrottung der indianischen Bevölkerung gingen die Kolonialmächte dazu über, afrikanische Sklaven auf ihre Arbeitsmärkte zu importieren. Schließlich wurden auch europäische Kontraktarbeiter beschäftigt, die den Kontraktgebern ihre Arbeitskraft verpfändeten. Bei dem „Indentured Servitude“ wurden die Arbeitgeber also auf Zeit zu Besitzern der Arbeitskraft der zugewanderten Vertragspartner. Abgelöst wurde dieses System durch das „Redemptioner-System“, das durch Auslösung und Bürgschaft durch Verwandte schon eher auf Auswanderung, nicht allein auf Beschäftigung angelegt war. In der Forschung ist man sich einig, dass beide Systeme dem Sklavenhandel sehr nahe kamen. Im Gefolge der napoleonischen Kriege, der allgemeinen Verarmung und der ganz Europa erfassenden Krise der Jahre 1816/17, die durch einen verheerenden Klimasturz ausgelöst wurde, kam es zu einer geradezu fluchtartigen Auswanderung nach Übersee. Ab 1830 handelte es sich dabei um eine säkulare Massenbewegung, die durch das Vordringen der Dampfschifffahrt eine enorme Beschleunigung erfuhr. Bade hebt hervor, dass die europäische Massenauswanderung nach Übersee in der Forschung weiterhin unterschiedlich quantifiziert wird, und beschäftigt sich mit der Frage, wie sich Europa entwickelt hätte,

wenn es dieses die Bevölkerungsentwicklung und die Arbeitsmärkte nachhaltig entlastende Ventil nicht gegeben hätte. Danach rekonstruiert er die Wellen transatlantischer Migration am Beispiel der „alten“ (britisch-irischen und preußisch-deutschen) sowie der „neuen“ (polnischen und italienischen) Auswanderung, wobei er deren zyklischen konjunkturgebundenen Charakter hervorhebt.

In zwei weiteren Abschnitten behandelt Bade die eurokoloniale Migration während des „Hochimperialismus“, wobei Großbritannien im Mittelpunkt der Erörterungen steht, sowie das Verhältnis von Nationalstaaten und Migration vor dem Ersten Weltkrieg. Hier geht es in erster Linie um die mit der nationalen Emanzipation der europäischen Völker verbundenen Revolutionen und Aufstände, die eine beachtliche – politisch motivierte – Emigration hervorriefen. Bekanntlich waren Frankreich, Belgien, die Schweiz und England im 19. Jahrhundert die wichtigsten Asylländer, die sich allerdings aufgrund ihrer Traditionen, Verfahren und der Aufnahmebereitschaft politisch Verfolgter stark voneinander unterschieden. Am Ende dieses Abschnitts erläutert Bade den preußischen Sonderweg hinsichtlich der Arbeitswanderung, der sich über die Begriffe des Legitimations- und Rückkehrzwangs definieren ließ.

Im dritten Kapitel geht es dann um die Epoche der beiden Weltkriege, die durch Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit gekennzeichnet war. In diesem Zeitraum treten freiwillige Formen der Migration eindeutig in den Hintergrund. Das Aufkommen autoritärer, faschistischer und totalitärer Systeme begünstigt staatlich verfügte Zwangsmigrationen, die sich gegen ganze Völ-

ker, gegen Bevölkerungsgruppen und Minderheiten richten. Diese Formen der erzwungenen Migration hatten nicht selten auch die physische Vernichtung ganzer Nationen zum Ziel (Holocaust). Durch den Friedensschluss von Jalta kam es bekanntlich zu fundamentalen Veränderungen hinsichtlich der europäischen Grenzen. Die Folgen waren Flucht und Exil, staatlich regulierter vertraglicher Austausch von Bevölkerung (nach dem Ersten Weltkrieg) bis hin zu wilden Vertreibungen, Umsiedlungen und Deportationen (nach dem Zweiten Weltkrieg). Ziel blieb in beiden Zeiträumen die Schaffung homogener Nationalstaaten, da die nationalen Minderheiten in Vielvölkerstaaten in der Vergangenheit den Anlass zu kriegerischen Auseinandersetzungen gebildet hatten. In diesem Zusammenhang muss auch die millionenfache Vertreibung und Aussiedlung deutscher Bevölkerung aus Ostmitteleuropa betrachtet werden. Gleichzeitig kam es im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs zu einer umfassenden Dekolonialisierung, so dass sich mit Bade füglich konstatieren lässt, dass der Zweite Weltkrieg eine doppelte Zäsur darstellte: „In Europa löste er die (...) gewaltigsten Zwangs- und Fluchtwanderungen in der Geschichte dieses Raumes aus. Nach Europa brachte die durch den Weltkrieg beschleunigte Auflösung der europäischen Kolonialreiche Millionen von kolonialen und postkolonialen Rück- und Zuwanderern“ (S. 301). So blieb Europa auch in der Epoche des Kalten Kriegs ein Auswanderungs- und Einwanderungskontinent zugleich. Doch erst seit den 70er Jahren haben wir es mit einem positiven Migrationssaldo zu tun. Hier schlug neben der Zuwanderung aus den ehemaligen europäischen Kolonien auch die neue Welle von Arbeitsmigration zu Buche, wobei

die Bundesrepublik Deutschland eine prominente Position einnahm. Gerade im Bereich der Arbeitsmigration stellte sich dabei das Phänomen der Verstetigung ursprünglich nur für einen bestimmten Zeitraum geplanter Arbeitsaufenthalte im Ausland ein. Anfang der 80er Jahre waren die meisten mittel-, west- und nordeuropäischen Aufnahme- länder zu Aufenthaltsländern geworden (S. 323). In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Frage nach der Integration dieser Bevölkerungsgruppen in die Mehrheitsgesellschaft, die in Europa recht unterschiedlich behandelt wurde: von Fall zu Fall stärker markt- oder politikorientiert. Angewandt wurden das exklusive, das assimilatorische sowie das multikulturelle Modell, wobei zwischen normativer Erwartung und empirischer Umsetzung natürlich große Lücken klaffen konnten. Bade erläutert diese Problematik recht eindrucksvoll am deutschen, französischen und britischen Beispiel.

Das fünfte Kapitel ist schließlich aktuellen Entwicklungen in Europa und Deutschland, besonders im Hinblick auf den Integrationsprozess der EU, gewidmet. Dem Wanderungsdruck aus dem Osten und Süden sollten sich die Staaten der EU – so der Autor – nicht nur mit Hilfe einer nationalen, sondern einer transnational abgestimmten Migrationspolitik stellen. Dabei belegt die aktuelle Diskussion in Deutschland recht deutlich, wie schwierig es ist, angesichts hoher Arbeitslosenzahlen und einer sich abschwächenden Konjunktur einen tragbaren nationalen Konsens zu finden, auch wenn die demographischen Daten dafür sprechen, möglichst bald zu einem Konsens zu kommen. Darüber hinaus – nicht nur in Deutschland – Versorgung, Integration oder Reintegration von

Flüchtlingen und Vertriebenen aus den südosteuropäischen Krisen- und Kriegsgebieten sowie zukünftig eine Politik der Prävention zu leisten. Da überdies die interkontinentale Süd-Nord-Wanderung anhalten wird, gibt es für die „Festung Europa“ auch hier einen großen Handlungsbedarf. Eine reine Politik der Abschottung gegenüber Flüchtlingen aus der Dritten Welt ohne Ansätze zur Bekämpfung der Fluchtursachen ist deshalb – wie Bade richtig schreibt – zwar skandalös, gleichwohl steht sie aber auf der Tagesordnung. Inwiefern das gern deklarierte Humanitätsverständnis der Europäer dabei die Chance hat, sich auch in der Praxis durchzusetzen, scheint fraglich. Die Geschichte der europäischen Emigration, so wie sie auch von Bade in diesem sehr lesenswerten Buch rekonstruiert wurde, scheint vielmehr zu belegen, dass Wanderungsprozesse seitens der Migrantinnen sowie der Abgabe- und Aufnahmegesellschaften in der Regel einen pragmatischen, materiell motivierten Charakter hatten, bei dem der Warencharakter des Faktors Mensch sehr deutlich in Erscheinung trat.

Zbigniew Wilkiewicz

**Christoph Butterwege/  
Gudrun Hentges (Hrsg.):  
Politische Bildung und  
Globalisierung -  
Opladen 2002, Verlag  
Leske+Budrich, 320 Seiten**

Dieser umfangreiche Sammelband gliedert sich in sieben übergreifende Kapitel. Die Texte richten sich sowohl an politische Bildner aus dem öffentlichen (schulischen und universitären) Bereich als auch an die Vertreter der außerschulischen politischen Bildung. Insgesamt wird ein breites Spektrum an Themen und Frage-

stellungen entfaltet, so dass nur ein kursorischer Überblick über die Beiträge der 16 Autorinnen und Autoren gegeben werden kann.

In einem ersten historischen Kapitel setzt sich Wolfgang Sander einleitend mit der politischen Bildung als einem Konstrukt zwischen Ideologie und Wirklichkeit auseinander. Dabei zeichnet er konzipiert den langen Weg der politischen Bildung von der missionierenden Belehrung bis hin zur modernisierten und professionalisierten Lernbegleitung und Dienstleistung nach.

Peter Massing behandelt in seinem Aufsatz alsdann die demokratietheoretischen Grundlagen der politischen Bildung in der Ära der Globalisierung. Der Autor kommt zum Ergebnis, dass die Megatrends der Globalisierung und der Individualisierung für die politische Bildung die Chance eröffnen, die normativen und theoretischen Grundlagen politischer Bildung neu zu überarbeiten und neuen Konzepten zu unterwerfen. Gerade diese beiden zentralen Trends fordern von der politischen Bildung, die durchaus nicht selbstverständliche demokratische Ordnung in Theorie und Praxis neu zu beleben, zu vermitteln und lebensfähig zu erhalten. Im zweiten Kapitel geht es dann um den so populären Begriff des globalen Lernens. Während Klaus Seitz mit dem Lernen für ein globales Zeitalter auf die Neuorientierung der politischen Bildung in postnationalen Zusammenhängen abhebt, stellt Klaus-Peter Hufer den Antagonismus zwischen Globalität und Lokalität sowohl als Dilemma als auch als Chance für die außerschulische politische Bildung dar. Dabei setzt sich Hufer in erster Linie mit der praxisrelevanten Schwierigkeit auseinander, globales Lernen zu definieren und zu vermitteln,

was – wie an anderem Ort formuliert – dem Unterfangen gleichkomme, „einen Pudding an die Wand zu nageln“ (S. 61).

Im dritten Kapitel wird die Problematik des ökologischen und solidarischen Lernens erörtert. Christoph Butterwegge behandelt das brisante Thema „Globalisierung, Standortsicherung und Sozialstaat“ und definiert die Aufgabe der politischen Bildung als Versuch, die neoliberale Standortlogik zu widerlegen und Solidarität neu zu begründen. Wolfgang Beer beschäftigt sich indessen mit dem für den bildungspolitischen Diskurs klassischen Widerspruch zwischen Fortschrittsglauben und Nachhaltigkeit. Dabei entwickelt der Autor zunächst, dass sich wissenschaftlicher Fortschritt innerhalb der Gesellschaft abspielt und deshalb auch interessegeleitet und steuerbar ist. Das von der Politik global definierte Konzept der Nachhaltigkeit fordert hingegen absolute Ressourcenschonung und Verbraucherreduktion, internationale und intergenerative Verteilungsgerechtigkeit sowie entsprechende Realisierungsansätze. Politische Bildung muss deshalb nach Beer in der Lage sein, die sozialen, politischen und ökonomischen Implikationen des „Fortschritts“ zu beleuchten, sie muss den Teilnehmenden aber auch den Weg zu Beurteilungsverfahren und zu Partizipation eröffnen.

Im Kapitel über „Lernen und Geschlechterverhältnis“ bemüht sich Annette Kuhn, Wege zu einer geschlechterdemokratischen Geschichtssicht zu erschließen. Ausgangspunkt sind dabei die drei Hypothesen von Birgit Meyer, dass Frauen „anders politisch“ sind als Männer, dass Politik für Frauen ein „männliches Terrain“ darstellt, und dass politische Teilhabe und traditionelle weibliche Lebensläufe in einem spannungs-

reichen Verhältnis zueinander stehen. In vier Lernschritten wird die Demokratiegeschichte alsdann einer doppelten Perspektive unterworfen. Im abschließenden Abschnitt erblickt die Autorin im politisch-historischen Lernen im Internet die einzigartige Chance, dass Frauen – mit Hilfe entsprechender Netzwerke – eine eigene politische Definitionsmacht entwickeln.

Dagmar Richter fragt in ihrem Beitrag hingegen nach Wegen zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen unter den besonderen Bedingungen der Globalisierung. Nach mehreren Beschreibungs- und Definitionsversuchen hinsichtlich der Begriffe Partizipation und geschlechtergerechte politische Bildung fasst die Autorin die wichtigsten Lernziele zusammen, ohne den Anspruch zu erheben, dass sie ausschließlich für die Zielgruppe von Mädchen und Frauen gelten: Die Förderung von Kompetenzen umfasst dabei die Felder der Wertvorstellungen, der Rollenvielfalt für Töchter sowie frühere Erfahrungen mit Partizipation. Hinzu komme die Fähigkeit, zwischen Öffentlichem und Privatem trennen zu können, sowie die Notwendigkeit, die Persönlichkeit und die soziale Fantasie zu stärken. Die Autorin kommt freilich abschließend zum Ergebnis, dass es keine Königswege für die Motivierung zur politischen Partizipation gebe.

Im Kapitel über Rechtsextremismus als Herausforderung für die politische Bildung wird nach Konzepten des antirassistischen und interkulturellen Lernens gefragt. Dabei zeichnet Albert Scherr zunächst die Entwicklungstendenzen im Diskurs über Jugend und Rechtsextremismus nach, setzt sich dann mit dem ausgrenzenden Nationalismus auseinander, den er als Appell an

die durch wirtschaftliche und soziale Schieflagen verursachten Krisenängste interpretiert, um schließlich auf Grundlage empirischer Befunde zu dem Ergebnis zu kommen, dass es hinsichtlich der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eklatante Mängel in der politischen Bildung gebe, da gerade die bildungsfernen Verlierer der Modernisierungsprozesse in der Regel kaum erreicht würden.

Danach beleuchtet Rudolf Leiprecht zentrale Aspekte antirassistischer Bildung. Nachdem der Autor das niederländische Projekt „Interkulturelles Lernen in der Klasse“ ausführlich beschrieben und kommentiert hat, kommt er hinsichtlich der Frage angemessener Herangehensweisen zum Ergebnis, dass antirassistische Ansätze angesichts zunehmender rassistischer und kulturalistischer Zuschreibungen erst am Anfang stünden. Hier sei nicht nur eine Verbesserung, sondern auch eine Verbreiterung der Arbeit – sowohl in der Praxis als auch in den Sozial- und Erziehungswissenschaften notwendig.

Im nächsten Kapitel wird die Frage des handlungsorientierten Lernens behandelt. Klaus Koopmann diskutiert in seinem Aufsatz „Politik handelnd erfahren und lernen“ unterschiedliche Ansätze, arbeitet im Hinblick auf das erfahrungsbezogene Politiklernen die fünf klassischen Kriterien (Subjektbezug, Handlungsbezug, Problembezug, Authentizität und Politikbezug) heraus, und setzt sich dann intensiv mit dem „Experimental Learning“ sowie dem „Project Citizens“ auseinander. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Lerneffekte bei Lernhandlungsprozessen betont der Autor schließlich, dass sie sich auf die Lösung authentischer gesellschaftlicher Prozesse richten und einen interaktiven,

kooperativen sowie reflexiven Charakter haben sollten.

Mit (computergestützten) Planspielen in der politischen Bildung beschäftigt sich Tatjana Leidig, wobei sie zunächst hervorhebt, dass das Planspiel wie keine andere Methode eine spielerisch-ernsthafte Auseinandersetzung mit komplexen politischen Konflikten ermöglicht. Nachdem sie sich intensiv mit Merkmalen, Phasen, Möglichkeiten und Schwierigkeiten dieser Arbeitsform beschäftigt hat, geht die Autorin auf die Rolle des Computers in Planspielen ein. Dabei geht es erstens um die erweiterte, internetgestützte Recherche von Informationen und zweitens um die Tatsache, dass die schriftliche Interaktion der Gruppen durch mittlerweile entwickelte Software gestützt werden kann. Für die Sekundarstufe I diskutiert Leidig schließlich das auf Software Balance basierende Planspiel Scatertown.

Im abschließenden siebten Kapitel wird dann nach den Perspektiven politischer Bildung in der Ära der Globalisierung gefragt. Frank Nonnenmacher diskutiert in seinem Beitrag die Differenzen und Unvereinbarkeiten von Begriffen, die sich aufgrund eines rein betriebswirtschaftlich orientierten Denkens in das Selbstverständnis und die Evaluierungsdebatten der politischen Bildung eingeschlichen haben. Er warnt vor naiven Übernahmen, da man mit diesen unreflektierten Begriffen gleichzeitig das Menschenbild des „flexibilisierten, immer nach dem Kosten-Nutzen-Kalkül handelnden Lebensunternehmers“, der kommentarlos zuschaue, ohne sich zu beteiligen oder einzumischen, übernehmen könnte.

Gudrun Hentges geht danach auf die seit 1998 erfolgten Umbrüche

in der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) ein. Vorge stellt werden die Ergebnisse der Selbst- sowie Fremdevaluierung (Allensbach), wobei insbesondere auf die massive Kritik an den Publikationen der BpB abgehoben wird. Alsdann beschreibt die Autorin die im Jahr 2000 vorgenommene Unstrukturierung der gesamten Institution, bei der es um Verschlangung, Verkürzung der Verwaltungswege und den Wegfall (überflüssiger) Hierarchien ging. Inhaltlich setzt sich Hentges im folgenden Abschnitt mit den unmittelbar gestarteten Initiativen der BpB im Rahmen der Offensive gegen Rechtsradikalismus auseinander, wobei auch Christoph Schlingensiefs umstrittenes Theaterprojekt mit rechtsextremen Jugendlichen kritisch beleuchtet wird. Danach berichtet die Autorin über die Erweiterung der Zielgruppen um Jugendliche, die junge Generation und Migrant(inn)en, schließlich befasst sie sich auch mit der Problematik einer frauenspezifischen politischen Bildung. Kritisch betrachtet wird im Zusammenhang mit der Förderung freier Träger und der Problematik des Sponsoring schließlich die Frage privater Geldgeber, für die sich die BpB bekanntlich mehr öffnen möchte.

Im Anschluss hieran setzt sich Klaus-Peter Hufer mit der Situation der politischen Bildung auf dem Weiterbildungsmarkt auseinander, wobei er verdeutlicht, dass sich die politische Bildung – gemessen an einem knapp kalkulierten „Nutzeffekt des Gelerten“ – mittelfristig kaum auf dem Bildungsmarkt halten können. Die Tatsache, dass es in diesem Bereich in den letzten Jahren zu erheblichen Kürzungen der Fördermittel gekommen ist, bringt für zahlreiche Einrichtungen, die kostendeckend arbeiten müssen, die Notwendigkeit, Dritt-

mittel einzuwerben und/oder die Teilnahmeentgelte zu erhöhen. Dies bedeutet wiederum, dass weiterbildungsferne Bevölkerungsgruppen noch stärker als bisher davon abgehalten werden, an entsprechenden Maßnahmen teilzunehmen. Insofern geht der Autor durchaus treffend davon aus, dass politische Bildung nur sehr bedingt marktfähig ist. Oder in den von Hufer zitierten Worten von Hans Tietgens: „Hinter dem Unterschied ‚Kunde und Teilnehmer‘ steckt natürlich schon etwas Grundsätzliches, nämlich Markt und öffentlicher Auftrag. Wenn ich Markt denke, denke ich an Erfolg, Gewinn und Betrug, vornehm ausgedrückt: Übervorteilen, aber nie an Erwachsenenbildung“ (S. 294).

Abgeschlossen wird das Buch durch den Beitrag „Möglichkeiten der politischen Bildung im 21. Jahrhundert“, der aus der Feder von Siegfried Schiele stammt. Der Autor geht dabei davon aus, dass politische Bildung angesichts der Situation in Europa und auf der ganzen Welt zu einer globalen Herausforderung geworden ist. Was die Inhalte im 21. Jahrhundert angeht, so meint Schiele, dass es darauf ankomme, junge Menschen zu befähigen, die Zukunftsprobleme zu meistern. Dabei sind in erster Linie die Umwelt, der Fundamentalismus und der Umgang mit der zunehmenden Informationsflut im Blick. Für die politische Bildung wünscht sich Schiele ein weitgehend offenes Curriculum mit Aktualitätsbezug. Für ebenso wichtig erachtet der Autor das Einüben und Einhalten von Spielregeln sowie das soziale Lernen. In politischer Bildung erblickt Schiele aber auch einen kulturellen Faktor (Theater, Musik, Reisen), der durchaus auch mit spielerischen Komponenten versehen werden sollte, um



attraktiv zu bleiben. Wie die übrigen Autorinnen und Autoren ist er sich bewusst, dass politische Bildung weiterhin Bündnispartner und Unterstützung braucht, was er wie folgt zusammenfasst: „Es ist fast makaber, dass die demokratischen Grundbelange noch lobbymäßig gestützt werden müssen, aber wir können nicht darauf bauen, dass man die politische Bildung bei den härter werdenden Verteilungskämpfen angemessen berücksichtigt. Wenn alle kampfbereit sind, ist mir um die Zukunft der politischen Bildung nicht bange“ (S. 310). Dieser durchaus optimistischen Aussage kann sich der Rezensent nur in Gänze anschließen. Das Buch ist allen, die sich mit politischer Bildung beschäftigen, aber auch Politikern auf allen Handlungsebenen sehr zu empfehlen.

*Zbigniew Wilkiewicz*

**Andreas Thimmel: Pädagogik der internationalen Jugendarbeit – Schwalbach 2001, WOCHENSCHAU Verlag, 347 Seiten**

Das Thema dieser Dissertation wird im Untertitel, der im Gegensatz zum Haupttitel keine Tautologie ist, präziser formuliert: „Geschichte, Praxis und Konzepte des Interkulturellen Lernens.“ Man könnte weiter mäkeln: muss hier interkulturell unbedingt groß geschrieben werden? Aber das sind Nebensachen, angesichts der Fülle von Erörterungen! Die vorliegende Arbeit gliedert sich in drei große Hauptkapitel:

A Internationale Jugendarbeit: Geschichte, Struktur und Empirie

B Diskursanalyse: Systematische Rekonstruktion aktueller konzeptioneller Beiträge zur internationalen Jugendarbeit

C Ausblick: Grundlagentheoretische Defizite und Anschlussmöglichkeiten des Diskurses.

Der erste Einblick zeigt, dass hier ohne Zweifel eine gründliche und mit viel Fleiß erarbeitete Dissertation vorliegt. Wie der Autor betont (S. 12), gibt es keine systematische Zusammenfassung der Geschichte der internationalen Jugendarbeit. Thimmel setzt die Anfänge in der Mitte des 20. Jahrhunderts an und stellt fünf Varianten während der Weimarer Zeit fest (S. 13ff). Die ersten vier Varianten sind als unterschiedliche Methoden des Briefwechsels zu verstehen; erst die letzte Variante führt von Schreibtisch und Vaterland weg: „Grenzüberschreitende(r) Austausch zur Pflege von Beziehungen mit den Eigenen“ zu den Deutschen im Ausland. Die Ausführungen über Wandervogel und Bündische Jugend (S. 16f) reißen die Bedeutung dieser Quellen der internationalen Jugendarbeit nur an. Vertiefungen wären hier dringend notwendig, denn der hier zitierte Opaschowski gehört nicht gerade zu den Experten der Wandervogel-Bewegung. Im Übrigen würde es sich auch lohnen, nach weiteren Quellen des Jugendreisens zu suchen.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute wird von Thimmel detailliert beschrieben. Internationale Begegnungen konzentrierten sich von den 60ern bis in die 80er auf Frankreich, Polen und Großbritannien; sie fanden in den Ferien statt und nicht selten wurde eine automatische Wirkung angenommen. Der Unterschied zu kommerziellen Jugendreiseveranstaltern durch ein pädagogisches Profil war in der Realität kaum zu spüren. Dies führte zur Entwicklung von Konzepten, die den pädagogischen Auftrag herausstellten und methodische Innovationen zeigten.

Zudem wurden in den 80ern neue Länder erschlossen: die Heimatländer der Gastarbeiter und Osteuropa. Die historischen Ausführungen von Thimmel werden durch eine Trägeranalyse, die Darstellung empirischer Ergebnisse und der wissenschaftlichen Beiträge ergänzt.

Im zweiten Hauptkapitel stellt der Autor zunächst exemplarisch das Konzept der deutsch-polnischen Jugendarbeit dar. Natürlich stehen Versöhnung und Aufarbeitung historischer Schuld als pädagogische Aufgabe im Vordergrund. Dies mag den erstaunlich hohen Anteil Polens in der Statistik der Länder erklären. Denn nach Erfahrungen des Rezensenten, der auch fast zehn Jahre Jugendbegegnungen organisiert hat, gehören osteuropäische Länder nicht zu den Wunschzielen reisewilliger Jugendlicher. Da bleibt es verwunderlich, dass im Gegensatz zum Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) osteuropäische Jugendwerke relativ spät begründet wurden. Noch immer stehen freizeitpädagogische Ansätze im Vordergrund: gelernt wird in den Ferien oder im Urlaub, oft nebenbei durch die pädagogische Vorauswahl von bestimmten Eindrücken. Zu wenig ist darüber nachgedacht worden, wie mit gemeinsamen Projekten und Methoden des handlungsorientierten Lernens diese Beliebigkeit überschritten werden könnte. Auch die finanzielle und konzeptionelle Unterstützung von längerfristigen Schüleraustauschen nicht nur mit den englischsprachigen Ländern, sondern anderen mittel- und vor allem osteuropäischen Ländern liegt noch weitgehend brach. Jedenfalls geht es darum, die Kluft zwischen Freizeit und Fun einerseits und anspruchsvollen Lernzielen andererseits zu überwinden. So könnte man die leidige Diskus-

sion um die Verkürzung der Gymnasialzeit durch den Vorschlag bereichern, dass jeder deutsche Gymnasiast in der Oberstufe mindestens drei Monate im europäischen Ausland verbringen muss, dort in einer Familie lebt, zur Schule geht und in den Ferien ein sinnvolles binationales Projekt bearbeiten muss. Neben den sprachlichen Kompetenzen wären hier Impulse zur Persönlichkeitsbildung zu erwarten, die keine Schule leisten kann. Ausführlich widmet sich Thimmel in diesem Hauptkapitel interkulturellen Lernkonzepten, der psychologischen Austauschforschung und hermeneutischen, ethnomethodologischen und psychoanalytischen Konzepten, die „Das Verstehen des Nicht-Verstehens“ verständlich machen sollen.

Im letzten Hauptteil werden die Ergebnisse in einer Synopse zusammen gefasst, „blinde Flecken“ in der derzeitigen Diskussion benannt und Vorschläge formuliert, wie internationale Jugendarbeit stärker in den wissenschaftlichen Diskurs einbezogen werden kann. Schließlich kommt auch das Thema dieses Jahrzehnts, Qualitätssicherung und Evaluation, zur Sprache. Die „Kennzeichen für die Qualität internationaler Jugendbegegnungen“ (S. 283f) gehören sicherlich zu der Grundausstattung jedes jungen Sozialpädagogen, der in der internationalen Jugendbegegnung tätig ist.

Insgesamt legt Thimmel eine lesenswerte Dissertation vor, die die wissenschaftliche Diskussion festschreibt und bereichert. Sie ist nicht nur für Fachhochschulen eine wichtige Quelle, wenn es um Jugendarbeit, Jugendtourismus und Jugendbegegnung geht, sie gehört auch in die Bibliothek von Jugendverbän-

den, Kreisjugendringen und Jugendbildungsstätten.

*Werner Michl*

**Jan Weisser: Einführung in die Weiterbildung – eine problemorientierte, erziehungswissenschaftliche Perspektive – Weinheim und Basel 2002, Beltz-Verlag, 238 Seiten**

**Tilly Miller: Sozialarbeitsorientierte Erwachsenenbildung – theoretische Begründung und Praxis - München und Neuwied 2003, Luchterhand Verlag, 193 Seiten**

An Einführungen in die Erwachsenenbildung/Weiterbildung besteht derzeit kein Mangel. So haben etwa die Hochschullehrer Peter Faulstich, Christine Zeuner, Jochen Kade, Dieter Nittel und Wolfgang Seitter Ende der 90er Jahre relativ zeitgleich praxisorientierte Einführungsschriften vorgelegt. Ekkehard Nuissl, Professor für Erwachsenenpädagogik und Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE), veröffentlichte 2000 seine „Einführung in die Weiterbildung“ (vgl. die Vorstellung in AB 4/00), die Anfängern und Außenstehenden eine Orientierung im unübersichtlichen Feld außerschulischer Bildung bieten sollte.

In diesen Fällen zeigt sich freilich auch immer wieder die Schwierigkeit, der Pluralität der deutschen Bildungslandschaft, die durch die unterschiedliche Landesgesetzgebung zusätzlich kompliziert wird, in einer problemorientierten Einführung gerecht zu werden. Der Versuch eines dezidiert institutionsorientierten Überblicks über die bunt gemischte

Trägerlandschaft war zuletzt von Professor Joachim H. Knoll mit „Erwachsenenbildung und berufliche Weiterbildung in Deutschland - Selbstbilder ihrer Träger und Einrichtungen“ (1997) unternommen worden, dort freilich, vor allem wegen der bereits bei Erscheinen veralteten Informationen, misslungen. Letztlich ist man in dieser Hinsicht immer noch auf das „Deutsche Handbuch für Erwachsenenbildung“ des Olzog-Verlags verwiesen, wobei es sich allerdings nicht um ein Handbuch handelt, sondern um ein Adressenverzeichnis mit Selbstdarstellungsteil und thematischem Anhang.

Die neue Einführung von Jan Weisser schafft im Sinne einer praxisrelevanten Darstellung hier keine Abhilfe. Der Trägerpluralismus wird in seiner allgemeinen Struktur erläutert. Politische Weiterbildung ist nicht eigens Thema, stattdessen stellt ein Abschnitt fünf „Formen der Weiterbildung“ vor, nämlich Volkshochschule, betriebliche Weiterbildung, Fernstudium und schließlich ökologische Bildung „als Beispiel für eine gesellschaftliche Form der Weiterbildung“. Der Autor bemerkt dazu, dass „die getroffene Auswahl und ihre Beschreibung“ exemplarischen Charakter hätten, ansonsten „zwar nicht gerade willkürlich, aber doch auch noch nicht abschließend richtig“ seien. Eine, gelinde gesagt, eigenwillige Relativierung der eigenen Darstellung!

Was der Autor unter dem problemorientierten Charakter seiner Einführung versteht, soll hier ebenfalls mit seinen Worten wiedergegeben werden. Nachdem er einleitend festgestellt hat, dass Weiterbildung inzwischen als öffentliches Problem anerkannt ist, fährt er fort: „Da-

mit ist so viel gesagt wie, dass die spezifischen Chancen und Risiken, die Bedingungen und Folgen der Weiterbildung in Bezug auf die Probleme, die sie auf den Plan rufen, diskutiert und analysiert werden. Die Definition der Weiterbildung als öffentliches Problem wollen wir dabei nicht als Gegenbegriff zur ‚öffentlichen Problemlosigkeit‘ verstehen. Der Begriff des Problems trägt die Differenz quasi in sich und markiert nicht die andere Seite der Problemlosigkeit, in die hinein er seinen Fluchtpunkt definierte – wir verwenden den Begriff mit anderen Worten differenztheoretisch und kümmern uns um Probleme und Problemlosigkeiten des Problems selbst.“ Wer angesichts dieses O-Tons weiter lesen will, soll dies auf eigene Gefahr tun.

Im Zuge des Problematisierungssogs werden bei Weisser die aktuellen pädagogischen und politischen Debatten aufgegriffen. Beim professionellen Selbstverständnis von Weiterbildung hält er fest, dass „im Sinne einer Idealtypologie mindestens drei Selbstentwürfe zu unterscheiden“ seien, nämlich Erwachsenenpädagogik, Dienstleistungsmanagement und Soziale Arbeit. Mit dem Letztgenannten ist ein Selbstverständnis gemeint, „das die Weiterbildung als Teil Sozialer Arbeit versteht und damit den emanzipatorischen Charakter hervorhebt und/oder die Arbeit in der Weiterbildung als Teilbereich therapeutischer, gesetzlicher oder integrativer Betreuungs- und Selbsthilfemaßnahmen reflektiert.“

Auch diese Definition, der keine weiteren inhaltlichen Erläuterungen folgen, ist etwas eigenwillig. Traditioneller Weise wäre hier zunächst an eine kompensatorische Zielsetzung der Bildungsarbeit zu denken; doch näher ge-

klärt wird der Punkt nicht, wie überhaupt die Verbindungslinie zur Sozialarbeit in der deutschen Debatte – bislang – eher ein Randphänomen darstellt. Wer sich darüber auf aktuellem Niveau informieren will, kann zu der Veröffentlichung von Tilly Miller greifen.

Die Autorin, Professorin an der Katholischen Stiftungshochschule München, stellt fest, dass die Verbindung der beiden Bereiche zwar existiert, aber theoretisch ungeklärt und in ihren Konsequenzen wenig reflektiert ist. Mit ihrer Publikation, die das Theorie-Defizit aufarbeitet, steht jetzt ein fundierter Überblick über ein konkretes Praxisfeld erwachsenenbildnerischen Handelns zur Verfügung. Darüber hinaus wird ein Beitrag zu der Diskussion geleistet, wie Weiterbildung ihre Schnittstellen zu anderen Bereichen handhaben soll.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Im Begründungsteil wird das Konzept einer sozialarbeitsorientierten Erwachsenenbildung entwickelt, wobei die grundlegenden Elemente einer einschlägigen Didaktik vorgestellt werden. Ziel der Darlegungen ist es, eine Engführung der pädagogischen Diskussion aufzuheben. So gab es zu Beginn der 80er Jahre Ansätze, Erwachsenenbildung im Rahmen sozialpädagogischen Handelns unter einer eindeutigen Zielgruppen- und Defizitorientierung zu thematisieren, festgemacht etwa an Bildungsprozessen bei Ausländern, Senioren, Analphabeten, Alleinerziehenden oder Arbeitslosen. Vorherrschend sei die Tendenz gewesen, so Millers Resümee, das erwachsenenbildnerische Tun im Rahmen Sozialer Arbeit als Bildungspraxis mit Randgruppen und Benachteiligten einzustufen, so als gehe es dabei nur um die Kompensation von Defiziten, In-

kompetenzen und Bedürftigkeiten. Miller hält die Beschäftigung mit sozial benachteiligten Gruppen für eine wichtige Etappe im professionellen Klärungsprozess der Erwachsenenbildung – eine Etappe, die aber letztlich für die Soziale Arbeit keine Entwicklung eines eigenen Standpunkts erbracht habe.

Hier setzt die neue Veröffentlichung an. Sie bemüht sich um den Nachweis, dass Sozialarbeit und Sozialpädagogik einen spezifischen Zugang zur Erwachsenenbildung haben und dass das Spektrum der sozialarbeitsorientierten Erwachsenenbildung weit über die Bildungsarbeit mit benachteiligten Zielgruppen hinausgeht. Die Konzeption folgt einem systemischen Sozialarbeitsverständnis, das die Autorin bereits in einer eigenen Schrift entwickelt hat. Miller geht es um die Begründung eines eigenständigen Bildungsbereichs: „Dabei kann es sich um Felder der Sozialen Arbeit handeln, die zugleich erwachsenenbildnerische Felder darstellen, z. B. die Seniorenbildung oder Familienbildung. Hier gibt es eine erwachsenenbildnerische Infrastruktur mit Träger, Angebot, Personal, Kostenträger etc. Darüber hinaus hat die sozialarbeitsorientierte Erwachsenenbildung dort ihren Ort, wo neben Beratungsangeboten auch erwachsenenbildnerische Angebote erfolgen, beispielsweise die Elternbildung im Rahmen einer Erziehungsberatungsstelle.“ Die existierende Vielschichtigkeit sozialarbeitsorientierter Erwachsenenbildung wird im Praxisteil exemplarisch beschrieben, zudem werden die spezifischen Aufgaben, Vorgehensweisen und Anforderungsprofile herausgearbeitet. Vorgestellt wird ein gutes Dutzend Praxisbeispiele (Erwachsenenbildung im Rahmen von Hilfen zur Erziehung in Pflegefamilien, mit Eltern und Senio-

ren; Erwachsenenbildung in der Suchthilfe bzw. Suchtprävention sowie in der HIV/Aids-Prävention; Bildungsarbeit mit Langzeitarbeitslosen, im Rahmen eines Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojektes; Bildungsarbeit mit geistig Behinderten; Erwachsenenbildung in der interkulturellen Sozialarbeit, als Initiierung bürgerschaftlichen Engagements oder in der Gemeindeentwicklung). Ein kurzer Reflexionsteil geht auf die Konsequenzen ein, die sich für Ausbildung und Studium ergeben. Dem schließt sich eine Schlussbemerkung an, die den Status der sozialleistungsorientierten Erwachsenenbildung im Rahmen der neueren Debatten um lebenslanges und selbstgesteuertes Lernen reflektiert. Dabei macht die Autorin auf den problematischen Trend der Ökonomisierung von Bildung aufmerksam, der inzwischen mit den Qualifizierungs-Postulaten deutlichen Auftrieb erhält.

*Johannes Schillo*

**Freerk Huisken: z. B. Erfurt - Was das bürgerliche Bildungs- und Einbildungswesen so alles anrichtet – Hamburg 2002, VSA-Verlag, 120 Seiten**

Vor gut einem Jahr, im April 2002, war die deutsche Bildungslandschaft von einem Schock eigener Art betroffen: In Erfurt hatte ein Oberschüler an seinem ehemaligen Gymnasium 16 Personen und anschließend sich selbst erschossen. Der Amoklauf des Schülers Robert S. wurde zum nationalen Trauerfall, wobei unmittelbar der Widerspruch auffiel, dass das „beispiellose Verbrechen“ an einer Thüringer Schule in seiner „Sinnlosigkeit“ und „Unfassbarkeit“ beklagt wurde, während gleichzeitig die sachkundigen Kommentare offenerherzig Auskunft über die Här-

ten des hiesigen Schulsystems, über die alltägliche, also gar nicht unfassbare Produktion von Verlierern und über das verständliche Schmieden von Racheplänen erteilten.

Die nachfolgende Debatte setzte einiges an politischen und pädagogischen Desideraten auf die Tagesordnung. Doch anscheinend hat die Nachdenklichkeit nicht lange vorgehalten – bis der nächste spektakuläre „Einzelfall“ dann wieder für Aufregung sorgt. So hat z. B. die 14. Shell-Jugendstudie, in deren Untersuchungszeitraum das Erfurter Schulattentat fiel, ein insgesamt positives Bild der heutigen Jugend gezeichnet und dies gerade auf das Forschungsergebnis gestützt, dass der „Sozialcharakter der Mehrheit der Jugendlichen heute als ‚Egotaktiker‘ zu bezeichnen“ sei. Die „flexible Egotaktik“, mit der, wie die Shell-Studie weiß, durchaus das Scheitern Einzelner bzw. ganzer Gruppen verbunden ist, gilt als unideologischer, lebensnaher, angemessener Bezug auf die heutige Situation: „Der Strukturwandel der Lebensphase Jugend“, so Hurrelmann u. a. in ihrer Zusammenfassung, „hat diese zu einem offenen und frei gestaltbaren Lebensabschnitt gemacht.“ Im Prinzip umgekehrt sieht es die Streitschrift „z. B. Erfurt“, die der Bremer Hochschullehrer Freerk Huisken Ende 2002 vorgelegt hat. Der Erziehungswissenschaftler Huisken beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der politischen Ökonomie des Bildungswesens, mit den Themen Rechtsextremismus und Jugendgewalt und hat bereits einige Veröffentlichungen zu den Auseinandersetzungen um Jugendbildung und Jugendarbeit (Friedenserziehung, Toleranzpädagogik, Vergangenheitsbewältigung, „Rechtsextremismus-Kampagne“) beigesteuert.

Mit seiner Streitschrift – die in einem Anhang Dokumente sowie Auszüge aus Diskussionsveranstaltungen des Autors zusammenstellt – geht Huisken auf den aktuellen Fall Erfurt ein und gibt damit eine knapp gefasste Einführung zur Kritik an Bildung und Erziehung im Kapitalismus, wie er sie an anderer Stelle bereits ausführlicher dargelegt hat („Jugendgewalt - Der Kult des Selbstbewusstseins und seine unerwünschten Früchtchen“, Hamburg 1996; „Erziehung im Kapitalismus – Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten“, Neuausgabe, Hamburg 2001).

Der salopp formulierte Untertitel „Was das bürgerliche Bildungs- und Einbildungswesen so alles anrichtet“ macht dabei auf die doppelte Intention des Buches aufmerksam. Zum einen geht es um das Konstruktionsprinzip des dreigliedrigen Schulsystems, dessen Folgen zwar oft beklagt werden, dessen Grundlagen aber, gerade auch nach PISA, nicht zur Debatte stehen, sondern nur unter dem Gesichtspunkt der Effizienz-Steigerung betrachtet werden sollen. Es geht um Auslese und Selektion und um die damit notwendiger Weise verbundene Produktion von Gewinnern und Verlierern. Huiskens Analyse setzt an dem oben genannten Widerspruch von allgemein beauerter Fassungslosigkeit und verständnisvollem Nachvollzug von Rachedgedanken an. Er wendet sich gegen das Bild einer gewaltlosen Schulidylle, das in Sonntags- und Trauerreden gezeichnet wird, und insistiert darauf, dass der Alltag der schulischen Lernkonkurrenz durch eine Art „strukturelle Gewalt“ bestimmt ist.

Zum anderen besteht die Analyse aber darauf, dass der „Sortie-

rungsauftrag“ der Schule und die dadurch gezeitigten Folgen nicht einfach als Grund für das abweichende Verhalten von Schülern genommen werden können. Ein solches Verhalten, das heutzutage in mehr oder weniger rohen, gewalttätigen Formen auftritt, sei vielmehr in einem zweiten Schritt aus den Leistungen des „bürgerlichen Einbildungswesens“ zu erklären. Damit sind die Durchsetzungsstrategien gemeint, die allgemein bei Erwachsenen und Jugendlichen anerkannt, ja gerade nach Erfurt als notwendiges Rüstzeug konkurrierender Individuen gefordert sind. Durch die Steigerung von „Frustrationstoleranz“, die Stärkung des „Selbstwertgefühls“ etc. sollen sich die Einzelnen psychisch so herrichten, dass sie gegen die Risiken der Konkurrenz gewappnet sind, dass sie also im Sinne einer „flexiblen Egotaktik“ in der „frei gestaltbaren“ Welt von Auf- und Abstiegs-Chancen agieren und alles sich selber zuschreiben, statt an den gesellschaftlichen Bedingungen herumzukritisieren. Dass sich Menschen ganz und gar dieser Konkurrenzmentalität verschreiben und sich demgemäß nur noch mit persönlichen Schuldfragen, Rechtsansprüchen und Kompensationsversuchen befassen, hat laut Huisken speziell bei Jugendlichen zu einem „Kult des Selbstbewusstseins“ geführt. Aus den dort zu Grunde liegenden „Techniken der geistig-moralischen Anpassung“ folge dann das Ausrasten von Jugendlichen, die sich – ihre Niederlagen bewältigend – rücksichtslos zu dem Standpunkt vorarbeiteten, dass nur noch die Ehrenrettung der gekränkten Persönlichkeit zählt.

Heike Ulbrich

**Paul Ciupke/Karin Derichs-Kunstmann (Hrsg.): Zwischen Emanzipation und „besonderer Kulturaufgabe der Frau“. Frauenbildung in der Geschichte der Erwachsenenbildung – Essen 2001, Klartext Verlag, 322 Seiten**

Einigendes Band für die in dem Buch versammelten Beiträge sind die Stationen einer Studienreise der Autoren und Autorinnen in Deutschland. Die Beiträge porträtieren Frauenpersönlichkeiten, Bildungskonzepte und Bildungsorte der Erwachsenenbildung, die zwischen 1918 und 1960 sehr unterschiedliche Positionen der „Frauenbildung“ präsentiert haben. Das Buch stellt eine reich bebilderte Mixtur aus biographischen Daten, Bildungskonzepten und Ortsbeschreibungen dar, ist deshalb leicht und interessant zu lesen. Den roten Faden allerdings, die Verbindung mit zeitgeistig vorherrschenden Konzepten und der allgemeinen politischen Entwicklung, müssen sich – aus genau diesem Grunde – die Leserinnen und Leser selbst knüpfen.

Für die Zeit der Weimarer Republik gibt Maike Eggemann (Frauenbildung in den Volkshochschulen zwischen 1919 und 1933. Fünf Thesen zur Entwicklung und Bedeutung) einen Überblick über die allgemeine Entwicklung der Volkshochschulen in der Weimarer Republik, in der Volksbildung erstmals in Deutschland öffentlich gefördert wurde. So gab es 1920 im Reichsgebiet 266 Volkshochschulen, von denen 238 im Jahr 1919 gegründet wurden. Der Frauenanteil unter den Teilnehmenden stieg rasch auf rd. 50 Prozent. Dabei gab es eindeutig Themen, die Frauen bevorzugten. Deren Interessenschwerpunkte entsprechen dem gesellschaftlichen Bild von der Arbeitsteilung zwischen Mann

und Frau. Auch damals wurde die überwiegende Mehrzahl der Kurse in *Abendvolkshochschulen* angeboten. Das Konzept der *Heimvolkshochschulen* in eher ländlichen Gebieten bot vorwiegend mehrmonatige Kurse an. Eggebrecht nennt hier fünf Einrichtungen für Frauenbildung: Denkendorf, Edewecht, Orsoy, Mohrkirchen-Osterholz und Leipzig (2), die 1927 existierten. Das historisch-politische Spektrum des Bandes verdeutlichen die Titel der Beiträge recht anschaulich.

Projekte und Persönlichkeiten vor der Zäsur der Nazi-Diktatur:

- „Den eigenen Lebensweg in Wahrhaftigkeit und Echtheit gehen“. Das Volkshochschulheim Denkendorf und seine Leiterin Dora Weber (Paul Ciupke),
- Carola Rosenberg-Blume: Initiatorin einer zukunftsweisenden Frauenbildungsarbeit in der Volkshochschule Stuttgart (Anne-Christel Recknagel)
- Bertha Ramsauer und die Heimvolkshochschule für Frauen in Edewecht (Maike Eggemann)
- Die Frau als „mittätige Staatsbürgerin“ – Frauenbildungsarbeit in der Frauensiedlung Schwarze Erde in der Rhön (Ortrud Wörner-Heil)
- Der Katholische Deutsche Frauenbund und seine Bildungsarbeit in der Weimarer Republik: Das Hedwig-Dransfeld-Haus in Bendorf (Birgit Sack)
- Gertrud Hermes - theoretische und praktische Beiträge zur Arbeiterbildung (Christine Zeuner)
- Das Frauenbildungskonzept der Volkshochschule Thüringen in der Weimarer Republik (Bettina Reimers)
- „14 Jahre Volkshochschularbeit...“, das lasse ich nicht aus der Geschichte Hannovers löschen“. Ada Lessing als geschäftsführende Leiterin der

Volkshochschule Hannover von 1919 - 1933 (Jörg Wollenberg)

- „Umbau des ganzen Lebens“. Frauenbildung und Geschlechterfragen in der sozialistischen Bildungsgemeinschaft ‚Bund‘ seit 1919 (Heidi Behrens und Norbert Reichling)
- Erlebnispädagogik statt Wissensvermittlung – Bildungsvorstellungen in der weiblichen Jugendbewegung (Irmgard Klönne)
- Rhythmische Gymnastik für Frauen - eine andere Strömung der Frauenbildung (Elke Urban)
- ‚Glaube und Schönheit‘ - Das ‚Bildungs‘-Konzept des BDM (Bund Deutscher Mädel) (Sabine Hering)

Projekte und Persönlichkeiten nach der Zäsur der Nazi-Diktatur:

- Frauenkongress in Bad Boll 1947 - Auftakt zu internationalen Frauenkongressen in den Westzonen nach 1945 (Christl Ziegler)
- Reeducation und politische Frauenbildung nach 1945. Der Beitrag Magda Kelbers (Christl Ziegler)
- Klara Meyer und Charlotte Ziegler an der Volkshochschule Hannover. Zwei der ersten Frauen in der Volkshochschularbeit nach 1945 (Hans Tietgens)
- Frauen und Mädchen als Zielgruppen der Gruppenpädagogik von Gisela Konopka (Hildegard Feidel-Mertz)
- Gewerkschaftliche Frauenbildungsarbeit in den 50er Jahren (Karin Derichs-Kunstmann)
- Gewerkschaftliche Frauenbildungsarbeit im DGB Bayern nach 1945. Der Beitrag Margarete Kempes (Linda Schneider)
- Lucie Kurlbaum-Beyer – Frauen(bildungs)arbeit in einer Männergewerkschaft (Gisela Notz)

- Hilde Jähne – „Eine Frau muss wissen, wer sie ist und was sie will“ (Karin Derich-Kunstmann)
- Frauenbezogene Tagungsarbeit in der Industrieabteilung der Evangelischen Akademie Bad Boll (Christa Springe).

Die Einzelbeiträge sind mit bibliographischen Hinweisen und weiterführender Literatur angereichert. Kritisch anzumerken: Das Konzept der Zusammenstellung verhindert eher allgemeine, strukturelle Erkenntnisse, als das es solche befördern könnte. Einziges Band sind Orte (einer Reise), (Erwachsenen)Frauenbildungsarbeit und Frauenpersönlichkeiten in dieser Arbeit. Die Gesamtschau macht deutlich, dass die Zahl der Modelle und Persönlichkeiten sowohl in der Weimarer Zeit als auch im Nachkriegsdeutschland beliebig erweiterbar wäre. Denn: Diese Sammelkategorien sind kein Konzept von Bildung.

Natürlich ist davon auszugehen, dass jede Autorin, jeder Autor dieses Bandes ein Bildungskonzept hat und damit ein bestimmtes Erkenntnisinteresse. Diese bleiben jedoch den Leserinnen und Lesern verborgen. Hier helfen auch die „Reflexionen zur Geschichte der Frauen und der Frauenbildung“ nicht weiter, die Wolfgang Seitter abschließend anfügt. Um die dort formulierte wesentliche „Einsicht zu gewinnen, dass die Frauenbildung des 20. Jahrhunderts mindestens einen zweifachen Bruch aufweist: einerseits den Bruch von 1933, der viele Projekte zunichte machte und Frauen je nach ideologischer Bedarfslage auf die Doppelrolle der heroisierenden Mutterschaft und des flexiblen Arbeitseinsatzes festschrieb; andererseits der Bruch nach 1949 mit der konservativen Restauration der jungen Bundesrepublik,

die Frauen nach einer Phase demokratischer Aktivierung und vielfach geäußerten Beteiligungsperspektiven am öffentlichen Leben wiederum auf die traditionelle Doppelrolle fixierte“, muss man/frau dieses Buch nicht lesen. Hatten das die Autoren und Autorinnen nicht schon vorher gewusst?

Dankbar bin ich den Autoren und Autorinnen für die Porträts der Frauenpersönlichkeiten. Eine vergleichende Betrachtung der unterschiedlichen Konzepte von Frauenbildung im Spannungsfeld Emanzipation versus Affirmation bestehender Rollenkonzepte versus ideologische Einbindung in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft (ich vermute, das soll mit der ‚besonderen Kultur-aufgabe der Frau‘ ausgedrückt werden) in Deutschland enthält das Buch nicht, Material hierfür allerdings reichlich.

*Hedda Jungfer*

**Jack Goody: Geschichte der Familie – München 2002, Verlag C.H. Beck, 272 Seiten**

Jack Goody, Fellow am St. John's College in Cambridge (im Ruhestand), legt in diesem Buch einen wirklich umfassenden Überblick über die Geschichte der Familie vor, wobei er sich allerdings auf Europa beschränkt.

Zunächst beschreibt Goody universale Charakteristika von Familien, wobei er schon einige seiner im Folgenden zu belegenden Thesen andeutet: Europa oder der Kapitalismus haben nicht die Kernfamilie erfunden, erst recht nicht die Kindheit oder die Liebe zwischen Partnern sowie Eltern und Kindern. Dann verfolgt er die Entwicklung von Familien ab der Bronzezeit, wobei er vor allem die Bedeutung

des Christentums betont. Insbesondere verweist er darauf, „dass viele Gesetze, die von den Christen gegen die herrschende eurasische Praxis eingeführt wurden, der Kirche halfen, auf Kosten von Familien und größeren Verwandtschaftsgruppen Besitz zu akkumulieren“ (S. 32) – ein Thema, das er immer wieder aufgreift und um neue Aspekte ergänzt.

Aber auch das „Erbe der Antike“ wird untersucht – die „Mitgift“, aus Griechenland kommend, die Art der Verwandtschaftsrechnung (wobei sich erst relativ spät die patrilineare im Römischen Reich durchsetzte) und das Verbot der Heirat zwischen nahen Angehörigen (aus spätrömischer Zeit). Letzteres wurde dann von der Kirche noch ausgeweitet, umfasste schließlich auch Schwiegerverwandte und „spirituelle Verwandte“ (durch Patenschaft bedingt).

Die Kirche gewann im Verlauf der Jahrhunderte immer mehr Macht über die Familie, da Ereignisse wie Geburt, Heirat und Tod zunehmend von Priestern kontrolliert wurden. Sie verbot das Konkubinat (obwohl in der Heiligen Schrift akzeptiert), die Wiederheirat nach Scheidung und sogar die Adoption (das letztgenannte Verbot wurde erst im 20. Jahrhundert zurückgenommen). Das häusliche Leben, die Sexualität, das Leben allein stehender und verwitweter Frauen gerieten zunehmend unter Kontrolle der Kirche. Diese erbte immer mehr, da aufgrund der Beschränkung von Verwandtschaftsbeziehungen häufig kein Erbberechtigter da war. So wurde sie immer reicher. Goody untersucht ferner den Einfluss des germanischen Erbes auf die europäische Familie, wobei er manche tradierte Auffassung hinterfragt – beispielsweise dass

patrilineare Verwandtschaftsbeziehungen und große Haushalte vorherrschten. Er beschreibt die Bedeutung des Landbesitzes und schließlich die vielen Veränderungen, die mit der Christianisierung einhergingen.

Dann kommt Goody zum Mittelalter. Er zeigt die große Bedeutung der Kernfamilie auf, thematisiert die Fehlinformation vom Vorherrschen von Drei-Generationen-Haushalten bzw. Großfamilien und verweist auf den zunehmenden Bedeutungsverlust von Verwandtschaft. Die Reformation brachte dann z. B. veränderte Normen über zulässige Heiraten mit sich, modifizierte die Stellung der Frau und förderte die Wiederheirat von Witwen. Ferner wurde sexuelles Fehlverhalten in protestantischen Gebieten stark bekämpft.

Ab dem 16. Jahrhundert wurden Frauen, die uneheliche Kinder gebären, stärker verfolgt. Aber auch die Väter mussten zunehmend mit negativen Konsequenzen rechnen. Zugleich wurde der Kindsmord, der bis dahin toleriert wurde, gesetzlich verboten und geahndet. Der Staat regelte zunehmend Ehe und Familie durch Gesetze – eine Entwicklung, die durch die Säkularisierung noch verstärkt wurde.

Ein weiteres Thema, dem sich Goody ausführlich widmet, ist die Rolle der Mitgift. Dabei untersucht er auch, inwieweit deren Höhe die Position und die Rechte von Frauen bestimmten. Ferner geht er auf die kirchliche Mitgift ein – eine Voraussetzung für die Aufnahme im Kloster –, behandelt den Zusammenhang von Mitgift und Scheidungsverbot und verweist auf Eheverträge.

Schließlich beschreibt Goody die Folgen der Industrialisierung: die Expansion des Bürgertums, die

Entstehung der Heimindustrie, die Lohnarbeit usw. – mit Konsequenzen für Familien wie außerhäusliche Frauenarbeit, Kinderarbeit, ein Anstieg der Fruchtbarkeit, viel Armut und mehr Mobilität. Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern änderten sich, die Partnerwahl wurde freier, die Ehescheidung wurde erleichtert. In diesem Zusammenhang setzt sich Goody auch mit verschiedenen Theorien über den Familienwandel auseinander. Schließlich beschreibt er kurz die zeitgenössische Familie, also z. B. die neue Rolle der berufstätigen Frau, den rasanten Anstieg von Ehescheidungen und Teilfamilien, die zunehmende staatliche Unterstützung und den zurückgehenden Einfluss der Kirchen.

Immer wieder zeigt Goody Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Ländern und Regionen auf – z. B. hinsichtlich des Heiratsalters, der Familienstruktur, des Erbrechts, der Beziehung zwischen den Generationen, des Sexualverhaltens und der Art des Lebensunterhalts. Sein Buch enthält somit eine Fülle von Informationen über die Geschichte der Familie in Europa. Es ist gut lesbar – und allen zu empfehlen, die sich für diese Thematik interessieren.

*Martin R. Textor*

**Ingrid Miethe/Silke Roth (Hrsg.): Politische Biografien und sozialer Wandel – Gießen 2000, Psychosozial-Verlag, 269 Seiten**

Soziale Bewegungen und sozialer Wandel sind nach Auffassung der Autorinnen untrennbar miteinander verbunden. Anhand sozialer Bewegungen kann sozialer Wandel und damit die Konstitution der Gesellschaft auf Mikro-,

Meso- und Makroebene untersucht werden.

Den Verfasserinnen geht es darum, Biografie- und Soziale Bewegungsforschung miteinander zu verbinden, um damit den Zusammenhang von sozialem Wandel zu beleuchten. Sie bauen dabei auf der Grundthese auf, dass sich eine biografische Perspektive besonders gut eignet, soziale Bewegungen und sozialen Wandel auf kollektiver und individueller Ebene zu erfassen. Sie sehen das als Anstoß, im Rahmen der deutschen Forschung über soziale Bewegungen mehr Gebrauch von dieser Methode zu machen.

Es geht ihnen auch darum, mit dieser Verbindung den Zu-

sammenhang von sozialem Wandel, sozialer Bewegung und personalem Wandel zu beleuchten.

Mit dieser Zielsetzung folgen sie der Frage, weshalb biografische Methoden wenig Beachtung in der Bewegungsforschung gefunden haben, und stellen Studien vor, in denen die Lebensgeschichten von Aktivisten untersucht wurden. Sie befassen sich mit den Funktionsebenen in der DDR in ihrem Verhältnis zu Herkunftsprägung und politischen Herausforderungen.

Zwölf Autorinnen und Autoren der Geburtsjahrgänge 1945 bis 1965 haben an dem Buch mitgearbeitet. Von den „Gründermüttern“, den „rebellischen Töch-

tern“, den „political animals“ und den „kämpfenden Opfern“ ist in dem Buch sehr plastisch und eindrucksvoll die Rede.

Die den Texten zugrunde liegende Forschung wurde durch die Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung und der Universität Connecticut ermöglicht.

Sehr brauchbar ist ein umfangreiches Verzeichnis in- und ausländischer Literatur, das eigene Weiterarbeit gut unterstützen kann.

*Annedore Schultze*

## Markt

### Termine

#### **Fachveranstaltungen**

Vom 9. bis 11. Oktober 2003 findet in Bielefeld eine internationale Fachtagung zum Thema **„Kooperation von Jugendarbeit und Schule im internationalen Vergleich“** statt. Veranstalterin ist die Universität Bielefeld, die einen internationalen Blick auf die Ganztagsysteme vergleichbarer Länder werfen will. Institutionelle Modelle und Perspektiven einer verstetigten Kooperation von schulischer und außerschulischer Bildung sollen diskutiert werden.

**Anmeldungen sind zu richten an:**  
**Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik (AG 8, Dr. Thomas Coelen, Postfach 100131, 33501 Bielefeld, E-Mail: thomas.coelen@uni-bielefeld.de.**

Vom 14. bis 15. Oktober 2003 findet in Nürnberg das **11. AGJ-Gespräch zur Fragestellung „Europa – ein Thema für die Jugendhilfe?“** statt. Die Veranstaltung soll dazu beitragen, die Diskussion um Relevanz und Chancen einer europäischen Perspektive für die nationale Jugend(hilfe)politik zu intensivieren und auf breiter Basis zu führen.

**Anmeldung/Programm:**  
**Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel. 030/400 40 200, E-Mail: agj@agj.de.**

Das Paritätische Jugendwerk ist Veranstalter einer Fachtagung, die vom 29. bis 30. Oktober 2003 im Haus der Jugend in Osnabrück das Thema **„Vernetzung von**

**Jugendhilfe, Schule und kultureller Bildung“** behandeln wird. Sie richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte aus den Bereichen Jugendhilfe, Schule, kulturelle Bildung und Politik.

**Anmeldung und weitergehende Informationen: Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen, Karsten Maul, Kommissstrasse 5, 38300 Wolfenbüttel, E-Mail: jugendwerk@paritaetischer.de.**

Die Forschungsstelle für interkulturelle Studien an der Universität Köln veranstaltet gemeinsam mit der Thomas-Morus-Akademie Bensberg am 8. November 2003 eine Tagung zum Thema **„Massenmedien, Migration und Integration“**. Es geht hier



vor allem um die Herausforderung, die das Thema Migration für Journalisten, Medienpädagogen und politische Bildungspraxis bedeutet.

**Anmeldungen sind zu richten an:**  
**Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Overather Straße 51 - 53,**  
**51429 Bergisch Gladbach,**  
**akademie@tma-bensberg.de**

### Messen

In Österreich findet die **Bildungsfachmesse „Interpädagogica“** vom 20. bis 22. November 2003 in Salzburg statt. Es handelt sich um die größte und einzige Bildungsmesse Österreichs zu den Themen Pädagogik, Fachliteratur, Spiele, Schulbücher und Lernhilfen.

**Informationen: Reed Exhibitions**  
**Messe Salzburg/Pressebüro, Mag.**  
**Paul Hammerl, E-Mail: Paul.Hammerl@reedexpo.at**

Die jährlich stattfindende deutsche **Bildungsmesse** wird vom 9. bis 13. Februar 2004 diesmal in Köln zu besuchen sein. Die Koelnmesse rechnet mit der Beteiligung von über 800 Unternehmen, die ein umfassendes Angebots-Spektrum präsentieren werden.

**Infos: Koelnmesse GmbH, Presse-**  
**team didacta, Postfach 21 07 60,**  
**50532 Köln.**

Europa steht im Mittelpunkt der **LEARNTEC 2004**, die vom 10. bis 13. Februar 2004 in Karlsruhe besucht werden kann. Die Themen E-Learning in Europa und der europäische E-Learning-Markt stehen neben der Eröffnungsveranstaltung im Mittelpunkt zahlreicher Sektionen des LEARNTEC Kongresses, über den Viviane Reding, Europäische Kommissarin

für Bildung und Kultur, die Schirmherrschaft übernommen hat.

**Pressekontakt: Kristin Kemnitz,**  
**Astrid Bujara-Bruder, KMK - Karlsruhe**  
**Messe- und Kongress-**  
**GmbH, Festplatz 9, 76137 Karlsruhe,**  
**E-Mail: presse@learntec.de.**

### Theaterprojekte

„Bretter gegen Bohlen“ ist das Motto eines Castings, mit dem das Theater Willy Praml den **„Schiller-Super-Star 2003“** sucht. Der von einer Jury und dem Publikum bestimmte Gewinner oder die Gewinnerin erhält eine Rolle in einer der nächsten Inszenierungen des Theaters Willy Praml, das im September das Lustspiel „Der Parasit“ zur Aufführung bringt.

**Informationen über die Projekte**  
**gibt es bei: Theater Willy Praml,**  
**Rottweiler Strasse 4, 60327 Frankfurt,**  
**E-Mail:**  
**Theater.willyPraml@t-online.de.**

Arbeit und Leben hat zusammen mit den Ruhrfestspielen Recklinghausen ein von der Stiftung Deutsche Jugendmarke gefördertes Theaterprojekt realisiert.

**„Heile Welten Scherbenhaufen – Politische Jugendbildung macht Theater“** ist der Titel des Projekts und des bereits im Frühjahr 2003 zur Aufführung gebrachten Stückes. Es geht um Heile Welten und Scherbenhaufen von Jugendlichen, die in verschiedenen Städten und Regionen leben, lernen, arbeiten und ihre Sicht der Dinge auf die Bühne bringen. Leitgedanke des Projektes ist es, Intentionen und Inhalte der außerschulischen politischen Jugendbildung mit künstlerischen Ausdrucksformen zu verbinden und die Ergebnisse öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

Das Stück geht im September auf Tournee und wird an den Orten Erfurt, Frankfurt, Hamburg und Schwerin aufgeführt.

**Kontakt: Lothar Jansen, Arbeit**  
**und Leben, Hans-Böckler-Str-**  
**Be 39, 40476 Düsseldorf,**  
**jansen@arbeitundleben.de.**

### Ausschreibung/Preise/Wettbewerbe

Die Berghof Stiftung hat im Juni den **Jugendpreis für Streitkultur** ausgeschrieben, mit dem sie den langjährigen ersten Geschäftsführer der Berghof Stiftung, Hans Götzelmann, würdigt. Der Preis wird vergeben für Projekte, in denen sich Kinder und Jugendliche für den Abbau von Gewalt und einen konstruktiven Umgang mit Konflikten einsetzen. Gefördert werden sollen Initiativen, die zur Nachahmung einladen und noch nicht genügend bekannt sind.

Kandidatinnen und Kandidaten können von allen interessierten Personen vorgeschlagen werden. Die Nominierungen sollen bis zum 31. Dezember 2003 vorliegen.

Der Preis ist mit insgesamt 5000 Euro dotiert und wird für zwei Altersstufen vergeben.

**Informationswünsche und Be-**  
**werbungseinsendungen sind zu**  
**richten an: Sekretariat des Hans-**  
**Götzelmann-Preises für Streitkul-**  
**tur, c/o Institut für Friedenspäda-**  
**gogik Tübingen e. V.,**  
**Corrensstraße 12, 72076 Tübin-**  
**gen, kontakt@friedenspaedago-**  
**gik.de.**

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) vergibt **Stipendien für Intensivkurse in Französisch**. Das Stipendium

beträgt 900 Euro für einen vierwöchigen Sprachkurs. Zusätzlich erhalten die Stipendiaten eine Fahrtkostenpauschale für die entstandenen Reisekosten. Bewerbungen können bis spätestens zwei Monate vor Beginn des Sprachkurses beim DFJW eingereicht werden.

Das Programm richtet sich an junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren (die Altersgrenze gilt nicht für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Jugendarbeit), die Grundkenntnisse der französischen Sprache haben und in Deutschland leben. Gedacht ist an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von deutsch-französischen Begegnungsprogrammen, Funktionsträger der Jugendarbeit sowie an junge Berufstätige und Studierende, die sich auf einen Arbeits- oder Studienaufenthalt in Frankreich sprachlich vorbereiten möchten.

**Informationen über das Stipendien-Programm und die Bewerbungsunterlagen gibt es beim: Deutsch-Französischen Jugendwerk, Garance Thauvin, Molkenmarkt 1, 10179 Berlin, thauvin@dfjw.org.**

Der engagierte Einsatz von Kindern und Jugendlichen für die weltweiten Kinderrechte soll in Zukunft mehr gewürdigt werden. UNICEF verleiht ab 2004 jährlich den Junior-Oscar, um den sich alle Schülerinnen und Schüler bewerben können, die schon als Junior-Botschafter für Kinderrechte aktiv sind oder es werden wollen. Ihre Aufgabe ist, sich selbst und andere zu informieren und Kinder in anderen Ländern zu unterstützen.

Online-Materialien zur Aktion und Tipps für Kinder, Jugendliche; Eltern und Lehrkräfte

gibt's im Internet unter [www.junior-oscar.de](http://www.junior-oscar.de).

**Die Kampagne „Junior-Botschafterinnen und Junior-Botschafter für Kinderrechte gesucht“ wird von UNICEF gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Verein „Macht Kinder stark für Demokratie!“ e. V. durchgeführt. Mehr Infos gibt es bei UNICEF Deutschland, Höninger Weg 104, 50969 Köln, E-Mail: marianne.mueller-antoine@unicef.de.**

Der Verein Irrsinnig Menschlich e. V., der sich für Öffentlichkeitsarbeit in der Psychiatrie einsetzt, hat den Preis „MUT 2003“ ausgeschrieben, mit dem Bundes-, Landes- oder Regionalpolitiker ausgezeichnet werden sollen, die sich nachweislich für psychisch kranke Menschen einsetzen. Dotiert ist MUT 2003 mit 1.500 Euro zugunsten einer gemeinnützigen Organisation aus dem Bereich Psychiatrie.

Der Irrsinnig Menschlich e. V. engagiert sich seit seiner Gründung 2000 als erster Verein in Deutschland konsequent und aktiv für mehr Öffentlichkeitsarbeit in der Psychiatrie.

**Informationen zum Preis, dem Verein und dem Schulprojekt „Verrückt? Na und!“ sind zu finden unter [www.irrsinnig-menschlich.de](http://www.irrsinnig-menschlich.de).**

### Multiplikatorenbildung

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat das **Programm „21“** aufgelegt, mit dem die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in bundesdeutschen Schulen gefördert werden soll.

Im Rahmen dieses Programms findet das Multiplikatorentraining „Erfolgreiche Beteiligungsprojekte – Motivation für die schulische Praxis“ statt, das in Kooperation mit dem BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ und dem Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg (PLIB) durchgeführt wird. Das Training ist in zwei Veranstaltungsmodulen unterteilt und findet in den Räumen des Pädagogischen Landesinstituts Brandenburg statt.

**Informationen zu den Multiplikatorentrainings gibt es beim Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg, Marianne Schalter, Struvesweg, 14974 Ludwigsfelde-Struveshof, E-Mail: [marianne.schalter@plib.brandenburg.de](mailto:marianne.schalter@plib.brandenburg.de).**

Eine **berufsbegleitende Qualifizierung zum Management von Netzwerken und Kooperationsverbänden** bietet das Landesinstitut für Qualifizierung Nordrhein-Westfalen an. Die Qualifizierung soll Wissen und Kompetenzen vermitteln und verstärken, die zum erfolgreichen Management und zur gekonnten Steuerung ergebnisorientierter Zusammenarbeit im Kooperationsverbund befähigen.

**Informationen zu den Fortbildungsschwerpunkten und -bedingungen: Landesinstitut für Qualifizierung, Paradieser Weg 64, 59494 Soest, E-Mail: [Sabina.Kocot@mail.lsw.nrw.de](mailto:Sabina.Kocot@mail.lsw.nrw.de); [Ursula.Wohlfahrt@mail.lsw.nrw.de](mailto:Ursula.Wohlfahrt@mail.lsw.nrw.de).**

### Schwerpunkte von Zeitschriften zur politischen Bildung

Die **Biopolitik und ihr Expertenwissen** ist Schwerpunkt von Heft 3/2003 der Zeitschrift Praxis

Politische Bildung, die vom Bundesausschuss politische Bildung herausgegeben und von Johannes Schillo redigiert wird.

**Bezug: Juventa-Verlag, Ehretstr. 3, 69469 Weinheim, oder über den Buchhandel.**

Um „**Neue deutsche Außenpolitik**“ geht es in Nummer 2/2003 der Zeitschrift „Politische Bildung“, die im Wochenschau Verlag erscheint.

**Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Taunus.**

Bei diesem Verlag erscheint auch kursiv – Journal für politische Bildung. **Baustelle politische Bildung - Umbau, Neubau oder Abbau?** ist die Fragestellung von Ausgabe 2/2003, an der unter anderem aus dem Bereich des AdB Ulrich Ballhausen, Paul Ciupke und Norbert Reichling mitgewirkt haben.

**Bezug: Wochenschau Verlag, Adresse siehe oben.**

Im Wochenschau Verlag erscheint weiter die Zeitschrift Wochenschau, die für den politischen Unterricht an den Schulen konzipiert ist. Nummer 3/2003 für die Sekundarstufe I präsentiert das Thema **Werbung und Konsum** und beleuchtet die Rolle der Werbung in unserer Gesellschaft.

**Bezug: siehe oben.**

In der Reihe „Informationen zur politischen Bildung“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, erschien Nummer 279 zum Thema „**Europäische Union**“. Vermittelt

werden ein Bild der Europäischen Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Grundlagen der Integrationspolitik, Bereiche der gemeinsamen Politik und Reformperspektiven. Sie sind die Schwerpunkte dieser Ausgabe, die bezogen werden kann über Franzis' print & media, Postfach 15 07 40, 80045 München.

### **Zeitschriften für Jugendarbeit und Erwachsenenbildung**

In Nummer 3/2003 der „DIE - Zeitschrift für Erwachsenenbildung“ geht es um **PISA und Lebenslanges Lernen**. Die Beiträge zum Schwerpunkt fragen nach dem Verhältnis zwischen Schule und Erwachsenenbildung und verweisen auf Konsequenzen der PISA-Studie für die Organisation des Lebenslangen Lernens.

**Bezug: W. Bertelsmann Verlag GmbH&Co. KG, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld.**

**Jugendarbeit als außerschulische Bildung und Konzepte sozialräumlicher Jugendarbeit** stehen im Mittelpunkt von Ausgabe 7/8 der „Deutschen Jugend“.

**Bezug: Juventa-Verlag, Ehretstr. 3, 69469 Weinheim.**

### **Europa-OECKL kommt**

Der Festland Verlag in Bonn, der auch das Taschenbuch des Öffentlichen Lebens herausgibt, hat die 8. Auflage des **Europa-OECKL** angekündigt, ein Nachschlagewerk, das über alle Bereiche des öffentlichen Lebens in Europa und im internationalen Bereich informiert. Es enthält über 8.900 Adressen und

mehr als 17.200 Ansprechpartner in übersichtlicher thematischer Ordnung.

**Der Europa-OECKL, der mit einer CD-ROM-Ausgabe ergänzt wird, ist zu beziehen über den Festland Verlag GmbH, Postfach 20 05 61, 53135 Bonn, E-Mail: festland.vertrieb@t-online.de.**

### **Timer der BpB**

Im Juni 2003 erschien der neue „**Timer**“, **Hausaufgabenheft und redaktioneller Kalender** der Bundeszentrale für politische Bildung, der erstmalig auch verkauft wird. Er bietet Schülerinnen und Schülern neben Stundenplänen, einem Ferienkalender, einem Adressenteil, Landkarten und Stundenplänen auch Hinweise auf Ereignisse aus Politik und Zeitgeschichte.

**Bestellt werden kann der „Timer“ online unter [www.bpb.de/timer](http://www.bpb.de/timer).**

### **Dokumentation/Materialien**

Das Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland hat in einer Schrift über **Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2002** berichtet. Ergänzt werden die in einzelnen Kapiteln veröffentlichten Darstellungen durch einen Anhang, der einen Überblick über von der Jury ausgezeichnete Produktionen gibt.

Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe hat unter dem Titel „**Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung**“ ihre im vergangenen Jahr realisierte bundeszentrale Tagung zum 11. Kinder- und Jugendbericht dokumentiert. Es war das Ziel dieser Tagung, fachpolitische

Kernpunkte und Aussagen herausarbeiten und am Beispiel des Berichtes Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe zu thematisieren.

**Bezug: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, E-Mail: agj@agj.de.**

„Bildung zukunftsfähig gestalten“ ist der Titel eines Magazins der Bertelsmann Stiftung. Dokumentiert werden Projekte, die von der Stiftung im Bereich Bildung unterstützt werden. Ergänzend dazu präsentiert das Magazin Berichte und Interviews zu anderen Schwerpunkten der Stiftungsarbeit.

**Bezug: Bertelsmann Stiftung, Bereich Kommunikation, Carl-Bertelsmann-Str. 256, 33311 Gütersloh.**

### **Gutachten zum Qualitätsmanagement**

Die Gewerkschaften ver.di, IG Metall und GEW haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, das von Peter Faulstich, Dieter Gnahn und Edgar Sauter erstellt worden ist. Entwickelt werden ein dreistufiges Modell für die Qualitätssicherung und ein Ver-

fahren der öffentlich rechtlichen Steuerung im Bereich der beruflichen Weiterbildung.

### **Materialien zu Europa**

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung in München hat eine neue Publikation herausgegeben. „**Ohne Jugend keine Zukunft**“ heißt der Reader, der eine deutsch-niederländische Veranstaltung dokumentiert. Es ging dabei um das Thema Jugendpartizipation und Generationendialog.

**Bezug: Forschungsgruppe Jugend und Europa, Centrum für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München, Prinzregentenstr. 7, 80538 München, fgj@lrz.uni-muenchen.de.**

Der **Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa**, die vom Europäischen Konvent vorbereitet und im Juni 2003 vorgelegt wurde, ist dokumentiert in Nummer 3 der EU-Nachrichten, die von der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland herausgegeben werden.

**Bezug: Europäische Kommission - Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland, Unter den Linden 78, 10117 Berlin, E-Mail: eu-de-kommission@cec.eu.int.**

### **„Preußens Toleranz“**

Der Museumspädagogische Dienst Berlin hat das Buch „Preußens Toleranz“ publiziert. Die Veröffentlichung ist das Resümee der gleichnamigen Veranstaltungsreihe, die der Museumspädagogische Dienst Berlin zum Kulturjahr „Preußen 2001“ initiiert hat. Thema war das Verhältnis Preußens zu Einwanderung, religiöser Toleranz und zum Umgang mit Minderheiten. Das Buch vermittelt grundlegende Informationen zur Geschichte der Toleranz in Preußen und macht Vorschläge für die Bildungsarbeit.

**Bestellung beim Museumspädagogischen Dienst Berlin, Yvonne Frenkel, Klosterstraße 68/70, 10179 Berlin, E-Mail: Yvonne.Frenkel@md.verwalt-berlin.de.**

**Ausserschulische Bildung 2-2003**

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – Mitteilungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

**Herausgeber:**

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Peter Ogrzall und Dr. Bernhard Schalhorn

**Redaktion:**

Ingeborg Pistoht

**Redaktionsbeirat:**

Jürgen Fiege, Gertrud Gandenberger, Dr. Peter Leibenguth-Nordmann, Gabriele Schlamann, Heinz-Wilhelm Schnieders

Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung des Herausgebers und der Redaktion.

**Redaktionschluss:**

31.07.2003

**Redaktions- und Bezugsanschrift:**

AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin,  
Tel. (0 30) 400 401-11 u. 12  
www.adbildungsstaetten.de  
E-mail: weeber@adbildungsstaetten.de,  
pistoht@adbildungsstaetten.de

**Herstellung:**

Druckcenter Meckenheim/Brandenburgische  
Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft  
Potsdam mbH

ISSN 0176-8212

**Bezugsbedingungen** (gültig ab Ausgabe 1-2003)

**Einzelheft** € **6,00**

**1-3 Abonnements** (jährlich) € **16,00**

**ab 4 Abonnements** (jährlich) € **12,00**

**Abonnements für Studenten, Praktikanten,  
Referendare, Arbeitslose** (jährlich) € **12,00**

(bitte jährlich Bescheinigung übersenden)

(zuzüglich Porto)

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.





